

## **Änderungsantrag**

**der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung**

**– Drucksachen 20/1630, 20/1979 –**

### **Entwurf eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor**

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksachen 20/1630, 20/1979 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen:

#### **Zusammenstellung**

**Entwurf eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor**

**– Drucksachen 20/1630, 20/1979 –**

**mit den Beschlüssen des Ausschusses für Klimaschutz und Energie (25. Ausschuss)**

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 25. Ausschusses</b>
<b>Entwurf eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Fnergien und weiteren Maßnahm Anlage 1 Stromsektor</b>
<b>Vom ...</b>	<b>Vom ...</b>
Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:
Inhaltsübersicht	Inhaltsübersicht

<b>Entwurf</b>		<b>Beschlüsse des 25. Ausschusses</b>	
Artikel 1	Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes	Artikel 1	u n v e r ä n d e r t
Artikel 2	Weitere Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes	Artikel 2	u n v e r ä n d e r t
Artikel 3	Gesetz zur Finanzierung der Energiewende im Stromsektor durch <i>Bundeszuschuss</i> und Umlagen ( <i>Energie-Umlagen-Gesetz – EnUG</i> )	Artikel 3	Gesetz zur Finanzierung der Energiewende im Stromsektor durch <b>Zahlungen des Bundes</b> und <b>Erhebung von Umlagen (Energiefinanzierungsgesetz – EnFG)</b>
Artikel 4	Änderung des Unterlassungsklagengesetzes	Artikel 4	u n v e r ä n d e r t
Artikel 5	Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes	Artikel 5	u n v e r ä n d e r t
Artikel 6	Änderung der Stromnetzentgeltverordnung	Artikel 6	u n v e r ä n d e r t
Artikel 7	Änderung der Stromgrundversorgungsverordnung	Artikel 7	u n v e r ä n d e r t
Artikel 8	Änderung der Anreizregulierungsverordnung	Artikel 8	u n v e r ä n d e r t
Artikel 9	Änderung der Verordnung zu abschaltbaren Lasten	Artikel 9	u n v e r ä n d e r t
Artikel 10	Änderung der Marktstammdatenregisterverordnung	Artikel 10	u n v e r ä n d e r t
		<b>Artikel 10a</b>	<b>Änderung des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes Übertragungsnetz</b>
Artikel 11	Änderung des Messstellenbetriebsgesetzes	Artikel 11	u n v e r ä n d e r t
Artikel 12	Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes	Artikel 12	u n v e r ä n d e r t
Artikel 13	Änderung der Erneuerbare-Energien-Verordnung	Artikel 13	u n v e r ä n d e r t
Artikel 14	Weitere Änderung der Erneuerbare-Energien-Verordnung	Artikel 14	u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
Artikel 15 Änderung der Herkunfts- und Regionalnachweis-Durchführungsverordnung	Artikel 15 un verändert
Artikel 16 Änderung der Innovationsausschreibungsverordnung	Artikel 16 un verändert
Artikel 17 Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes	Artikel 17 un verändert
Artikel 18 Änderung der KWK-Ausschreibungsverordnung	Artikel 18 un verändert
Artikel 19 Änderung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch	Artikel 19 un verändert
Artikel 20 Inkrafttreten, Außerkrafttreten	Artikel 20 un verändert
<b>Artikel 1</b>	<b>Artikel 1</b>
<b>Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes</b>	<b>Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes</b>
Das Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom ... <i>[einsetzen: Datum und Fundstelle des Gesetzes zur Absenkung der Kostenbelastungen durch die EEG-Umlage und zur Weitergabe dieser Absenkung an die Letztverbraucher]</i> geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom <b>23. Mai 2022 (BGBl. I S. 747)</b> geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:	1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
a) Die Angabe zu § 2 wird wie folgt gefasst:	a) un verändert
„§ 2 Besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien“.	
b) Nach der Angabe zu § 28c <i>wird folgende Angabe</i> eingefügt:	b) Nach der Angabe zu § 28c <b>werden die folgenden Angaben</b> eingefügt:
„§ 28d Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung“.	„§ 28d Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	§ 28e Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff“.
	c) Die Angabe zu § 36d wird wie folgt gefasst:
	„§ 36d (weggefallen)“.
c) Die Angabe zu Teil 3 Abschnitt 3 Unterabschnitt 7 wird wie folgt gefasst:	d) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„Unterabschnitt 7 Ausschreibungen für innovative Konzepte“.	
d) Nach der Angabe zu § 39n <i>wird folgende Angabe</i> eingefügt:	e) Nach der Angabe zu § 39n <b>werden die folgenden Angaben</b> eingefügt:
„§ 39o Ausschreibungen für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung“.	„§ 39o Ausschreibungen für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung
	§ 39p <b>Ausschreibungen für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff</b>
	§ 39q <b>Besondere Zahlungsbestimmungen für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff“.</b>
e) Nach der Angabe zu § 88d werden die folgenden Angaben eingefügt:	f) Nach der Angabe zu § 88d werden die folgenden Angaben eingefügt:
„§ 88e Verordnungsermächtigung zu den Ausschreibungen für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung	„§ 88e <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 88f Verordnungsermächtigung zur <i>Weiterentwicklung der Zahlungen</i> “.	§ 88f Verordnungsermächtigung <b>zu den Ausschreibungen für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff</b> “.
2. § 2 wird wie folgt gefasst:	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
„§ 2	
Besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien	
<p>Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Satz 2 ist nicht gegenüber Belangen der Landes- und Bündnisverteidigung anzuwenden.“</p>	
<p>3. In § 3 Nummer 3 wird die Angabe „39n“ durch die Angabe „39o“ ersetzt.</p>	<p>3. § 3 wird wie folgt geändert:</p>
	<p>a) In Nummer 3 wird die Angabe „39n“ durch die Angabe „39q“ ersetzt.</p>
	<p>b) Nach Nummer 27 wird folgende Nummer 27a eingefügt:</p>
	<p>„27a. „Grüner Wasserstoff“ Wasserstoff, der nach Maßgabe der Verordnung nach § 93 elektrochemisch durch den Verbrauch von Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt wird, wobei der Wasserstoff zur Speicherung oder zum Transport auch in anderen Energieträgern chemisch oder physikalisch gespeichert werden kann,“</p>
	<p>4. § 8 wird wie folgt geändert:</p>
	<p>a) Absatz 5 wird wie folgt geändert:</p>
	<p>aa) In Satz 3 werden nach den Wörtern „können die Anlagen“ die Wörter „unter Einhaltung der für die Ausführung eines Netzanschlusses maßgeblichen Regelungen“ eingefügt.</p>
	<p>bb) Nach Satz 3 wird folgender Satz angefügt:</p>
	<p>„Zur Bestimmung der Größe der Anlagen und des günstigsten Netzverknüpfungspunktes ist Absatz 1 Satz 2 entsprechend anzuwenden.“</p>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	<b>b) Absatz 6 wird wie folgt geändert:</b>
	<b>aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:</b>
	<b>aaa) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 3 eingefügt:</b>
	<b>„3. die Information, ob bei der Herstellung des Netzanschlusses der Anlage die Anwesenheit des Netzbetreibers erforderlich ist; wenn der Netzbetreiber die Anwesenheit im Fall von Anlagen nach Absatz 1 Satz 2 ausnahmsweise für erforderlich hält, ist dies einfach und verständlich anhand des Einzelfalls zu begründen.“</b>
	<b>bbb) Die bisherigen Nummern 3 und 4 werden die Nummern 4 und 5.</b>
	<b>bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:</b>
	<b>„Wenn Netzbetreiber Anschlussbegehrenden im Fall von Anlagen nach Absatz 1 Satz 2 die Information nach Satz 1 Nummer 3 nicht fristgerecht übermitteln, können die Anlagen unter Einhaltung der für die Ausführung eines Netzanschlusses maßgeblichen Regelungen auch ohne Anwesenheit des Netzbetreibers angeschlossen werden.“</b>
	<b>c) Folgender Absatz 7 wird angefügt:</b>
	<b>„(7) Abweichend von Absatz 5 Satz 1 und 2 sowie Absatz 6 Satz 1 sind für Netzanschlussbegehren nach Absatz 1 Satz 2 ab dem 1. Januar 2025 die Sätze 2 bis 6 anzuwenden. Netzbetreiber müssen auf ihrer Internetseite insbesondere die folgenden allgemeinen Informationen zur Verfügung stellen:</b>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 25. Ausschusses</b>
	<b>1. die Information, in welchen Arbeitsschritten ein Netzanschlussbegehren bearbeitet wird,</b>
	<b>2. die Angabe, welche Informationen die Anschlussbegehrenden aus ihrem Verantwortungsbereich dem Netzbetreiber übermitteln müssen, damit der Netzbetreiber den Verknüpfungspunkt ermitteln oder seine Planung nach § 12 durchführen kann,</b>
	<b>3. die Kosten, die Anlagenbetreibern durch einen Netzanschluss entstehen, und</b>
	<b>4. die Informationen über die zur Erfüllung der Pflichten nach § 9 Absatz 1 bis 2 notwendige Ausstattung,</b>
	<b>Netzbetreiber müssen ein Webportal zur Verfügung stellen, über das das Netzanschlussbegehren nach Satz 1 gestellt und die Informationen nach Satz 2 Nummer 2 übermittelt werden können. Netzbetreiber müssen Anschlussbegehrenden nach Eingang des Anschlussbegehrens unverzüglich, spätestens innerhalb von einem Monat, die folgenden spezifischen Informationen übermitteln:</b>
	<b>1. einen Zeitplan für die unverzügliche Herstellung des Netzanschlusses mit allen erforderlichen Arbeitsschritten,</b>
	<b>2. auf Verlangen alle Informationen, die der Anschlussbegehrende für die Prüfung nach Absatz 1 und 2 benötigt, sowie die für die Netzverträglichkeitsprüfung erforderlichen Netzdaten,</b>
	<b>3. die Information, ob bei der Herstellung des Netzanschlusses der Anlage die Anwesenheit des Netzbetreibers erforderlich ist; wenn der Netzbetreiber die Anwesenheit ausnahmsweise für erforderlich hält, ist dies einfach und verständlich anhand des Einzelfalls zu begründen,</b>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	<p><b>4. einen nachvollziehbaren und detaillierten Voranschlag der Kosten, die durch den Netzanschluss entstehen; dieser Kostenvoranschlag umfasst nur die Kosten, die durch die technische Herstellung des Netzanschlusses entstehen, und insbesondere nicht die Kosten für die Gestattung der Nutzung fremder Grundstücke für die Verlegung der Netzanschlussleitung,</b></p>
	<p><b>5. die Informationen über die zur Erfüllung der Pflichten nach § 9 Absatz 1 bis 2 notwendige Ausstattung.</b></p>
	<p><b>Das Format und die Inhalte der nach Satz 2 bis 4 bereitzustellenden Informationen und Webportale sind möglichst weitgehend zu vereinheitlichen. Im Übrigen sind Absatz 5 Satz 3 und 4 sowie Absatz 6 Satz 2 und 3 entsprechend anzuwenden.“</b></p>
	<p><b>5. Nach § 9 Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:</b></p>
	<p><b>„(2a) Ab dem Einbau eines intelligenten Messsystems sind die Absätze 1, 1a und 1b entsprechend anzuwenden auf Anlagen nach Absatz 2.“</b></p>
<p><b>4. In § 22 Absatz 1 wird die Angabe „39n“ durch die Angabe „39o“ und die Angabe „88d“ durch die Angabe „88f“ ersetzt.</b></p>	<p><b>6. In § 22 Absatz 1 wird die Angabe „39n“ durch die Angabe „39q“ und die Angabe „88d“ durch die Angabe „88f“ ersetzt, und nach dem Wort „Biomasseanlagen“ werden die Wörter „, Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff“ eingefügt.</b></p>
	<p><b>7. Dem § 28a werden folgende Absätze angefügt:</b></p>
	<p><b>„(4) Abweichend von Absatz 1 Satz 2 bis 4 entspricht das Ausschreibungsvolumen für Solaranlagen des ersten Segments zu dem Gebots termin am 1. November 2022 dem Durchschnitt der Gebotsmenge der zugelassenen Gebote der Gebotsstermine am 1. März 2022 und 1. Juni 2022.</b></p>



Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	<p><b>(5) Abweichend von Absatz 2 Satz 2 bis 4 entspricht das Ausschreibungsvolumen für Solaranlagen des zweiten Segments zu dem Gebots-termin am 1. Dezember 2022 dem Durch-schnitt der Gebotsmenge der zugelassenen Ge-bote der Gebotstermine am 1. April 2022 und 1. August 2022. Liegt die Gebotsmenge der zu-gelassenen Gebote zu dem Gebotstermin am 1. August 2022 über der Gebotsmenge der zuge-lassenen Gebote zu dem Gebotstermin am 1. April 2022, erhöht sich das Ausschreibungsvo-lumen nach Satz 1 um die Differenz dieser bei-den Gebotsmengen.“</b></p>
<p>5. Dem § 28c Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:</p>	<p>8. Dem § 28c Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:</p>
<p>„Abweichend von Satz 1 finden die Gebotster-mine des Jahres 2022 am 1. April und 1. Oktober statt.“</p>	<p>„Abweichend von Satz 1 finden die Gebotster-mine des Jahres 2022 am 1. April und 1. <b>Dezem-ber</b> statt.“</p>
<p>6. Nach § 28c wird folgender § 28d eingefügt:</p>	<p>9. Nach § 28c werden folgende §§ 28d und <b>28e</b> eingefügt:</p>
<p>„§ 28d</p>	<p>„§ 28d</p>
<p>Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung</p>	<p>Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung</p>
<p>(1) Die Ausschreibungen für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeiche-rung nach § 39o finden statt:</p>	<p>(1) <b>unverändert</b></p>
<p>1. im Jahr 2023 zum Gebotstermin am 15. De-ze-mber,</p>	
<p>2. im Jahr 2024 zum Gebotstermin am 1. Juli und</p>	
<p>3. in den Jahren 2025 bis 2028 jeweils zu den Gebotsterminen am 1. Januar und am 1. Juli.</p>	
<p>(2) Das Ausschreibungsvolumen für die Ausschreibungen nach § 39o beträgt vorbehalt-lich einer abweichenden Bestimmung in der Ver-ordnung nach § 88e</p>	<p>(2) <b>unverändert</b></p>
<p>1. im Jahr 2023 400 Megawatt zu installierende Leistung,</p>	
<p>2. im Jahr 2024 600 Megawatt zu installierende Leistung,</p>	
<p>3. im Jahr 2025 700 Megawatt zu installierende Leistung,</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 25. Ausschusses</b>
4. im Jahr 2026 800 Megawatt zu installierende Leistung,	
5. im Jahr 2027 900 Megawatt zu installierende Leistung und	
6. im Jahr 2028 1 000 Megawatt zu installierende Leistung.	
Das Ausschreibungsvolumen wird jeweils gleichmäßig auf die Gebotstermine eines Kalenderjahres verteilt, wenn mehrere Gebotstermine in einem Jahr durchgeführt werden.	
(3) Das Ausschreibungsvolumen erhöht sich ab dem Jahr 2024 jeweils um die Mengen, für die in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bei den Ausschreibungen nach § 39o keine Zuschläge erteilt werden konnten.	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(4) Die Bundesnetzagentur verteilt die Menge, um die sich das Ausschreibungsvolumen nach Absatz 3 erhöht, gleichmäßig auf das Ausschreibungsvolumen der folgenden zwei noch nicht bekanntgegebenen Gebotstermine.“	(4) Die Bundesnetzagentur verteilt die Menge, um die sich das Ausschreibungsvolumen nach Absatz 3 erhöht, gleichmäßig auf das Ausschreibungsvolumen der folgenden zwei noch nicht bekanntgegebenen Gebotstermine.
	<b>§ 28e</b>
	<b>Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff</b>
	<b>(1) Die Ausschreibungen für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff nach § 39p finden statt:</b>
	<b>1. im Jahr 2023 zum Gebotstermin am 15. Dezember und</b>
	<b>2. in den Jahren 2024 bis 2026 jeweils zu den Gebotsterminen am 1. Juni und 1. Dezember.</b>
	<b>(2) Das Ausschreibungsvolumen für die Ausschreibungen nach § 39p beträgt vorbehaltlich einer abweichenden Bestimmung in der Verordnung nach § 88f</b>
	<b>1. im Jahr 2023 800 Megawatt zu installierende Leistung,</b>
	<b>2. im Jahr 2024 1 000 Megawatt zu installierende Leistung,</b>
	<b>3. im Jahr 2025 1 200 Megawatt zu installierende Leistung und</b>
	<b>4. im Jahr 2026 1 400 Megawatt zu installierende Leistung.</b>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	Das Ausschreibungsvolumen wird jeweils gleichmäßig auf die Gebotstermine eines Kalenderjahres verteilt, wenn mehrere Gebotstermine in einem Jahr durchgeführt werden.
	(3) Das Ausschreibungsvolumen erhöht sich ab dem Jahr 2024 jeweils um die Mengen, für die in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bei den Ausschreibungen nach § 39p keine Zuschläge erteilt werden konnten.
	(4) Die Bundesnetzagentur verteilt die Menge, um die sich das Ausschreibungsvolumen nach Absatz 3 erhöht, gleichmäßig auf das Ausschreibungsvolumen der folgenden zwei noch nicht bekanntgegebenen Gebotstermine.“
7. In § 32 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „der Innovationsausschreibungsverordnung“ durch die Wörter „einer Rechtsverordnung aufgrund dieses Gesetzes“ ersetzt.	10. un verändert
8. In § 33 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 wird die Angabe „88d“ durch die Angabe „88f“ ersetzt.	11. un verändert
	12. § 36d wird wie folgt gefasst:
	„§ 36d (weggefallen)“.
9. Die Überschrift von Teil 3 Abschnitt 3 Unterabschnitt 7 wird wie folgt gefasst:	13. un verändert
„Unterabschnitt 7	
Ausschreibungen für innovative Konzepte“.	
10. Nach § 39n wird folgender § 39o eingefügt:	14. Nach § 39n werden folgende §§ 39o bis 39q eingefügt:

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
„§ 39o	„§ 39o
Ausschreibungen für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung	Ausschreibungen für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung
<p>(1) Die Bundesnetzagentur führt nach Maßgabe von Absatz 2 Ausschreibungen für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung durch, um Anlagenkombinationen aus Windenergieanlagen an Land oder Solaranlagen mit einem chemischen Stromspeicher mit Wasserstoff als Speichergas zu fördern. Dabei können nach Maßgabe der Verordnung nach § 88e auch Gebote für Anlagenkombinationen abgegeben werden, die mehrere Anlagen verschiedener erneuerbarer Energien umfassen.</p>	<p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(2) Die Einzelheiten der Ausschreibungen für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung werden in einer Rechtsverordnung nach § 88e näher bestimmt. Dabei soll sichergestellt werden, dass eine Anlagenkombination aus Windenergieanlagen an Land oder Solaranlagen und einem chemischen Stromspeicher mit Wasserstoff als Speichergas besteht und diese Anlagenkombination über einen gemeinsamen Netzverknüpfungspunkt Strom einspeist, wobei</p>	<p>(2) Die Einzelheiten der Ausschreibungen für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung werden in einer Rechtsverordnung nach § 88e näher bestimmt. Dabei soll sichergestellt werden, dass eine Anlagenkombination aus Windenergieanlagen an Land oder Solaranlagen und einem chemischen Stromspeicher mit Wasserstoff als Speichergas besteht und diese Anlagenkombination über einen gemeinsamen Netzverknüpfungspunkt Strom einspeist, wobei</p>
<p>1. der gespeicherte Wasserstoff ausschließlich durch Elektrolyse aus dem Strom der anderen Anlagen der Anlagenkombination erzeugt worden ist,</p>	<p>1. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>2. der gespeicherte Wasserstoff nicht zuvor in das Netz eingespeist worden ist,</p>	<p>2. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>3. der gespeicherte Wasserstoff ausschließlich für die Erzeugung von Strom verwendet wird und</p>	<p>3. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>4. nur der in dem chemischen Speicher erzeugte und gespeicherte Wasserstoff für die Erzeugung von Strom verwendet wird.</p>	<p>4. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>In der langfristigen Wasserstoff-Netzentwicklungsplanung sollen die Standorte der bezuschlagten Anlagenkombinationen erschlossen werden, soweit die Erschließung des Standorts beiträgt zu einer möglichst sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Gas und Wasserstoff, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht.“</p>	<p>In der langfristigen Wasserstoff-Netzentwicklungsplanung sollen die Standorte der bezuschlagten Anlagenkombinationen erschlossen werden, soweit die Erschließung des Standorts beiträgt zu einer möglichst sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Gas und Wasserstoff, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht.</p>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	<b>§ 39p</b>
	<b>Ausschreibungen für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff</b>
	(1) Die Bundesnetzagentur führt nach Maßgabe von Absatz 2 Ausschreibungen für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff durch.
	(2) Die Einzelheiten der Ausschreibungen werden in einer Rechtsverordnung nach § 88f näher bestimmt.
	(3) In der langfristigen Wasserstoff-Netzentwicklungsplanung sollen die Standorte der bezuschlagten Anlagen erschlossen werden, soweit die Erschließung des Standorts beiträgt zu einer möglichst sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Gas und Wasserstoff, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht.
	<b>§ 39q</b>
	<b>Besondere Zahlungsbestimmungen für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff</b>
	Der Anspruch nach § 19 Absatz 1 für Strom aus Grünem Wasserstoff besteht nur für den Anteil der in einem Kalenderjahr erzeugten Strommenge, der einer Bemessungsleistung der Anlage von höchstens zehn Prozent des Wertes der installierten Leistung entspricht. Für den darüberhinausgehenden Anteil der in dem Kalenderjahr erzeugten Strommenge verringert sich der anzulegende Wert auf null.“
11. In § 85 Absatz 1 Nummer 1 wird die Angabe „39n“ durch die Angabe „39o“ ersetzt.	13. § 85 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
	a) In Nummer 1 wird die Angabe „39n“ durch die Angabe „39q“ ersetzt.
	b) Nummer 3 wird wie folgt geändert:
	aa) Vor Buchstabe a wird folgender Buchstabe a eingefügt:

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	<p>„a) die Netzbetreiber Anlagen nach § 8 an ihr Netz anschließen,“.</p>
	<p>bb) Die bisherigen Buchstaben a bis c werden die Buchstaben b bis d.</p>
<p>12. In § 85a Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „der §§ 1 und 2 Absatz 4“ durch die Angabe „des § 1“ ersetzt.</p>	<p>14. § 85a wird wie folgt geändert:</p>
	<p>a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „der §§ 1 und 2 Absatz 4“ durch die Angabe „des § 1“ ersetzt.</p>
	<p>b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:</p>
	<p>„(2a) Die Bundesnetzagentur kann durch Festlegung nach § 29 des Energiewirtschaftsgesetzes den Höchstwert nach § 36b dieses Gesetzes für Ausschreibungen mit einem Gebotstermin im jeweils darauffolgenden Kalenderjahr neu bestimmen, wenn die Preise für Rohstoffe, die bei der Errichtung von Windenergieanlagen an Land eingesetzt werden, im Vorjahr insgesamt um mehr als 15 Prozent gestiegen sind. Dabei darf der neue Höchstwert um nicht mehr als 10 Prozent von dem zum Zeitpunkt der Neufestlegung geltenden Höchstwert abweichen. Eine weitere Erhöhung des Höchstwerts in diesem Kalenderjahr nach den Absätzen 1 und 2 ist nicht zulässig.“</p>
	<p>c) In Absatz 3 Satz 1 und 2 wird jeweils die Angabe „Absatz 1“ durch die Wörter „Absatz 1 oder 2a“ ersetzt.</p>
<p>13. § 88d wird wie folgt geändert:</p>	<p>15. unverändert</p>
<p>a) Der Nummer 1 wird folgende Nummer 1 vorangestellt:</p>	
<p>„1. zu den Ausschreibungsvolumen und Gebotsterminen sowie zur Anrechnung der Zuschlagsmengen auf die Ausschreibungsmengen der §§ 28 bis 28c,“.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
b) Die bisherigen Nummern 1 bis 10 werden die Nummern 2 bis 11.	
14. Nach § 88d werden die folgenden §§ 88e und 88f eingefügt:	16. Nach § 88d werden die folgenden §§ 88e und 88f eingefügt:
„§ 88e	„§ 88e
Verordnungsermächtigung zu den Ausschreibungen für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung	Verordnungsermächtigung zu den Ausschreibungen für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung
Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates zu den Ausschreibungen für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung nach § 39o nähere Bestimmungen erlassen	Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates zu den Ausschreibungen für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung nach § 39o nähere Bestimmungen erlassen
1. zu der Anzahl und dem Zeitpunkt der Gebotstermine,	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. zu dem Ausschreibungsvolumen, wobei von § 28d Absatz 2 abgewichen werden kann,	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. zu Verfahren und Inhalt der Ausschreibungen, insbesondere	3. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
a) zu der Bestimmung von Mindest- und Höchstgrößen von Teillosen,	
b) zu der Festlegung von Mindest- und Höchstwerten, auch zur Anpassung dieser Werte,	
c) zu Mindestgebotswerten,	
d) zu der Bestimmung der Gebotsgrößen,	
e) zu der Anzahl an Geboten, die ein Bieter für ein Konzept abgeben darf,	
f) zu der Aufteilung des Ausschreibungsvolumens in Teilmengen, wobei nach Regionen und Netzebenen unterschieden werden kann, und	
g) zu dem Zuschlagsverfahren, insbesondere zu Regelungen, die das Ausschreibungsvolumen bei Unterzeichnung in Abhängigkeit von der Gebotsmenge verringern, sowie zu der Preisbildung im Ausschreibungsverfahren,	
4. zu Art, Form, Dauer und Inhalt der durch einen Zuschlag zu vergebenden Zahlungsansprüche, auch abweichend von den §§ 19 bis 35a und 51 bis 55, insbesondere	4. zu Art, Form, Dauer und Inhalt der durch einen Zuschlag zu vergebenden Zahlungsansprüche, auch abweichend von den §§ 19 bis 35a und 51 bis <b>55a</b> , insbesondere

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 25. Ausschusses</b>
a) zu der Zahlung einer technologieneutralen Marktprämie,	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
b) zu dem Ausschluss von Zahlungen bei negativen Preisen,	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
c) zu der Zuordnung des erzeugten Stroms zu der Veräußerungsform der Marktprämie,	c) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
d) zu Ansprüchen der Netzbetreiber gegen die Anlagenbetreiber auf Zahlung zur Verringerung des EEG-Finanzierungsbedarfs, insbesondere	d) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
aa) dazu, dass solche Ansprüche für den Zeitraum oder für Teile von Zeiträumen entstehen, in denen	
aaa) der jeweilige Marktwert nach Anlage 1 oder nach abweichenden Regelungen nach Buchstabe a oberhalb des anzulegenden Wertes liegt oder	
bbb) der Spotmarktpreis oberhalb von über Anlage 1 hinausgehenden, weiteren Referenzwerten liegt,	
bb) dazu, dass die §§ 20 und 24 bis 27 ganz oder in Teilen auch auf den Anspruch auf Erstattung anzuwenden sind oder dass die Anlagenbetreiber in entsprechender Anwendung dieser Bestimmungen verpflichtet werden,	
5. zu besonderen Zuschlags- und Zahlungsanforderungen, insbesondere	5. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
a) zu dem Bau und Betrieb von netz- und systemdienlich ausgelegten Anlagen,	
b) zu der Flexibilität der Anlagen,	
c) zu der Nutzung der Abwärme der Elektrolyseanlagen,	
d) zu der besseren Nutzung der Netzanschlusskapazität; insbesondere können von den Anlagenbetreibern auch Zahlungen für Netzkapazitäten verlangt werden, und	
e) zu der Nachweisführung über das Vorliegen der Zuschlags- und Zahlungsveraussetzungen,	



<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 25. Ausschusses</b>
6. zu der Teilnahme an den Ausschreibungen, insbesondere	6. u n v e r ä n d e r t
a) zu den Mindestanforderungen an die Eignung der Teilnehmer,	
b) zu der Beschränkung der Ausschreibung auf einzelne erneuerbare Energien,	
c) zu den Mindestanforderungen an die Anlagen, insbesondere auch zu der Kombination von unterschiedlichen Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien untereinander oder mit Einrichtungen nach § 3 Nummer 1 zweiter Halbsatz,	
d) zu den Anforderungen an die Anlagen zur Erzeugung des Wasserstoffs,	
e) zu den Anforderungen an die Anlagen zur Speicherung des Wasserstoffs,	
f) zu den Anforderungen an die Anlagen zur Rückverstromung aus Wasserstoff,	
g) zu den Anforderungen an die Abwärmenutzung,	
h) zu zusätzlichen Anforderungen zu dem Verhältnis der Anlagen für die Erzeugung und Rückverstromung des Wasserstoffs,	
i) zu den Anforderungen an den Planungs- und Genehmigungsstand der Anlagen,	
j) zu dem Nachweis der Einhaltung von Anforderungen nach den Buchstaben a bis i durch die Teilnehmer und	
k) zu der Art, der Form und dem Inhalt von Sicherheiten, die von allen Teilnehmern an den Ausschreibungen oder nur im Fall der Zuschlagserteilung zu leisten sind, um eine Inbetriebnahme und den Betrieb der Anlage sicherzustellen, und zu entsprechenden Regelungen zu der teilweisen oder vollständigen Zurückzahlung dieser Sicherheiten,	
7. zu dem Umfang der Zuschlagserteilung, insbesondere	7. u n v e r ä n d e r t

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 25. Ausschusses</b>
a) zu der räumlichen und zeitlichen Geltung der Zuschläge einschließlich der Möglichkeit, die zeitliche Geltung zu verlängern, und	
b) zu der Übertragbarkeit von Zuschlägen auf andere Anlagenkombinationen mit Wasserstoffspeicherung oder auf andere Bieter,	
8. zu den Anforderungen, die den Betrieb der Anlagen sicherstellen sollen, insbesondere, wenn eine Anlage nicht oder verspätet in Betrieb genommen worden ist oder nicht in einem ausreichenden Umfang betrieben wird,	8. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
a) zu der behördlichen Zulassung der Anlagen,	
b) zu der Pflicht zu einer Geldzahlung und deren Höhe und den Voraussetzungen für die Zahlungspflicht,	
c) zu Kriterien für einen Ausschluss von Bietern bei künftigen Ausschreibungen und	
d) zu Berichtspflichten der Bieter hinsichtlich der Realisierung der bezuschlagten Anlagenkombinationen mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung,	
9. zu der näheren Bestimmung, inwieweit die Erschließung eines bezuschlagten Standortes im Rahmen der Wasserstoff-Netzentwicklungsplanung beiträgt zu einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Gas und Wasserstoff, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht,	9. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
10. zu der Art, der Form und dem Inhalt der Veröffentlichungen und Bekanntmachung von Ausschreibungen, der Bekanntgabe der Ausschreibungsergebnisse und der erforderlichen Mitteilungen an die Netzbetreiber, auch abweichend von den §§ 29 und 35,	10. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
11. zu Auskunftspflichten der Netzbetreiber gegenüber der Bundesnetzagentur, soweit dies für die Ausschreibungen erforderlich ist,	11. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
12. zu den nach den Nummern 1 bis 11 zu übermittelnden Informationen,	12. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
13. zu Berichtspflichten der Bundesnetzagentur gegenüber dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und	13. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
14. zu der Ermächtigung der Bundesnetzagentur, unter Berücksichtigung des Ziels nach § 1 Festlegungen zu den Ausschreibungen zu erlassen, einschließlich der Ausgestaltung der Regelungen nach den Nummern 1 bis 13.	14. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 88f	§ 88f
Verordnungsermächtigung zur <i>Weiterentwicklung der Zahlungen</i>	Verordnungsermächtigung <b>zu den Ausschreibungen für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff</b>
Die Bundesregierung <i>wird ermächtigt</i> , durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates für Anlagen <i>mit Ausnahme von Windenergieanlagen auf See</i>	Die Bundesregierung <b>kann</b> durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates <b>zu den Ausschreibungen für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff nach § 39p nähere Bestimmungen erlassen:</b>
1. <i>den Anspruch auf Zahlung der Marktprämie nach § 19 Absatz 1 Nummer 1 hinsichtlich Voraussetzungen, Inhalt, Höhe und Dauer abweichend von den §§ 20, 23 bis 27a und 51 bis 55a zu regeln und insbesondere von § 23a und Anlage 1 abweichende Regelungen zur Bestimmung der Höhe der Marktprämie zu treffen; dies kann für alle Anlagen oder für einzelne Arten von Anlagen geregelt werden, wobei dies auch auf diejenigen Anlagen beschränkt werden kann, deren anzulegender Wert durch Ausschreibungen ermittelt wird,</i>	1. <b>zu der Anzahl und dem Zeitpunkt der Gebotstermine,</b>
2. <i>soweit dies zur Umsetzung von Regelungen nach Nummer 1 erforderlich ist, das Ausschreibungsverfahren abweichend von Teil 3 Abschnitt 3 zu regeln, insbesondere die Höchstwerte nach den §§ 36b, 37b, 38e, 39b oder 39l neu festzulegen,</i>	2. <b>zu dem Ausschreibungsvolumen, wobei sie von § 28e Absatz 2 abweichen kann,</b>
3. <i>zu regeln, dass die Anlagen abweichend von den §§ 21b und 21c während der gesamten Dauer nach § 25 Absatz 1 und § 51a oder während bestimmter Zeitabschnitte dieser Dauer, auch soweit diese auf Grundlage von Nummer 1 abweichend geregelt wird, der Veräußerungsform der Marktprämie zugeordnet sein müssen,</i>	3. <b>zu Verfahren und Inhalt der Ausschreibungen, insbesondere</b>
	a) <b>zu der Bestimmung von Mindest- und Höchstgrößen von Teillosen,</b>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	b) zu der Festlegung von Mindest- und Höchstwerten, auch zur Anpassung dieser Werte,
	c) zu Mindestgebotswerten,
	d) zu der Bestimmung der Gebotsgrößen,
	e) zu der Anzahl an Geboten, die ein Bieter abgeben darf,
	f) zu der Aufteilung des Ausschreibungsvolumens in Teilmengen, wobei insbesondere nach Regionen und Netzebenen oder danach, ob es sich um neue Anlagenteile handelt, unterschieden werden kann, und
	g) zu dem Zuschlagsverfahren, insbesondere Regelungen, die das Ausschreibungsvolumen bei Unterzeichnung in Abhängigkeit von der Gebotsmenge verringern, sowie zu der Preisbildung im Ausschreibungsverfahren,
4. Ansprüche der Netzbetreiber gegen die Anlagenbetreiber auf Zahlungen zur Verringerung des EEG-Finanzierungsbedarfs zu regeln, insbesondere	4. zu Art, Form, Dauer und Inhalt der durch einen Zuschlag zu vergebenden Zahlungsansprüche, auch abweichend von den §§ 19 bis 35a und 51 bis 55a, insbesondere
a) festzulegen, dass solche Ansprüche für den Zeitraum oder für Teile von Zeiträumen entstehen, in denen	a) zu der Zahlung einer technologie-neutralen Marktprämie,
aa) der jeweilige Marktwert nach Anlage 1 oder abweichenden Regelungen nach Nummer 1 oberhalb des anzulegenden Wertes liegt oder	entfällt
bb) der Spotmarktpreis oberhalb von über Anlage 1 hinausgehenden, weiteren Referenzwerten liegt,	entfällt
b) zu regeln, dass die §§ 20 und 24 bis 27a ganz oder in Teilen auch auf den Anspruch auf Erstattung anzuwenden sind oder dass die Anlagenbetreiber in entsprechender Anwendung dieser Bestimmungen verpflichtet werden.“	b) zu dem Ausschluss von Zahlungen bei negativen Preisen,
	c) zu der Zuordnung des erzeugten Stroms zu der Veräußerungsform der Marktprämie,
	d) zu Ansprüchen der Netzbetreiber gegen die Anlagenbetreiber auf Zahlung zur Verringerung des EEG-Finanzierungsbedarfs, insbesondere

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	aa) dazu, dass solche Ansprüche für den Zeitraum oder für Teile von Zeiträumen entstehen, in denen
	aaa) der jeweilige Marktwert nach Anlage 1 oder nach abweichenden Regelungen nach Buchstabe a oberhalb des anzulegenden Wertes liegt oder
	bbb) der Spotmarktpreis oberhalb von über Anlage 1 hinausgehenden, weiteren Referenzwerten liegt,
	bb) dazu, dass die §§ 20 und 24 bis 27 ganz oder in Teilen auch auf den Anspruch auf Erstattung anzuwenden sind oder dass die Anlagenbetreiber in entsprechender Anwendung dieser Bestimmungen verpflichtet werden,
	5. zur Bestimmung der höchstens zulässigen Bemessungsleistung der Anlage nach § 39q,
	6. zu besonderen Zuschlags- und Zahlungsanforderungen, insbesondere
	a) zu dem Bau und Betrieb von netz- und systemdienlich ausgelegten Anlagen,
	b) zu der Flexibilität der Anlagen,
	c) zu der Nutzung der Abwärme,
	d) zu der Nachweisführung über das Vorliegen der Zuschlags- und Zahlungsvoraussetzungen,
	7. zu der Teilnahme an den Ausschreibungen, insbesondere
	a) zu den Mindestanforderungen an die Eignung der Teilnehmer,
	b) zu zusätzlichen Anforderungen an den eingesetzten Grünen Wasserstoff,
	c) zu zusätzlichen Anforderungen an die Anlagen,

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 25. Ausschusses</b>
	d) zu den Anforderungen an die Abwärmenutzung,
	e) zu den Anforderungen an den Planungs- und Genehmigungsstand der Anlagen,
	f) zu dem Nachweis der Einhaltung von Anforderungen nach den Buchstaben a bis e durch die Teilnehmer und
	g) zu der Art, der Form und dem Inhalt von Sicherheiten, die von allen Teilnehmern an den Ausschreibungen oder nur im Fall der Zuschlagserteilung zu leisten sind, um eine Inbetriebnahme und den Betrieb der Anlage sicherzustellen, und zu entsprechenden Regelungen zu der teilweisen oder vollständigen Zurückzahlung dieser Sicherheiten,
	8. zu dem Umfang der Zuschlagserteilung, insbesondere
	a) zu der räumlichen und zeitlichen Geltung der Zuschläge einschließlich der Möglichkeit, die zeitliche Geltung zu verlängern, und
	b) zu der Übertragbarkeit von Zuschlägen auf andere Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff oder auf andere Bieter,
	9. zu den Anforderungen, die den Betrieb der Anlagen sicherstellen sollen, insbesondere wenn eine Anlage nicht oder verspätet in Betrieb genommen worden ist oder nicht in einem ausreichenden Umfang betrieben wird,
	a) zu der behördlichen Zulassung der Anlagen,
	b) zu der Pflicht zu einer Geldzahlung und deren Höhe und den Voraussetzungen für die Zahlungspflicht,
	c) zu Kriterien für einen Ausschluss von Bietern bei künftigen Ausschreibungen und
	d) zu Berichtspflichten der Bieter hinsichtlich der Realisierung der bezuschlagten Anlagen,

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	<p><b>10.</b> zu der näheren Bestimmung von Standortanforderungen, mit dem Ziel, dass die Erschließung eines bezuschlagten Standortes im Rahmen der Wasserstoff-Netzentwicklungsplanung zu einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Gas und Wasserstoff, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht, beiträgt,</p>
	<p><b>11.</b> zu der Art, der Form und dem Inhalt der Veröffentlichungen und Bekanntmachung von Ausschreibungen, der Bekanntgabe der Ausschreibungsergebnisse und der erforderlichen Mitteilungen an die Netzbetreiber, auch abweichend von den §§ 29 und 35,</p>
	<p><b>12.</b> zu Auskunftspflichten der Netzbetreiber gegenüber der Bundesnetzagentur, soweit dies für die Ausschreibungen erforderlich ist,</p>
	<p><b>13.</b> zu den nach den Nummern 1 bis 12 zu übermittelnden Informationen,</p>
	<p><b>14.</b> zu Berichtspflichten der Bundesnetzagentur gegenüber dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und</p>
	<p><b>15.</b> zu der Ermächtigung der Bundesnetzagentur, unter Berücksichtigung des Ziels nach § 1 Festlegungen zu den Ausschreibungen zu erlassen, einschließlich der Ausgestaltung der Regelungen nach den Nummern 1 bis 14.“</p>
<p><b>15.</b> In § 90 werden in dem Satzteil vor Nummer 1 die Wörter „und nukleare Sicherheit“ durch die Wörter „, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz“ und die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt.</p>	<p><b>17.</b> un verändert</p>
<p><b>16.</b> In § 92 werden in dem Satzteil vor Nummer 1 die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ und die Wörter „der Justiz und für“ durch die Wörter „für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und“ ersetzt.</p>	<p><b>18.</b> un verändert</p>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
<p>17. In § 93 Satz 2 werden die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ und die Wörter „und nukleare Sicherheit“ durch die Wörter „, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz“ ersetzt.</p>	<p>19. § 93 wird wie folgt gefasst:</p>
	<p>„§ 93</p>
	<p><b>Verordnungsermächtigung zu Anforderungen an Grünen Wasserstoff</b></p>
	<p>(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Anforderungen an die Herstellung von Grünem Wasserstoff zu bestimmen, um sicherzustellen, dass nur Wasserstoff als Grüner Wasserstoff gilt, der ausschließlich mit Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt wurde und der mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Energieversorgung vereinbar ist. Hierbei ist vorzusehen, dass für die Herstellung des Wasserstoffs nur Strom aus erneuerbaren Energien verbraucht werden darf, der keine finanzielle Förderung nach diesem Gesetz in Anspruch genommen hat. Darüber hinaus können insbesondere nähere Bestimmungen erlassen werden:</p>
	<p>1. zu den Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien, deren Strom zur Herstellung von Grünem Wasserstoff verwendet werden kann, insbesondere zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme dieser Anlagen im Verhältnis zur Inbetriebnahme der Anlage zur Herstellung von Grünem Wasserstoff,</p>
	<p>2. zum zeitlichen Verhältnis von Stromerzeugung und Wasserstoffherstellung,</p>
	<p>3. zum räumlichen Verhältnis der Anlage zur Erzeugung von Grünem Wasserstoff zur Anlage zur Erzeugung von erneuerbarer Energie,</p>
	<p>4. zu einer Einführungsphase, in der von den Anforderungen der Nummern 1 bis 3 in vorgegebenem Maß abgewichen werden kann, und</p>
	<p>5. zu besonderen Anforderungen an Demonstrations- und Pilotvorhaben.</p>



Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	<p><b>Außerdem kann bestimmt werden, dass auch chemische Verbindungen, die ausschließlich aus Grünem Wasserstoff erzeugt werden, als Grüner Wasserstoff gelten.</b></p>
	<p><b>(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, in der Verordnung nach Absatz 1 auch Anforderungen an die Nachweisführung für die Anforderungen nach Absatz 1 zu bestimmen. Hierbei können insbesondere nähere Anforderungen daran gestellt werden, wie vertragliche Beziehungen, die Stromlieferungen zur Herstellung von Grünem Wasserstoff zugrunde liegen, die Erfüllung der Anforderungen nach Absatz 1 nachweisen können.</b></p>
	<p><b>(3) Im Anwendungsbereich der Absätze 1 und 2 wird die Bundesregierung auch ermächtigt, Grünen Wasserstoff durch einen Verweis auf die Verordnung nach § 37d Absatz 2 Satz 1 Nummer 13 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu bestimmen.“</b></p>
<p>18. In § 96 Absatz 1 wird nach der Angabe „88d,“ die Angabe „88e, 88f,“ eingefügt.</p>	<p><b>20. unverändert</b></p>
<p>19. § 98 wird wie folgt geändert:</p>	<p><b>21. unverändert</b></p>
<p>a) In Absatz 1 Satz 7 werden die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt.</p>	
<p>b) In Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ und die Wörter „und nukleare Sicherheit“ durch die Wörter „, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz“ ersetzt.</p>	
<p>20. § 99 wird wie folgt geändert:</p>	<p><b>22. unverändert</b></p>
<p>a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>aa) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 2 Absatz 3“ durch die Wörter „Teil 3 Abschnitt 3“ ersetzt.</p>	
<p>bb) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
<p>„6. die Erfahrungen mit der finanziellen Beteiligung der Kommunen nach § 6.“</p>	
<p>b) In Absatz 3 Satz 1 und 2 werden jeweils die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt.</p>	
<p>21. § 100 wird wie folgt geändert:</p>	<p>23. § 100 wird wie folgt geändert:</p>
<p>a) Dem Absatz 9 wird folgender Satz angefügt:</p>	<p>a) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>„Für Solaranlagen, die nach dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 20 Absatz 2] in Betrieb genommen worden sind, ist § 48 Absatz 5 mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Anspruch nach § 19 Absatz 1 Nummer 1 und 2 für 80 Prozent der in einem Kalenderjahr erzeugten Strommenge besteht.“</p>	
	<p><b>b) Dem Absatz 10 wird folgender Satz angefügt:</b></p>
	<p>„§ 55 Absatz 3 in der am 26. Juli 2021 geltenden Fassung ist auf Zuschläge, die in der Ausschreibung für Solaranlagen des zweiten Segments zum Gebotstermin 1. Dezember 2021 erteilt wurden, anzuwenden.“</p>
	<p><b>c) In Absatz 11 Satz 1 werden die Wörter „die Meldung im Register“ durch die Wörter „die Beantragung der Zahlungsberechtigung“ ersetzt.</b></p>
<p>b) <i>Folgender Absatz 14 wird angefügt:</i></p>	<p><b>d) Folgende Absätze 14 und 15 werden angefügt:</b></p>
<p>„(14) Für Strom aus Solaranlagen, die ausschließlich auf, an oder in einem Gebäude oder einer Lärmschutzwand angebracht und vor dem 1. Januar 2023 in Betrieb genommen worden sind, beträgt der anzulegende Wert abweichend von § 48 Absatz 2</p>	<p>„(14) Für Strom aus Solaranlagen, die ausschließlich auf, an oder in einem Gebäude oder einer Lärmschutzwand angebracht und vor dem 1. Januar 2023 in Betrieb genommen worden sind, beträgt der anzulegende Wert abweichend von § 48 Absatz 2</p>
<p>1. bis einschließlich einer installierten Leistung von 10 Kilowatt <b>6,93</b> Cent pro Kilowattstunde,</p>	<p>1. bis einschließlich einer installierten Leistung von 10 Kilowatt <b>8,60</b> Cent pro Kilowattstunde,</p>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
2. bis einschließlich einer installierten Leistung von 40 Kilowatt 6,85 Cent pro Kilowattstunde und	2. bis einschließlich einer installierten Leistung von 40 Kilowatt 7,50 Cent pro Kilowattstunde und
3. bis einschließlich einer installierten Leistung von 750 Kilowatt 5,36 Cent pro Kilowattstunde.	3. bis einschließlich einer installierten Leistung von 750 Kilowatt 6,20 Cent pro Kilowattstunde.
<i>Satz 1 ist nur anzuwenden, wenn der Anlagenbetreiber</i>	<b>entfällt</b>
1. dem Netzbetreiber nach dem ... [einsetzen: Datum der Bestätigung der Werte nach Satz 1 durch Veröffentlichung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz auf seiner Homepage] in Textform mitgeteilt hat, dass er die neuen anzulegenden Werte zur Kenntnis genommen hat und daher beabsichtigt, eine Solaranlage zu kaufen, und	<b>entfällt</b>
2. die Solaranlage nach der Mitteilung nach Nummer 1 verbindlich bestellt hat.	<b>entfällt</b>
Wenn der Anlagenbetreiber den gesamten in einem Kalenderjahr in der Anlage erzeugten Strom mit Ausnahme des Stroms, der in der Solaranlage oder in deren Neben- und Hilfsanlagen zur Erzeugung von Strom im technischen Sinn verbraucht wird, in das Netz eingespeist und dies dem Netzbetreiber im Kalenderjahr 2022 vor der Inbetriebnahme und im Übrigen vor dem 1. Dezember des vorangegangenen Kalenderjahres in Textform mitgeteilt hat, erhöht sich der anzulegende Wert nach Satz 1 in entsprechender Anwendung des § 24 Absatz 1 Satz 1 für den jeweils zuletzt in Betrieb genommenen Generator	Wenn der Anlagenbetreiber den gesamten in einem Kalenderjahr in der Anlage erzeugten Strom mit Ausnahme des Stroms, der in der Solaranlage oder in deren Neben- und Hilfsanlagen zur Erzeugung von Strom im technischen Sinn verbraucht wird, in das Netz eingespeist und dies dem Netzbetreiber im Kalenderjahr 2022 vor der Inbetriebnahme und im Übrigen vor dem 1. Dezember des vorangegangenen Kalenderjahres in Textform mitgeteilt hat, erhöht sich der anzulegende Wert nach Satz 1
1. bis einschließlich einer installierten Leistung von 10 Kilowatt um 6,87 Cent pro Kilowattstunde,	1. bis einschließlich einer installierten Leistung von 10 Kilowatt um 4,80 Cent pro Kilowattstunde,
2. bis einschließlich einer installierten Leistung von 40 Kilowatt um 4,45 Cent pro Kilowattstunde,	2. bis einschließlich einer installierten Leistung von 40 Kilowatt um 3,80 Cent pro Kilowattstunde,
3. bis einschließlich einer installierten Leistung von 100 Kilowatt um 5,94 Cent pro Kilowattstunde und	3. bis einschließlich einer installierten Leistung von 100 Kilowatt um 5,10 Cent pro Kilowattstunde und
4. bis einschließlich einer installierten Leistung von 300 Kilowatt um 4,04 Cent pro Kilowattstunde.	4. bis einschließlich einer installierten Leistung von 300 Kilowatt um 3,20 Cent pro Kilowattstunde.

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	<p>§ 24 Absatz 1 Satz 1 ist zum Zweck der Ermittlung der Höhe des Anspruchs nach Satz 2 Nummer 1 bis 4 für den jeweils zuletzt in Betrieb genommenen Generator entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, dass ein Anlagenbetreiber abweichend von § 24 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 bestimmen kann, dass Solaranlagen, die innerhalb von weniger als zwölf aufeinander folgenden Kalendermonaten in Betrieb genommen werden, nicht als eine Anlage, sondern als zwei Anlagen anzusehen sind, wenn</p>
	<p>1. sie auf, an oder in demselben Gebäude angebracht sind,</p>
	<p>2. der Strom aus beiden Anlagen über jeweils eine eigene Messeinrichtung abgerechnet wird und</p>
	<p>3. der Anlagenbetreiber dem Netzbetreiber im Jahr der Inbetriebnahme der zweiten Anlage vor der Inbetriebnahme und im Übrigen vor dem 1. Dezember des vorangegangenen Kalenderjahres mitgeteilt hat, für welche der beiden Anlagen er den erhöhten anzulegenden Wert nach Satz 2 in Anspruch nehmen möchte; für Strom aus der anderen Anlage ist die Erhöhung des anzulegenden Wertes nach Satz 2 ausgeschlossen.</p>
<p>Wenn der Anlagenbetreiber entgegen der Mitteilung nach Satz 3 nicht den gesamten in der Anlage in einem Kalenderjahr erzeugten Strom in das Netz einspeist, verringert sich der anzulegende Wert für dieses Kalenderjahr auf den Marktwert.“</p>	<p>Wenn der Anlagenbetreiber entgegen der Mitteilung nach Satz 2 nicht den gesamten in der Anlage in einem Kalenderjahr erzeugten Strom in das Netz einspeist, verringert sich der anzulegende Wert für dieses Kalenderjahr auf den Marktwert.</p>
	<p><b>(15) Für Windenergieanlagen an Land, die vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes nach Artikel 20 Absatz 2] einen Zuschlag in den Ausschreibungen erhalten haben, verlängert die Bundesnetzagentur auf Antrag einmalig die Frist, nach der der Zuschlag erlischt, um sechs Monate. Die Frist wird verlängert, wenn der Zuschlag zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht bereits erloschen ist.“</b></p>
	<p><b>24. Dem § 103 wird folgender Absatz 7 angefügt:</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	<p>„(7) Verkehrsunternehmen mit elektrisch betriebenen Bussen erhalten eine Begrenzung nach § 65a nur, soweit diese Begrenzung und alle sonstigen Beihilfen, die dem Unternehmen aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352/1 vom 24. Dezember 2013) in den Kalenderjahren 2020, 2021 sowie 2022 gewährt worden sind, den Betrag von 200 000 Euro nicht überschreiten. Die Nachweisführung für die Voraussetzungen nach Satz 1 erfolgt durch eine Eigenerklärung, in der das Unternehmen</p>
	<p>1. sämtliche Beihilfen angibt, die ihm aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 in den Jahren 2020, 2021 und 2022 bis zum Zeitpunkt der Abgabe der Eigenerklärung gewährt worden sind,</p>
	<p>2. sich verpflichtet, ab dem Zeitpunkt der Abgabe der Eigenerklärung und bis zum Ende des Jahres 2022 keine sonstigen Beihilfen aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 in Anspruch zu nehmen, die den zulässigen Gesamtbetrag aller Beihilfen aufgrund dieser Verordnung von 200 000 Euro nach § 65a Absatz 1 übersteigen würden, und</p>
	<p>3. bestätigt, dass es keinem Förderausschluss nach Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 unterliegt.</p>
	<p>Die Eigenerklärung nach Satz 2 muss für das Begrenzungsjahr 2022 dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle bis zum 31. Oktober 2022 übermittelt werden. Als dem Unternehmen gewährte Beihilfen im Sinn dieses Absatzes gelten alle Beihilfen, die dem Unternehmen im Sinn des Artikels 2 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 gewährt werden.“</p>
<p>22. Dem § 105 wird folgender Absatz 6 angefügt:</p>	<p>25. § 105 wird wie folgt geändert:</p>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	a) In Absatz 5 werden die Angabe „36d,“ und die Wörter „§ 63 Nummer 2 in Verbindung mit § 65a,“ gestrichen.
	b) Es wird folgender Absatz 6 angefügt:
„(6) § 100 Absatz 9 Satz 2 und Absatz 14 darf erst nach der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission und nur nach Maßgabe dieser Genehmigung angewandt werden.“	„(6) un verändert
23. In § 21 Absatz 4, § 22a Absatz 3, § 69 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1 und 2, § 76 Absatz 2 Satz 2, § 81 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 7 Satz 5, § 88a Absatz 3 Nummer 2 in dem Satzteil vor Buchstabe a, § 88b in dem Satzteil vor Nummer 1, § 94 in dem Satzteil vor Nummer 1, § 97 Absatz 2, 4 und 5 und § 104 Absatz 1 werden jeweils die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt.	26. un verändert
	27. In Anlage 1 Nummer 1 zweiter Spiegelstrich werden nach der Angabe „pro Kilowattstunde“ die Wörter „, in den Fällen des § 23d ist dies der Gesamtwert für eine Anlage“ eingefügt.
<b>Artikel 2</b>	<b>Artikel 2</b>
<b>Weitere Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes</b>	<b>Weitere Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes</b>
Das Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 1 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 1 <b>des Gesetzes vom ... [einsetzen: Datum und Fundstelle des Artikels 1]</b> dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Die Abkürzung wird wie folgt gefasst:	1. un verändert
„EEG 2023“.	

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
2. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:	2. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
a) In der Angabe zu § 1 werden die Wörter „Zweck und“ gestrichen.	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
	<b>b) Nach der Angabe zu § 1 wird folgende Angabe zu § 1a eingefügt:</b>
	<b>„§ 1a Zeitliche Transformation“.</b>
b) In der Angabe zu Teil 2 Abschnitt 2 werden die Wörter „und Einspeisemanagement“ gestrichen.	c) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
c) Nach der Angabe zu § 22a wird folgende Angabe zu § 22b eingefügt:	d) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„§ 22b Bürgerenergiegesellschaften“.	
d) In der Angabe zu § 23b wird das Wort „Bestimmungen“ durch das Wort „Bestimmung“ ersetzt.	e) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
e) Die Angaben zu den §§ 23c und 23d werden durch folgende Angabe ersetzt:	f) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„§ 23c Anteilige Zahlung“.	
f) Die Angabe zu § 27a wird gestrichen.	g) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
g) Die Angaben zu den §§ 28 bis 28d werden durch die folgenden Angaben ersetzt:	h) Die Angaben zu den §§ 28 bis <b>28e</b> werden durch die folgenden Angaben ersetzt:
„§ 28 Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Windenergie an Land	„§ 28 <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 28a Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Solaranlagen des ersten Segments	§ 28a <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 28b Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Solaranlagen des zweiten Segments	§ 28b <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 28c Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Biomasse	§ 28c <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 28d Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Biomethananlagen	§ 28d <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
§ 28e Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Innovationsausschreibungen	§ 28e <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 28f Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung“.	§ 28f Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für innovative Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung
	<b>§ 28g Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff“.</b>
	<b>i) Nach der Angabe zu § 34 wird folgende Angabe eingefügt:</b>
	<b>„§ 34a Unionsfremde Bieter“.</b>
h) Die Angabe zu § 36g wird wie folgt gefasst:	j) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„§ 36g (weggefallen)“.	
i) Die Angabe zu § 38h wird wie folgt gefasst:	k) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„§ 38h Anzulegender Wert für Solaranlagen des zweiten Segments“.	
j) In der Angabe zu § 39k werden die Wörter „ <b>in der Südregion</b> “ gestrichen.	l) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
k) Die Angabe zu § 52 wird wie folgt gefasst:	m) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„§ 52 Zahlungen bei Pflichtverstößen“.	
l) Nach der Angabe zu § 55a wird folgende Angabe eingefügt:	n) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„§ 55b Rückforderung“.	
m) Die Angabe zu Teil 4 wird wie folgt gefasst:	o) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„Teil 4 Weitergabe und Vermarktung des Stroms aus erneuerbaren Energien	
§ 56 Weitergabe an den Übertragungsnetzbetreiber	



Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
§ 57 Vermarktung durch die Übertragungsnetzbetreiber	
§ 58 Weitere Bestimmungen	
§ 59 (weggefallen)	
§ 60 (weggefallen)	
§ 61 (weggefallen)	
§ 62 (weggefallen)	
§ 63 (weggefallen)	
§ 64 (weggefallen)	
§ 65 (weggefallen)	
§ 66 (weggefallen)	
§ 67 (weggefallen)	
§ 68 (weggefallen)	
§ 69 (weggefallen)“.	
n) Die Angaben zu den §§ 74 bis 75 werden durch die folgenden Angaben ersetzt:	<b>p) unverändert</b>
„§ 74 Vorausschau des weiteren Ausbaus	
§ 75 (weggefallen)“.	
o) Die Angabe zu § 78 wird wie folgt gefasst:	<b>q) unverändert</b>
„§ 78 (weggefallen)“.	
p) Nach der Angabe zu § 85b wird folgende Angabe eingefügt:	<b>r) unverändert</b>
„§ 85c Festlegung zu den besonderen Solaranlagen“.	
	<b>s) Die Angabe zu § 87 wird wie folgt gefasst:</b>
	<b>„§ 87 Benachrichtigung und Beteiligung der Bundesnetzagentur bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten“.</b>
	<b>t) Die Angabe zu § 94 wird wie folgt gefasst:</b>
	<b>„§ 94 (weggefallen)“.</b>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
q) Die Angabe zu § 99a wird durch die folgenden Angaben ersetzt:	u) un verändert
„§ 99a Fortschrittsbericht Windenergie an Land	
§ 99b Bericht zur Bürgerenergie“.	
r) Die Angabe zu Teil 7 Abschnitt 3 wird wie folgt gefasst:	v) un verändert
„Abschnitt 3 Schlussbestimmungen“.	
s) Die Angaben zu den §§ 100 und 101 werden wie folgt gefasst:	w) un verändert
„§ 100 Übergangsbestimmungen	
§ 101 Beihilferechtlicher Genehmigungsvorbehalt“.	
t) Die Angaben zu den §§ 102 bis 105 werden gestrichen.	x) un verändert
u) Die Angabe zu Anlage 4 wird wie folgt gefasst:	y) un verändert
„Anlage 4: (weggefallen)“.	
3. § 1 wird wie folgt gefasst:	3. § 1 wird wie folgt gefasst:
„§ 1	„§ 1
Ziel des Gesetzes	Ziel des Gesetzes
(1) Ziel dieses Gesetzes ist insbesondere im Interesse des Klima- und Umweltschutzes die Transformation zu einer nachhaltigen und treibhausgasneutralen Stromversorgung, die vollständig auf erneuerbaren Energien beruht.	(1) un verändert
(2) Zur Erreichung des Ziels nach Absatz 1 soll	(2) Zur Erreichung des Ziels nach Absatz 1 soll der Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Bruttostromverbrauch im Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone (Bundesgebiet) auf mindestens 80 Prozent im Jahr 2030 gesteigert werden.

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
<p>1. <i>der Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Bruttostromverbrauch im Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone (Bundesgebiet) auf mindestens 80 Prozent im Jahr 2030 gesteigert werden und</i></p>	<p><b>entfällt</b></p>
<p>2. <i>ab dem Jahr 2035 die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral erfolgen.</i></p>	<p><b>entfällt</b></p>
<p>(3) Der für die Erreichung <i>der Ziele</i> nach Absatz 2 erforderliche Ausbau der erneuerbaren Energien soll stetig, kosteneffizient, umweltverträglich und netzverträglich erfolgen.“</p>	<p>(3) Der für die Erreichung <b>des Ziels</b> nach Absatz 2 erforderliche Ausbau der erneuerbaren Energien soll stetig, kosteneffizient, umweltverträglich und netzverträglich erfolgen.“</p>
	<p><b>4. Nach § 1 wird folgender § 1a eingefügt:</b></p>
	<p><b>„§ 1a</b></p>
	<p><b>Zeitliche Transformation</b></p>
	<p><b>(1) Nach der Vollendung des Kohleausstiegs wird die Treibhausgasneutralität der Stromversorgung im Bundesgebiet angestrebt.</b></p>
	<p><b>(2) Nach der Vollendung des Kohleausstiegs soll der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien marktgetrieben erfolgen. Zu diesem Zweck</b></p>
	<p><b>1. legt dieses Gesetz keine Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für die Zeit nach der Vollendung des Kohleausstiegs fest und</b></p>
	<p><b>2. sollen Zahlungen an Anlagen, deren anzulegender Wert gesetzlich bestimmt wird und die nach der Vollendung des Kohleausstiegs in Betrieb genommen werden, auf ein Niveau begrenzt werden, das keine Förderung darstellt.</b></p>
	<p><b>Weitere Zahlungen sollen insbesondere aufgrund der erwarteten Entwicklung im Europäischen Emissionshandelssystem und aufgrund des dadurch ermöglichten marktgetriebenen weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energien nicht erfolgen.</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	<p><b>(3) Die Bundesregierung evaluiert fortlaufend die Entwicklung des marktgetriebenen Ausbaus der erneuerbaren Energien und bewertet diese Entwicklung vor dem Hintergrund der Ausbauziele. Sie legt rechtzeitig, spätestens bis zum 31. März 2024 einen Vorschlag vor, wie die Finanzierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien nach der Vollen- dung des Kohleausstiegs erfolgen soll.“</b></p>
<p>4. § 3 wird wie folgt geändert:</p>	<p>5. § 3 wird wie folgt geändert:</p>
<p>a) In Nummer 3a werden vor den Wörtern „vor dem 1. Januar 2021“ die Wörter „keine Windenergieanlagen an Land sind, eine installierte Leistung von bis zu 100 Kilowatt haben und“ eingefügt.</p>	<p>a) un verändert</p>
<p>b) Die Nummern 4a und 4b werden aufgehoben.</p>	<p>b) un verändert</p>
<p>c) Nummer 7 wird wie folgt gefasst:</p>	<p>c) un verändert</p>
<p>„7. „benachteiligtes Gebiet“ ein Gebiet im Sinn</p>	
<p>a) der Richtlinie 86/465/EWG des Rates vom 14. Juli 1986 betreffend das Gemeinschaftsverzeichnis der benachteiligten landwirtschaftlichen Gebiete im Sinne der Richtlinie 75/268/EWG (Deutschland) (ABl. L 273 vom 24.9.1986, S. 1), die zuletzt durch die Entscheidung 97/172/EG (ABl. L 72 vom 13.3.1997, S. 1) geändert worden ist, oder</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
<p>b) des Artikels 32 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 487) in der Fassung, die zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) Nr. 2021/1017 vom 15. April 2021 (ABl. L 224 vom 24.6.2021, S. 1) geändert worden ist,“.</p>	
<p>d) In Nummer 9 wird die Angabe „10a“ durch die Angabe „10d“ ersetzt.</p>	<p>d) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>e) Nummer 14 wird wie folgt gefasst:</p>	<p>e) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>„14. (weggefallen)“.</p>	
<p>f) Nummer 15 wird wie folgt geändert:</p>	<p>f) Nummer 15 wird wie folgt geändert:</p>
	<p><b>aa) In dem Satzteil vor Buchstabe a wird das Wort „Gesellschaft“ durch die Wörter „Genossenschaft oder sonstige Gesellschaft“ ersetzt.</b></p>
<p>aa) In Buchstabe a wird das Wort „zehn“ durch die Angabe „50“ ersetzt.</p>	<p><b>bb) u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>bb) Buchstabe b wird durch die folgenden Buchstaben b und c ersetzt:</p>	<p><b>cc) Buchstabe b wird durch die folgenden Buchstaben b und c ersetzt:</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
<p>„b) bei der mindestens 75 Prozent der Stimmrechte bei natürlichen Personen liegen, die in <i>der kreisfreien Stadt oder dem Landkreis, in der oder dem die geplante Anlage errichtet werden soll, nach § 21 oder § 22 des Bundesmeldegesetzes mit ihrem Hauptwohnsitz</i> gemeldet sind,</p>	<p>„b) bei der mindestens 75 Prozent der Stimmrechte bei natürlichen Personen liegen, die in <b>einem Postleitzahlengebiet, das sich ganz oder teilweise im Umkreis von 50 Kilometern um die geplante Anlage befindet, nach dem Bundesmeldegesetzes mit einer Wohnung</b> gemeldet sind, <b>wobei der Abstand im Fall von Solaranlagen vom äußeren Rand der jeweiligen Anlage und im Fall von Windenergieanlagen von der Turmmitte der jeweiligen Anlagen gemessen wird,</b></p>
<p>c) bei der die Stimmrechte, die nicht bei natürlichen Personen liegen, ausschließlich bei Kleinstunternehmen, kleinen oder mittleren Unternehmen nach der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36) oder bei kommunalen Gebietskörperschaften liegen, und“.</p>	<p>c) bei der die Stimmrechte, die nicht bei natürlichen Personen liegen, ausschließlich bei Kleinstunternehmen, kleinen oder mittleren Unternehmen nach der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36) oder bei kommunalen Gebietskörperschaften <b>sowie deren rechtsfähigen Zusammenschlüssen</b> liegen, und“.</p>
<p>cc) Der bisherige Buchstabe c wird Buchstabe d.</p>	<p><b>dd) un verändert</b></p>
<p>dd) Der Teilsatz nach Buchstabe d wird wie folgt gefasst:</p>	<p><b>ee) Der Teilsatz nach Buchstabe d wird wie folgt gefasst:</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
<p>„wobei mit den Stimmrechten nach Buchstabe b in der Regel auch eine entsprechende tatsächliche Möglichkeit der Einflussnahme auf die Gesellschaft und der Mitwirkung an Entscheidungen der Gesellschafterversammlung verbunden sein muss <i>und</i> es beim Zusammenschluss von mehreren juristischen Personen oder Personengesellschaften zu einer Gesellschaft ausreicht, wenn jedes der Mitglieder der Gesellschaft die Voraussetzungen nach den Buchstaben a bis d erfüllt,“.</p>	<p>„wobei mit den Stimmrechten nach Buchstabe b in der Regel auch eine entsprechende tatsächliche Möglichkeit der Einflussnahme auf die Gesellschaft und der Mitwirkung an Entscheidungen der Gesellschafterversammlung verbunden sein muss, es beim Zusammenschluss von mehreren juristischen Personen oder Personengesellschaften zu einer Gesellschaft ausreicht, wenn jedes der Mitglieder der Gesellschaft die Voraussetzungen nach den Buchstaben a bis d erfüllt <b>und es bei einer Gesellschaft, an der eine andere Gesellschaft 100 Prozent der Stimmrechte hält, ausreicht, wenn die letztere die Voraussetzungen nach den Buchstaben a bis d erfüllt,“.</b></p>
<p>g) Die Nummern 18 bis 20 werden wie folgt gefasst:</p>	<p>g) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>„18. (weggefallen)</p>	
<p>19. (weggefallen)</p>	
<p>20. (weggefallen)“.</p>	
<p>h) Nach Nummer 34 werden die folgenden Nummern 34a und 34b eingefügt:</p>	<p>h) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>„34a. „Moorboden“ jeder Boden, der die Voraussetzungen des § 11 Absatz 2 der GAP-Konditionalitäten-Verordnung erfüllt und der Erstellung der Gebietskulisse nach § 11 Absatz 3 der GAP-Konditionalitäten-Verordnung zugrunde gelegt werden kann,</p>	
<p>34b. „naturschutzrelevante Ackerflächen“ Flächen, die landwirtschaftlich genutzt werden und mindestens einen hohen Biotopwert im Sinn des § 5 Absatz 2 Nummer 4 der Bundeskompensationsverordnung aufweisen,“.</p>	
<p>i) Nummer 37 Buchstabe a wird wie folgt geändert:</p>	<p>i) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>aa) Doppelbuchstabe aa wird aufgehoben.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
bb) Die Doppelbuchstaben bb und cc werden die Doppelbuchstaben aa und bb.	
j) Nummer 40 wird wie folgt gefasst:	j) u n v e r ä n d e r t
„40. (weggefallen)“.	
k) Die Nummern 41a und 41b werden wie folgt gefasst:	k) u n v e r ä n d e r t
„41a. „Solaranlage des ersten Segments“ jede Freiflächenanlage und jede Solaranlage auf, an oder in einer baulichen Anlage, die weder Gebäude noch Lärmschutzwand ist,	
41b. „Solaranlage des zweiten Segments“ jede Solaranlage auf, an oder in einem Gebäude oder einer Lärmschutzwand,“.	
l) Nummer 43 wird wie folgt gefasst:	l) u n v e r ä n d e r t
„43. (weggefallen)“.	
m) Nummer 43b wird wie folgt gefasst:	m) u n v e r ä n d e r t
„43b. (weggefallen)“.	
n) Nummer 44a wird aufgehoben.	n) u n v e r ä n d e r t
o) Nummer 45 wird wie folgt gefasst:	o) u n v e r ä n d e r t
„45. (weggefallen)“.	
p) Die Nummern 47 und 47a werden durch folgende Nummer 47 ersetzt:	p) u n v e r ä n d e r t
„47. „Unternehmen in Schwierigkeiten“ ein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinn der Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. C 249 vom 31.7.2014, S. 1),“.	
5. Die §§ 4 und 4a werden wie folgt gefasst:	6. Die §§ 4 und 4a werden wie folgt gefasst:



Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
„§ 4	„§ 4
Ausbaupfad	unverändert
Die Ziele nach § 1 sollen erreicht werden durch	
1. eine Steigerung der installierten Leistung von Windenergieanlagen an Land auf	
a) 69 Gigawatt im Jahr 2024,	
b) 84 Gigawatt im Jahr 2026,	
c) 99 Gigawatt im Jahr 2028,	
d) 115 Gigawatt im Jahr 2030,	
e) 157 Gigawatt im Jahr 2035 und	
f) 160 Gigawatt im Jahr 2040	
sowie den Erhalt dieser installierten Leistung nach dem Jahr 2040,	
2. eine Steigerung der installierten Leistung von Windenergieanlagen auf See nach Maßgabe des Windenergie-auf-See-Gesetzes,	
3. eine Steigerung der installierten Leistung von Solaranlagen auf	
a) 88 Gigawatt im Jahr 2024,	
b) 128 Gigawatt im Jahr 2026,	
c) 172 Gigawatt im Jahr 2028,	
d) 215 Gigawatt im Jahr 2030,	
e) 309 Gigawatt im Jahr 2035 und	
f) 400 Gigawatt im Jahr 2040	
sowie den Erhalt dieser Leistung nach dem Jahr 2040 und	
4. eine installierte Leistung von Biomasseanlagen von 8 400 Megawatt im Jahr 2030.	

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
§ 4a	§ 4a
Strommengenpfad	Strommengenpfad
Um überprüfen zu können, ob die erneuerbaren Energien in der für die Erreichung des Ziels nach § 1 Absatz 2 Nummer 1 erforderlichen Geschwindigkeit ausgebaut werden, werden folgende Zwischenziele als Richtwerte für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien festgelegt:	Um überprüfen zu können, ob die erneuerbaren Energien in der für die Erreichung des Ziels nach § 1 Absatz 2 erforderlichen Geschwindigkeit ausgebaut werden, werden folgende Zwischenziele als Richtwerte für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien festgelegt:
1. 287 Terawattstunden im Jahr 2023,	1. un verändert
2. 310 Terawattstunden im Jahr 2024,	2. un verändert
3. 346 Terawattstunden im Jahr 2025,	3. un verändert
4. 388 Terawattstunden im Jahr 2026,	4. un verändert
5. 433 Terawattstunden im Jahr 2027,	5. un verändert
6. 479 Terawattstunden im Jahr 2028,	6. un verändert
7. 533 Terawattstunden im Jahr 2029 und	7. un verändert
8. 600 Terawattstunden im Jahr 2030.“	8. un verändert
6. § 5 wird wie folgt geändert:	7. § 5 wird wie folgt geändert:
a) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „5 Prozent“ durch die Angabe „20 Prozent“ ersetzt.	a) un verändert
b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:	b) un verändert
aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:	
aaa) In Nummer 1 werden nach der Angabe „ABI. L 328 vom 21.12.2018, S. 82“ die Wörter „, zuletzt berichtigt durch ABI. L 311 vom 25.9.2020, S. 11“ eingefügt und wird das Komma am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.	
bbb) Nummer 2 wird aufgehoben.	
ccc) Nummer 3 wird Nummer 2.	
bb) Satz 2 wird aufgehoben.	

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
c) In Absatz 4 Satz 1 wird in dem Satzteil vor Nummer 1 die Angabe „Satz 1“ gestrichen.	c) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
d) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:	d) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:
„(5) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Anlagen und der in ihnen erzeugte Strom werden angerechnet auf	„(5) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Anlagen und der in ihnen erzeugte Strom werden angerechnet auf
1. das Ziel nach § 1 Absatz 2 Nummer 1,	1. das Ziel nach § 1 Absatz 2,
2. den nationalen Beitrag zum Gesamtziel der Europäischen Union im Jahr 2030 nach Artikel 3 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen vom 11. Dezember 2018 und	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. den nationalen Anteil an Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendenergieverbrauch nach Artikel 32 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 663/2009 und (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 94/22/EG, 98/70/EG, 2009/31/EG, 2009/73/EG, 2010/31/EU, 2012/27/EU und 2013/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2009/119/EG und (EU) 2015/652 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2021/1119 (ABl. L 243 vom 9.7.2021, S. 1) geändert worden ist.	3. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
<p>Satz 1 ist jedoch auf die in Absatz 2 genannten Anlagen nur nach Maßgabe der völkerrechtlichen Vereinbarung anzuwenden. Auf die in Absatz 1 genannten Anlagen ist er nicht anzuwenden, soweit die Zahlungen nach dem Fördersystem eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union geleistet werden und eine völkerrechtliche Vereinbarung eine Anrechnung auf die Ziele dieses Mitgliedstaates regelt. Die in Absatz 2 genannten Anlagen und der in ihnen erzeugte Strom sowie die in Absatz 1 genannten Anlagen und der in ihnen erzeugte Strom, soweit für diese in Absatz 1 genannten Anlagen Zahlungen nach dem Fördersystem eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union geleistet werden und eine völkerrechtliche Vereinbarung eine Anrechnung auf die Ziele dieses Mitgliedstaates regelt, werden weder auf den Ausbaupfad nach § 4 noch auf den Strommengenpfad nach § 4a angerechnet.“</p>	<p>Satz 1 ist jedoch auf die in Absatz 2 genannten Anlagen nur nach Maßgabe der völkerrechtlichen Vereinbarung anzuwenden. Auf die in Absatz 1 genannten Anlagen ist er nicht anzuwenden, soweit die Zahlungen nach dem Fördersystem eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union geleistet werden und eine völkerrechtliche Vereinbarung eine Anrechnung auf die Ziele dieses Mitgliedstaates regelt. Die in Absatz 2 genannten Anlagen und der in ihnen erzeugte Strom sowie die in Absatz 1 genannten Anlagen und der in ihnen erzeugte Strom, soweit für diese in Absatz 1 genannten Anlagen Zahlungen nach dem Fördersystem eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union geleistet werden und eine völkerrechtliche Vereinbarung eine Anrechnung auf die Ziele dieses Mitgliedstaates regelt, werden weder auf den Ausbaupfad nach § 4 noch auf den Strommengenpfad nach § 4a angerechnet.“</p>
	<p><b>e) Nach Absatz 5 wird folgender Absatz 5a eingefügt:</b></p>
	<p><b>„(5a) Anlagen im Staatsgebiet eines anderen Mitgliedstaates oder mehrerer anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der in ihnen erzeugte Strom aus erneuerbaren Energien, für den keine Zahlungen durch Ausschreibungen nach Absatz 2 Satz 1 ermittelt werden, werden auf Grundlage und nach Maßgabe einer völkerrechtlichen Vereinbarung im Sinn des Absatzes 3 Nummer 1 auf das Ziel, den Beitrag und den Anteil nach Absatz 5 Satz 1 angerechnet, wenn Strom aus der Anlage physikalisch importiert wird oder einen vergleichbaren Effekt auf den deutschen Strommarkt hat. Durch die völkerrechtliche Vereinbarung kann dieses Gesetz abweichend von Absatz 1 ganz oder teilweise für Anlagen nach Satz 1 als anwendbar erklärt werden.“</b></p>
<p><b>e)</b> In Absatz 6 Satz 1 wird die Angabe „5 Prozent“ durch die Angabe „20 Prozent“ ersetzt.</p>	<p><b>f)</b> u n v e r ä n d e r t</p>
<p><b>7.</b> § 6 wird wie folgt geändert:</p>	<p><b>8.</b> § 6 wird wie folgt geändert:</p>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	a) In Absatz 1 werden in dem Satzteil vor Nummer 1 die Wörter „ <b>Folgende Anlagenbetreiber dürfen</b> “ durch die Wörter „ <b>Anlagenbetreiber sollen Gemeinden, die von der Errichtung ihrer Anlage betroffen sind, finanziell beteiligen. Zu diesem Zweck dürfen folgende Anlagenbetreiber</b> “ ersetzt.
a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	b) un verändert
aa) In Satz 1 wird die Angabe „750“ durch die Angabe „1 000“ ersetzt und werden die Wörter „und für die Anlage eine finanzielle Förderung nach diesem Gesetz oder einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung in Anspruch genommen wird“ gestrichen.	
bb) Nach Satz 3 wird folgender Satz eingefügt:	
„Sind mehrere Gemeinden oder Landkreise betroffen, müssen die Anlagenbetreiber, wenn sie sich für Zahlungen nach Absatz 1 entscheiden, allen betroffenen Gemeinden oder Landkreisen eine Zahlung anbieten.“	
cc) In dem neuen Satz 5 werden die Wörter „Sind mehrere Gemeinden oder Landkreise betroffen,“ durch die Wörter „Im Fall des Satzes 4“ ersetzt und werden nach den Wörtern „an der Fläche des Umkreises“ die Wörter „der Anlage im Bundesgebiet“ eingefügt.	
dd) Die folgenden Sätze werden angefügt:	

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
<p>„Lehnen eine oder mehrere Gemeinden oder Landkreise eine Zahlung ab, kann der auf die ablehnenden Gemeinden oder Landkreise entfallende Betrag auf die Gemeinden oder Landkreise verteilt werden, die einer Zahlung zugestimmt haben. Im Fall des Satzes 6 erfolgt die Aufteilung des Betrags auf die Gemeinden oder Landkreise, die einer Zahlung zugestimmt haben, anhand des Verhältnisses der Anteile der Gemeindegebiete oder gemeindefreien Gebiete an der Gesamtfläche des Umkreises im Bundesgebiet zueinander.“</p>	
<p>b) In Absatz 3 Satz 4 werden die Wörter „Absatz 2 Satz 4“ durch die Wörter „Absatz 2 Satz 4 bis 7“ ersetzt.</p>	<p>c) un verändert</p>
<p>c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:</p>	<p>d) un verändert</p>
<p>aa) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:</p>	
<p>„Bei Freiflächenanlagen dürfen die betroffenen Kommunen den Abschluss der Vereinbarungen davon abhängig machen, dass der Betreiber ein Konzept, das fachlichen Kriterien für die naturschutzverträgliche Gestaltung von Freiflächenanlagen entspricht, vorgelegt oder nachgewiesen hat, dass die Umsetzung dieser Kriterien nicht möglich ist.“</p>	
<p>bb) In dem neuen Satz 4 wird die Angabe „Satz 2“ durch die Angabe „Satz 3“ ersetzt.</p>	
<p>d) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:</p>	<p>e) un verändert</p>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
<p>„(5) Für die tatsächlich eingespeiste Strommenge und für die fiktive Strommenge nach Nummer 7.2 der Anlage 2, für die Betreiber von Windenergieanlagen an Land oder Freiflächenanlagen eine finanzielle Förderung nach diesem Gesetz oder einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung in Anspruch genommen haben und für die sie Zahlungen nach diesem Paragraphen an die Gemeinden oder Landkreise geleistet haben, können sie die Erstattung dieses im Vorjahr an die Gemeinden oder Landkreise geleisteten Betrages im Rahmen der Endabrechnung vom Netzbetreiber verlangen.“</p>	
<p>8. § 9 wird wie folgt geändert:</p>	<p>9. § 9 wird wie folgt geändert:</p>
	<p>a) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:</p>
	<p>aa) Der Nummer 1 wird das Wort „oder“ angefügt.</p>
	<p>bb) In Nummer 2 wird das Wort „, oder“ am Ende durch einen Punkt ersetzt.</p>
	<p>cc) Nummer 3 wird aufgehoben.</p>
	<p>b) In Absatz 2a werden nach der Angabe „Absatz 2“ die Wörter „und auf Solaranlagen mit einer installierten Leistung von höchstens 25 Kilowatt, die bis zu dem Zeitpunkt in Betrieb genommen werden, zu dem das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik die technische Möglichkeit nach § 30 des Messstellenbetriebsgesetzes in Verbindung mit § 84a Nummer 1 feststellt“ eingefügt.</p>
<p>a) In Absatz 5 Satz 1 Nummer 1 werden die Wörter „Anlagen, die nach dem 31. Dezember 2016 in Betrieb genommen worden sind, und“ gestrichen.</p>	<p>c) unverändert</p>
<p>b) In Absatz 8 Satz 3 wird die Angabe „1. Juli 2020“ durch die Angabe „1. Januar 2024“ ersetzt.</p>	<p>d) unverändert</p>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
9. § 10b Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt geändert:	<b>10. un v e r ä n d e r t</b>
a) Der Nummer 1 wird das Wort „und“ angefügt.	
b) In Nummer 2 wird das Wort „, und“ am Ende durch einen Punkt ersetzt.	
c) Nummer 3 wird aufgehoben.	
10. Dem § 19 werden die folgenden Absätze 4 und 5 angefügt:	<b>11. un v e r ä n d e r t</b>
„(4) Der Anspruch nach Absatz 1 entfällt bei Anlagen, deren anzulegender Wert gesetzlich bestimmt wird, wenn zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Anlage	
1. der Anlagenbetreiber ein Unternehmen in Schwierigkeiten ist oder	
2. offene Rückforderungsansprüche gegen den Anlagenbetreiber aufgrund eines Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem europäischen Binnenmarkt bestehen.	
(5) Der Anspruch nach Absatz 1 entfällt bei Anlagen, deren anzulegender Wert durch Ausschreibungen ermittelt worden ist, wenn der Anlagenbetreiber zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Anlage	
1. nicht mit dem Bieter, der die Erklärung nach § 30 Absatz 2a abgegeben hat, identisch ist und	
2. die Voraussetzungen nach Absatz 4 Nummer 1 oder Nummer 2 erfüllt.“	
11. In § 20 Nummer 2 werden die Wörter „finanziert aus der EEG-Umlage“ durch die Wörter „gefördert nach dem EEG“ ersetzt.	<b>12. un v e r ä n d e r t</b>
	<b>13. § 21 wird wie folgt geändert:</b>
12. § 21 Absatz 1 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:	a) Absatz 1 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:
„3. Strom aus ausgeförderten Anlagen; dabei verringert sich in diesem Fall der Anspruch nach Maßgabe des § 53 Absatz 2.“	„3. <b>un v e r ä n d e r t</b>



Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „mit einer installierten Leistung von insgesamt bis zu 100 Kilowatt“ gestrichen.
13. § 21b wird wie folgt geändert:	14. un v e r ä n d e r t
a) Absatz 1a wird aufgehoben.	
b) In Absatz 4 Nummer 2 werden die Wörter „vorbehaltlich des § 27a“ gestrichen.	
14. § 22 wird wie folgt geändert:	15. § 22 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt geändert:	a) un v e r ä n d e r t
aa) In Nummer 1 wird die Angabe „750“ durch die Angabe „1 000“ und das Wort „und“ am Ende durch ein Komma ersetzt.	
bb) In Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.	
cc) Folgende Nummer 3 wird angefügt:	
„3. Windenergieanlagen an Land von Bürgerenergiegesellschaften mit einer installierten Leistung bis einschließlich 18 Megawatt nach Maßgabe des § 22b.“	
b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:	b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
aa) Dem Satz 1 Nummer 1 wird das Wort „, und“ angefügt.	aa) un v e r ä n d e r t
bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:	bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Von diesem Erfordernis sind folgende Solaranlagen ausgenommen:	„Von diesem Erfordernis sind folgende Solaranlagen ausgenommen:
1. Solaranlagen mit einer installierten Leistung bis einschließlich 1 Megawatt und	1. un v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
2. Solaranlagen <i>des ersten Segments</i> von Bürgerenergiegesellschaften mit einer installierten Leistung bis einschließlich 6 Megawatt nach Maßgabe des § 22b.“	2. Solaranlagen von Bürgerenergiegesellschaften mit einer installierten Leistung bis einschließlich 6 Megawatt nach Maßgabe des § 22b.“
c) Absatz 5 wird aufgehoben.	c) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
d) Absatz 6 wird Absatz 5 und wird wie folgt geändert:	d) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
aa) Satz 2 wird aufgehoben.	
bb) In dem bisherigen Satz 3 werden die Wörter „, Anlagen nach Satz 2, für deren Gebot kein wirksamer Zuschlag besteht,“ gestrichen.	
15. Nach § 22a wird folgender § 22b eingefügt:	16. Nach § 22a wird folgender § 22b eingefügt:
„§ 22b	„§ 22b
Bürgerenergiegesellschaften	Bürgerenergiegesellschaften
(1) Die Ausnahme von dem Erfordernis eines wirksamen Zuschlags nach § 22 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 ist nur zulässig, wenn	(1) Die Ausnahme von dem Erfordernis eines wirksamen Zuschlags nach § 22 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 ist nur zulässig, wenn
1. der Bundesnetzagentur mitgeteilt worden ist, dass die Windenergieanlagen an Land Anlagen einer Bürgerenergiegesellschaft sind,	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. diese Mitteilung der Bundesnetzagentur spätestens drei Wochen nach Erteilung der Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz zugegangen ist und in der Mitteilung die Registernummer angegeben ist und	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. die Bürgerenergiegesellschaft sowie ihre stimmberechtigten Mitglieder oder Anteilseigner, die juristische Personen des Privatrechts sind, und die mit diesen jeweils verbundenen Unternehmen nach Artikel 3 des Anhangs I der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1) in den vorangegangenen <i>fünf</i> Jahren keine weiteren Windenergieanlagen an Land in Betrieb genommen haben.	3. die Bürgerenergiegesellschaft sowie ihre stimmberechtigten Mitglieder oder Anteilseigner, die juristische Personen des Privatrechts sind, und die mit diesen jeweils verbundenen Unternehmen nach Artikel 3 des Anhangs I der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1) in den vorangegangenen <b>drei</b> Jahren keine weiteren Windenergieanlagen an Land in Betrieb genommen haben.

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
(2) Die Ausnahme von dem Erfordernis einer wirksamen Zahlungsberechtigung nach § 22 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 ist nur zulässig, wenn	(2) Die Ausnahme von dem Erfordernis einer wirksamen Zahlungsberechtigung <b>oder eines wirksamen Zuschlags</b> nach § 22 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 ist nur zulässig, wenn
1. die Solaranlagen der Bundesnetzagentur spätestens drei Wochen nach Inbetriebnahme unter Angabe der Registernummer mitgeteilt worden sind und	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. die Bürgerenergiegesellschaft sowie ihre stimmberechtigten Mitglieder oder Anteilseigner, die juristische Personen des Privatrechts sind, und die mit diesen jeweils verbundenen Unternehmen nach Artikel 3 des Anhangs I der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1) in den vorangegangenen <i>fünf</i> Jahren keine weiteren Solaranlagen <i>des ersten</i> Segments in Betrieb genommen haben.	2. die Bürgerenergiegesellschaft sowie ihre stimmberechtigten Mitglieder oder Anteilseigner, die juristische Personen des Privatrechts sind, und die mit diesen jeweils verbundenen Unternehmen nach Artikel 3 des Anhangs I der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1) in den vorangegangenen <b>drei</b> Jahren keine weiteren Solaranlagen <b>desselben</b> Segments in Betrieb genommen haben.
(3) Die Bundesnetzagentur veröffentlicht die Registernummern der Anlagen, für die eine Mitteilung nach Absatz 1 Nummer 1 oder Absatz 2 Nummer 1 abgegeben wurde.	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(4) Das Vorliegen der Anforderungen nach § 3 Nummer 15 ist zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme und danach alle fünf Jahre gegenüber dem Netzbetreiber nachzuweisen. Der Nachweis muss für die folgenden Zeiträume erfolgen:	(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. bei der erstmaligen Nachweisführung für die zwölf Monate, die der Meldung nach Absatz 1 Nummer 1 oder Absatz 2 Nummer 1 vorangegangen sind, wobei bezüglich der Anforderungen nach § 3 Nummer 15 Buchstabe a, c und d der Nachweis für den Zeitraum des Bestehens der Bürgerenergiegesellschaft ausreicht, wenn dieser Zeitraum kürzer ist, und	
2. bei allen weiteren Nachweisführungen jeweils für die zwölf Monate, die dem Zeitpunkt der Nachweisführung vorangegangen sind.	

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
<p>Der Nachweis kann bei der erstmaligen Nachweisführung durch Eigenerklärung erfolgen; in diesem Fall muss die Bürgerenergiegesellschaft dem Netzbetreiber auf Verlangen geeignete Nachweise zur Überprüfung der abgegebenen Eigenerklärungen vorlegen. Wird der Nachweis nach den Sätzen 1 bis 3 nicht bis spätestens zwei Monate nach Ablauf der Fristen nach Satz 1 geführt, entfällt ab dem ersten Tag des Kalendermonats, der auf den Ablauf der Frist nach Satz 1 folgt, der Vergütungsanspruch nach § 19 Absatz 1. Die Sätze 3 und 4 sind auf den Nachweis der Anforderungen nach Absatz 1 Nummer 3 und Absatz 2 Nummer 2 entsprechend anzuwenden.</p>	
<p>(5) Bürgerenergiegesellschaften sowie deren stimmberechtigte Mitglieder oder Anteilseigner, die juristische Personen des Privatrechts sind, und die mit diesen jeweils verbundenen Unternehmen nach Artikel 3 des Anhangs I der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1) dürfen für <i>fünf</i> Jahre ab der Mitteilung nach Absatz 1 Nummer 1 oder Absatz 2 Nummer 1 keine Förderung nach diesem Gesetz oder einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung für weitere Anlagen derselben Technologie und desselben Segments in Anspruch nehmen. Eine Teilnahme an den jeweiligen Ausschreibungen nach § 28 oder § 28a Absatz 1 ist während dieses Zeitraums nicht zulässig.</p>	<p>(5) Bürgerenergiegesellschaften sowie deren stimmberechtigte Mitglieder oder Anteilseigner, die juristische Personen des Privatrechts sind, und die mit diesen jeweils verbundenen Unternehmen nach Artikel 3 des Anhangs I der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1) dürfen für <b>drei</b> Jahre ab der Mitteilung nach Absatz 1 Nummer 1 oder Absatz 2 Nummer 1 keine Förderung nach diesem Gesetz oder einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung für weitere Anlagen derselben Technologie und desselben Segments in Anspruch nehmen. Eine Teilnahme an den jeweiligen Ausschreibungen nach § 28, § 28a oder § 28b ist während dieses Zeitraums nicht zulässig.</p>
<p>(6) Die Länder können weitergehende Bestimmungen zur Bürgerbeteiligung und zur Steigerung der Akzeptanz für den Bau von neuen Anlagen erlassen, wenn § 80a nicht beeinträchtigt ist.“</p>	<p>(6) <b>unverändert</b></p>
<p>16. § 23b wird wie folgt gefasst:</p>	<p>17. <b>unverändert</b></p>
<p>„§ 23b</p>	
<p>Besondere Bestimmung zur Einspeisevergütung bei ausgeförderten Anlagen</p>	
<p>Bei ausgeförderten Anlagen ist als anzulegender Wert für die Höhe des Anspruchs auf die Einspeisevergütung nach § 19 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 21 Absatz 1 Nummer 3 der Jahresmarktwert anzuwenden, der sich in entsprechender Anwendung von Anlage 1 Nummer 4 berechnet.“</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
17. § 23c wird aufgehoben.	18. unverändert
18. § 23d wird § 23c.	19. unverändert
19. § 24 Absatz 2 wird wie folgt geändert:	20. unverändert
<p>a) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden nach dem Wort „mehrere“ die Wörter „Windenergieanlagen an Land oder“ eingefügt und werden die Wörter „§ 38a Absatz 1 Nummer 5 und nach § 22 Absatz 3 Satz 2“ durch die Wörter „§ 22 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 oder Absatz 3 Satz 2 oder § 38a Absatz 1 Nummer 5“ ersetzt.</p>	
b) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:	
<p>„2. innerhalb von 24 aufeinanderfolgenden Kalendermonaten in einem Abstand von bis zu 2 Kilometern Luftlinie, gemessen im Fall von Freiflächenanlagen vom äußeren Rand der jeweiligen Anlage und im Fall von Windenergieanlagen von der Turmmitte der jeweiligen Anlage, in Betrieb genommen worden sind.“</p>	
20. § 25 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	21. unverändert
<p>„(2) Abweichend von Absatz 1 ist die Einspeisevergütung nach § 19 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 21 Absatz 1 Nummer 3 bei ausgeführten Anlagen bis zum 31. Dezember 2027 zu zahlen.“</p>	
21. In § 26 Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 71“ durch die Angabe „§ 71 Absatz 1“ ersetzt.	22. unverändert
22. Dem § 27 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	23. Dem § 27 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
<p>„Abweichend von Satz 1 können Netzbetreiber Ansprüche nach dem <i>Energie-Umlagen-Gesetz</i> auf Zahlung einer Umlage gegen Umlagenschuldner, die zugleich Anlagenbetreiber sind, mit Ansprüchen dieser Anlagenbetreiber auf Zahlung nach diesem Teil aufrechnen.“</p>	<p>„Abweichend von Satz 1 können Netzbetreiber Ansprüche nach dem <b>Energiefinanzierungsgesetz</b> auf Zahlung einer Umlage gegen Umlagenschuldner, die zugleich Anlagenbetreiber sind, mit Ansprüchen dieser Anlagenbetreiber auf Zahlung nach diesem Teil aufrechnen.“</p>
23. § 27a wird aufgehoben.	24. unverändert

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 25. Ausschusses</b>
24. § 28 wird wie folgt geändert:	25. § 28 wird wie folgt geändert:
a) In der Überschrift wird das Wort „ <b>Ausschreibungstermine</b> “ durch das Wort „ <b>Gebotstermine</b> “ ersetzt.	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
b) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„(1) Die Ausschreibungen für Windenergieanlagen an Land finden in den Jahren 2023 bis 2028 jeweils zu den Gebotsterminen am 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November statt.	
(2) Das Ausschreibungsvolumen beträgt	
1. im Jahr 2023 12 840 Megawatt zu installierende Leistung und	
2. in den Jahren 2024 bis 2028 jeweils 10 000 Megawatt zu installierende Leistung.	
Das Ausschreibungsvolumen wird jeweils gleichmäßig auf die Gebotstermine eines Kalenderjahres verteilt.“	
c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:	c) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
aa) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:	
„1. erhöht sich ab dem Jahr 2024 um die Mengen, für die in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bei den Ausschreibungen für Windenergieanlagen an Land nach diesem Gesetz keine Zuschläge erteilt werden konnten, und“.	
bb) Nummer 2 wird wie folgt geändert:	
aaa) In Buchstabe a wird das Wort „ <b>und</b> “ am Ende gestrichen.	
bbb) Buchstabe b wird durch die folgenden Buchstaben b bis d ersetzt:	

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
<p>„b) um die Summe der installierten Leistung der Windenergieanlagen an Land, für deren Strom kein anzulegender Wert oder der anzulegende Wert nicht durch Ausschreibungen bestimmt worden ist und die in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr an das Register als in Betrieb genommen gemeldet worden sind,</p>	
<p>c) um die Summe der Gebotsmengen für Windenergieanlagen an Land, die in den Ausschreibungen nach § 39n in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bezuschlagt worden sind, und</p>	
<p>d) um die Summe der Gebotsmengen für Windenergieanlagen an Land, die in den Ausschreibungen nach § 39o in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bezuschlagt worden sind.“</p>	
	<p><b>d) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:</b></p>
	<p><b>„(3a) Die Bundesnetzagentur kann das Ausschreibungsvolumen unbeschadet des Absatzes 3</b></p>
	<p><b>1. um bis zu 30 Prozent erhöhen, wenn in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr</b></p>
	<p><b>a) der Ausbaupfad für die installierte Leistung von Solaranlagen nach § 4 Nummer 3 unterschritten worden ist,</b></p>
	<p><b>b) der Strommengenpfad nach § 4a unterschritten worden ist oder</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	<p>c) <b>der Bruttostromverbrauch im Bundesgebiet schneller gestiegen ist, als er bei der Berechnung des Ziels nach § 1 Absatz 2 Nummer 1 zugrunde gelegt worden ist,</b></p>
	<p><b>2. um bis zu 30 Prozent verringern, wenn in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr</b></p>
	<p>a) <b>der Ausbaupfad für die installierte Leistung von Solaranlagen nach § 4 Nummer 3 überschritten worden ist,</b></p>
	<p>b) <b>der Strommengenpfad nach § 4a überschritten worden ist oder</b></p>
	<p>c) <b>der Bruttostromverbrauch im Bundesgebiet langsamer gestiegen ist, als er bei der Berechnung des Ziels nach § 1 Absatz 2 Nummer 1 zugrunde gelegt worden ist.“</b></p>
<p>d) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:</p>	<p>e) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:</p>
<p>„(4) Die Bundesnetzagentur stellt jährlich bis zum 15. März <i>eines Jahres</i> die Differenz der Mengen nach Absatz 3 fest und verteilt diese Menge, um die sich das Ausschreibungsvolumen erhöht oder verringert, gleichmäßig auf das Ausschreibungsvolumen der folgenden vier noch nicht bekanntgemachten Gebotstermine.“</p>	<p>„(4) Die Bundesnetzagentur stellt jährlich bis zum 15. März die Differenz der Mengen nach Absatz 3 <b>und, wenn sie die Ermächtigung nach Absatz 3a in Anspruch genommen hat, diesen Betrag</b> fest und verteilt diese Menge, um die sich das Ausschreibungsvolumen erhöht oder verringert, gleichmäßig auf das Ausschreibungsvolumen der folgenden vier noch nicht bekanntgemachten Gebotstermine.“</p>
<p>e) Absatz 5 wird wie folgt geändert:</p>	<p><b>f) un verändert</b></p>
<p>aa) In Satz 1 wird die Angabe „2020“ durch die Angabe „2022“ ersetzt.</p>	
<p>bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:</p>	
<p>„Satz 1 ist entsprechend anzuwenden für entwertete Gebotsmengen von Windenergieanlagen an Land, die in den Ausschreibungen nach § 39n oder § 39o bezuschlagt worden sind.“</p>	



Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
cc) In dem neuen Satz 3 wird die erste Angabe „Satz 1“ durch die Wörter „Satz 1 oder 2“ ersetzt und wird die zweite Angabe „Satz 1“ gestrichen.	
f) Absatz 6 wird wie folgt geändert:	g) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:	
„Die Bundesnetzagentur kann das nach den Absätzen 2 bis 5 errechnete Ausschreibungsvolumen eines Gebotstermins verringern, wenn zu erwarten ist, dass die ausgeschriebene Menge größer als die eingereichte Gebotsmenge sein wird (drohende Unterzeichnung).“	
bb) In Satz 2 Nummer 1 werden nach dem Wort „Genehmigungen“ die Wörter „, soweit für sie keine Meldung nach § 22b Absatz 2 erfolgt ist,“ eingefügt.	
25. Die §§ 28a bis 28c werden durch die folgenden §§ 28a bis 28e ersetzt:	26. Die §§ 28a bis 28c werden durch die folgenden §§ 28a bis 28e ersetzt:
„§ 28a	„§ 28a
Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Solaranlagen des ersten Segments	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Die Ausschreibungen für Solaranlagen des ersten Segments finden in den Jahren 2023 bis 2029 jeweils zu den Gebotsterminen am 1. März, 1. Juli und 1. Dezember statt.	
(2) Das Ausschreibungsvolumen beträgt	
1. im Jahr 2023 5 850 Megawatt zu installierende Leistung,	
2. im Jahr 2024 8 100 Megawatt zu installierende Leistung und	
3. in den Jahren 2025 bis 2029 jeweils 9 900 Megawatt zu installierende Leistung.	
Das Ausschreibungsvolumen wird jeweils gleichmäßig auf die Gebotstermine eines Kalenderjahres verteilt.	
(3) Das Ausschreibungsvolumen	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 25. Ausschusses</b>
1. erhöht sich ab dem Jahr 2024 jeweils um die Mengen, für die in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bei den Ausschreibungen für Solaranlagen des ersten Segments nach diesem Gesetz keine Zuschläge erteilt werden konnten, und	
2. verringert sich jeweils	
a) um die Summe der installierten Leistung der Solaranlagen des ersten Segments, die bei einer Ausschreibung eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr im Bundesgebiet bezuschlagt worden sind, soweit eine Anrechnung nach § 5 Absatz 5 völkerrechtlich vereinbart ist,	
b) um die Summe der installierten Leistung der Solaranlagen des ersten Segments, für deren Strom kein anzulegender Wert oder der anzulegende Wert nicht durch Ausschreibungen bestimmt worden ist und die in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr an das Register als in Betrieb genommen gemeldet worden sind,	
c) um die Summe der Gebotsmengen für Solaranlagen des ersten Segments, die in den Ausschreibungen nach § 39n in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bezuschlagt worden sind, und	
d) um die Summe der Gebotsmengen für Solaranlagen des ersten Segments, die in den Ausschreibungen nach § 39o in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bezuschlagt worden sind.	
(4) Die Bundesnetzagentur stellt jährlich bis zum 15. März die Differenz der Mengen nach Absatz 3 fest und verteilt die Menge, um die sich das Ausschreibungsvolumen erhöht oder verringert, gleichmäßig auf das Ausschreibungsvolumen der folgenden drei noch nicht bekanntgemachten Gebotstermine.	

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
<p>(5) Das nach Absatz 4 ermittelte Ausschreibungsvolumen eines Gebotstermins erhöht sich um die Gebotsmenge der Zuschläge, die nach dem 31. Dezember 2022 erteilt und vor der Bekanntmachung des jeweiligen Gebotstermins nach § 35a entwertet wurden. Satz 1 ist entsprechend anzuwenden für entwertete Gebotsmengen von Solaranlagen des ersten Segments, die in den Ausschreibungen nach § 39n oder § 39o bezuschlagt worden sind. Nach Satz 1 oder 2 zu berücksichtigende Erhöhungen werden dem auf eine Entwertung folgenden noch nicht bekanntgemachten Gebotstermin nach Absatz 1 zugerechnet.</p>	
<p>§ 28b</p>	<p>§ 28b</p>
<p>Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Solaranlagen des zweiten Segments</p>	<p>Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Solaranlagen des zweiten Segments</p>
<p>(1) Die Ausschreibungen für Solaranlagen des zweiten Segments finden in den Jahren 2023 bis 2029 jeweils zu den Gebotsterminen am 1. April und 1. Oktober statt.</p>	<p>(1) Die Ausschreibungen für Solaranlagen des zweiten Segments finden in den Jahren 2023 bis 2029 jeweils zu den Gebotsterminen am 1. Februar, 1. Juni und 1. Oktober statt.</p>
<p>(2) Das Ausschreibungsvolumen beträgt</p>	<p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>1. im Jahr 2023 650 Megawatt zu installierende Leistung,</p>	
<p>2. im Jahr 2024 900 Megawatt zu installierende Leistung und</p>	
<p>3. in den Jahren 2025 bis 2029 jeweils 1 100 Megawatt zu installierende Leistung.</p>	
<p>Das Ausschreibungsvolumen wird jeweils gleichmäßig auf die Gebotstermine eines Kalenderjahres verteilt.</p>	
<p>(3) Das Ausschreibungsvolumen</p>	<p>(3) Das Ausschreibungsvolumen</p>
<p>1. erhöht sich ab dem Jahr 2024 jeweils um die Mengen, für die in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bei den Ausschreibungen für Solaranlagen des zweiten Segments nach diesem Gesetz keine Zuschläge erteilt werden konnten, und</p>	<p>1. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>2. verringert sich <i>um die Summe der Gebotsmengen für Solaranlagen des zweiten Segments, die in den Ausschreibungen nach § 39o in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bezuschlagt worden sind.</i></p>	<p>2. verringert sich jeweils</p>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	<p>a) um die Summe der installierten Leistung der Solaranlagen des zweiten Segments mit einer installierten Leistung von mehr als 1 Megawatt, für deren Strom kein anzulegender Wert oder der anzulegende Wert nicht durch Ausschreibungen bestimmt worden ist und die in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr an das Register als in Betrieb genommen gemeldet worden sind, und</p>
	<p>b) um die Summe der Gebotsmengen für Solaranlagen des zweiten Segments, die in den Ausschreibungen nach § 39o in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bezuschlagt worden sind.</p>
<p>(4) Die Bundesnetzagentur stellt jährlich bis zum 15. März die Differenz der Mengen nach Absatz 3 für jedes Kalenderjahr fest und verteilt die Menge, um die sich das Ausschreibungsvolumen erhöht oder verringert, gleichmäßig auf das Ausschreibungsvolumen der folgenden zwei noch nicht bekanntgemachten Gebotstermine.</p>	<p>(4) Die Bundesnetzagentur stellt jährlich bis zum 15. März die Differenz der Mengen nach Absatz 3 fest und verteilt die Menge, um die sich das Ausschreibungsvolumen erhöht oder verringert, gleichmäßig auf das Ausschreibungsvolumen der folgenden drei noch nicht bekanntgemachten Gebotstermine.</p>
<p>(5) Das nach Absatz 4 ermittelte Ausschreibungsvolumen eines Gebotstermins erhöht sich um die Gebotsmenge der Zuschläge, die nach dem 31. Dezember 2022 erteilt und vor der Bekanntmachung des jeweiligen Gebotstermins nach § 35a entwertet wurden. Satz 1 ist entsprechend anzuwenden für entwertete Gebotsmengen von Solaranlagen des zweiten Segments, die in den Ausschreibungen nach § 39o bezuschlagt worden sind. Nach Satz 1 oder 2 zu berücksichtigende Erhöhungen werden dem auf eine Entwertung folgenden noch nicht bekanntgemachten Gebotstermin nach Absatz 1 zugerechnet.</p>	<p>(5) un verändert</p>
<p>§ 28c</p>	<p>§ 28c</p>
<p>Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Biomasse</p>	<p>Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Biomasse</p>
<p>(1) Die Ausschreibungen für Biomasseanlagen finden statt:</p>	<p>(1) Die Ausschreibungen für Biomasseanlagen finden statt:</p>
<p>1. in den Jahren 2023 bis 2025 jeweils zu den Gebotsterminen am 1. März und 1. September und</p>	<p>1. in den Jahren 2023 bis 2025 jeweils zu den Gebotsterminen am 1. April und 1. Oktober und</p>
<p>2. in den Jahren 2026 bis 2028 jeweils zu dem Gebotstermin am 1. Juni.</p>	<p>2. un verändert</p>
<p>(2) Das Ausschreibungsvolumen beträgt</p>	<p>(2) un verändert</p>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
1. im Jahr 2023 600 Megawatt zu installierende Leistung,	
2. im Jahr 2024 500 Megawatt zu installierende Leistung,	
3. im Jahr 2025 400 Megawatt zu installierende Leistung und	
4. in den Jahren 2026 bis 2028 jeweils 300 Megawatt zu installierende Leistung.	
Das Ausschreibungsvolumen nach Satz 1 Nummer 1 bis 3 wird jeweils gleichmäßig auf die Gebotstermine eines Kalenderjahres verteilt.	
(3) Das Ausschreibungsvolumen	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. erhöht sich ab dem Jahr 2026 um die Mengen, für die in dem jeweils dritten vorangegangenen Kalenderjahr bei den Ausschreibungen für Biomasseanlagen nach diesem Gesetz keine Zuschläge erteilt werden konnten, und	
2. verringert sich jeweils	
a) um die Summe der in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr installierten Leistung von Biomasseanlagen, für deren Strom kein anzulegender Wert oder der anzulegende Wert nicht durch Ausschreibungen bestimmt worden ist und die in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr an das Register als in Betrieb genommen gemeldet worden sind,	
b) um die Summe der installierten Leistung der Biomasseanlagen, die in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr die Inanspruchnahme einer Förderung aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 88b erstmals an die Bundesnetzagentur gemeldet haben, und	
c) um die Summe der Gebotsmengen für Biomasseanlagen, die in den Ausschreibungen nach § 39n in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bezuschlagt worden sind.	
(4) Die Bundesnetzagentur stellt jährlich bis zum 15. März <i>eines Jahres</i> die Differenz der Mengen nach Absatz 3 <i>für jedes Kalenderjahr</i> fest und verteilt die Menge, um die sich das Ausschreibungsvolumen erhöht oder verringert,	(4) Die Bundesnetzagentur stellt jährlich bis zum 15. März die Differenz der Mengen nach Absatz 3 fest und verteilt die Menge, um die sich das Ausschreibungsvolumen erhöht oder verringert,

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
1. in den Jahren 2023 bis 2025 gleichmäßig auf das Ausschreibungsvolumen der folgenden zwei noch nicht bekanntgemachten Gebots- termine und	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. in den Jahren 2026 bis 2028 jeweils auf das Ausschreibungsvolumen des Gebotstermins am 1. Juni.	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(5) Das nach Absatz 4 ermittelte Ausschreibungsvolumen eines Gebotstermins erhöht sich um die Gebotsmenge der Zuschläge, die nach dem 31. Dezember 2022 erteilt und vor der Bekanntmachung des jeweiligen Gebotstermins nach § 35a entwertet wurden. Satz 1 ist entsprechend anzuwenden für entwertete Gebotsmengen von Biomasseanlagen, die in den Ausschreibungen nach § 39n bezuschlagt worden sind. Nach Satz 1 oder 2 zu berücksichtigende Erhöhungen werden dem auf eine Entwertung folgenden noch nicht bekanntgemachten Gebotstermin nach Absatz 1 zugerechnet.	(5) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 28d	§ 28d
Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Biomethananlagen	Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Biomethananlagen
(1) Die Ausschreibungen für Biomethananlagen finden in den Jahren 2023 bis 2028 jeweils zu den Gebotsterminen am 1. <i>März</i> und 1. September statt.	(1) Die Ausschreibungen für Biomethananlagen finden in den Jahren 2023 bis 2028 jeweils zu den Gebotsterminen am 1. <b>April</b> und 1. September statt.
(2) Das Ausschreibungsvolumen beträgt in den Jahren 2023 bis 2028 jeweils 600 Megawatt zu installierende Leistung. Das Ausschreibungsvolumen wird jeweils gleichmäßig auf die Gebotstermine eines Kalenderjahres verteilt.	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(3) Das Ausschreibungsvolumen erhöht sich ab dem Jahr 2024 jeweils um die Mengen, für die in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bei den Ausschreibungen für Biomethananlagen nach diesem Gesetz keine Zuschläge erteilt werden konnten.	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(4) Die Bundesnetzagentur verteilt die Menge, um die sich das Ausschreibungsvolumen nach Absatz 3 erhöht, gleichmäßig auf das Ausschreibungsvolumen der folgenden zwei noch nicht bekanntgemachten Gebotstermine.	(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
<p>(5) Das nach Absatz 4 ermittelte Ausschreibungsvolumen eines Gebotstermins erhöht sich um die Gebotsmenge der Zuschläge, die nach dem 31. Dezember 2022 erteilt und vor der Bekanntmachung des jeweiligen Gebotstermins nach § 35a entwertet wurden. Nach Satz 1 zu berücksichtigende Erhöhungen werden dem auf eine Entwertung folgenden noch nicht bekanntgemachten Gebotstermin nach Absatz 1 zugerechnet.</p>	<p>(5) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(6) Die Bundesnetzagentur kann das nach den Absätzen 2 bis 5 errechnete Ausschreibungsvolumen eines Gebotstermins verringern, wenn zu erwarten ist, dass die ausgeschriebene Menge größer als die eingereichte Gebotsmenge sein wird (drohende Unterzeichnung). Eine drohende Unterzeichnung ist insbesondere dann anzunehmen, wenn</p>	<p>(6) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>1. die Summe der Leistung der nach der Meldefrist nach § 39 Absatz 1 Nummer 3 des vorangegangenen Gebotstermins dem Register gemeldeten Genehmigungen und der Gebotsmenge der im vorangegangenen Gebotstermin nicht bezuschlagten Gebote unter dem Ausschreibungsvolumen des durchzuführenden Gebotstermins liegt und</p>	
<p>2. die im vorangegangenen Gebotstermin eingereichte Gebotsmenge kleiner als die ausgeschriebene Menge des Gebotstermins war.</p>	
<p>Das neue Ausschreibungsvolumen des Gebotstermins soll höchstens der Summe der Leistung der nach der Meldefrist nach § 39 Absatz 1 Nummer 3 des vorangegangenen Gebotstermins dem Register gemeldeten genehmigten Anlagen und der Gebotsmenge der im vorangegangenen Gebotstermin nicht bezuschlagten Gebote entsprechen. Für das nach Satz 1 gekürzte Ausschreibungsvolumen ist Absatz 3 entsprechend anzuwenden.</p>	
<p>§ 28e</p>	<p>§ 28e</p>
<p>Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Innovationsausschreibungen</p>	<p>Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für Innovationsausschreibungen</p>
<p>(1) Die Innovationsausschreibungen nach § 39n finden in den Jahren 2023 bis 2028 jeweils zu den Gebotsterminen am 1. Mai und 1. September statt.</p>	<p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
(2) Das Ausschreibungsvolumen für die Ausschreibungen nach § 39n beträgt vorbehaltlich einer abweichenden Bestimmung in der Verordnung nach § 88d	(2) Das Ausschreibungsvolumen für die Ausschreibungen nach § 39n beträgt vorbehaltlich einer abweichenden Bestimmung in der Verordnung nach § 88d
1. im Jahr 2023 600 Megawatt zu installierende Leistung,	1. im Jahr 2023 <b>800</b> Megawatt zu installierende Leistung,
2. im Jahr 2024 650 Megawatt zu installierende Leistung,	2. im Jahr 2024 <b>850</b> Megawatt zu installierende Leistung,
3. im Jahr 2025 700 Megawatt zu installierende Leistung,	3. im Jahr 2025 <b>900</b> Megawatt zu installierende Leistung,
4. im Jahr 2026 750 Megawatt zu installierende Leistung,	4. im Jahr 2026 <b>950</b> Megawatt zu installierende Leistung,
5. im Jahr 2027 800 Megawatt zu installierende Leistung und	5. im Jahr 2027 <b>1 000</b> Megawatt zu installierende Leistung und
6. im Jahr 2028 850 Megawatt zu installierende Leistung.	6. im Jahr 2028 <b>1 050</b> Megawatt zu installierende Leistung.
Das Ausschreibungsvolumen wird jeweils gleichmäßig auf die Gebotstermine eines Kalenderjahres verteilt.	Das Ausschreibungsvolumen wird jeweils gleichmäßig auf die Gebotstermine eines Kalenderjahres verteilt.
(3) Das Ausschreibungsvolumen erhöht sich ab dem Jahr 2024 jeweils um die Mengen, für die in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bei den Ausschreibungen nach § 39n keine Zuschläge erteilt werden konnten.	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(4) Die Bundesnetzagentur verteilt die Menge, um die sich das Ausschreibungsvolumen nach Absatz 3 erhöht, gleichmäßig auf das Ausschreibungsvolumen der folgenden zwei noch nicht bekanntgemachten Gebotstermine.“	(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
26. § 28d wird § 28f.	<b>27. Die §§ 28d und 28e werden §§ 28f und 28g.</b>
27. In § 29 Absatz 1 Satz 2 Nummer 6 wird die Angabe „und § 85a“ durch die Wörter „und den §§ 85a und 85c“ ersetzt.	<b>28. u n v e r ä n d e r t</b>
28. § 30 wird wie folgt geändert:	<b>29. u n v e r ä n d e r t</b>
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) In Nummer 1 Buchstabe b werden nach den Wörtern „natürlichen Person,“ die Wörter „die eine ladungsfähige Anschrift im Inland hat und“ eingefügt.	



<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 25. Ausschusses</b>
bb) In Nummer 6 werden die Wörter „Solaranlagen auf, an“ durch die Wörter „Solaranlagen des zweiten Segments“ ersetzt und wird das Wort „und“ am Ende gestrichen.	
cc) In Nummer 7 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.	
dd) Die folgenden Nummern 8 und 9 werden angefügt:	
„8. die Eigenerklärung des Bieters, dass kein Verbot zur Teilnahme an dieser Ausschreibung nach diesem Gesetz oder nach einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung besteht, und	
9. bei Anlagen, die auf einem entwässerten Moorboden errichtet werden sollen, die Eigenerklärung des Bieters, dass er geprüft hat, dass durch die Errichtung der Anlage kein zusätzliches Hemmnis für eine zukünftige Wiedervernässung des Moorbodens entsteht.“	
b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 wird die Angabe „750“ durch die Angabe „1 000“ ersetzt.	
bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:	
aaa) In Nummer 1 wird das Komma am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.	
bbb) Nummer 2 wird aufgehoben.	
ccc) Nummer 3 wird Nummer 2.	
c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:	
„(2a) Bieter müssen ihren Geboten eine Eigenerklärung beifügen, dass zum Zeitpunkt der Gebotsabgabe	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 25. Ausschusses</b>
1. sie kein Unternehmen in Schwierigkeiten sind und	
2. keine offenen Rückforderungsansprüche gegen sie aufgrund eines Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem europäischen Binnenmarkt bestehen.	
Die Eigenerklärung nach Satz 1 muss ferner eine Selbstverpflichtung des Bieters enthalten, jede Änderung des Inhalts der abgegebenen Eigenerklärung bis zum Abschluss des Zuschlagsverfahrens unverzüglich der Bundesnetzagentur mitzuteilen.“	
29. § 34 wird wie folgt geändert:	<b>30. unverändert</b>
a) Dem Wortlaut wird folgender Absatz 1 vorangestellt:	
„(1) Die Bundesnetzagentur schließt Bieter und deren Gebote von dem Zuschlagsverfahren aus, wenn der Bieter keine Eigenerklärung nach § 30 Absatz 2a Satz 1 abgegeben hat oder wenn nach der Gebotsabgabe eine Mitteilung nach § 30 Absatz 2a Satz 2 zugegangen ist.“	
b) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 2.	
	<b>31. Nach § 34 wird folgender § 34a eingefügt:</b>
	<b>„§ 34a</b>
	<b>Unionsfremde Bieter</b>

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	<p>(1) Die Bundesnetzagentur kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz einen Bieter, der ein Unionsfremder im Sinn des § 2 Absatz 19 des Außenwirtschaftsgesetzes ist oder dessen unmittelbare oder mittelbare Gesellschafter Unionsfremde sind, von dem Zuschlagsverfahren ausschließen, wenn durch den Betrieb der gebotsgegenständlichen Anlage die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich beeinträchtigt würden. Unionsfremde Bieter aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation stehen unionsansässigen Bietern gleich.</p>
	<p>(2) Die Bundesnetzagentur kann außer nach den Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz den Zuschlag eines Bieters, der ein Unionsfremder im Sinn des § 2 Absatz 19 des Außenwirtschaftsgesetzes ist oder dessen unmittelbare oder mittelbare Gesellschafter Unionsfremde sind, widerrufen, wenn durch den Betrieb der gebotsgegenständlichen Anlage die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich beeinträchtigt werden. Satz 1 ist entsprechend auf Zahlungsberechtigungen anzuwenden.</p>
	<p>(3) Ein Bieter hat auf Anforderung der Bundesnetzagentur innerhalb von vier Wochen die zur Prüfung nach Absatz 1 oder 2 notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, insbesondere Unterlagen zu seiner Beteiligungsstruktur und seinen Geschäftsfeldern.“</p>
<p>30. § 35 wird wie folgt geändert:</p>	<p>32. § 35 wird wie folgt geändert:</p>
<p>a) Absatz 1 Nummer 2 wird wie folgt geändert:</p>	<p>a) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>aa) In Buchstabe c wird das Wort „und“ am Ende durch ein Komma ersetzt.</p>	
<p>bb) In Buchstabe d wird das Komma am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.</p>	
<p>cc) Nach Buchstabe d wird folgender Buchstabe e eingefügt:</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
„e) der jeweils bezuschlagten Gebotsmenge.“	
b) In Absatz 4 wird die Angabe „§ 38f“ durch die Angabe „§ 38g“ ersetzt.	b) In Absatz 4 wird die Angabe „§ 36e Absatz 1, § 37d, § 38f, § 39e Absatz 1 und § 39f Absatz 5 Nummer 4“ durch die Angabe „§ 36e Absatz 1, § 37d, § 39e Absatz 1, § 39g Absatz 5 Nummer 4 und § 39 in Verbindung mit § 39e Absatz 1“ ersetzt.
31. § 36 wird wie folgt geändert:	<b>33. unverändert</b>
a) In Absatz 2 Nummer 1 werden die Wörter „oder eine Kopie der Meldung an das Register,“ gestrichen.	
b) In Absatz 4 werden die Wörter „§ 29 Absatz 1 Nummer 2“ durch die Wörter „§ 29 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2“ ersetzt.	
32. § 36b wird wie folgt geändert:	<b>34. unverändert</b>
a) In Absatz 1 wird die Angabe „2021 6 Cent“ durch die Angabe „2023 5,88 Cent“ ersetzt.	
b) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „2022“ durch die Angabe „2025“ ersetzt.	
33. § 36c wird wie folgt gefasst:	<b>35. unverändert</b>
„§ 36c	
Ausschluss von Geboten für Windenergieanlagen an Land	
Die Bundesnetzagentur schließt Gebote für Windenergieanlagen an Land nach § 33 von dem Zuschlagsverfahren aus, wenn	
1. sie für eine in dem Gebot angegebene Windenergieanlage an Land bereits einen Zuschlag erteilt hat, der zum Gebotstermin nicht entwertet worden ist, oder	
2. für eine in dem Gebot angegebene Windenergieanlage an Land eine Mitteilung nach § 22b Absatz 1 Nummer 1 abgegeben wurde.“	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 25. Ausschusses</b>
34. § 36d wird wie folgt geändert:	<b>entfällt</b>
a) In Satz 1 werden die Wörter „ab dem Jahr 2022“ gestrichen.	
b) In Satz 4 Nummer 1 werden die Wörter „der Jahre 2022 und“ durch die Wörter „des Jahres“ ersetzt.	
35. § 36g wird wie folgt gefasst:	<b>36. unverändert</b>
„§ 36g (weggefallen)“.	
36. § 36h Absatz 1 wird wie folgt geändert:	<b>37. unverändert</b>
a) Satz 2 wird wie folgt geändert:	
aa) Nach dem Wort „anzuwenden“ werden die Wörter „, wobei ein Gütefaktor von weniger als 60 Prozent nur für Windenergieanlagen in der Südregion anzuwenden ist“ eingefügt.	
bb) Die Tabelle wird wie folgt gefasst:	

**Entwurf**

„Gütefaktor	50 Prozent	60 Prozent	70 Prozent	80 Prozent	90 Prozent	100 Prozent	110 Prozent	120 Prozent	130 Prozent	140 Prozent	150 Prozent
Korrekturfaktor	1,55	1,42	1,29	1,16	1,07	1	0,94	0,89	0,85	0,81	0,79“.

**Beschlüsse des 24. Ausschusses**

**unverändert**

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
b) Satz 4 wird wie folgt gefasst:	
„Der Korrekturfaktor beträgt	
1. oberhalb des Gütefaktors von 150 Prozent 0,79,	
2. für Anlagen in der Südregion unterhalb des Gütefaktors von 50 Prozent 1,55 und	
3. für sonstige Anlagen unterhalb des Gütefaktors von 60 Prozent 1,42.“	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
37. In § 36j Absatz 4 werden die Wörter „und 36e bis 36g“ durch die Wörter „, 36e und 36f“ ersetzt.	38. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
38. § 37 Absatz 1 und 2 wird wie folgt gefasst:	39. § 37 Absatz 1 und 2 wird wie folgt gefasst:
„(1) Gebote bei den Ausschreibungen für Solaranlagen des ersten Segments dürfen nur für Anlagen abgegeben werden, die errichtet werden sollen	„(1) Gebote bei den Ausschreibungen für Solaranlagen des ersten Segments dürfen nur für Anlagen abgegeben werden, die errichtet werden sollen
1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist,	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. auf einer Fläche, die kein entwässerter, landwirtschaftlich genutzter Moorboden ist und	2. auf einer Fläche, die kein entwässerter, landwirtschaftlich genutzter Moorboden ist und
a) die zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans bereits versiegelt war,	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
b) die zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war,	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
c) die zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern, gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn, errichtet werden soll,	c) die zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 500 Metern, gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn, errichtet werden soll,
d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet, der vor dem 1. September 2003 aufgestellt und später nicht mit dem Zweck geändert worden ist, eine Solaranlage zu errichten,	d) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, auch wenn die Festsetzung nach dem 1. Januar 2010 zumindest auch mit dem Zweck geändert worden ist, eine Solaranlage zu errichten,	e) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
f) für die ein Planfeststellungsverfahren, ein sonstiges Verfahren mit den Rechtswirkungen der Planfeststellung für Vorhaben von überörtlicher Bedeutung oder ein Verfahren auf Grund des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Errichtung und den Betrieb öffentlich zugänglicher Abfallbeseitigungsanlagen durchgeführt worden ist, an dem die Gemeinde beteiligt wurde,	f) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist,	g) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in den Buchstaben a bis g genannten Flächen fällt,	h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in den Buchstaben a bis g <b>oder j</b> genannten Flächen fällt,
i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in den Buchstaben a bis g genannten Flächen fällt oder	i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in den Buchstaben a bis g <b>oder j</b> genannten Flächen fällt oder
j) die ein künstliches Gewässer im Sinn des § 3 Nummer 4 des Wasserhaushaltsgesetzes oder ein erheblich verändertes Gewässer im Sinn des § 3 Nummer 5 des Wasserhaushaltsgesetzes ist, oder	j) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. als besondere <i>Solaranlage</i> , die den Anforderungen <i>entspricht</i> , die in einer Festlegung der Bundesnetzagentur nach § 85c an sie gestellt werden,	3. als besondere <b>Solaranlagen</b> , die den Anforderungen <b>entsprechen</b> , die in einer Festlegung der Bundesnetzagentur nach § 85c an sie gestellt werden,
a) auf Ackerflächen, die kein Moorboden sind, mit gleichzeitigem Nutzpflanzenanbau auf derselben Fläche,	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>b) auf Flächen, die kein Moorboden sind, mit gleichzeitiger landwirtschaftlicher Nutzung in Form eines Anbaus von Dauerkulturen oder mehrjährigen Kulturen auf derselben Fläche,</p>	<p>b) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
	<p><b>c) auf Grünland, das kein Moorboden ist, bei gleichzeitiger landwirtschaftlicher Nutzung als Dauergrünland, wenn das Grünland nicht in einem Natura 2000-Gebiet im Sinn des § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes liegt und kein Lebensraumtyp ist, der in Anhang I der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7), die zuletzt durch die Richtlinie 2006/105/EG (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 368) geändert worden ist, aufgeführt ist,</b></p>
<p>c) auf Parkplatzflächen oder</p>	<p><b>d) u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>d) auf Moorböden, die entwässert und landwirtschaftlich genutzt worden sind, wenn die Flächen mit der Errichtung der Solaranlage dauerhaft wiedervernässt werden.</p>	<p><b>e) u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(2) Geboten bei den Ausschreibungen für Solaranlagen des ersten Segments muss in Ergänzung zu den Anforderungen nach § 30 beigefügt werden:</p>	<p>(2) Geboten bei den Ausschreibungen für Solaranlagen des ersten Segments muss in Ergänzung zu den Anforderungen nach § 30 beigefügt werden:</p>
<p>1. eine Eigenerklärung des Bieters, dass er Eigentümer der Fläche ist, auf der die Solaranlagen errichtet werden sollen, oder dass er das Gebot mit Zustimmung des Eigentümers dieser Fläche abgibt,</p>	<p>1. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>2. bei Geboten, denen die Kopie eines beschlossenen Bebauungsplans oder ein Nachweis für die Durchführung eines in Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe f genannten Verfahrens beigefügt wurde, die Eigenerklärung des Bieters, dass sich der eingereichte Bebauungsplan oder Nachweis auf den in dem Gebot angegebenen Standort der Solaranlagen bezieht, <i>und</i></p>	<p>2. bei Geboten, denen die Kopie eines beschlossenen Bebauungsplans oder ein Nachweis für die Durchführung eines in Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe f genannten Verfahrens beigefügt wurde, die Eigenerklärung des Bieters, dass sich der eingereichte Bebauungsplan oder Nachweis auf den in dem Gebot angegebenen Standort der Solaranlagen bezieht,</p>



Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>3. bei Geboten für besondere Solaranlagen nach Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe a oder b die Eigenerklärung des Bieters, dass er geprüft hat, dass es sich nicht um naturschutzrelevante Ackerflächen handelt.“</p>	<p>3. bei Geboten für besondere Solaranlagen nach Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe a oder b die Eigenerklärung des Bieters, dass er geprüft hat, dass es sich nicht um naturschutzrelevante Ackerflächen handelt, <b>und</b></p>
	<p><b>4. bei Geboten für besondere Solaranlagen nach Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe c die Eigenerklärung des Bieters, dass er geprüft hat, dass es sich nicht um Grünland in einem Natura 2000-Gebiet im Sinn des § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes oder um einen Lebensraumtyp, der in Anhang I der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführt ist, handelt.“</b></p>
<p>39. In § 37a Satz 2 werden die Wörter „§ 37 Absatz 2 Satz 2“ durch die Wörter „§ 37 Absatz 2 Nummer 2“ ersetzt.</p>	<p><b>40. unverändert</b></p>
<p>40. § 37b wird wie folgt gefasst:</p>	<p><b>41. unverändert</b></p>
<p>„§ 37b</p>	
<p>Höchstwert für Solaranlagen des ersten Segments</p>	
<p>Der Höchstwert ergibt sich aus dem um 8 Prozent erhöhten Durchschnitt der Gebotswerte des jeweils höchsten noch bezuschlagten Gebots der letzten drei Gebotstermine, deren Zuschläge bei der Bekanntmachung des jeweiligen Gebotstermins nach § 29 bereits nach § 35 Absatz 1 bekanntgegeben waren, dabei beträgt er jedoch höchstens 5,9 Cent pro Kilowattstunde. Ein sich aus der Berechnung ergebender Wert wird auf zwei Stellen nach dem Komma gerundet. Für die Berechnung des Höchstwertes für die Ausschreibungen im Jahr 2023 nach Maßgabe der Sätze 1 und 2 sind die Gebotswerte der im Jahr 2022 durchgeführten Gebotstermine heranzuziehen.“</p>	
	<p><b>42. § 38 Absatz 2 wird wie folgt geändert:</b></p>
<p>41. In § 38 Absatz 2 Nummer 1 werden die Wörter „oder eine Kopie der Meldung an das Register,“ gestrichen.</p>	<p>a) In Nummer 1 werden die Wörter „oder eine Kopie der Meldung an das Register,“ gestrichen.</p>
	<p><b>b) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:</b></p>
	<p><b>„3. (weggefallen)“.</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
	<p>c) In Nummer 5 werden die Wörter „<b>Betreiber der Solaranlagen ist</b>“ durch die Wörter „<b>zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme Betreiber der Solaranlagen war</b>“ ersetzt.</p>
<p>42. § 38a wird wie folgt geändert:</p>	<p>43. § 38a wird wie folgt geändert:</p>
	<p>a) In Absatz 1 Nummer 1 werden die Wörter „<b>und der Bieter zum Zeitpunkt der Antragstellung der Anlagenbetreiber ist</b>“ gestrichen.</p>
<p>a) In Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe a wird das Wort „<b>oder</b>“ durch ein Komma ersetzt und werden nach der Angabe „<b>a bis g</b>“ die Wörter „<b>, j oder Nummer 3</b>“ eingefügt.</p>	<p>b) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „<b>§ 38 Absatz 2 Nummer 3</b>“ durch die Wörter „<b>§ 38 Absatz 2 Nummer 2</b>“ ersetzt.</p>	<p>c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „<b>§ 38 Absatz 2 Nummer 3</b>“ durch die Wörter „<b>§ 38 Absatz 2 Nummer 2 und 5</b>“ ersetzt.</p>
<p>43. Dem § 38b Absatz 1 werden die folgenden Sätze angefügt:</p>	<p>44. Dem § 38b Absatz 1 werden die folgenden Sätze angefügt:</p>
<p>„Wenn es sich bei der Solaranlage um eine besondere Solaranlage nach § 37 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe a oder b handelt und die Anlage horizontal aufgeständert ist, erhöht sich der anzulegende Wert nach Satz 1 bei Anlagen, die</p>	<p>„Wenn es sich bei der Solaranlage um eine besondere Solaranlage nach § 37 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe a, b oder c handelt und die Anlage horizontal aufgeständert ist, erhöht sich der anzulegende Wert nach Satz 1 bei Anlagen, die</p>
<p>1. im Jahr 2023 einen Zuschlag erhalten haben, um 1,2 Cent pro Kilowattstunde,</p>	<p>1. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>2. im Jahr 2024 einen Zuschlag erhalten haben, um 1,0 Cent pro Kilowattstunde,</p>	<p>2. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>3. im Jahr 2025 einen Zuschlag erhalten haben, um 0,7 Cent pro Kilowattstunde und</p>	<p>3. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>4. in den Jahren 2026 bis 2028 einen Zuschlag erhalten haben, um 0,5 Cent pro Kilowattstunde.</p>	<p>4. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>Wenn es sich bei der Solaranlage um eine besondere Solaranlage nach § 37 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe d handelt, erhöht sich der anzulegende Wert nach Satz 1 um 0,5 Cent pro Kilowattstunde.“</p>	<p>Wenn es sich bei der Solaranlage um eine besondere Solaranlage nach § 37 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe e handelt, erhöht sich der anzulegende Wert nach Satz 1 um 0,5 Cent pro Kilowattstunde.“</p>
<p>44. § 38c wird wie folgt geändert:</p>	<p>45. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:	
<p>„(2) Geboten bei den Ausschreibungen für Solaranlagen des zweiten Segments muss in Ergänzung zu den Anforderungen nach § 30 eine Eigenerklärung des Bieters beigefügt werden, dass er Eigentümer der Fläche ist, auf der die Solaranlagen errichtet werden sollen, oder dass er das Gebot mit Zustimmung des Eigentümers dieser Fläche abgibt.“</p>	
b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.	
45. In § 38e Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „2022“ durch die Angabe „2024“ ersetzt.	46. un verändert
46. Nach § 38g wird folgender § 38h eingefügt:	47. un verändert
<p>„§ 38h</p>	
Anzulegender Wert für Solaranlagen des zweiten Segments	
§ 38b ist bei den Ausschreibungen für Solaranlagen des zweiten Segments entsprechend anzuwenden.“	
47. § 39 wird wie folgt geändert:	48. un verändert
a) In Absatz 1 Nummer 2 und 3 werden jeweils die Wörter „drei Wochen“ durch die Wörter „vier Wochen“ ersetzt.	
b) In Absatz 2 Nummer 1 werden die Wörter „oder eine Kopie der Meldung an das Register“ gestrichen.	
48. § 39b wird wie folgt geändert:	49. un verändert
a) In Absatz 1 wird die Angabe „2021 16,4 Cent“ durch die Angabe „2023 16,07 Cent“ ersetzt.	
b) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „2022“ durch die Angabe „2024“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
49. In § 39c werden nach den Wörtern „bereits einen Zuschlag“ die Wörter „nach diesem Gesetz oder der KWK-Ausschreibungsverordnung“ eingefügt.	50. un verändert
50. § 39d wird wie folgt geändert:	51. un verändert
a) In Absatz 1 Satz 1 wird der Doppelpunkt durch einen Punkt ersetzt.	
b) In Absatz 2 Satz 1 wird der Doppelpunkt durch einen Punkt ersetzt.	
c) In Absatz 3 Satz 1 wird der Doppelpunkt durch einen Punkt ersetzt.	
51. § 39g wird wie folgt geändert:	52. un verändert
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 werden nach den Wörtern „können für“ die Wörter „Strom aus“ gestrichen.	
bb) In Satz 3 wird die Angabe „2021“ durch die Angabe „2023“ ersetzt.	
b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 2 wird das Wort „sechsendreißigsten“ durch die Angabe „60.“ ersetzt.	
bb) In Satz 4 wird das Wort „siebenunddreißigsten“ durch die Angabe „61.“ ersetzt.	
c) In Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „2020“ durch die Angabe „2022“ ersetzt.	
d) Absatz 5 wird wie folgt geändert:	
aa) Nummer 2 wird wie folgt geändert:	
aaa) In Buchstabe a wird das Komma am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
bbb) In Buchstabe b wird nach das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.	
ccc) Buchstabe c wird aufgehoben.	
bb) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:	
<p>„3. der Höchstwert nach § 39b Absatz 1 im Jahr 2023 18,03 Cent pro Kilowattstunde beträgt; dieser Höchstwert verringert sich ab dem 1. Januar 2024 um 0,5 Prozent pro Jahr gegenüber dem in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr geltenden Höchstwert und wird auf zwei Stellen nach dem Komma gerundet; für die Berechnung der Höhe des Höchstwerts aufgrund einer erneuten Anpassung nach dem ersten Halbsatz ist der nicht gerundete Wert zugrunde zu legen.“</p>	
52. § 39i wird wie folgt geändert:	<b>53. unverändert</b>
a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:	
<p>„Ein durch einen Zuschlag erworbener Anspruch nach § 19 Absatz 1 für Strom aus Biogas besteht nur, wenn der zur Erzeugung des Biogases eingesetzte Anteil von Getreidekorn und Mais bei Anlagen, die</p>	
<p>1. im Jahr 2023 einen Zuschlag erhalten haben, in jedem Kalenderjahr insgesamt höchstens 40 Masseprozent beträgt,</p>	
<p>2. im Jahr 2024 oder 2025 einen Zuschlag erhalten haben, in jedem Kalenderjahr insgesamt höchstens 35 Masseprozent beträgt,</p>	
<p>3. im Jahr 2026, 2027 oder 2028 einen Zuschlag erhalten haben, in jedem Kalenderjahr höchstens 30 Masseprozent beträgt.“</p>	
b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
„(1a) Ein durch einen Zuschlag erworbener Anspruch nach § 19 Absatz 1 für Strom aus Biogas besteht nur, wenn in der Anlage kein Biomethan eingesetzt wird.“	
c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:	
aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:	
aaa) In Nummer 1 wird die Angabe „14,3 Cent“ durch die Angabe „14,16 Cent“ ersetzt.	
bbb) In Nummer 2 wird die Angabe „12,54 Cent“ durch die Angabe „12,41 Cent“ ersetzt.	
bb) In Satz 2 wird die Angabe „2022“ durch die Angabe „2024“ ersetzt.	
d) In Absatz 5 wird die Angabe „2021“ durch die Angabe „2023“ ersetzt.	
53. § 39j wird wie folgt geändert:	<b>54. unverändert</b>
a) In Satz 1 wird nach den Wörtern „§ 39 Absatz 3 Nummer 5,“ die Angabe „Absatz 4,“ eingefügt und werden die Wörter „39i Absatz 2 bis 5“ durch die Wörter „39i Absatz 1a bis 5“ ersetzt.	
b) Satz 2 wird aufgehoben.	
54. § 39k wird wie folgt geändert:	<b>55. unverändert</b>
a) In der Überschrift werden die Wörter „in der Südregion“ gestrichen.	
b) Dem Wortlaut werden die folgenden Absätze 1 und 2 vorangestellt:	
„(1) An den Ausschreibungen dürfen nur Anlagen teilnehmen, die nach Zuschlagserteilung erstmals in Betrieb gesetzt werden.“	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>(2) In Ergänzung zu den Anforderungen nach den §§ 30 und 39 müssen Bieter ihren Geboten für Biomethananlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 10 Megawatt, die nach dem 30. Juni 2023 nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigt worden sind, den Nachweis beifügen, dass die Anlagen ab dem 1. Januar 2028 mit höchstens 10 Prozent der Kosten, die eine mögliche Neuerrichtung einer Biomethananlage mit gleicher Leistung nach dem aktuellen Stand der Technik betragen würde, so umgestellt werden können, dass sie ihren Strom ausschließlich auf Basis von Wasserstoff gewinnen können.“</p>	
<p>c) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 3 und Satz 2 wird aufgehoben.</p>	
<p>d) Folgender Absatz 4 wird angefügt:</p>	
<p>„(4) In den Fällen des § 28d Absatz 6 korrigiert die Bundesnetzagentur das nach § 29 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 bekanntgemachte Ausschreibungsvolumen bis spätestens zwei Wochen vor dem Gebotstermin. § 29 Absatz 2 ist entsprechend anzuwenden.“</p>	
<p>55. § 39l wird wie folgt geändert:</p>	<p><b>56. un verändert</b></p>
<p>a) In Absatz 1 wird die Angabe „19 Cent“ durch die Angabe „19,31 Cent“ ersetzt.</p>	
<p>b) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „2022“ durch die Angabe „2024“ ersetzt.</p>	
<p>56. In § 39m Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „15 Prozent“ durch die Angabe „10 Prozent“ ersetzt.</p>	<p><b>57. un verändert</b></p>
<p>57. § 40 wird wie folgt geändert:</p>	<p><b>58. § 40 wird wie folgt geändert:</b></p>
<p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p>	<p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p>
<p>aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird das Wort „Wasserkraft“ durch die Wörter „Wasserkraftanlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 500 Kilowatt“ ersetzt.</p>	<p><b>entfällt</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
bb) In Nummer 1 wird die Angabe „12,15 Cent“ durch die Angabe „12,03 Cent“ ersetzt.	aa) unverändert
cc) In Nummer 2 wird die Angabe „8,01 Cent“ durch die Angabe „7,93 Cent“ ersetzt.	bb) unverändert
dd) In Nummer 3 wird die Angabe „6,13 Cent“ durch die Angabe „6,07 Cent“ ersetzt.	cc) unverändert
ee) In Nummer 4 wird die Angabe „5,37 Cent“ durch die Angabe „5,32 Cent“ ersetzt.	dd) unverändert
ff) In Nummer 5 wird die Angabe „5,18 Cent“ durch die Angabe „5,13 Cent“ ersetzt.	ee) unverändert
gg) In Nummer 6 wird die Angabe „4,16 Cent“ durch die Angabe „4,12 Cent“ ersetzt.	ff) unverändert
hh) In Nummer 7 wird die Angabe „3,4 Cent“ durch die Angabe „3,37 Cent“ ersetzt.	gg) unverändert
b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	entfällt
aa) In Satz 1 werden die Wörter „Strom aus Anlagen“ durch die Wörter „Strom aus Wasserkraftanlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 500 Kilowatt“ und wird die Angabe „2016“ durch die Angabe „2022“ ersetzt.	
bb) Folgender Satz wird angefügt:	
„Der Anspruch nach § 19 Absatz 1 in Verbindung mit den Sätzen 1 oder 2 besteht nur, wenn der Anlagenbetreiber gegenüber dem Netzbetreiber	
1. im Fall des Satzes 1 durch Vorlage der wasserrechtlichen Zulassung der Ertüchtigungsmaßnahme oder	
2. im Fall des Satzes 2 durch Vorlage einer Bescheinigung der zuständigen Wasserbehörde	



<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<i>nachweist, dass die Wasserkraftnutzung den Anforderungen nach den §§ 33 bis 35 des Wasserhaushaltsgesetzes entspricht.“</i>	
<b>c) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 4a eingefügt:</b>	<b>entfällt</b>
<i>„(4a) Der Anspruch nach § 19 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 1 oder Absatz 2 entfällt, solange die Anforderungen der wasserrechtlichen Zulassung oder im Fall einer Bescheinigung nach Absatz 2 Satz 4 Nummer 2 die Anforderungen nach den §§ 33 bis 35 des Wasserhaushaltsgesetzes in nicht unerheblichem Umfang nicht eingehalten werden und dies durch die zuständige Wasserbehörde gegenüber dem Anlagenbetreiber und dem Netzbetreiber festgestellt wurde. Die Feststellung nach Satz 1 muss Angaben enthalten, wie der Verstoß gegen die Anforderungen geheilt werden kann. Die zuständige Wasserbehörde muss auf Antrag des Anlagenbetreibers die Feststellung nach Satz 1 mit Wirkung für die Zukunft aufheben, wenn der Anlagenbetreiber nachweist, dass die Anforderungen der Feststellung zur Heilung des Verstoßes nach Satz 2 erfüllt werden.“</i>	
<b>d) In Absatz 5 Satz 1 wird die Angabe „2022“ durch die Angabe „2024“ ersetzt.</b>	<b>b) unverändert</b>
<b>58. § 41 wird wie folgt geändert:</b>	<b>59. unverändert</b>
<b>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</b>	
<b>aa) In Nummer 1 wird die Angabe „7,69 Cent“ durch die Angabe „7,46 Cent“ ersetzt.</b>	
<b>bb) In Nummer 2 wird die Angabe „5,33 Cent“ durch die Angabe „5,17 Cent“ ersetzt.</b>	
<b>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</b>	
<b>aa) In Nummer 1 wird die Angabe „6,11 Cent“ durch die Angabe „5,93 Cent“ ersetzt.</b>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
bb) In Nummer 2 wird die Angabe „5,33 Cent“ durch die Angabe „5,17 Cent“ ersetzt.	
c) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) In Nummer 1 wird die Angabe „6,16 Cent“ durch die Angabe „5,98 Cent“ ersetzt.	
bb) In Nummer 2 wird die Angabe „3,93 Cent“ durch die Angabe „3,81 Cent“ ersetzt.	
cc) In Nummer 3 wird die Angabe „3,47 Cent“ durch die Angabe „3,37 Cent“ ersetzt.	
d) In Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „2022“ durch die Angabe „2024“ ersetzt.	
59. § 42 wird wie folgt geändert:	<b>60. unverändert</b>
a) In dem Wortlaut wird die Angabe „12,8 Cent“ durch die Angabe „12,67 Cent“ ersetzt.	
b) Folgender Satz wird angefügt:	
„Satz 1 ist nicht für Strom aus Biomethan anzuwenden.“	
60. § 43 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	<b>61. unverändert</b>
a) In Nummer 1 wird die Angabe „14,3 Cent“ durch die Angabe „14,16 Cent“ ersetzt.	
b) In Nummer 2 wird die Angabe „12,54 Cent“ durch die Angabe „12,41 Cent“ ersetzt.	
61. § 44 wird wie folgt gefasst:	<b>62. unverändert</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
„§ 44	
Vergärung von Gülle	
(1) Für Strom aus Anlagen, in denen Biogas eingesetzt wird, das durch anaerobe Vergärung von Biomasse im Sinn der Biomasseverordnung gewonnen worden ist, beträgt der anzulegende Wert	
1. bis einschließlich einer Bemessungsleistung von 75 Kilowatt 22,00 Cent pro Kilowattstunde und	
2. bis einschließlich einer Bemessungsleistung von 150 Kilowatt 19,00 Cent pro Kilowattstunde.	
(2) Der Anspruch nach § 19 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 1 besteht nur, wenn	
1. der Strom am Standort der Biogaserzeugungsanlage erzeugt wird,	
2. die installierte Leistung am Standort der Biogaserzeugungsanlage insgesamt höchstens 150 Kilowatt beträgt und	
3. zur Erzeugung des Biogases in dem jeweiligen Kalenderjahr durchschnittlich ein Anteil von Gülle mit Ausnahme von Geflügelmist und Geflügeltrockenkot von mindestens 80 Masseprozent eingesetzt wird; auf diesen Anteil kann überjähriges Klee gras bis zu einem Anteil von bis zu 10 Masseprozent angerechnet werden.	
(3) Wurde ein Anlagenbetreiber aufgrund einer Sperre im Sinn von § 6 Absatz 1 Nummer 18 des Tiergesundheitsgesetzes im Einsatz von Gülle beeinträchtigt und konnte er deshalb den vorgesehenen Güllemindestanteil nach Absatz 2 Nummer 3 nicht einhalten, ist der Zeitraum der Sperre zuzüglich 30 Kalendertagen bei der Berechnung des durchschnittlichen Gülleanteils nach Satz 1 Nummer 3 nicht zu berücksichtigen. In diesem Fall entfällt der Vergütungsanspruch für den nicht berücksichtigten Zeitraum.“	
62. In § 44a Satz 1 wird die Angabe „2022“ durch die Angabe „2024“ ersetzt.	63. un verändert
63. Dem § 44b Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	64. un verändert

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>„Die Sätze 1 und 2 sind nicht für Strom aus Anlagen im Sinn von § 44 anzuwenden, in denen Biogas eingesetzt wird, das durch anaerobe Vergärung von Biomasse im Sinn der Biomasseverordnung gewonnen worden ist.“</p>	
	<p><b>65. In § 46 Absatz 3 wird die Angabe „60 Prozent“ durch die Angabe „50 Prozent“ ersetzt und werden nach den Wörtern „Referenzertrags beträgt“ die Wörter „; dieser Gütefaktor ist auch außerhalb der Südregion anzuwenden“ eingefügt.</b></p>
<p>64. Die §§ 48 bis 49 werden wie folgt gefasst:</p>	<p>66. Die §§ 48 bis 49 werden wie folgt gefasst:</p>
<p>„§ 48</p>	<p>„§ 48</p>
<p>Solare Strahlungsenergie</p>	<p>Solare Strahlungsenergie</p>
<p>(1) Für Strom aus Solaranlagen, deren anzulegender Wert gesetzlich bestimmt wird, beträgt dieser vorbehaltlich der nachfolgenden Absätze 7,0 Cent pro Kilowattstunde, wenn die Anlage</p>	<p>(1) Für Strom aus Solaranlagen, deren anzulegender Wert gesetzlich bestimmt wird, beträgt dieser vorbehaltlich der nachfolgenden Absätze 7,0 Cent pro Kilowattstunde, wenn die Anlage</p>
<p>1. auf, an oder in einem Gebäude oder einer sonstigen baulichen Anlage angebracht ist und das Gebäude oder die sonstige bauliche Anlage vorrangig zu anderen Zwecken als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist,</p>	<p>1. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
	<p><b>1a. auf einem Grundstück innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils im Sinn des § 34 des Baugesetzbuchs errichtet worden ist, auf diesem Grundstück zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Anlage ein Wohngebäude besteht, das nach Maßgabe der Verordnung nach § 95 Nummer 3 nicht dazu geeignet ist, dass auf, an oder in ihm eine Solaranlage errichtet werden kann, die Grundfläche der Anlage die Grundfläche dieses Wohngebäudes nicht überschreitet und die Anlage eine installierte Leistung von nicht mehr als 20 Kilowatt hat,</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>2. auf einer Fläche errichtet worden ist, für die ein Planfeststellungsverfahren, ein sonstiges Verfahren mit den Rechtswirkungen der Planfeststellung für Vorhaben von überörtlicher Bedeutung oder ein Verfahren auf Grund des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Errichtung und den Betrieb öffentlich zugänglicher Abfallbeseitigungsanlagen durchgeführt worden ist und die Gemeinde beteiligt wurde und die Fläche kein entwässerter landwirtschaftlich genutzter Moorboden ist,</p>	<p>2. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>3. im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans im Sinn des § 30 des Baugesetzbuchs errichtet worden ist, die Fläche kein entwässerter landwirtschaftlich genutzter Moorboden ist und</p>	<p>3. im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans im Sinn des § 30 des Baugesetzbuchs errichtet worden ist, die Fläche kein entwässerter landwirtschaftlich genutzter Moorboden ist und</p>
<p>a) der Bebauungsplan vor dem 1. September 2003 aufgestellt und später nicht mit dem Zweck geändert worden ist, eine Solaranlage zu errichten,</p>	<p>a) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>b) der Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 für die Fläche, auf der die Anlage errichtet worden ist, ein Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn der §§ 8 und 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen hat, auch wenn die Festsetzung nach dem 1. Januar 2010 zumindest auch mit dem Zweck geändert worden ist, eine Solaranlage zu errichten, oder</p>	<p>b) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>c) der Bebauungsplan nach dem 1. September 2003 zumindest auch mit dem Zweck der Errichtung einer Solaranlage aufgestellt oder geändert worden ist und sich die Anlage</p>	<p>c) der Bebauungsplan nach dem 1. September 2003 zumindest auch mit dem Zweck der Errichtung einer Solaranlage aufgestellt oder geändert worden ist und sich die Anlage</p>
<p>aa) auf Flächen befindet, die längs von Autobahnen oder Schienenwegen liegen, und die Anlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern, gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn, errichtet worden ist,</p>	<p>aa) auf Flächen befindet, die längs von Autobahnen oder Schienenwegen liegen, und die Anlage in einer Entfernung von bis zu 500 Metern, gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn, errichtet worden ist,</p>
<p>bb) auf Flächen befindet, die zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans bereits versiegelt waren, oder</p>	<p>bb) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>cc) auf Konversionsflächen aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung befindet und diese Flächen zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans nicht rechtsverbindlich als Naturschutzgebiet im Sinn des § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes oder als Nationalpark im Sinn des § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes festgesetzt worden sind,</p>	<p>cc) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>4. auf einer Fläche errichtet worden ist, die ein künstliches Gewässer im Sinn des § 3 Nummer 4 des Wasserhaushaltsgesetzes oder ein erheblich verändertes Gewässer im Sinn des § 3 Nummer 5 des Wasserhaushaltsgesetzes ist, oder</p>	<p>4. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>5. eine besondere Solaranlage ist, die den Anforderungen entspricht, die in einer Festlegung der Bundesnetzagentur nach § 85c an sie gestellt werden, und errichtet worden ist</p>	<p>5. eine besondere Solaranlage ist, die den Anforderungen entspricht, die in einer Festlegung der Bundesnetzagentur nach § 85c an sie gestellt werden, und errichtet worden ist</p>
<p>a) auf Ackerflächen, die kein Moorboden sind und nicht rechtsverbindlich als Naturschutzgebiet im Sinn des § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes oder als Nationalpark im Sinn des § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes festgesetzt worden sind, mit gleichzeitigem Nutzpflanzenanbau auf derselben Fläche,</p>	<p>a) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>b) auf Flächen, die kein Moorboden sind und nicht rechtsverbindlich als Naturschutzgebiet im Sinn des § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes oder als Nationalpark im Sinn des § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes festgesetzt worden sind, mit gleichzeitiger landwirtschaftlicher Nutzung in Form eines Anbaus von Dauerkulturen oder mehrjährigen Kulturen auf derselben Fläche,</p>	<p>b) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
	<p><b>c) auf Grünland bei gleichzeitiger landwirtschaftlicher Nutzung als Dauergrünland, wenn die Fläche kein Moorboden ist, nicht rechtsverbindlich als Naturschutzgebiet im Sinn des § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes oder als Nationalpark im Sinn des § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes festgesetzt worden ist, nicht in einem Natura 2000-Gebiet im Sinn des § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes liegt und kein Lebensraumtyp ist, der in Anhang I der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführt ist,</b></p>
<p><b>c) auf Parkplatzflächen oder</b></p>	<p><b>d) un verändert</b></p>
<p><b>d) auf Moorböden, die entwässert und landwirtschaftlich genutzt worden sind, wenn die Flächen mit der Errichtung der Solaranlage dauerhaft wiedervernässt werden.</b></p>	<p><b>e) un verändert</b></p>
<p>Wenn Solaranlagen vor dem Beschluss eines Bebauungsplans unter Einhaltung der übrigen Voraussetzungen des Satzes 1 Nummer 3 und der Voraussetzungen des § 33 des Baugesetzbuchs errichtet worden sind, besteht ein Anspruch nach § 19 bei Einhaltung der sonstigen Voraussetzungen abweichend von § 25 Absatz 1 Satz 3 erst, nachdem der Bebauungsplan beschlossen worden ist. In den Fällen des Satzes 2 verringert sich die Dauer des Anspruchs auf Zahlung einer Marktprämie oder Einspeisevergütung nach § 25 Absatz 1 Satz 1 und 2 um die Tage, die zwischen der Inbetriebnahme der Anlage und dem Beschluss des Bebauungsplans liegen.</p>	<p>Wenn Solaranlagen vor dem Beschluss eines Bebauungsplans unter Einhaltung der übrigen Voraussetzungen des Satzes 1 Nummer 3 und der Voraussetzungen des § 33 des Baugesetzbuchs errichtet worden sind, besteht ein Anspruch nach § 19 bei Einhaltung der sonstigen Voraussetzungen abweichend von § 25 Absatz 1 Satz 3 erst, nachdem der Bebauungsplan beschlossen worden ist. In den Fällen des Satzes 2 verringert sich die Dauer des Anspruchs auf Zahlung einer Marktprämie oder Einspeisevergütung nach § 25 Absatz 1 Satz 1 und 2 um die Tage, die zwischen der Inbetriebnahme der Anlage und dem Beschluss des Bebauungsplans liegen.</p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>(1a) Für Strom aus Solaranlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 1 Megawatt, deren anzulegender Wert gesetzlich bestimmt wird, beträgt dieser den Durchschnitt aus den Gebotswerten des jeweils höchsten noch bezuschlagten Gebots der Gebotstermine für Solaranlagen des ersten Segments in dem der Inbetriebnahme vorangegangenen Kalenderjahr. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht den Durchschnitt aus den Gebotswerten für das jeweils höchste noch bezuschlagte Gebot aller Ausschreibungsrunden eines Kalenderjahres jeweils bis zum 31. Januar des darauf folgenden Kalenderjahres.</p>	<p>(1a) Für Strom aus Solaranlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 1 Megawatt, deren anzulegender Wert gesetzlich bestimmt wird, beträgt dieser den Durchschnitt aus den Gebotswerten des jeweils höchsten noch bezuschlagten Gebots der Gebotstermine für Solaranlagen des ersten Segments in dem der Inbetriebnahme vorangegangenen Kalenderjahr. <b>Für Strom aus Solaranlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 1 Megawatt, die auf, an oder in einem Gebäude oder einer Lärmschutzwand errichtet werden und deren anzulegender Wert gesetzlich bestimmt wird, beträgt dieser abweichend von Satz 1 den Durchschnitt aus den Gebotswerten des jeweils höchsten noch bezuschlagten Gebots der Gebotstermine für Solaranlagen des zweiten Segments in dem der Inbetriebnahme vorangegangenen Kalenderjahr.</b> Die Bundesnetzagentur veröffentlicht den Durchschnitt aus den Gebotswerten für das jeweils höchste noch bezuschlagte Gebot aller Ausschreibungsrunden eines Kalenderjahres jeweils bis zum 31. Januar des darauf folgenden Kalenderjahres.</p>
<p>(2) Für Strom aus Solaranlagen, die ausschließlich auf, an oder in einem Gebäude oder einer Lärmschutzwand angebracht sind, beträgt der anzulegende Wert</p>	<p>(2) Für Strom aus Solaranlagen, die ausschließlich auf, an oder in einem Gebäude oder einer Lärmschutzwand angebracht sind, beträgt der anzulegende Wert</p>
<p>1. bis einschließlich einer installierten Leistung von 10 Kilowatt <b>6,93 Cent pro Kilowattstunde,</b></p>	<p>1. bis einschließlich einer installierten Leistung von 10 Kilowatt <b>8,60 Cent pro Kilowattstunde,</b></p>
<p>2. bis einschließlich einer installierten Leistung von 40 Kilowatt <b>6,85 Cent pro Kilowattstunde und</b></p>	<p>2. bis einschließlich einer installierten Leistung von 40 Kilowatt <b>7,50 Cent pro Kilowattstunde und</b></p>
<p>3. bis einschließlich einer installierten Leistung von 1 Megawatt <b>5,36 Cent pro Kilowattstunde.</b></p>	<p>3. bis einschließlich einer installierten Leistung von 1 Megawatt <b>6,20 Cent pro Kilowattstunde.</b></p>



Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>(2a) Wenn der Anlagenbetreiber den gesamten in einem Kalenderjahr in der Anlage erzeugten Strom mit Ausnahme des Stroms, der in der Solaranlage oder in deren Neben- und Hilfsanlagen zur Erzeugung von Strom im technischen Sinn verbraucht wird, in das Netz eingespeist und dies dem Netzbetreiber im Jahr der Inbetriebnahme der Anlage vor der Inbetriebnahme und im Übrigen vor dem 1. Dezember des vorangegangenen Kalenderjahres in Textform mitgeteilt hat, erhöht sich der anzulegende Wert nach Absatz 2 <i>in entsprechender Anwendung des § 24 Absatz 1 Satz 1 für den jeweils zuletzt in Betrieb genommenen Generator</i></p>	<p>(2a) Wenn der Anlagenbetreiber den gesamten in einem Kalenderjahr in der Anlage erzeugten Strom mit Ausnahme des Stroms, der in der Solaranlage oder in deren Neben- und Hilfsanlagen zur Erzeugung von Strom im technischen Sinn verbraucht wird, in das Netz eingespeist und dies dem Netzbetreiber im Jahr der Inbetriebnahme der Anlage vor der Inbetriebnahme und im Übrigen vor dem 1. Dezember des vorangegangenen Kalenderjahres in Textform mitgeteilt hat, erhöht sich der anzulegende Wert nach Absatz 2</p>
<p>1. bis einschließlich einer installierten Leistung von 10 Kilowatt um 6,87 Cent pro Kilowattstunde,</p>	<p>1. bis einschließlich einer installierten Leistung von 10 Kilowatt um 4,80 Cent pro Kilowattstunde,</p>
<p>2. bis einschließlich einer installierten Leistung von 40 Kilowatt um 4,45 Cent pro Kilowattstunde,</p>	<p>2. bis einschließlich einer installierten Leistung von 40 Kilowatt um 3,80 Cent pro Kilowattstunde,</p>
<p>3. bis einschließlich einer installierten Leistung von 100 Kilowatt um 5,94 Cent pro Kilowattstunde,</p>	<p>3. bis einschließlich einer installierten Leistung von 100 Kilowatt um 5,10 Cent pro Kilowattstunde,</p>
<p>4. bis einschließlich einer installierten Leistung von 400 Kilowatt um 4,04 Cent pro Kilowattstunde und</p>	<p>4. bis einschließlich einer installierten Leistung von 400 Kilowatt um 3,20 Cent pro Kilowattstunde und</p>
<p>5. bis einschließlich einer installierten Leistung von 1 Megawatt um 2,74 Cent pro Kilowattstunde.</p>	<p>5. bis einschließlich einer installierten Leistung von 1 Megawatt um 1,90 Cent pro Kilowattstunde.</p>
	<p><b>§ 24 Absatz 1 Satz 1 ist zum Zweck der Ermittlung der Höhe des Anspruchs nach Satz 1 Nummer 1 bis 5 für den jeweils zuletzt in Betrieb genommenen Generator entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, dass ein Anlagenbetreiber abweichend von § 24 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 bestimmen kann, dass Solaranlagen, die innerhalb von weniger als zwölf aufeinander folgenden Kalendermonaten in Betrieb genommen werden, nicht als eine Anlage, sondern als zwei Anlagen anzusehen sind, wenn</b></p>
	<p><b>1. sie auf, an oder in demselben Gebäude angebracht sind,</b></p>
	<p><b>2. der Strom aus beiden Anlagen über jeweils eine eigene Messeinrichtung abgerechnet wird und</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
	<p><b>3. der Anlagenbetreiber dem Netzbetreiber im Jahr der Inbetriebnahme der zweiten Anlage vor der Inbetriebnahme und im Übrigen vor dem 1. Dezember des vorangegangenen Kalenderjahres mitgeteilt hat, für welche der beiden Anlagen er den erhöhten anzulegenden Wert nach Satz 1 in Anspruch nehmen möchte; für Strom aus der anderen Anlage ist die Erhöhung des anzulegenden Wertes nach Satz 1 ausgeschlossen.</b></p>
<p>(3) Für Solaranlagen, die ausschließlich auf, an oder in einem Gebäude angebracht sind, das kein Wohngebäude ist und das im Außenbereich nach § 35 des Baugesetzbuchs errichtet worden ist, ist Absatz 2 nur anzuwenden, wenn</p>	<p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>1. nachweislich vor dem 1. April 2012</p>	
<p>a) für das Gebäude der Bauantrag oder der Antrag auf Zustimmung gestellt oder die Bauanzeige erstattet worden ist,</p>	
<p>b) im Fall einer nicht genehmigungsbedürftigen Errichtung, die nach Maßgabe des Bauordnungsrechts der zuständigen Behörde zur Kenntnis zu bringen ist, für das Gebäude die erforderliche Kenntnisgabe an die Behörde erfolgt ist oder</p>	
<p>c) im Fall einer sonstigen nicht genehmigungsbedürftigen, insbesondere genehmigungs-, anzeige- und verfahrensfreien Errichtung mit der Bauausführung des Gebäudes begonnen worden ist,</p>	
<p>2. das Gebäude im räumlich-funktionalen Zusammenhang mit einer nach dem 31. März 2012 errichteten Hofstelle eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes steht oder</p>	
<p>3. das Gebäude der dauerhaften Stallhaltung von Tieren dient und von der zuständigen Baubehörde genehmigt worden ist.</p>	
<p>Im Übrigen ist Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 anzuwenden.</p>	
<p>(4) § 38b Absatz 2 Satz 1 ist entsprechend anzuwenden. Der Anspruch nach § 19 Absatz 1 entfällt für die ersetzten Anlagen endgültig.</p>	<p>(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
§ 48a	§ 48a
Mieterstromzuschlag bei solarer Strahlungsenergie	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Der anzulegende Wert für den Mieterstromzuschlag nach § 21 Absatz 3 ist jeweils der Betrag in Cent pro Kilowattstunde, den die Bundesnetzagentur nach § 19 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b der Marktstammdatenregisterverordnung in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung für Inbetriebnahmen ab dem 1. Januar 2023 auf ihrer Internetseite veröffentlicht hat für Solaranlagen	
1. bis einschließlich einer installierten Leistung von 10 Kilowatt nach § 48a Nummer 1 in Verbindung mit § 49 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung,	
2. bis einschließlich einer installierten Leistung von 40 Kilowatt nach § 48a Nummer 2 in Verbindung mit § 49 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung und	
3. bis einschließlich einer installierten Leistung von 1 Megawatt nach § 48a Nummer 3 in Verbindung mit § 49 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung.	
§ 49	§ 49
Absenkung der anzulegenden Werte für Strom aus solarer Strahlungsenergie	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Die anzulegenden Werte nach § 48 Absatz 1, 2 und 2a und § 48a verringern sich ab dem 1. Februar 2024 und sodann alle sechs Monate für die nach diesem Zeitpunkt in Betrieb genommenen Anlagen um 1 Prozent gegenüber den in dem jeweils vorangegangenen Zeitraum geltenden anzulegenden Werten und werden auf zwei Stellen nach dem Komma gerundet. Für die Berechnung der Höhe der anzulegenden Werte aufgrund einer erneuten Anpassung nach Satz 1 sind die ungerundeten Werte zugrunde zu legen.“	
65. In § 50a Absatz 2 wird die Angabe „, § 43 oder § 44“ durch die Angabe „oder § 43“ ersetzt.	67. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
66. In § 51 Absatz 3 wird die Angabe „§ 71 Nummer 1“ durch die Wörter „§ 71 Absatz 1 Nummer 1“ ersetzt.	<b>68.</b> unverändert
67. § 51a wird wie folgt geändert:	<b>69.</b> unverändert
a) In Absatz 2 werden die Wörter „ab dem Kalenderjahr 2022“ gestrichen.	
b) In Absatz 3 Nummer 1 werden die Wörter „ab dem Jahr 2022“ gestrichen.	
68. § 52 wird wie folgt gefasst:	<b>70.</b> § 52 wird wie folgt gefasst:
„§ 52	„§ 52
Zahlungen bei Pflichtverstößen	Zahlungen bei Pflichtverstößen
(1) Anlagenbetreiber müssen an den Netzbetreiber, an dessen Netz die Anlage angeschlossen ist, eine Zahlung leisten, wenn sie	(1) unverändert
1. gegen § 9 Absatz 1, 1a oder 2 verstoßen,	
2. gegen § 9 Absatz 5 verstoßen,	
3. gegen § 9 Absatz 8 verstoßen,	
4. gegen § 10b verstoßen,	
5. die Ausfallvergütung in Anspruch nehmen und dabei eine der Höchstdauern nach § 21 Absatz 1 Nummer 2 erster Halbsatz überschreiten,	
6. eine Einspeisevergütung in Anspruch nehmen und dabei gegen § 21 Absatz 2 verstoßen,	
7. gegen § 21b Absatz 2 Satz 1 zweiter Halbsatz verstoßen,	
8. entgegen § 21b Absatz 3 nicht die gesamte Ist-Einspeisung in viertelstündlicher Auflösung messen und bilanzieren,	
9. dem Netzbetreiber die Zuordnung zu oder den Wechsel zwischen den verschiedenen Veräußerungsformen nach § 21b Absatz 1 nicht nach Maßgabe des § 21c übermittelt haben,	
10. entgegen der Mitteilung nach § 48 Absatz 2a nicht den gesamten in einem Kalenderjahr in der Anlage erzeugten Strom in das Netz einspeisen,	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
11. die zur Registrierung der Anlage erforderlichen Angaben nicht nach Maßgabe der Marktstammdatenregisterverordnung an das Register übermittelt haben und keine Meldung nach § 71 Absatz 1 Nummer 1 erfolgt ist oder	
12. gegen eine Pflicht nach § 80 verstoßen.	
	<p><b>(1a) Die unmittelbar an den Übertragungsnetzbetreiber geleistete oder von dem Verteilernetzbetreiber an diesen nach § 14 Satz 1 Nummer 3 des Energiefinanzierungsgesetzes weitergeleitete Zahlung nach Absatz 1 ist eine Einnahme zugunsten des EEG-Kontos nach Nummer 4.9 der Anlage 1 des Energiefinanzierungsgesetzes und dient der Senkung des EEG-Finanzierungsbedarfs im Sinn des § 2 Nummer 2 des Energiefinanzierungsgesetzes.</b></p>
(2) Die zu leistende Zahlung beträgt 10 Euro pro Kilowatt installierter Leistung der Anlage und Kalendermonat, in dem ganz oder zeitweise ein Pflichtverstoß nach Absatz 1 vorliegt oder andauert.	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(3) Die zu leistende Zahlung verringert sich auf 2 Euro pro Kilowatt installierter Leistung der Anlage und Kalendermonat	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. bei einem Pflichtverstoß nach Absatz 1 Nummer 1, 3, 4 oder 11, sobald die entsprechende Pflicht erfüllt wird; diese Verringerung wirkt zurück bis zum Beginn des Pflichtverstoßes, und	
2. bei einem Pflichtverstoß nach Absatz 1 Nummer 10.	
(4) Die Zahlung ist zu leisten	(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. bei einem Pflichtverstoß nach Absatz 1 Nummer 7 zusätzlich für die folgenden drei Kalendermonate,	
2. bei einem Pflichtverstoß nach Absatz 1 Nummer 9 zusätzlich für den folgenden Kalendermonat,	
3. bei einem Pflichtverstoß nach Absatz 1 Nummer 10 für alle Kalendermonate des Kalenderjahres und	
4. bei einem Pflichtverstoß nach Absatz 1 Nummer 12 zusätzlich für die folgenden sechs Kalendermonate.	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
(5) Wenn in demselben Kalendermonat Zahlungen aufgrund von mehreren Pflichtverstößen nach Absatz 1 geleistet werden müssen, sind die Zahlungen nach den Absätzen 2 bis 4 insgesamt auf 10 Euro pro Kilowatt installierter Leistung der Anlage und Kalendermonat begrenzt.	(5) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(6) Die Zahlungen werden zum 15. Kalendertag des Kalendermonats fällig, der auf den nach den Absätzen 2 und 4 jeweils maßgeblichen Kalendermonat folgt. Soweit Zahlungsansprüche des Anlagenbetreibers gegen den Netzbetreiber nach § 19 Absatz 1 bestehen, können die Ansprüche auf Zahlungen nach Absatz 1 abweichend von § 27 Absatz 1 mit diesen Ansprüchen und den entsprechenden Abschlagszahlungen aufgerechnet werden. Der Anspruch auf die Zahlung verjährt mit Ablauf des zweiten Kalenderjahres, das auf den Pflichtverstoß nach Absatz 1 folgt.	(6) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(7) Bei Pflichtverstößen nach Absatz 1, 2 oder 8 verlieren die Anlagenbetreiber zusätzlich für das gesamte Kalenderjahr den Anspruch auf ein Entgelt für dezentrale Einspeisung nach § 18 der Stromnetzentgeltverordnung.	(7) Bei Pflichtverstößen nach Absatz 1 verlieren die Anlagenbetreiber zusätzlich für das gesamte Kalenderjahr den Anspruch auf ein Entgelt für dezentrale Einspeisung nach § 18 der Stromnetzentgeltverordnung.
(8) Bei einem Pflichtverstoß nach Absatz 1 Nummer 1 durch Betreiber von KWK-Anlagen sind die Absätze 2, 3, 6 und 7 entsprechend anzuwenden.“	(8) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
<b>69. § 53 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:</b>	<b>71. § 53 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:</b>
„Für Strom aus ausgeförderten Anlagen, für die ein Anspruch auf Einspeisevergütung nach § 19 Absatz 1 in Verbindung mit § 21 Absatz 1 Nummer 3 geltend gemacht wird, ist abweichend von Absatz 1 von dem anzulegenden Wert der Wert abzuziehen, den die Übertragungsnetzbetreiber nach § 51 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe b des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> auf ihrer Internetseite veröffentlicht haben.“	„Für Strom aus ausgeförderten Anlagen, für die ein Anspruch auf Einspeisevergütung nach § 19 Absatz 1 in Verbindung mit § 21 Absatz 1 Nummer 3 geltend gemacht wird, ist abweichend von Absatz 1 von dem anzulegenden Wert der Wert abzuziehen, den die Übertragungsnetzbetreiber nach § 51 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe b des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> auf ihrer Internetseite veröffentlicht haben.“
<b>70. In § 55 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 wird die Angabe „18“ durch die Angabe „24“ ersetzt.</b>	<b>72. u n v e r ä n d e r t</b>
<b>71. Nach § 55a wird folgender § 55b eingefügt:</b>	<b>73. u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
„§ 55b	
Rückforderung	
<p>Zahlt ein Netzbetreiber einem Anlagenbetreiber mehr als in Teil 3 vorgeschrieben, muss er den Mehrbetrag zurückfordern. Ist die Zahlung in Übereinstimmung mit dem Ergebnis eines Verfahrens der Clearingstelle nach § 81 Absatz 5 erfolgt und beruht die Rückforderung auf der Anwendung einer nach der Zahlung in anderer Sache ergangenen höchstrichterlichen Entscheidung, ist der Anlagenbetreiber berechtigt, insoweit die Einrede der Übereinstimmung der Berechnung der Zahlung mit einer Entscheidung der Clearingstelle für Zahlungen zu erheben, die bis zum Tag der höchstrichterlichen Entscheidung geleistet worden sind. Der Rückforderungsanspruch verjährt mit Ablauf des zweiten auf die Einspeisung folgenden Kalenderjahres; die Pflicht nach Satz 1 erlischt insoweit. § 27 Absatz 1 ist nicht anzuwenden.“</p>	
72. Teil 4 wird wie folgt gefasst:	74. Teil 4 wird wie folgt gefasst:
„Teil 4	„Teil 4
Weitergabe und Vermarktung des Stroms aus erneuerbaren Energien	Weitergabe und Vermarktung des Stroms aus erneuerbaren Energien
§ 56	§ 56
Weitergabe an den Übertragungsnetzbetreiber	u n v e r ä n d e r t
<p>Netzbetreiber müssen unverzüglich an den vorgelagerten Übertragungsnetzbetreiber weiterleiten:</p>	
<p>1. den nach § 19 Absatz 1 Nummer 2 vergüteten Strom und</p>	
<p>2. für den gesamten Strom, für den sie Zahlungen an die Anlagenbetreiber leisten, das Recht, diesen Strom als „Strom aus erneuerbaren Energien, gefördert nach dem EEG“ zu kennzeichnen.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 57	§ 57
Vermarktung durch die Übertragungsnetzbetreiber	u n v e r ä n d e r t
Die Übertragungsnetzbetreiber müssen selbst oder gemeinsam den nach § 19 Absatz 1 Nummer 2 vergüteten oder nach § 13a Absatz 1a des Energiewirtschaftsgesetzes bilanziell ausgeglichenen Strom diskriminierungsfrei, transparent und unter Beachtung der Vorgaben der Erneuerbare-Energien-Verordnung vermarkten.	
§ 58	§ 58
Weitere Bestimmungen	Weitere Bestimmungen
(1) Die Finanzierung der Ausgaben der Netzbetreiber nach diesem Gesetz bestimmt sich nach dem <i>Energie-Umlagen-Gesetz</i> .	(1) Die Finanzierung der Ausgaben der Netzbetreiber nach diesem Gesetz bestimmt sich nach dem <b>Energiefinanzierungsgesetz</b> .
(2) Die den Übertragungsnetzbetreibern nach § 20 Nummer 2 eingeräumten oder nach § 56 Nummer 2 weitergeleiteten Rechte, den vergüteten Strom als „Strom aus erneuerbaren Energien, gefördert nach dem EEG“ zu kennzeichnen, erlöschen <i>in den Kalenderjahren, in denen nach dem Energie-Umlagen-Gesetz keine EEG-Umlage zur Finanzierung ihrer Ausgaben erhoben wird</i> ; die §§ 42 und 42a des Energiewirtschaftsgesetzes bleiben unberührt.	(2) Die den Übertragungsnetzbetreibern nach § 20 Nummer 2 eingeräumten oder nach § 56 Nummer 2 weitergeleiteten Rechte, den vergüteten Strom als „Strom aus erneuerbaren Energien, gefördert nach dem EEG“ zu kennzeichnen, erlöschen; die §§ 42 und 42a des Energiewirtschaftsgesetzes bleiben unberührt.
(3) <i>Die Bundesregierung legt rechtzeitig einen Vorschlag für eine Neuregelung der Rechte, vergüteten Strom als „Strom aus erneuerbaren Energien, gefördert nach dem EEG“ zu kennzeichnen, für Kalenderjahre vor, in denen nach dem Energie-Umlagen-Gesetz eine EEG-Umlage erhoben wird.</i>	<b>entfällt</b>
§§ 59 bis 69	§§ 59 bis 69
(weggefallen)“.	u n v e r ä n d e r t
73. In § 70 Satz 1 werden die Wörter „ <b>Stromerzeugungsanlagen, Netzbetreiber, Letztverbraucher und Elektrizitätsversorgungsunternehmen</b> “ durch die Wörter „ <b>Stromerzeugungsanlagen und Netzbetreiber</b> “ ersetzt.	75. u n v e r ä n d e r t
74. § 71 wird wie folgt geändert:	76. u n v e r ä n d e r t



Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
a) Der Wortlaut wird Absatz 1.	
b) Die folgenden Absätze 2 bis 7 werden angefügt:	
<p>„(2) Die Übertragungsnetzbetreiber veröffentlichen bis zum 31. Dezember eines Jahres zu Anlagenbetreibern, die im vorangegangenen Kalenderjahr kumulativ für Anlagen Zahlungen nach § 19 Absatz 1 oder § 50 in einem Umfang von insgesamt mehr als 100 000 Euro erhalten haben, insbesondere die folgenden Angaben durch Einstellung in die Transparenzdatenbank der Europäischen Kommission:</p>	
1. die Namen der Anlagenbetreiber,	
2. wenn zutreffend, das Handelsregister, Vereinsregister oder Genossenschaftsregister, in das sie eingetragen sind, und die entsprechende Registernummer; wenn keine Registernummer zugeteilt wurde, ist hilfsweise, soweit vorhanden, die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer anzugeben,	
3. die Summe der erhaltenen Zahlungen in Euro,	
4. die Angabe, ob der Anlagenbetreiber ein Unternehmen im Sinn der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36) in der jeweils geltenden Fassung oder ein sonstiges Unternehmen ist,	
5. die Gebietseinheit der NUTS-Ebene 2, in der der Anlagenbetreiber seinen Sitz hat, nach der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) (ABl. L 154 vom 21.6.2003, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 868/2014 der Kommission vom 8. August 2014 (ABl. L 241 vom 13.8.2014, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung und	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<p>6. den Hauptwirtschaftszweig, in dem der Anlagenbetreiber tätig ist, auf Ebene der NACE-Gruppe nach der Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1) in der jeweils geltenden Fassung.</p>	
<p>(3) Die Übertragungsnetzbetreiber ermitteln die Angaben zur Veröffentlichung nach Absatz 2 aus den Endabrechnungen der Netzbetreiber unter Verwendung der veröffentlichten Daten des Registers.</p>	
<p>(4) Anlagenbetreiber nach Absatz 2, deren Daten nach § 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 der Marktstammdatenregisterverordnung nicht veröffentlicht werden oder bei denen die Angaben nach Absatz 2 im Register nicht vollständig sind, müssen die Angaben nach Absatz 2 zum Zweck der Veröffentlichung sowie ihre Anschrift und ihre Nummer im Register bis zum 31. Juli des jeweiligen Folgejahres den Übertragungsnetzbetreibern mitteilen.</p>	
<p>(5) Wenn Anlagenbetreiber Anlagen in verschiedenen Regelzonen betreiben, teilen die Übertragungsnetzbetreiber erforderliche Angaben und Daten nach den Absätzen 3 und 4 zum Zweck der Veröffentlichung nach Absatz 2 unverzüglich den anderen Übertragungsnetzbetreibern im Bundesgebiet mit.</p>	
<p>(6) Wenn die Übertragungsnetzbetreiber ein abweichendes Verfahren zur Ermittlung der Angaben nach Absatz 2 vorsehen und Formularvorlagen zu Form und Inhalt der Mitteilung der Angaben nach den Absätzen 2 und 4 bereitstellen, müssen die Angaben unter Verwendung dieser Formularvorlagen nach dem vorgegebenen Verfahren übermittelt werden.</p>	
<p>(7) Anlagenbetreiber müssen den Übertragungsnetzbetreibern auf Verlangen geeignete Nachweise zur Überprüfung der Angaben vorlegen.“</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
75. § 72 wird wie folgt geändert:	77. § 72 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
<p>„(1) Netzbetreiber, die nicht Übertragungsnetzbetreiber sind, müssen ihrem vorgelagerten Übertragungsnetzbetreiber im Rahmen der Mitteilung nach § 50 Nummer 1 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> die folgenden Angaben unverzüglich, nachdem sie verfügbar sind, zusammengefasst übermitteln:</p>	<p>„(1) Netzbetreiber, die nicht Übertragungsnetzbetreiber sind, müssen ihrem vorgelagerten Übertragungsnetzbetreiber im Rahmen der Mitteilung nach § 50 Nummer 1 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> die folgenden Angaben unverzüglich, nachdem sie verfügbar sind, zusammengefasst übermitteln:</p>
<p>1. die von den Anlagenbetreibern erhaltenen Mitteilungen nach § 21c Absatz 1, jeweils gesondert für die verschiedenen Veräußerungsformen nach § 21b Absatz 1,</p>	<p>1. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>2. bei Wechseln in die Ausfallvergütung zusätzlich zu den Angaben nach Nummer 1 den Energieträger, aus dem der Strom in der jeweiligen Anlage erzeugt wird, die installierte Leistung der Anlage sowie die Dauer, seit der die betreffende Anlage diese Veräußerungsform nutzt, und</p>	<p>2. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>3. die sonstigen für die Weitergabe und die Vermarktung des Stroms aus erneuerbaren Energien erforderlichen Angaben.“</p>	<p>3. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „und Zahlungen“ gestrichen.</p>	
<p>bb) Nummer 2 wird aufgehoben.</p>	
<p>cc) Nummer 3 wird Nummer 2.</p>	
<p>dd) Nummer 4 wird Nummer 3 und die Angabe „Nummer 3“ wird durch die Angabe „Nummer 2“ ersetzt.</p>	
<p>c) Die Absätze 3 und 4 werden aufgehoben.</p>	<p>c) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
76. § 73 wird wie folgt geändert:	78. § 73 wird wie folgt geändert:

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
a) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:	a) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:
„(1) Übertragungsnetzbetreiber müssen unbeschadet des § 77 Absatz 4 für Anlagen, die unmittelbar oder mittelbar an ihr Netz angeschlossen sind, die Angaben nach § 72 Absatz 1 auf ihrer Internetseite veröffentlichen.“	„(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b> “
(2) Übertragungsnetzbetreiber müssen die Informationen über den unterschiedlichen Umfang und den zeitlichen Verlauf der Strommengen, für die sie Zahlungen nach § 19 Absatz 1 leisten oder Rückzahlungen nach § 26 Absatz 1 Satz 3, § 36h Absatz 2 und § 46 Absatz 1 erhalten, speichern. Bei der Speicherung sind die Saldierungen auf Grund des § 12 Absatz 3 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> zugrunde zu legen.“	(2) Übertragungsnetzbetreiber müssen die Informationen über den unterschiedlichen Umfang und den zeitlichen Verlauf der Strommengen, für die sie Zahlungen nach § 19 Absatz 1 leisten oder Rückzahlungen nach § 26 Absatz 1 Satz 3, § 36h Absatz 2 und § 46 Absatz 1 erhalten, speichern. Bei der Speicherung sind die Saldierungen auf Grund des § 12 Absatz 3 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> zugrunde zu legen.“
b) Die Absätze 4 und 5 werden aufgehoben.	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
c) Absatz 6 wird Absatz 4.	c) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
d) Die Absätze 7 und 8 werden aufgehoben.	d) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
77. Die §§ 74 bis 75 werden durch die folgenden §§ 74 und 75 ersetzt:	79. Die §§ 74 bis 75 werden durch die folgenden §§ 74 und 75 ersetzt:
„§ 74	„§ 74
Vorausschau des weiteren Ausbaus	Vorausschau des weiteren Ausbaus
(1) Die Übertragungsnetzbetreiber müssen bis zum 31. Oktober eines Kalenderjahres eine Vorausschau für die Entwicklung des Ausbaus der erneuerbaren Energien in den folgenden fünf Kalenderjahren erstellen und veröffentlichen. Diese Vorausschau muss mindestens eine Prognose der Entwicklung	(1) Die Übertragungsnetzbetreiber müssen bis zum 25. Oktober eines Kalenderjahres eine Vorausschau für die Entwicklung des Ausbaus der erneuerbaren Energien in den folgenden fünf Kalenderjahren erstellen und veröffentlichen. Diese Vorausschau muss mindestens eine Prognose der Entwicklung
1. der installierten Leistung der Anlagen,	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. der Volllaststunden und	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. der erzeugten Jahresarbeit	3. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
enthalten.	enthalten.

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
(2) Die Angaben nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 müssen für die folgenden Energieträger getrennt veröffentlicht werden:	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. Wasserkraft,	
2. Windenergie an Land,	
3. Windenergie auf See,	
4. solare Strahlungsenergie, getrennt nach Solaranlagen des ersten Segments und Solaranlagen des zweiten Segments,	
5. Geothermie,	
6. Energie aus Biomasse,	
7. Deponiegas,	
8. Klärgas und	
9. Grubengas.	
(3) Die Prognose nach Absatz 1 muss nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erstellt werden. Die Datengrundlagen und Annahmen, die in die Prognose eingeflossen sind, müssen angegeben werden.	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 75	§ 75
(weggefallen)“.	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
78. § 76 wird wie folgt geändert:	80. § 76 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
„(1) Übertragungsnetzbetreiber müssen im Rahmen der Vorlage nach § 59 Absatz 4 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> die Angaben, die sie nach § 71 Absatz 1 erhalten, einschließlich der zu ihrer Überprüfung erforderlichen Daten bis zum <i>31. Juli</i> eines Kalenderjahres der Bundesnetzagentur in elektronischer Form vorlegen. Auf Verlangen der Bundesnetzagentur müssen in elektronischer Form vorlegen:	„(1) Übertragungsnetzbetreiber müssen im Rahmen der Vorlage nach § 59 Absatz 4 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> die Angaben, die sie nach § 71 Absatz 1 erhalten, einschließlich der zu ihrer Überprüfung erforderlichen Daten bis zum <b>15. September</b> eines Kalenderjahres der Bundesnetzagentur in elektronischer Form vorlegen. Auf Verlangen der Bundesnetzagentur müssen in elektronischer Form vorlegen:
1. Netzbetreiber, die nicht Übertragungsnetzbetreiber sind, die Angaben nach Satz 1 bis zum 31. Mai eines Kalenderjahres und	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. Anlagenbetreiber die Angaben nach § 71 Absatz 1.“	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
b) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „mit Ausnahme der Strombezugskosten“ gestrichen.	b) un verändert
79. § 77 wird wie folgt geändert:	81. § 77 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:	a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden nach dem Wort „müssen“ die Wörter „im Rahmen der Veröffentlichung nach § 51 Absatz 1 des Energie-Umlagen-Gesetzes“ eingefügt.	aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden nach dem Wort „müssen“ die Wörter „im Rahmen der Veröffentlichung nach § 51 Absatz 1 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> “ eingefügt.
bb) In Nummer 1 wird die Angabe „74a“ durch die Angabe „73“ ersetzt.	bb) un verändert
cc) In Nummer 2 wird die Angabe „74a“ durch die Angabe „73“ ersetzt.	cc) un verändert
b) In Absatz 2 werden die Wörter „die Zahlungen nach § 57 Absatz 1 und“ gestrichen und werden die Wörter „§ 72 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c“ durch die Wörter „§ 72 Absatz 1 Nummer 2“ ersetzt.	b) un verändert
80. § 78 wird wie folgt gefasst:	82. un verändert
„§ 78	
(weggefallen)“.	
81. § 79a wird wie folgt geändert:	83. un verändert
a) In Absatz 7 Nummer 1 wird die Angabe „78“ durch die Wörter „42 des Energiewirtschaftsgesetzes“ und werden die Wörter „finanziert aus der EEG-Umlage“ durch die Wörter „gefördert nach dem EEG“ ersetzt.	
b) Absatz 8 wird wie folgt geändert:	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>aa) In Satz 1 werden die Wörter „§ 78 Absatz 1 als „Erneuerbare Energien, finanziert aus der EEG-Umlage““ durch die Wörter „§ 42 des Energiewirtschaftsgesetzes als „Erneuerbare Energien, gefördert nach dem EEG““ ersetzt.</p>	
<p>bb) In Satz 2 werden die Wörter „finanziert aus der EEG-Umlage““ durch die Wörter „gefördert nach dem EEG““ ersetzt.</p>	
<p>82. § 80a Satz 2 wird aufgehoben.</p>	<p><b>84. unverändert</b></p>
<p>83. § 81 Absatz 3 wird wie folgt geändert:</p>	<p><b>85. unverändert</b></p>
<p>a) In Nummer 1 wird die Angabe „55a“ durch die Angabe „55b“ ersetzt und werden die Wörter „bis 102 und 104 Absatz 1“ gestrichen.</p>	
<p>b) In Nummer 3 wird die Angabe „61I,“ durch die Wörter „61I des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung,“ ersetzt.</p>	
<p>84. In § 84a in dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „Absatz 4 und 4a“ durch die Wörter „Absatz 3 und 4“ ersetzt.</p>	<p><b>86. unverändert</b></p>
<p>85. § 85 wird wie folgt geändert:</p>	<p><b>87. § 85 wird wie folgt geändert:</b></p>
<p>a) Absatz 1 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:</p>	<p>a) Absatz 1 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:</p>
<p>„3. zu überwachen, dass</p>	<p>„3. zu überwachen, dass</p>
	<p><b>a) die Netzbetreiber Anlagen nach § 8 an ihr Netz anschließen</b></p>
<p>a) die Übertragungsnetzbetreiber den nach § 19 Absatz 1 vergüteten oder den nach § 13a Absatz 1a des Energiewirtschaftsgesetzes bilanziell ausgeglichenen Strom nach § 57 vermarkten und die Vorgaben der Erneuerbare-Energien-Verordnung einhalten,</p>	<p><b>b) unverändert</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
b) nur die Zahlungen nach den §§ 19 bis 55b geleistet werden,	c) un verändert
c) Zahlungen nach den §§ 52, 55 und 55b einschließlich etwaiger Verzugszinsen ordnungsgemäß ermittelt, erhoben und vereinnahmt werden und	d) un verändert
d) die Angaben nach den §§ 70 bis 73 und 76 übermittelt und nach den §§ 74 und 77 veröffentlicht werden.“	e) un verändert
b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	b) un verändert
aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „Zwecks und“ gestrichen.	
bb) Nummer 1a wird aufgehoben.	
cc) In Nummer 4 werden die Wörter „, sowie abweichend von § 37 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 dazu, dass als Nachweis nur ein beschlossener Bebauungsplan anerkannt wird“ gestrichen.	
dd) Nummer 5 wird wie folgt gefasst:	
„5. (weggefallen)“.	
ee) Die Nummern 12 und 13 werden wie folgt gefasst:	
„12. (weggefallen)	
13. (weggefallen)“.	
c) In Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter „, Festlegungen nach Absatz 2 Nummer 5 und Nummer 13 und zu“ durch die Wörter „, und für“ ersetzt, werden nach der Angabe „§ 85a“ die Wörter „,und zu den besonderen Solaranlagen nach § 85c“ eingefügt und wird die Angabe „88d“ durch die Angabe „88f“ ersetzt.	c) Die Absätze 4 und 5 werden aufgehoben.
d) Absatz 5 wird aufgehoben.	entfällt
86. Nach § 85b wird folgender § 85c eingefügt:	88. Nach § 85b wird folgender § 85c eingefügt:



Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
„§ 85c	„§ 85c
Festlegung zu den besonderen Solaranlagen	Festlegung zu den besonderen Solaranlagen
<p>(1) Die Bundesnetzagentur bestimmt durch Festlegung nach § 29 des Energiewirtschaftsgesetzes die Anforderungen, die an die besonderen Solaranlagen nach § 37 Absatz 1 Nummer 3 und § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 zu stellen sind. Eine Festlegung nach Satz 1 kann zum 1. Oktober eines Jahres mit Wirkung zum 1. Januar des folgenden Kalenderjahres erlassen werden. Bei der Festlegung der Anforderungen für besondere Solaranlagen nach § 37 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe <i>d</i> und § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe <i>d</i> kann die zusätzliche landwirtschaftliche Nutzung der Flächen (Paludikultur) geregelt werden.</p>	<p>(1) Die Bundesnetzagentur bestimmt durch Festlegung nach § 29 des Energiewirtschaftsgesetzes die Anforderungen, die an die besonderen Solaranlagen nach § 37 Absatz 1 Nummer 3 und § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 zu stellen sind. Eine Festlegung nach Satz 1 kann zum 1. Oktober eines Jahres mit Wirkung zum 1. Januar des folgenden Kalenderjahres erlassen werden. Bei der Festlegung der Anforderungen für besondere Solaranlagen nach § 37 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe <b>e</b> und § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe <b>e</b> kann die zusätzliche landwirtschaftliche Nutzung der Flächen (Paludikultur) geregelt werden.</p>
<p>(2) Für besondere Solaranlagen nach § 37 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe <i>a bis c</i> und § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe <i>a bis c</i> ist die Festlegung der Bundesnetzagentur vom 1. Oktober 2021 auf Grund des § 15 der Innovationsausschreibungsverordnung in der am 1. Januar 2021 geltenden Fassung als Festlegung im Sinn des Absatzes 1 anzuwenden, bis eine abweichende Festlegung nach Absatz 1 zu diesen besonderen Solaranlagen ergeht.</p>	<p>(2) Für besondere Solaranlagen nach § 37 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe <b>a, b und d</b> und § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe <b>a, b und d</b> ist die Festlegung der Bundesnetzagentur vom 1. Oktober 2021 auf Grund des § 15 der Innovationsausschreibungsverordnung in der am 1. Januar 2021 geltenden Fassung als Festlegung im Sinn des Absatzes 1 anzuwenden, bis eine abweichende Festlegung nach Absatz 1 zu diesen besonderen Solaranlagen ergeht.</p>
<p>(3) Für besondere Solaranlagen nach § 37 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe <i>d</i> und § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe <i>d</i> legt die Bundesnetzagentur zum 1. Juli 2023 erstmalig die Anforderungen mit sofortiger Wirkung fest.“</p>	<p>(3) Für besondere Solaranlagen nach § 37 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe <b>c und e</b> und § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe <b>c und e</b> legt die Bundesnetzagentur zum 1. Juli 2023 erstmalig die Anforderungen mit sofortiger Wirkung fest.“</p>
87. § 86 wird wie folgt geändert:	<b>89. unverändert</b>
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
<p>aa) In Nummer 1a werden die Wörter „§ 71 Nummer 2 Buchstabe <i>a</i>“ durch die Wörter „§ 71 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe <i>a</i>“ ersetzt.</p>	
bb) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:	
„2. (weggefallen)“.	
b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:	
aa) Nummer 2 wird aufgehoben.	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
bb) Die Nummern 3 und 4 werden die Nummern 2 und 3.	
	<b>90. § 87 wird wie folgt gefasst:</b>
	<b>„§ 87</b>
	<b>Benachrichtigung und Beteiligung der Bundesnetzagentur bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten</b>
	<p><b>(1) Der Bundesgerichtshof muss die Bundesnetzagentur über alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die sich aus diesem Gesetz ergeben, unterrichten. Er muss der Bundesnetzagentur auf Verlangen Abschriften von allen Schriftsätzen, Protokollen, Verfügungen und Entscheidungen übersenden.</b></p>
	<p><b>(2) Der Präsident oder die Präsidentin der Bundesnetzagentur kann, wenn er oder sie es zur Wahrung des öffentlichen Interesses als angemessen erachtet, aus den Mitgliedern der Regulierungsbehörde eine Vertretung bestellen, die befugt ist, dem Bundesgerichtshof schriftliche Erklärungen abzugeben, auf Tatsachen und Beweismittel hinzuweisen, den Terminen beizuwohnen, in ihnen Ausführungen zu machen und Fragen an Parteien, Zeugen und Sachverständige zu richten. Schriftliche Erklärungen der vertretenden Personen sind den Parteien von dem Bundesgerichtshof mitzuteilen.“</b></p>
88. § 88 wird wie folgt geändert:	<b>91. un v e r ä n d e r t</b>
a) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „27a“ durch die Angabe „28c“ ersetzt.	
b) In Nummer 2 Buchstabe d werden die Wörter „abweichend von § 27a“ gestrichen.	
89. § 88a wird wie folgt geändert:	<b>92. § 88a wird wie folgt geändert:</b>
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
aa) Nummer 5 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa wird wie folgt gefasst:	aa) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
„aa) (weggefallen)“.	
bb) In Nummer 10 wird die Angabe „54a“ durch die Angabe „55b“ ersetzt.	bb) u n v e r ä n d e r t
cc) In Nummer 13 wird die Angabe „75 bis 77“ durch die Angabe „76 und 77“ ersetzt.	cc) u n v e r ä n d e r t
dd) In Nummer 15 werden die Wörter „den §§ 56 bis 61“ durch die Wörter „den Teilen 3 und 4 Abschnitt 1 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> “ und die Wörter „bundesweiten Ausgleich der Kosten der finanziellen Förderung der Anlagen“ durch die Wörter „Ausgleich des EEG-Finanzierungsbedarfs nach den Teilen 3 und 4 Abschnitt 1 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> “ ersetzt.	dd) In Nummer 15 werden die Wörter „den §§ 56 bis 61“ durch die Wörter „den Teilen 3 und 4 Abschnitt 1 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> “ und die Wörter „bundesweiten Ausgleich der Kosten der finanziellen Förderung der Anlagen“ durch die Wörter „Ausgleich des EEG-Finanzierungsbedarfs nach den Teilen 3 und 4 Abschnitt 1 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> “ ersetzt.
b) In Absatz 2 Nummer 1 wird die Angabe „87“ durch die Angabe „86“ ersetzt.	b) u n v e r ä n d e r t
90. § 88c wird wie folgt geändert:	<b>93. In § 88c Nummer 3 wird die Angabe „28c“ durch die Angabe „28d“ ersetzt.</b>
a) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „§ 1 Absatz 2“ durch die Wörter „§ 1 Absatz 2 Nummer 1“ ersetzt.	<b>entfällt</b>
b) In Nummer 3 wird die Angabe „28c“ durch die Angabe „28d“ ersetzt.	<b>entfällt</b>
91. § 88d wird wie folgt geändert:	<b>94. u n v e r ä n d e r t</b>
a) In Nummer 1 Buchstabe a wird die Angabe „28c“ durch die Angabe „28e“ ersetzt.	
b) In Nummer 2 wird die Angabe „53a“ durch die Angabe „53“ ersetzt.	
92. In § 88e Nummer 2 wird die Angabe „§ 28d“ durch die Angabe „§ 28f“ ersetzt.	<b>95. u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
93. In § 88f Nummer 1 und 4 Buchstabe b wird jeweils die Angabe „27a“ durch die Angabe „27“ ersetzt.	96. In § 88f Nummer 2 wird die Angabe „§ 28e“ durch die Angabe „§ 28g“ ersetzt.
94. § 91 wird wie folgt geändert:	97. § 91 wird wie folgt geändert:
a) In Nummer 1 Buchstabe c wird das Wort „finanziellen“ gestrichen und werden nach dem Wort „Ausgleich“ die Wörter „des EEG-Finanzierungsbedarfs nach den Teilen 3 und 4 Abschnitt 1 des Energie-Umlagen-Gesetzes“ eingefügt und wird das Komma am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.	a) In Nummer 1 Buchstabe c werden die Wörter „der EEG-Umlage und“ gestrichen, wird das Wort „finanziellen“ gestrichen und werden nach dem Wort „Ausgleich“ die Wörter „des EEG-Finanzierungsbedarfs nach den Teilen 3 und 4 Abschnitt 1 des Energiefinanzierungsgesetzes“ eingefügt und wird das Komma am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
b) In Nummer 2 Buchstabe a wird das Wort „Ausgleichsmechanismus“ durch die Wörter „Ausgleichs des EEG-Finanzierungsbedarfs nach den Teilen 3 und 4 Abschnitt 1 des Energie-Umlagen-Gesetzes“ ersetzt.	b) In Nummer 2 Buchstabe a wird das Wort „Ausgleichsmechanismus“ durch die Wörter „Ausgleichs des EEG-Finanzierungsbedarfs nach den Teilen 3 und 4 Abschnitt 1 des Energiefinanzierungsgesetzes“ ersetzt.
c) In Nummer 2 Buchstabe b wird das Komma am Ende durch einen Punkt ersetzt.	c) un verändert
d) Die Nummern 3 bis 6 werden aufgehoben.	d) un verändert
95. § 92 wird wie folgt geändert:	98. un verändert
a) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:	
„6. (weggefallen)“.	
b) In Nummer 8 werden die Wörter „§ 5 Absatz 2 Satz 3“ durch die Wörter „§ 5 Absatz 2 Satz 2“ ersetzt.	
96. Die §§ 93 und 94 werden wie folgt gefasst:	99. § 94 wird wie folgt gefasst:

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
„§ 93 (weggefallen)	§ 93,, <b>entfällt</b>
§ 94 (weggefallen)“.	„§ 94 <b>u n v e r ä n d e r t</b>
97. § 95 wird wie folgt geändert:	<b>100.</b> § 95 wird wie folgt geändert:
a) Nummer 1 wird durch die folgenden Nummern 1 und 1a ersetzt:	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„1. die Höchstwerte nach den §§ 36b, 37b oder 38e neu festzusetzen und ihre Verringerung und deren zeitliche Anwendung abweichend von den vorgenannten Bestimmungen zu regeln,	
1a. für Solaranlagen, die nach dem Inkrafttreten der Rechtsverordnung in Betrieb genommen worden sind,	
a) die Höhe der anzulegenden Werte nach § 48 Absatz 1 bis 2a oder § 48a neu festzusetzen und	
b) die Höhe von Absenkungen der anzulegenden Werte für Strom aus Solaranlagen und deren zeitliche Anwendung abweichend von § 49 zu regeln,“.	
	<b>b) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:</b>
	„3. festzulegen, wann ein Gebäude nach § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a nicht dazu geeignet ist, dass auf, an oder in ihm eine Solaranlage errichtet werden kann,“.
	<b>c) In Nummer 5 Buchstabe b Doppelbuchstabe ee wird das Komma am Ende durch einen Punkt ersetzt.</b>
b) Nummer 6 wird aufgehoben.	<b>d) u n v e r ä n d e r t</b>
98. In § 96 Absatz 1 wird die Angabe „, 93 Satz 1“ gestrichen.	<b>101.</b> In § 96 Absatz 1 wird die Angabe „, 93 Satz 1“ <b>durch die Angabe „§ 93“ ersetzt.</b>
99. § 97 wird wie folgt geändert:	<b>102.</b> § 97 Absatz 5 wird <b>durch die folgenden Absätze 5 und 6 ersetzt:</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
a) In Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 1 Absatz 2“ durch die Wörter „§ 1 Absatz 2 Nummer 1“ ersetzt.	entfällt
b) Absatz 5 wird durch die folgenden Absätze 5 und 6 ersetzt:	entfällt
„(5) Für die Sitzungen des Kooperationsausschusses müssen laufend die erforderlichen Daten beschafft und analysiert werden, insbesondere	„(5) u n v e r ä n d e r t
1. zum Stand des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land und Freiflächenanlagen,	
2. zu dem Umfang der für diese Anlagen bereits genutzten Flächen und der für den Ausbaupfad nach § 4 erforderlichen weiteren Flächen und	
3. zu der Dauer der Genehmigungsverfahren dieser Anlagen und den Hemmnissen in diesen Verfahren.	
(6) Der Kooperationsausschuss kann sich bei der Aufgabe nach Absatz 5 unterstützen lassen. Zu diesem Zweck kann das Sekretariat des Kooperationsausschusses	(6) u n v e r ä n d e r t
1. eine juristische Person des Privatrechts mit der Datenbeschaffung und Datenanalyse beauftragen oder	
2. die Datenaufbereitung und Datenanalyse einer juristischen Person des Privatrechts nutzen, die von dieser Person im eigenen Interesse erstellt und dem Sekretariat des Kooperationsausschusses zur Verfügung gestellt worden sind; das Sekretariat des Kooperationsausschusses kann diese Person durch Zuwendungen unterstützen.“	
100. § 98 wird wie folgt geändert:	103. § 98 wird wie folgt geändert:
a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „August“ durch das Wort „Mai“ ersetzt.	a) u n v e r ä n d e r t
b) Die Absätze 3 und 4 werden durch folgenden Absatz 3 ersetzt:	b) Die Absätze 3 und 4 werden durch folgenden Absatz 3 ersetzt:

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>„(3) Die Bundesregierung berichtet jedes Jahr spätestens bis zum 31. Dezember, ob die erneuerbaren Energien in der für die Erreichung des Ziels nach § 1 Absatz 2 Nummer 1 erforderlichen Geschwindigkeit ausgebaut werden. Zu diesem Zweck betrachtet sie, ob in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr der Richtwert für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien nach § 4a erreicht worden ist, und bewertet die Ausbaugeschwindigkeit insbesondere unter Berücksichtigung</p>	<p>„(3) Die Bundesregierung berichtet jedes Jahr spätestens bis zum 31. Dezember, ob die erneuerbaren Energien in der für die Erreichung des Ziels nach § 1 Absatz 2 erforderlichen Geschwindigkeit ausgebaut werden. Zu diesem Zweck betrachtet sie, ob in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr der Richtwert für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien nach § 4a erreicht worden ist, und bewertet die Ausbaugeschwindigkeit insbesondere unter Berücksichtigung</p>
<p>1. der tatsächlichen Wetterbedingungen in dem vorangegangenen Kalenderjahr,</p>	<p>1. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>2. der bisherigen Entwicklung der installierten Leistung von Anlagen,</p>	<p>2. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>3. des Berichts des Kooperationsausschusses nach Absatz 2 und</p>	<p>3. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>4. von Prognosen für den weiteren Ausbau.</p>	<p>4. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>Für das Monitoring im Jahr 2023 werden 269 Terawattstunden als Richtwert für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Jahr 2022 zugrunde gelegt. Wenn die Bundesregierung feststellt, dass die erneuerbaren Energien nicht in der für die Erreichung des Ziels nach § 1 Absatz 2 Nummer 1 erforderlichen Geschwindigkeit ausgebaut werden, stellt sie in dem Bericht die Gründe dar, unterteilt in energie-, planungs-, genehmigungs- und natur- und artenschutzrechtliche sowie sonstige Gründe, und legt erforderliche Handlungsempfehlungen vor. Die Bundesregierung geht in dem Bericht ferner auf die tatsächliche und die erwartete Entwicklung des Bruttostromverbrauchs ein. Wenn aufgrund von Prognosen, die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erstellt worden sein müssen, eine deutliche Änderung des erwarteten Bruttostromverbrauchs bis zum Jahr 2030 zu erwarten ist, enthält der Bericht auch erforderliche Handlungsempfehlungen für eine Anpassung des Ausbaupfads nach § 4, des Strommengenpfads nach § 4a und der Ausschreibungsvolumen nach den §§ 28 bis 28d. Die Bundesregierung leitet den Bericht den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder und dem Bundestag zu und legt, soweit erforderlich, unverzüglich den Entwurf für eine Rechtsverordnung nach § 88c vor.“</p>	<p>Für das Monitoring im Jahr 2023 werden 269 Terawattstunden als Richtwert für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Jahr 2022 zugrunde gelegt. Wenn die Bundesregierung feststellt, dass die erneuerbaren Energien nicht in der für die Erreichung des Ziels nach § 1 Absatz 2 erforderlichen Geschwindigkeit ausgebaut werden, stellt sie in dem Bericht die Gründe dar, unterteilt in energie-, planungs-, genehmigungs- und natur- und artenschutzrechtliche sowie sonstige Gründe, und legt erforderliche Handlungsempfehlungen vor. Die Bundesregierung geht in dem Bericht ferner auf die tatsächliche und die erwartete Entwicklung des Bruttostromverbrauchs ein. Wenn aufgrund von Prognosen, die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erstellt worden sein müssen, eine deutliche Änderung des erwarteten Bruttostromverbrauchs bis zum Jahr 2030 zu erwarten ist, enthält der Bericht auch erforderliche Handlungsempfehlungen für eine Anpassung des Ausbaupfads nach § 4, des Strommengenpfads nach § 4a und der Ausschreibungsvolumen nach den §§ 28 bis 28d. Die Bundesregierung leitet den Bericht den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder und dem Bundestag zu und legt, soweit erforderlich, unverzüglich den Entwurf für eine Rechtsverordnung nach § 88c vor.“</p>
<p>101. § 99 wird wie folgt geändert:</p>	<p>104. § 99 wird wie folgt geändert:</p>
<p>a) In Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 werden die Wörter „insbesondere auch die Entwicklung der EEG-Umlage, die Entwicklung der Börsenstrompreise und die Entwicklung der Netzkosten,“ gestrichen.</p>	<p>a) u n v e r ä n d e r t</p>
	<p><b>b) Absatz 2 wird aufgehoben.</b></p>
<p>b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle,“ gestrichen.</p>	<p>c) Absatz 3 <b>wird Absatz 2, und in dessen</b> Satz 1 werden die Wörter „das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle,“ gestrichen.</p>
<p>102. § 99a wird durch die folgenden §§ 99a und 99b ersetzt:</p>	<p>105. u n v e r ä n d e r t</p>



Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
„§ 99a	
Fortschrittsbericht Windenergie an Land	
Die Bundesregierung legt dem Bundestag jährlich bis zum 31. Dezember einen Bericht vor zu den aktuellen Nutzungskonkurrenzen beim Ausbau der Windenergie mit	
1. Funknavigationsanlagen,	
2. Wetterradaren und	
3. seismologischen Messstationen.	
Der Bericht enthält insbesondere Angaben über Zeitplan und Stand möglicher Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Windenergieanlagen an Land mit den Nutzungen und Geräten nach Satz 1. Die Bundesregierung berichtet auch, inwieweit bei den Maßnahmen nach Satz 2 weitere Beschleunigungsmöglichkeiten bestehen. Soweit Nutzungskonkurrenzen mit militärischen Belangen bestehen, können diese im Einzelfall dargestellt werden.	
§ 99b	
Bericht zur Bürgerenergie	
Die Bundesnetzagentur berichtet der Bundesregierung bis zum 31. Dezember 2024 und dann jährlich über Erfahrungen mit den Bestimmungen dieses Gesetzes zur Sicherung der Bürgerenergie und der Bürgerbeteiligung.“	
103. Teil 7 Abschnitt 3 wird wie folgt gefasst:	106. un verändert
„Abschnitt 3	
Schlussbestimmungen	
§ 100	
Übergangsbestimmungen	
(1) Soweit sich aus den nachfolgenden Absätzen nichts anderes ergibt, sind die Bestimmungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung anzuwenden	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
1. für Strom aus Anlagen,	
a) die vor dem 1. Januar 2023 in Betrieb genommen worden sind,	
b) deren anzulegender Wert in einem Zuschlagsverfahren eines Gebotstermins vor dem 1. Januar 2023 ermittelt worden ist oder	
c) die vor dem 1. Januar 2023 als Pilotwindenergieanlage an Land im Sinn des § 3 Nummer 37 Buchstabe b durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz oder als Pilotwindenergieanlage auf See im Sinn des § 3 Nummer 6 des Windenergie-auf-See-Gesetzes durch die Bundesnetzagentur festgestellt worden sind,	
2. für Strom, der vor dem 1. Januar 2023 an einen Letztverbraucher geliefert wurde, und	
3. für Strom, der vor dem 1. Januar 2023 verbraucht und nicht von einem Elektrizitätsversorgungsunternehmen geliefert wurde.	
<p>(2) Für Anlagen nach Absatz 1, die nach dem 31. Dezember 2020 in Betrieb genommen worden sind, deren anzulegender Wert in einem Zuschlagsverfahren eines Gebotstermins nach dem 31. Dezember 2020 ermittelt worden ist oder die nach dem 31. Dezember 2020 als Pilotwindenergieanlage an Land im Sinn des § 3 Nummer 37 Buchstabe b durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz festgestellt worden sind, ist § 6 dieses Gesetzes anstelle des § 6 in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung anzuwenden mit der Maßgabe, dass auch Windenergieanlagen an Land mit einer installierten Leistung von mehr als 750 Kilowatt bis einschließlich 1 000 Kilowatt den Gemeinden Beträge durch einseitige Zuwendungen ohne Gegenleistung anbieten dürfen. Für Windenergieanlagen an Land und Freiflächenanlagen nach Absatz 1, die vor dem 1. Januar 2021 in Betrieb genommen worden sind, deren anzulegender Wert in einem Zuschlagsverfahren eines Gebotstermins vor dem 1. Januar 2021 ermittelt worden ist oder die vor dem 1. Januar 2021 als Pilotwindenergieanlage an Land im Sinn des § 3 Nummer 37 Buchstabe b durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz festgestellt worden sind, ist § 6 dieses Gesetzes anzuwenden.</p>	
(3) Sobald	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>1. eine Anlage nach Absatz 1, die eine installierte Leistung von mehr als 25 Kilowatt hat oder die nach der für sie maßgeblichen Fassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes mit einer technischen Einrichtung ausgestattet werden muss, mit der der Netzbetreiber jederzeit die Einspeiseleistung bei Netzüberlastung ferngesteuert reduzieren kann,</p>	
<p>2. eine KWK-Anlage, die vor dem 1. Januar 2023 in Betrieb genommen worden ist und eine installierte Leistung von mehr als 25 Kilowatt hat, oder</p>	
<p>3. eine Anlage nach Absatz 1, die hinter demselben Netzanschluss betrieben wird wie eine steuerbare Verbrauchseinrichtung nach § 14a des Energiewirtschaftsgesetzes,</p>	
<p>nach dem Messstellenbetriebsgesetz mit einem intelligenten Messsystem ausgestattet wird, ist § 9 Absatz 1 und 1b dieses Gesetzes anstelle der technischen Vorgaben nach der für die Anlage oder die KWK-Anlage maßgeblichen Fassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes entsprechend anzuwenden. In den Fällen des Satzes 1 Nummer 1 und 2 gilt bis zum Einbau des intelligenten Messsystems nach dem Messstellenbetriebsgesetz die Pflicht nach der maßgeblichen Fassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die Anlage oder die KWK-Anlage mit technischen Einrichtungen auszustatten, mit denen der Netzbetreiber jederzeit die Einspeiseleistung bei Netzüberlastung ferngesteuert reduzieren kann, auch als erfüllt, wenn die technischen Einrichtungen nur dazu geeignet sind,</p>	
<p>1. die Einspeiseleistung bei Netzüberlastung stufenweise ferngesteuert zu reduzieren,</p>	
<p>2. die Anlage oder die KWK-Anlage vollständig ferngesteuert abzuschalten oder</p>	
<p>3. die Anforderungen zu erfüllen, die der Netzbetreiber dem Anlagenbetreiber oder dem Betreiber der KWK-Anlage zur Erfüllung der Pflicht vor der Inbetriebnahme der Anlage übermittelt hat.</p>	
<p>Satz 2 ist rückwirkend anzuwenden. Abweichend von Satz 3 sind die Bestimmungen in Satz 2 nicht anzuwenden auf Fälle, in denen vor dem 1. Januar 2021 ein Rechtsstreit zwischen Anlagenbetreiber und Netzbetreiber rechtskräftig entschieden wurde.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
(4) Sobald	
<p>1. eine Anlage nach Absatz 1, die eine installierte Leistung von mehr als 7 Kilowatt und höchstens 25 Kilowatt hat und die nicht nach der für sie maßgeblichen Fassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes mit einer technischen Einrichtung ausgestattet werden muss, mit denen der Netzbetreiber jederzeit die Einspeiseleistung bei Netzüberlastung ferngesteuert reduzieren kann, oder</p>	
<p>2. eine KWK-Anlage, die vor dem 1. Januar 2023 in Betrieb genommen worden ist und eine installierte Leistung von mehr als 7 Kilowatt und höchstens 25 Kilowatt hat,</p>	
<p>nach dem Messstellenbetriebsgesetz mit einem intelligenten Messsystem ausgestattet wird, ist § 9 Absatz 1a und 1b dieses Gesetzes anstelle der technischen Vorgaben nach der für die Anlage oder die KWK-Anlage maßgeblichen Fassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes entsprechend anzuwenden.</p>	
<p>(5) Zur Bestimmung der Größe einer Anlage nach den Absätzen 3 und 4 ist § 9 Absatz 3 Satz 1 entsprechend anzuwenden.</p>	
<p>(6) § 9 Absatz 8 dieses Gesetzes ist für Anlagen nach Absatz 1 anstelle von § 9 Absatz 8 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung anzuwenden, wobei die Pflicht nach § 9 Absatz 8 nur von Anlagen erfüllt werden muss, die nach dem 31. Dezember 2005 in Betrieb genommen worden sind.</p>	
<p>(7) § 19 in Verbindung mit § 21 Absatz 1 Nummer 3, Absatz 2, die §§ 21b, 21c Absatz 1 Satz 3, die §§ 23b, 25 Absatz 2 und § 53 sind auch für ausgeführte Anlagen anzuwenden, die vor dem 1. Januar 2021 in Betrieb genommen worden sind und am 31. Dezember 2020 einen Anspruch auf Einspeisevergütung hatten.</p>	
<p>(8) Für Anlagen, die vor dem 1. Januar 2017 in Betrieb genommen worden sind und Ablagen der Zellstoffherstellung einsetzen, ist auch nach dem 1. Januar 2017 die Biomasseverordnung anzuwenden, die für die jeweilige Anlage am 31. Dezember 2016 anzuwenden war. Anlagen nach Satz 1 dürfen nicht an Ausschreibungen teilnehmen.</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<p>(9) § 52 ist auf Anlagen nach Absatz 1 und KWK-Anlagen anzuwenden, wenn der Betreiber ab dem 1. Januar 2023 gegen eine Pflicht verstößt, die einer der in § 52 Absatz 1 genannten Pflichten in der für die Anlage oder KWK-Anlage maßgeblichen Fassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes entspricht. § 52 tritt insofern an die Stelle der Sanktionsbewehrung dieser Pflicht nach der für die Anlage oder KWK-Anlage maßgeblichen Fassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Im Übrigen bestimmen sich die Sanktionsbewehrungen nach der für die Anlage oder KWK-Anlage maßgeblichen Fassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Abweichend von Satz 3 ist bei einem Verstoß gegen eine Registrierungspflicht ab dem 1. Januar 2023 ausschließlich § 52 dieses Gesetzes anzuwenden.</p>	
<p>(10) § 71 Absatz 2 bis 6 ist auch für Zahlungen an die Betreiber von Anlagen nach Absatz 1 anzuwenden, die nach dem 31. Juli 2014 in Betrieb genommen wurden. Wenn Anlagenbetreiber nach Satz 1 keine Anlage nach dem 31. Dezember 2022 in Betrieb genommen haben, für die sie Zahlungen nach § 19 Absatz 1 oder § 50 in Anspruch nehmen, ist Satz 1 mit der Maßgabe anzuwenden, dass abweichend von § 71 Absatz 2 der maßgebliche Schwellenwert 500 000 Euro beträgt.</p>	
<p>(11) Für die Erhebung von Gebühren und Auslagen für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen nach diesem Gesetz und nach den auf diesem Gesetz beruhenden Rechtsverordnungen, die vor dem Inkrafttreten der auf Grundlage des § 22 Absatz 4 des Bundesgebührengesetzes durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie erlassenen Gebührenverordnung am 1. Oktober 2021 beantragt oder begonnen, aber noch nicht vollständig erbracht wurden, ist das bis einschließlich zum 30. September 2021 geltende Recht in der jeweils geltenden Fassung weiter anzuwenden.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 101	
Beihilferechtlicher Genehmigungsvorbehalt	
<p>(1) Die Bestimmungen des Teils 3 dürfen, soweit sie durch Artikel 2 des Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor vom ... [einsetzen: Datum und Fundstelle nach Artikel 20 Absatz 1 dieses Gesetzes] geändert worden sind, erst nach der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission und nur nach Maßgabe dieser Genehmigung angewandt werden.</p>	
<p>(2) Absatz 1 ist für die Änderungen in Teil 3 Abschnitt 3 Unterabschnitt 2 bis 7 mit der Maßgabe anzuwenden, dass diese Änderungen einschließlich der Maßgaben der Genehmigung erst bei den Ausschreibungen angewandt werden, die zum Zeitpunkt der beihilferechtlichen Genehmigung noch nicht bekannt gemacht worden sind.“</p>	
104. Die Anlage 4 wird aufgehoben.	107. unverändert
<b>Artikel 3</b>	<b>Artikel 3</b>
<b>Gesetz zur Finanzierung der Energiewende im Stromsektor durch Bundeszuschuss und Umlagen</b>	<b>Gesetz zur Finanzierung der Energiewende im Stromsektor durch Zahlungen des Bundes und Erhebung von Umlagen</b>
<b>(Energie-Umlagen-Gesetz – EnUG)</b>	<b>(Energiefinanzierungsgesetz – EnFG)</b>
Inhaltsübersicht	Inhaltsübersicht
<b>Teil 1 Allgemeine Bestimmungen</b>	<b>Teil 1 unverändert</b>
§ 1 Zweck des Gesetzes	§ 1 unverändert
§ 2 Begriffsbestimmungen	§ 2 unverändert
§ 3 Sorgfaltsmaßstab	§ 3 unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<b>Teil 2</b> <b>Ermittlung des Finanzierungsbedarfs</b>	<b>Teil 2</b> <b>Ermittlung der Finanzierungsbedarfe</b>
§ 4 Ermittlung und Mitteilung <i>des Finanzierungsbedarfs</i>	§ 4 Ermittlung und Mitteilung <b>der Finanzierungsbedarfe</b>
§ 5 Beweislast	§ 5 <i>unverändert</i>
<b>Teil 3</b> <b>Ausgleich des Finanzierungsbedarfs durch den Bund</b>	<b>Teil 3</b> <b>Ausgleich durch Zahlungen des Bundes</b>
§ 6 <i>Grundsatz des Ausgleichs des EEG-Finanzierungsbedarfs aus dem Energie- und Klimafonds</i>	§ 6 <b>Ausgleichsanspruch</b>
§ 7 <i>Ausgleich des EEG-Finanzierungsbedarfs aus dem Energie- und Klimafonds</i>	§ 7 <b>Abschlagszahlungen</b>
§ 8 Ausgleich der Anschlussförderung der Güllekleinanlagen <i>aus dem Energie- und Klimafonds</i>	§ 8 Ausgleich der Anschlussförderung der Güllekleinanlagen
§ 9 Öffentlich-rechtliche Verträge	§ 9 <i>unverändert</i>
<b>Teil 4</b> <b>Ausgleich des Finanzierungsbedarfs durch Umlagen</b>	<b>Teil 4</b> <b>Ausgleich durch Umlagen und weiterer Ausgleichsmechanismus</b>
Abschnitt 1 Ermittlung und Erhebung von Umlagen, <i>Belastungsausgleich</i>	Abschnitt 1 Ermittlung und Erhebung von Umlagen, <b>Ausgleichsmechanismus</b>
§ 10 Ermittlung von Umlagen	§ 10 <i>unverändert</i>
§ 11 Veröffentlichung von Umlagen	§ 11 <i>unverändert</i>
§ 12 Erhebung von Umlagen	§ 12 <i>unverändert</i>
§ 13 <i>Ausgleich des Finanzierungsbedarfs</i> zwischen Verteilernetzbetreibern und Übertragungsnetzbetreibern	§ 13 <b>Ausgleich von Finanzierungsbedarfen</b> zwischen Verteilernetzbetreibern und Übertragungsnetzbetreibern
§ 14 Ausgleich zwischen Übertragungsnetzbetreibern und Verteilernetzbetreibern	§ 14 <i>unverändert</i>
§ 15 Ausgleich zwischen Übertragungsnetzbetreibern	§ 15 <i>unverändert</i>
§ 16 Abschlagszahlungen	§ 16 <i>unverändert</i>
§ 17 Forderungseinwände und Aufrechnung	§ 17 <i>unverändert</i>
§ 18 Rückforderung, Verzugszinsen	§ 18 <i>unverändert</i>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
§ 19 Jahresendabrechnung	§ 19 un verändert
§ 20 Nachträgliche Korrekturen	§ 20 un verändert
Abschnitt 2 Erhebung von Umlagen in Sonderfällen	Abschnitt 2 un verändert
§ 21 Umlageerhebung bei Stromspeichern und Verlustenergie	§ 21 un verändert
§ 22 Umlageerhebung bei elektrisch angetriebenen Wärmepumpen	§ 22 un verändert
§ 23 Umlageerhebung bei Anlagen zur Verstromung von Kuppelgasen	§ 23 un verändert
§ 24 <i>Umlageerhebung bei EEG-Bestandsprivilegien</i>	§ 24 <b>(weggefallen)</b>
Abschnitt 3 Herstellung von Grünem Wasserstoff	Abschnitt 3 un verändert
§ 25 Umlagebefreiung bei der Herstellung von Grünem Wasserstoff	§ 25 un verändert
§ 26 Anforderungen an Grünen Wasserstoff, <i>Verordnungsermächtigung</i>	§ 26 Anforderungen an Grünen Wasserstoff
§ 27 Berichtspflicht	§ 27 un verändert
Abschnitt 4 Besondere Ausgleichsregelung	Abschnitt 4 un verändert
Unterabschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen	Unterabschnitt 1 un verändert
§ 28 Zweck des Abschnitts	§ 28 un verändert
§ 29 Antrag	§ 29 un verändert
Unterabschnitt 2 Stromkostenintensive Unternehmen	Unterabschnitt 2 un verändert
§ 30 Voraussetzungen der Begrenzung	§ 30 un verändert
§ 31 Umfang der Begrenzung	§ 31 un verändert
§ 32 Nachweisführung	§ 32 un verändert



<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
§ 33 Nachweisführung auf Basis eines gewillkürten Rumpfgeschäftsjahres	§ 33 un v e r ä n d e r t
§ 34 Selbständige Teile eines Unternehmens	§ 34 un v e r ä n d e r t
§ 35 Begriffsbestimmungen des Unterabschnitts, Branchen- zuordnung	§ 35 un v e r ä n d e r t
Unterabschnitt 3 Herstellung von Wasserstoff	Unterabschnitt 3 un v e r ä n d e r t
§ 36 Herstellung von Wasserstoff in stromkostenintensiven Unternehmen	§ 36 un v e r ä n d e r t
Unterabschnitt 4 Verkehr	Unterabschnitt 4 un v e r ä n d e r t
§ 37 Schienenbahnen	§ 37 un v e r ä n d e r t
§ 38 Verkehrsunternehmen mit elektrisch betriebenen Bus- sen im Linienverkehr	§ 38 un v e r ä n d e r t
§ 39 Landstromanlagen	§ 39 un v e r ä n d e r t
Unterabschnitt 5 Verfahren	Unterabschnitt 5 un v e r ä n d e r t
§ 40 Antragstellung und Entscheidungswirkung	§ 40 un v e r ä n d e r t
§ 41 Übertragung von Begrenzungsbescheiden	§ 41 un v e r ä n d e r t
§ 42 Rücknahme der Entscheidung	§ 42 un v e r ä n d e r t
§ 43 Auskunfts- und Betretungsrecht, Datenabgleich	§ 43 un v e r ä n d e r t
§ 44 Evaluierung, Weitergabe von Daten	§ 44 un v e r ä n d e r t
A b s c h n i t t 5 A b g r e n z u n g , M e s s u n g u n d S c h ä t - z u n g v o n S t r o m m e n g e n	A b s c h n i t t 5 un v e r ä n d e r t
§ 45 Geringfügige Stromverbräuche Dritter	§ 45 un v e r ä n d e r t
§ 46 Messung und Schätzung	§ 46 un v e r ä n d e r t

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<b>Teil 5</b> <b>Kontoführungs-, Rechnungsle-</b> <b>gungs-, Mitteilungs- und Veröf-</b> <b>fentlichungspflichten</b>	<b>Teil 5</b> <b>Kontoführungs-, Mitteilungs-</b> <b>und Veröffentlichungspflichten</b>
Abschnitt 1 Kontoführung, gesonderte Buch- führung <i>und Rechnungslegung</i>	Abschnitt 1 Kontoführung <b>und</b> gesonderte Buchführung
§ 47 Kontoführung, gesonderte Buchführung <i>und Rech-</i> <i>nungslegung</i> der Übertragungsnetzbetreiber	§ 47 Kontoführung <b>und</b> gesonderte Buchführung der Übertra- gungsnetzbetreiber
§ 48 Kontoführung, gesonderte Buchführung <i>und Rech-</i> <i>nungslegung</i> der Verteilernetzbetreiber	§ 48 Kontoführung <b>und</b> gesonderte Buchführung der Verteil- ernetzbetreiber
Abschnitt 2 Mitteilungs- und Veröffentli- chungspflichten	Abschnitt 2 unverändert
§ 49 Grundsatz	§ 49 unverändert
§ 50 Verteilernetzbetreiber	§ 50 unverändert
§ 51 Übertragungsnetzbetreiber	§ 51 unverändert
§ 52 Netznutzer	§ 52 unverändert
§ 53 Verstoß gegen Mitteilungspflichten	§ 53 unverändert
§ 54 Elektronische Übermittlung	§ 54 unverändert
§ 55 Testierung	§ 55 unverändert
§ 56 Beihilfetransparenzpflichten	§ 56 unverändert
§ 57 Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	§ 57 unverändert
§ 58 Behörden der Zollverwaltung	§ 58 unverändert
§ 59 Information der Bundesnetzagentur	§ 59 unverändert
§ 60 Vorausschau des EEG-Finanzierungsbedarfs	§ 60 unverändert
§ 61 Schätzungsbefugnis	§ 61 unverändert
<b>Teil 6</b> <b>Rechtsschutz und behördliches</b> <b>Verfahren</b>	<b>Teil 6</b> unverändert
§ 62 Aufsicht durch die Bundesnetzagentur	§ 62 unverändert

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
	<b>§ 62a Benachrichtigung und Beteiligung der Bundesnetzagentur bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten</b>
§ 63 Bußgeldvorschriften	§ 63 un verändert
<b>Teil 7 Verordnungsermächtigungen, Schlussbestimmungen</b>	<b>Teil 7 un verändert</b>
§ 64 Verordnungsermächtigung zur Ermittlung des Finanzierungsbedarfs	§ 64 un verändert
§ 65 Verordnungsermächtigung zur Besonderen Ausgleichsregelung	§ 65 un verändert
§ 66 Allgemeine Übergangsbestimmungen	§ 66 un verändert
§ 67 Übergangs- und Härtefallbestimmungen zur Besonderen Ausgleichsregelung	§ 67 un verändert
§ 68 Beihilfevorbehalt	§ 68 un verändert
Anlage 1 Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs und des KWKG-Finanzierungsbedarfs	Anlage 1 un verändert
Anlage 2 Stromkosten- oder handelsintensive Branchen	Anlage 2 un verändert
<b>Teil 1</b>	<b>Teil 1</b>
<b>Allgemeine Bestimmungen</b>	<b>Allgemeine Bestimmungen</b>
<b>§ 1</b>	<b>§ 1</b>
<b>Zweck des Gesetzes</b>	<b>Zweck des Gesetzes</b>
Dieses Gesetz dient der Finanzierung der nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz sowie im Zusammenhang mit der Offshore-Netzanbindung entstehenden Ausgaben der Netzbetreiber. Zu diesem Zweck regelt dieses Gesetz	Dieses Gesetz dient der Finanzierung der nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz sowie im Zusammenhang mit der Offshore-Netzanbindung entstehenden Ausgaben der Netzbetreiber. Zu diesem Zweck regelt dieses Gesetz
1. die Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs und des KWKG-Finanzierungsbedarfs,	1. un verändert

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
2. den Ausgleich des EEG-Finanzierungsbedarfs durch Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland,	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. den Ausgleich des <i>verbleibenden Finanzierungsbedarfs</i> durch die Erhebung von Umlagen <i>und</i>	3. den Ausgleich des <b>KWKG-Finanzierungsbedarfs und der Offshore-Anbindungskosten</b> durch die Erhebung von Umlagen,
4. die Verringerung oder Begrenzung von Umlagen bei ihrer Erhebung.	4. die Verringerung oder Begrenzung von Umlagen bei ihrer Erhebung <b>und</b>
	<b>5. den weiteren Ausgleichsmechanismus.</b>
§ 2	§ 2
<b>Begriffsbestimmungen</b>	<b>Begriffsbestimmungen</b>
Im Sinn dieses Gesetzes sind oder ist	Im Sinn dieses Gesetzes sind oder ist
1. Decken des Stromverbrauchs in besonderer Weise durch erneuerbare Energien das Decken von mindestens 50 Prozent des Stromverbrauchs durch ungefördernten Strom aus erneuerbaren Energien, wobei mindestens	1. Decken des Stromverbrauchs in besonderer Weise durch erneuerbare Energien das Decken von mindestens 50 Prozent des Stromverbrauchs durch ungefördernten Strom aus erneuerbaren Energien, wobei mindestens
a) 5 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien gedeckt wird, der aufgrund einer unmittelbaren vertraglichen Beziehung mit dem Anlagenbetreiber geliefert wird, oder	a) 5 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien gedeckt wird, der aufgrund einer unmittelbaren vertraglichen Beziehung mit dem Anlagenbetreiber geliefert wird; <b>Anlagenbetreiber und Verbraucher können sich für die Erfüllung ihrer unmittelbaren vertraglichen Beziehung eines Direktvermarktungsunternehmens nach § 3 Nummer 17 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes oder eines sonstigen Erfüllungsgehilfen bedienen, oder</b>
b) 2,5 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien gedeckt wird, der auf dem in sich abgeschlossenen Betriebsgelände der Abnahmestelle oder im Umkreis von 10 Kilometern zu diesem Betriebsgelände erzeugt wird,	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
2. EEG-Finanzierungsbedarf der nach den Vorgaben der Anlage 1 ermittelte finanzielle Bedarf für die Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz für ein Kalenderjahr,	2. EEG-Finanzierungsbedarf der nach den Vorgaben der Anlage 1 ermittelte finanzielle Bedarf für die Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz für ein Kalenderjahr, <b>wobei dieser auch einen negativen Wert annehmen kann,</b>
3. <i>EEG-Umlage der als Aufschlag auf die Netzentgelte erhobene Betrag in Cent pro Kilowattstunde zur Deckung des EEG-Finanzierungsbedarfs,</i>	<b>entfällt</b>
4. Energiemanagementsystem eines der folgenden Systeme:	<b>3. unverändert</b>
a) ein zertifiziertes Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001, Ausgabe Dezember 2018, <sup>1)</sup>	
b) ein Umweltmanagementsystem nach der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 761/2001, sowie der Beschlüsse der Kommission 2001/681/EG und 2006/193/EG (ABl. L 342 vom 22.12.2009, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2018/2026 (ABl. L 325 vom 20.12.2018, S. 18) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung oder	

<sup>1)</sup> Amtlicher Hinweis: Zu beziehen bei der Beuth Verlag GmbH, 10772 Berlin, und in der Deutschen Nationalbibliothek archivmäßig gesichert niedergelegt.

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>c) bei Unternehmen, die im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr weniger als 5 Gigawattstunden Strom verbraucht haben, ein nicht zertifiziertes Energiemanagementsystem auf Basis der DIN EN ISO 50005:2021<sup>2)</sup> mindestens entsprechend Umsetzungsstufe 3 oder die Mitgliedschaft in einem bei der Initiative Energieeffizienz- und Klimaschutz-Netzwerke angemeldeten Energieeffizienz- und Klimaschutznetzwerk,</p>	
<p>5. erneuerbare Energien erneuerbare Energien im Sinn des § 3 Nummer 21 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes,</p>	<p><b>4. unverändert</b></p>
<p>6. <i>Finanzierungsbedarf der EEG-Finanzierungsbedarf, der KWKG-Finanzierungsbedarf und die Offshore-Anbindungskosten,</i></p>	<p><b>entfällt</b></p>
<p>7. KWKG-Finanzierungsbedarf der nach den Vorgaben der Anlage 1 ermittelte finanzielle Bedarf der Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz für ein Kalenderjahr,</p>	<p><b>5. unverändert</b></p>
<p>8. KWKG-Umlage der als Aufschlag auf die Netzentgelte erhobene Betrag in Cent pro Kilowattstunde zur Deckung des KWKG-Finanzierungsbedarfs,</p>	<p><b>6. unverändert</b></p>
<p>9. Netzbetreiber Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen im Sinn des § 3 Nummer 2 des Energiewirtschaftsgesetzes,</p>	<p><b>7. unverändert</b></p>
<p>10. Netznutzer derjenige, der die Netznutzung für die Netznutzung von elektrischer Energie kontrahiert hat und zur Zahlung der Netzentgelte verpflichtet ist,</p>	<p><b>8. unverändert</b></p>
<p>11. Netzentnahme die Entnahme von elektrischer Energie aus einem Elektrizitätsversorgungsnetz mit Ausnahme der Entnahme der jeweils nachgelagerten Netzebene,</p>	<p><b>9. unverändert</b></p>

<sup>2)</sup> Amtlicher Hinweis: Zu beziehen bei der Beuth Verlag GmbH, 10772 Berlin, und in der Deutschen Nationalbibliothek archivmäßig gesichert niedergelegt.

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
12. <i>Offshore-Netzumlage</i> der als Aufschlag auf die Netzentgelte <i>erhobene Betrag in Cent pro Kilowattstunde zur Finanzierung der Offshore-Anbindungskosten</i> ,	<b>10. Offshore-Anbindungskosten die Kosten, die Netzbetreiber nach § 17f des Energiewirtschaftsgesetzes als Aufschlag auf die Netzentgelte gegenüber Letztverbrauchern im Sinn des § 3 Nummer 25 des Energiewirtschaftsgesetzes geltend machen können,</b>
13. <i>Offshore-Anbindungskosten</i> die Kosten, die Netzbetreiber nach § 17f des Energiewirtschaftsgesetzes als Aufschlag auf die Netzentgelte <i>gegenüber Letztverbrauchern im Sinn des § 3 Nummer 25 des Energiewirtschaftsgesetzes geltend machen können</i> ,	<b>11. Offshore-Netzumlage</b> der als Aufschlag auf die Netzentgelte <b>erhobene Betrag in Cent pro Kilowattstunde zur Finanzierung der Offshore-Anbindungskosten</b> ,
14. Prüfer ein Wirtschaftsprüfer, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, ein genossenschaftlicher Prüfungsverband, ein vereidigter Buchprüfer oder eine Buchprüfungsgesellschaft,	<b>12. unverändert</b>
15. Register das Marktstammdatenregister nach § 111e des Energiewirtschaftsgesetzes,	<b>13. unverändert</b>
16. Schienenbahn jedes Unternehmen, das zum Zweck des Personen- oder Güterverkehrs Fahrzeuge wie Eisenbahnen, Magnetschwebbahnen, Straßenbahnen oder nach ihrer Bau- und Betriebsweise ähnliche Bahnen auf Schienen oder die für den Betrieb dieser Fahrzeuge erforderlichen Infrastrukturanlagen betreibt,	<b>14. unverändert</b>
17. selbständiger Teil eines Unternehmens ein Teilbetrieb mit eigenem Standort oder ein vom übrigen Unternehmen am Standort abgegrenzter Betrieb mit den wesentlichen Funktionen eines Unternehmens, der	<b>15. unverändert</b>
a) jederzeit als rechtlich selbständiges Unternehmen seine Geschäfte führen könnte,	
b) seine Erlöse wesentlich mit externen Dritten erzielt und über eine eigene Abnahmestelle verfügt,	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
c) eine eigene Bilanz und eine eigene Gewinn- und Verlustrechnung in entsprechender Anwendung der für alle Kaufleute geltenden Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs aufstellt und	
d) die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung in entsprechender Anwendung der §§ 317 bis 323 des Handelsgesetzbuchs prüfen lässt,	
18. Übertragungsnetzbetreiber Betreiber von Übertragungsnetzen im Sinn des § 3 Nummer 10a des Energiewirtschaftsgesetzes,	16. un v e r ä n d e r t
19. Umlagen die <i>EEG-Umlage</i> , die KWKG-Umlage und die Offshore-Netzumlage,	17. Umlagen die KWKG-Umlage und die Offshore-Netzumlage,
20. ungeförderter Strom Strom,	18. un v e r ä n d e r t
a) für den keine Zahlung in Anspruch genommen wird	
aa) nach § 19 oder § 50 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes,	
bb) nach einer Bestimmung, die den in Nummer 1 genannten Bestimmungen in früheren Fassungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes entspricht, oder	
cc) nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz oder	
b) der außerhalb des Bundesgebiets erzeugt worden ist und die Vorgaben des Artikels 19 Absatz 7 und 9 der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (ABl. L 328 vom 21. Dezember 2018, S. 82) erfüllt,	



<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
21. Unternehmen jeder Rechtsträger, der einen nach Art und Umfang in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb unter Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr nachhaltig mit eigener Gewinnerzielungsabsicht betreibt,	<b>19. unverändert</b>
22. Unternehmen in Schwierigkeiten Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinn der Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. C 249 vom 31.7.2014, S. 1),	<b>20. unverändert</b>
23. Verteilernetzbetreiber Betreiber von Elektrizitätsverteilernetzen im Sinn des § 3 Nummer 3 des Energiewirtschaftsgesetzes,	<b>21. unverändert</b>
24. wirtschaftlich durchführbare Maßnahme jede Maßnahme, die bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Rahmen des Energiemanagementsystems nach höchstens 90 Prozent der vorgesehenen Nutzungsdauer einen positiven Kapitalwert aufweist, der unter Zugrundelegung der DIN EN 17463, Ausgabe Dezember 2021 <sup>3)</sup> , ermittelt worden ist.	<b>22. unverändert</b>
§ 3	§ 3
<b>Sorgfaltsmaßstab</b>	<b>unverändert</b>
Die Netzbetreiber müssen bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach diesem Gesetz die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Kaufmanns anwenden.	

<sup>3)</sup> Amtlicher Hinweis: Zu beziehen bei der Beuth Verlag GmbH, 10772 Berlin, und in der Deutschen Nationalbibliothek archivmäßig gesichert niedergelegt.

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
Teil 2	Teil 2
Ermittlung <i>des Finanzierungsbedarfs</i>	Ermittlung <b>der Finanzierungsbedarfe</b>
§ 4	§ 4
Ermittlung und Mitteilung <i>des Finanzierungsbedarfs</i>	Ermittlung und Mitteilung <b>der Finanzierungsbedarfe</b>
Die Übertragungsnetzbetreiber ermitteln <i>den Finanzierungsbedarf für das jeweils folgende Kalenderjahr</i> und teilen bis zum 30. September eines Kalenderjahres mit:	Die Übertragungsnetzbetreiber ermitteln und teilen bis zum 30. September eines Kalenderjahres mit:
1. dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz den EEG-Finanzierungsbedarf für das jeweils folgende Kalenderjahr,	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Summe der im jeweils vorangegangenen Kalenderjahr gezahlten Anschlussförderung für Güllekleinanlagen nach Abschnitt 3a der Erneuerbare-Energien-Verordnung,	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle den KWKG-Finanzierungsbedarf für das jeweils folgende Kalenderjahr und	3. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
4. der Bundesnetzagentur den <i>gesamten Finanzierungsbedarf</i> für das jeweils folgende Kalenderjahr.	4. der Bundesnetzagentur den <b>EEG-Finanzierungsbedarf, den KWKG-Finanzierungsbedarf und die Offshore-Anbindungskosten</b> für das jeweils folgende Kalenderjahr.

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 5	§ 5
Beweislast	Beweislast
<p>Ist die Notwendigkeit oder die Höhe einzelner Positionen bei der Ermittlung des <i>Finanzierungsbedarfs</i> streitig, trifft die Beweislast die Übertragungsnetzbetreiber. Soweit in die Ermittlung <i>des Finanzierungsbedarfs</i> auch Daten und Prognosen unabhängiger Dritter einfließen, ist Satz 1 nicht anzuwenden, wenn diese Daten und Prognosen unverändert übernommen wurden und die Übertragungsnetzbetreiber keine Kenntnis von der Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit dieser Daten oder Prognosen haben oder haben mussten.</p>	<p>Ist die Notwendigkeit oder die Höhe einzelner Positionen bei der Ermittlung des <b>EEG-Finanzierungsbedarfs, des KWKG-Finanzierungsbedarfs oder der Offshore-Anbindungskosten</b> streitig, trifft die Beweislast die Übertragungsnetzbetreiber. Soweit in die Ermittlung <b>dieser Finanzierungsbedarfe</b> auch Daten und Prognosen unabhängiger Dritter einfließen, ist Satz 1 nicht anzuwenden, wenn diese Daten und Prognosen unverändert übernommen wurden und die Übertragungsnetzbetreiber keine Kenntnis von der Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit dieser Daten oder Prognosen haben oder haben mussten.</p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
Teil 3	Teil 3
Ausgleich des <i>Finanzierungsbedarfs</i> durch den <i>Bund</i>	Ausgleich durch <b>Zahlungen</b> des <b>Bundes</b>
§ 6	§ 6
<b>Grundsatz des Ausgleichs des EEG-Finanzierungsbedarfs aus dem Energie- und Klimafonds</b>	<b>Ausgleichsanspruch</b>
(1) Der EEG-Finanzierungsbedarf soll vollständig aus dem Sondervermögen des Bundes „Energie- und Klimafonds“ ausgeglichen werden.	(1) Die Übertragungsnetzbetreiber haben gegenüber der Bundesrepublik Deutschland einen Anspruch auf Ausgleich des Differenzbetrages zwischen ihren tatsächlichen Einnahmen nach den Nummern 2 und 4 der Anlage 1 und ihren tatsächlichen Ausgaben nach den Nummern 3 und 5 der Anlage 1 für ein Kalenderjahr. Wenn der Differenzbetrag nach Satz 1 positiv ist, hat die Bundesrepublik Deutschland einen Anspruch gegen die Übertragungsnetzbetreiber auf Ausgleich in Höhe dieses Betrages. Von dem Anspruch nach Satz 1 sind die Kosten für die Anschlussförderung von Güllekleinanlagen nach Abschnitt 3a der Erneuerbare-Energien-Verordnung ausgenommen; diese Kosten werden nach Maßgabe des § 8 ausgeglichen.

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>(2) <i>Ein Anspruch auf Zahlungen aus dem Sondervermögen des Bundes „Energie- und Klimafonds“ besteht nicht.</i></p>	<p>(2) <b>Die Übertragungsnetzbetreiber übermitteln der Bundesnetzagentur und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bis zum 31. März eines Kalenderjahres für das jeweils vorangegangene Kalenderjahr eine gemeinsame und von einem Prüfer geprüfte Kontoabrechnung für den sich nach Absatz 1 Satz 1 oder 2 ergebenden Anspruch. Die Bundesnetzagentur prüft die Höhe der Kontoabrechnung auf Plausibilität und teilt das Ergebnis der Prüfung den Übertragungsnetzbetreibern und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz innerhalb von vier Wochen nach Zugang der Kontoabrechnung mit. § 62 dieses Gesetzes und § 85 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes bleiben unberührt.</b></p>
	<p>(3) <b>Der Anspruch nach Absatz 1 Satz 1 wird vier Wochen nach Abgabe der Mitteilung nach Absatz 2 Satz 2, spätestens aber drei Monate nach Zugang der Kontoabrechnung nach Absatz 2 Satz 1 fällig. Die Bundesrepublik Deutschland kann auch vor dem Eintritt der Fälligkeit leisten. Sie kann in Ausnahmefällen mit befreiender Wirkung gegenüber allen Übertragungsnetzbetreibern an einen Übertragungsnetzbetreiber leisten. Der Anspruch nach Absatz 1 Satz 2 wird vier Wochen nach Abgabe der Mitteilung nach Absatz 2 Satz 2 fällig.</b></p>
<p>§ 7</p>	<p>§ 7</p>
<p><b>Ausgleich des EEG-Finanzierungsbedarfs aus dem Energie- und Klimafonds</b></p>	<p><b>Abschlagszahlungen</b></p>
<p>(1) <i>Die Bundesrepublik Deutschland erlässt gegenüber den Übertragungsnetzbetreibern bis zum 20. Oktober eines Kalenderjahrs einen Bescheid über die Höhe der Zahlungen aus dem Sondervermögen des Bundes „Energie- und Klimafonds“, die sie im folgenden Kalenderjahr zum Ausgleich des EEG-Finanzierungsbedarfs an die Übertragungsnetzbetreiber leistet.</i></p>	<p>(1) <b>Auf den zu erwartenden Anspruch nach § 6 Absatz 1 Satz 1 oder 2 können bereits während des anspruchsgegenständlichen Kalenderjahres angemessene Abschlagszahlungen verlangt werden. Abschlagszahlungen können auch einen negativen Wert annehmen.</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>(2) <i>Die Übertragungsnetzbetreiber können den Bescheid nach Absatz 1 nicht mit der Begründung angreifen, dass die im Bescheid festgesetzte Höhe der Zahlungen aus dem Sondervermögen des Bundes „Energie- und Klimafonds“ nicht dem EEG-Finanzierungsbedarf entspricht. Ein Anspruch auf den Erlass eines Bescheides nach Absatz 1 besteht nicht.</i></p>	<p>(2) <b>Unbeschadet von Absatz 3 sollen die Abschlagszahlungen nach Absatz 1 insgesamt dem für dieses Kalenderjahr veröffentlichten EEG-Finanzierungsbedarf entsprechen. Soweit sich die Höhe und die Fälligkeit der Abschlagszahlungen nicht aus dem öffentlich-rechtlichen Vertrag nach § 9 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 ergeben, sind die Abschlagszahlungen zum 10. eines Kalendermonats in zwölf gleichen Teilen zu leisten.</b></p>
<p>(3) <i>Der Bescheid nach Absatz 1 kann ganz oder teilweise widerrufen werden, wenn zukünftige Zahlungen aus dem Sondervermögen des Bundes „Energie- und Klimafonds“ nicht mehr erforderlich sind. Der Bescheid nach Absatz 1 kann mit der Nebenbestimmung erlassen werden, dass die Übertragungsnetzbetreiber vor Erhalt der Zahlungen deren Erforderlichkeit nachweisen. § 36 Absatz 2 und § 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bleiben unberührt.</i></p>	<p>(3) <b>Die Übertragungsnetzbetreiber und die Bundesrepublik Deutschland können eine Anpassung der Höhe und der Fälligkeit der Abschlagszahlungen verlangen, wenn die Entwicklung der Salden der Bankkonten nach § 47 Absatz 1 Satz 1 dies erforderlich macht. Eine Anpassung kann insbesondere dann verlangt werden, wenn die Salden der Bankkonten über einen längeren Zeitraum oder in nicht unerheblicher Höhe unterhalb oder oberhalb der erforderlichen Liquidität liegen.</b></p>
	<p>(4) <b>Für die Zwecke des Absatzes 3 übermitteln die Übertragungsnetzbetreiber dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und der Bundesnetzagentur regelmäßig eine Simulation über die voraussichtliche Entwicklung der Salden der Bankkonten nach § 47 Absatz 1 Satz 1 bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres.</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 8	§ 8
<b>Ausgleich der Anschlussförderung der Güllekleinanlagen aus dem Energie- und Klimafonds</b>	<b>Ausgleich der Anschlussförderung der Güllekleinanlagen</b>
<p>Die Bundesrepublik Deutschland erlässt gegenüber den Übertragungsnetzbetreibern bis zum 20. Oktober eines Kalenderjahres einen Bescheid über die Höhe der Zahlungen aus dem Sondervermögen des Bundes „Energie- und Klimafonds“ zum Ausgleich der Kosten für die Anschlussförderung von Güllekleinanlagen nach Abschnitt 3a der Erneuerbare-Energien-Verordnung für das vorangegangene Kalenderjahr. Die Zahlungen aus dem Sondervermögen des Bundes „Energie- und Klimafonds“ werden in Höhe des Bescheides nach Satz 1 bis zum 31. Dezember eines Kalenderjahres geleistet.</p>	<p>Die <b>Übertragungsnetzbetreiber haben gegenüber der Bundesrepublik Deutschland einen Anspruch auf Ausgleich</b> der Kosten für die Anschlussförderung von Güllekleinanlagen nach Abschnitt 3a der Erneuerbare-Energien-Verordnung für <b>ein</b> Kalenderjahr. <b>Der Anspruch wird am 31. Dezember des jeweils folgenden Kalenderjahres fällig. § 6 Absatz 3 Satz 2 und 3 sind entsprechend anzuwenden.</b></p>
§ 9	§ 9
<b>Öffentlich-rechtliche Verträge</b>	<b>Öffentlich-rechtliche Verträge</b>
<p>(1) Nähere Bestimmungen zu den Zahlungen aus dem Sondervermögen des Bundes „Energie- und Klimafonds“ nach den §§ 7 und 8 werden in öffentlich-rechtlichen Verträgen zwischen den Übertragungsnetzbetreibern und der Bundesrepublik Deutschland geregelt. Die Bundesrepublik Deutschland wird vertreten</p>	<p>(1) Nähere Bestimmungen zu den Zahlungen <b>der Bundesrepublik Deutschland</b> nach den §§ <b>6 bis 8</b> werden in öffentlich-rechtlichen Verträgen zwischen den Übertragungsnetzbetreibern und der Bundesrepublik Deutschland geregelt. Die Bundesrepublik Deutschland wird vertreten</p>
<p>1. bei dem Vertrag für die Zahlungen nach § 7 durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und</p>	<p>1. bei dem Vertrag für die Zahlungen nach <b>den §§ 6 und 7</b> durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und</p>
<p>2. bei dem Vertrag für die Zahlungen nach § 8 durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.</p>	<p>2. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>Die Verträge bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesministerium der Finanzen.</p>	<p>Die Verträge bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesministerium der Finanzen.</p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>(2) Die Verträge nach Absatz 1 enthalten insbesondere nähere Bestimmungen zu der Verteilung der Mittel zwischen den Übertragungsnetzbetreibern.</p>	<p>(2) Die Verträge nach Absatz 1 enthalten insbesondere nähere Bestimmungen zu der Verteilung der Mittel zwischen den Übertragungsnetzbetreibern. <b>Der Vertrag nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 enthält ferner insbesondere nähere Bestimmungen zu dem Ausgleichsanspruch nach § 6 Absatz 1 und seiner Erfüllung sowie zu den Abschlagszahlungen nach § 7.</b></p>
<p>Teil 4</p>	<p>Teil 4</p>
<p><i>Ausgleich des Finanzierungsbedarfs durch Umlagen</i></p>	<p>Ausgleich durch <b>Erhebung von Umlagen und weiterer Ausgleichsmechanismus</b></p>
<p>Abschnitt 1</p>	<p>Abschnitt 1</p>
<p><b>Ermittlung und Erhebung von Umlagen, Belastungsausgleich</b></p>	<p><b>Ermittlung und Erhebung von Umlagen, Ausgleichsmechanismus</b></p>
<p>§ 10</p>	<p>§ 10</p>
<p><b>Ermittlung von Umlagen</b></p>	<p><b>Ermittlung von Umlagen</b></p>
<p>(1) Der <i>Finanzierungsbedarf</i> wird durch Umlagen ausgeglichen. <i>Für den Ausgleich des EEG-Finanzierungsbedarfs ist Satz 1 nur anzuwenden, soweit dieser Finanzierungsbedarf für das jeweilige Kalenderjahr nicht durch Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland nach § 7 oder § 8 ausgeglichen wird.</i></p>	<p>(1) Der <b>KWKG-Finanzierungsbedarf und die Offshore-Anbindungskosten werden</b> durch Umlagen ausgeglichen.</p>



<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<p>(2) Die Umlagen werden von den Übertragungsnetzbetreibern für das jeweils folgende Kalenderjahr transparent und getrennt aus den jeweiligen, nicht durch Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland ausgeglichenen Finanzierungsbedarfen und den umlagefähigen Netzentnahmemengen, gewichtet nach der jeweils in Anwendung der Abschnitte 1 bis 4 dieses Teils anzuwendenden Höhe der Umlage, in Cent pro Kilowattstunde ermittelt. Umlagen können keinen negativen Wert annehmen.</p>	<p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(3) <i>Für die Zwecke des Absatzes 1 gilt der EEG-Finanzierungsbedarf als ausgeglichen</i></p>	<p><b>entfällt</b></p>
<p>1. <i>in der in dem Bescheid nach § 7 für dieses Kalenderjahr festgesetzten Höhe oder</i></p>	
<p>2. <i>in der Höhe der Ansätze zur Deckung des EEG-Finanzierungsbedarfs im Entwurf des Haushaltsgesetzes für dieses Kalenderjahr, den die Bundesregierung nach § 29 Absatz 1 der Bundeshaushaltsordnung beschließt.</i></p>	
<p>§ 11</p>	<p>§ 11</p>
<p><b>Veröffentlichung von Umlagen</b></p>	<p><b>Veröffentlichung von Umlagen</b></p>
<p>Die Übertragungsnetzbetreiber veröffentlichen auf ihrer gemeinsamen Internetseite bis zum 31. Oktober eines Kalenderjahres die Höhe der nach diesem Gesetz zu erhebenden Umlagen für das jeweils folgende Kalenderjahr. <i>Wenn der EEG-Finanzierungsbedarf durch Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland vollständig ausgeglichen wird, wird insoweit die Pflicht nach Satz 1 durch die Veröffentlichung erfüllt, dass keine EEG-Umlage erhoben wird.</i></p>	<p>Die Übertragungsnetzbetreiber veröffentlichen auf ihrer gemeinsamen Internetseite bis zum <b>25.</b> Oktober eines Kalenderjahres die Höhe der nach diesem Gesetz zu erhebenden Umlagen für das jeweils folgende Kalenderjahr.</p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 12	§ 12
<b>Erhebung von Umlagen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Die Netzbetreiber sind berechtigt, die nach § 11 veröffentlichten Umlagen bei der Berechnung der Netzentgelte als jeweils eigenständigen Aufschlag auf die Netzentnahme in Ansatz zu bringen.</p>	
<p>(2) Abweichend von Absatz 1 sind zur Erhebung der nach den §§ 30 bis 36 begrenzten Umlagen auf die Netzentnahme ausschließlich die Übertragungsnetzbetreiber berechtigt, die die Umlagen als eigenständige Umlagen auf die Netzentnahme erheben. Die Übertragungsnetzbetreiber sind ferner zur Erhebung der Umlagen als eigenständige Umlagen auf die Netzentnahme berechtigt</p>	
<p>1. für die Strommengen, die von einer nach Abschnitt 4 dieses Teils begrenzten Abnahmestelle an eine nicht nach Abschnitt 4 dieses Teils begrenzte Abnahmestelle weitergeleitet werden, oder</p>	
<p>2. für die Strommengen an Abnahmestellen, für die für das betreffende Kalenderjahr ein Antrag auf Begrenzung nach Abschnitt 4 dieses Teils gestellt worden ist.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>(3) Schienenbahnen und Verkehrsunternehmen mit elektrisch betriebenen Bussen im Linienverkehr, deren nach § 37 oder § 38 begrenzte Verbrauchsstellen sich in den Netzen mehrerer Netzbetreiber befinden, können durch Erklärung gegenüber den Übertragungsnetzbetreibern bestimmen, dass die Erhebung der Umlagen an den betroffenen Abnahmestellen durch die Übertragungsnetzbetreiber nach Absatz 2 erfolgt. Die Erklärung muss spätestens bis zum 30. Juni eines Jahres erfolgen. Die Erhebung der Umlagen durch die Übertragungsnetzbetreiber erfolgt ab dem auf die Erklärung folgenden Kalenderjahr. Den betroffenen Verteilernetzbetreibern muss eine Abschrift der Erklärung unverzüglich von der Schienenbahn oder dem Verkehrsunternehmen übermittelt werden.</p>	
§ 13	§ 13
<p><b>Ausgleich des Finanzierungsbedarfs zwischen Verteilernetzbetreibern und Übertragungsnetzbetreibern</b></p>	<p><b>Ausgleich von Finanzierungsbedarfen zwischen Verteilernetzbetreibern und Übertragungsnetzbetreibern</b></p>
<p>(1) Die Übertragungsnetzbetreiber müssen ihren nachgelagerten Verteilernetzbetreibern erstatten:</p>	(1) unverändert
<p>1. die nach § 6 Absatz 5, § 19, § 38d oder § 50 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes geleisteten Zahlungen abzüglich der Rückzahlungen nach § 26 Absatz 1 Satz 3, § 36h Absatz 2 und § 46 Absatz 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes,</p>	
<p>2. die nach Maßgabe des Abschnitts 2 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes geleisteten Zahlungen und</p>	
<p>3. die geleisteten Zahlungen abzüglich der Rückzahlungen nach den Bestimmungen früherer Fassungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes oder des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, die den in den Nummern 1 und 2 genannten Bestimmungen entsprechen.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>Als geleistete Zahlungen im Sinn des Satzes 1 gelten auch Forderungen eines Anlagenbetreibers auf Zahlung, die durch Aufrechnung erloschen sind.</p>	
<p>(2) Verteilernetzbetreiber müssen vermiedene Netzentgelte nach § 18 der Stromnetzentgeltverordnung, soweit sie nach § 18 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 der Stromnetzentgeltverordnung nicht an Anlagenbetreiber gewährt werden und nach § 120 des Energiewirtschaftsgesetzes in Verbindung mit § 18 Absatz 2 und 3 der Stromnetzentgeltverordnung ermittelt worden sind, an die vorgelagerten Übertragungsnetzbetreiber auszahlen. § 11 Absatz 3 Nummer 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist entsprechend anzuwenden.</p>	<p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(3) Die Zahlungen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 3, soweit sie das Erneuerbare-Energien-Gesetz betreffen, sind mit den Zahlungen nach Absatz 2 zu saldieren.</p>	<p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(4) Ist die Notwendigkeit oder die Höhe einzelner Positionen nach Absatz 1 oder Absatz 2 streitig, trifft die Beweislast die Verteilernetzbetreiber.</p>	<p>(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>§ 14</p>	<p>§ 14</p>
<p><b>Ausgleich zwischen Übertragungsnetzbetreibern und Verteilernetzbetreibern</b></p>	<p><b>Ausgleich zwischen Übertragungsnetzbetreibern und Verteilernetzbetreibern</b></p>
<p>Die <i>Verteilernetzbetreiber müssen an den vorgelagerten Übertragungsnetzbetreiber jeweils weiterleiten:</i></p>	<p>Die Übertragungsnetzbetreiber <b>haben einen finanziellen Anspruch auf Belastungsausgleich gegen die ihnen unmittelbar oder mittelbar nachgelagerten Netzbetreiber in Höhe deren Einnahmen aus:</b></p>
<p>1. <i>die</i> Summe der nach diesem Teil zu vereinnahmenden Umlagen auf Basis der tatsächlichen Netzentnahmen einschließlich etwaiger Verzugszinsen,</p>	<p>1. <b>der</b> Summe der nach diesem Teil zu vereinnahmenden Umlagen auf Basis der tatsächlichen Netzentnahmen einschließlich etwaiger Verzugszinsen,</p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
2. <i>etwaige Erlöse</i> oder <i>vermiedene</i> Aufwendungen aus der Verwertung des kaufmännisch abgenommenen KWK-Stroms nach § 4 Absatz 2 Satz 4 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes <i>und</i>	2. <b>etwaigen Erlösen</b> oder <b>vermiedenen</b> Aufwendungen aus der Verwertung des kaufmännisch abgenommenen KWK-Stroms nach § 4 Absatz 2 Satz 4 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes,
	3. <b>Zahlungen nach § 52 und § 55b des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und</b>
3. <i>die</i> sonstigen Einnahmen im Zusammenhang mit den Aufgaben nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz sowie der auf Grund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen.	4. <b>den</b> sonstigen Einnahmen im Zusammenhang mit den Aufgaben nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz sowie der auf Grund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen.
Als vereinnahmte Umlagen und sonstige Einnahmen im Sinn des Satzes 1 gelten auch Forderungen auf Zahlung von Umlagen, die durch Aufrechnung erloschen sind.	Als vereinnahmte Umlagen und sonstige Einnahmen im Sinn des Satzes 1 gelten auch Forderungen auf Zahlung von Umlagen, die durch Aufrechnung erloschen sind.
§ 15	§ 15
<b>Ausgleich zwischen Übertragungsnetzbetreibern</b>	<b>Ausgleich zwischen Übertragungsnetzbetreibern</b>
Die Übertragungsnetzbetreiber haben untereinander einen finanziellen Anspruch auf Belastungsausgleich, wenn sie jeweils bezogen auf die im Bereich ihrer Regelzone erhobenen Umlagen und die nach den öffentlich-rechtlichen Verträgen nach § 9 jeweils erhaltenen Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland höhere Zahlungen nach den in § 13 Absatz 1 Satz 1 genannten Bestimmungen oder nach § 13 oder höhere Offshore-Anbindungskosten zu leisten hatten, als es dem Durchschnitt aller Übertragungsnetzbetreiber entspricht.	Die Übertragungsnetzbetreiber <b>und Betreiber von Übertragungsnetzen im Sinn von § 3 Nummer 10 des Energiewirtschaftsgesetzes</b> haben untereinander einen finanziellen Anspruch auf Belastungsausgleich, wenn sie jeweils bezogen auf die im Bereich ihrer Regelzone erhobenen Umlagen und die nach den öffentlich-rechtlichen Verträgen nach § 9 jeweils erhaltenen Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland höhere Zahlungen nach den in § 13 Absatz 1 Satz 1 genannten Bestimmungen oder nach § 13 oder höhere Offshore-Anbindungskosten zu leisten hatten, als es dem Durchschnitt aller Übertragungsnetzbetreiber entspricht.

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 16	§ 16
<b>Abschlagszahlungen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Auf die Zahlungen nach diesem Teil kann der berechnete Netzbetreiber monatlich für den jeweils vorangegangenen Kalendermonat Abschläge in angemessenem Umfang verlangen.</p>	
<p>(2) Wenn ein Netzbetreiber die für die Festlegung der Abschläge erforderlichen Daten nicht oder nicht rechtzeitig dem Übertragungsnetzbetreiber mitgeteilt hat, richtet sich die Höhe der Abschläge im Rahmen der §§ 13 und 14 nach der Schätzung der Übertragungsnetzbetreiber nach § 61.</p>	
<p>(3) In den Fällen des § 12 Absatz 2 richtet sich die Höhe der Abschlagszahlungen nach den von den stromkostenintensiven Unternehmen prognostizierten und dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle im Rahmen des Antragsverfahrens nach Abschnitt 4 dieses Teils mitgeteilten Daten.</p>	
§ 17	§ 17
<b>Forderungseinwände und Aufrechnung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>Einwände gegen Forderungen nach diesem Teil berechnen zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung unbeschadet des § 18 Absatz 1 nur, soweit die ernsthafte Möglichkeit eines offensichtlichen Fehlers besteht. Eine Aufrechnung gegen Forderungen nach diesem Teil ist nur zwischen Netzbetreibern zulässig.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 18	§ 18
<b>Rückforderung, Verzugszinsen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Zahlt ein Übertragungsnetzbetreiber einem Verteilernetzbetreiber mehr als nach den in § 13 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 genannten Bestimmungen vorgeschrieben, muss er den Mehrbetrag zurückfordern. Ist die Zahlung in Übereinstimmung mit dem Ergebnis eines Verfahrens der Clearingstelle nach § 81 Absatz 5 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes oder § 32a Absatz 5 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes erfolgt und beruht die Rückforderung auf der Anwendung einer nach der Zahlung in anderer Sache ergangenen höchststrichterlichen Entscheidung, ist der Verteilernetzbetreiber berechtigt, insoweit die Einrede der Übereinstimmung der Berechnung der Zahlung mit einer Entscheidung der Clearingstelle für Zahlungen zu erheben, die bis zum Tag der höchststrichterlichen Entscheidung geleistet worden sind. Der Rückforderungsanspruch verjährt mit Ablauf des zweiten auf die die Zahlung begründende Stromerzeugung folgenden Kalenderjahres; die Pflicht nach Satz 1 erlischt insoweit.</p>	
<p>(2) Verteilernetzbetreiber und Netznutzer, die ihrer Pflicht zur Zahlung nach diesem Gesetz nicht rechtzeitig nachgekommen sind, müssen diese Geldschuld nach § 352 Absatz 2 des Handelsgesetzbuchs ab Eintritt der Fälligkeit verzinsen. Satz 1 ist entsprechend anzuwenden, wenn die Fälligkeit nicht eintreten konnte, weil der Verteilernetzbetreiber oder der Netznutzer seinen Mitteilungspflichten nach Teil 5 nicht oder nicht rechtzeitig nachgekommen ist; ausschließlich zum Zweck der Verzinsung ist in diesem Fall die Geldschuld für die Zahlung spätestens am 1. Januar des Kalenderjahres als fällig zu betrachten, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Mitteilungspflicht zu erfüllen gewesen wäre.</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
§ 19	§ 19
<b>Jahresendabrechnung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Die Jahresendabrechnungen der nach diesem Teil zu leistenden Zahlungen erfolgen für das jeweils vorangegangene Kalenderjahr	
1. zwischen den Übertragungsnetzbetreibern zum 31. August eines Kalenderjahres,	
2. zwischen den Verteilernetzbetreibern und den Übertragungsnetzbetreibern zum 31. August eines Kalenderjahres,	
3. zwischen den Übertragungsnetzbetreibern und den stromkostenintensiven Unternehmen zum 31. August eines Kalenderjahres und	
4. zwischen den Verteilernetzbetreibern und den Netznutzern nach den Bestimmungen des Netznutzungsvertrages.	
(2) Die sich aus den Jahresendabrechnungen nach Absatz 1 Nummer 1 bis 3 ergebenden Zahlungsansprüche müssen bis zum 15. September des Kalenderjahres ausgeglichen werden.	
§ 20	§ 20
<b>Nachträgliche Korrekturen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Bei der jeweils nächsten Abrechnung sind Änderungen der abzurechnenden Strommenge oder der Zahlungsansprüche zu berücksichtigen, die sich aus folgenden Gründen ergeben:	
1. aus Rückforderungen auf Grund von § 18 Absatz 1,	
2. aus einer rechtskräftigen Gerichtsentscheidung im Hauptsacheverfahren,	



<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
3. aus dem Ergebnis eines zwischen den Verfahrensparteien durchgeführten Verfahrens bei der Clearingstelle nach § 81 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 oder Nummer 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes oder § 32a Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 oder Nummer 2 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes,	
4. aus einer Entscheidung der Bundesnetzagentur nach § 62 dieses Gesetzes, § 85 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes oder § 31b des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes,	
5. aus einem vollstreckbaren Titel, der erst nach der Abrechnung nach § 15 ergangen ist, oder	
6. aus einer nach § 26 Absatz 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu einem späteren Zeitpunkt fällig gewordenen Zahlung.	
(2) Ergeben sich durch die Verbrauchsabrechnungen der Netzbetreiber gegenüber den Netznutzern Abweichungen gegenüber den Strommengen, die einer Endabrechnung nach § 19 zugrunde liegen, sind diese Änderungen bei der jeweils nächsten Abrechnung zu berücksichtigen.	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<b>Abschnitt 2</b>	<b>Abschnitt 2</b>
<b>Erhebung von Umlagen in Sonderfällen</b>	<b>Erhebung von Umlagen in Sonderfällen</b>
§ 21	§ 21
<b>Umlageerhebung bei Stromspeichern und Verlustenergie</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Für die Netzentnahme von Strom, der in einem Kalenderjahr zum Zweck der Zwischenspeicherung in einem elektrischen, chemischen, mechanischen oder physikalischen Stromspeicher verbraucht wird, verringert sich der Anspruch auf Zahlung der Umlagen in dem Umfang auf null, in dem Strom, der mit dem Stromspeicher in diesem Kalenderjahr erzeugt wird, in ein Netz eingespeist wird. Werden in dem Stromspeicher Strommengen, für die unterschiedlich hohe Ansprüche auf Zahlung von Umlagen bestehen, verbraucht, entfällt die Pflicht zur Zahlung der Umlagen in dem Verhältnis des Verbrauchs der unterschiedlichen Strommengen zueinander.</p>	
<p>(2) Für die Netzentnahme von Strom, der zum Zweck der Zwischenspeicherung in einem elektrischen, chemischen, mechanischen oder physikalischen Stromspeicher verbraucht wird, verringert sich der Anspruch auf Zahlung der Umlagen auf null, soweit die in dem Stromspeicher gespeicherte Energie nicht wieder entnommen wird (Stromspeicherverlust). Absatz 1 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden.</p>	
<p>(3) Absatz 1 ist entsprechend auf Ladepunkte für Elektromobile mit den Maßgaben anzuwenden, dass ausschließlich für die Zwecke des Absatzes 1</p>	
<p>1. Ladepunkte Stromspeichern gleichzusetzen sind,</p>	
<p>2. der Verbrauch von über einen Ladepunkt bezogenem Strom in einem Elektromobil als in dem Ladepunkt verbraucht gilt und</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
3. der mit dem Elektromobil erzeugte und über den Ladepunkt in ein Netz eingespeiste Strom als mit dem Ladepunkt erzeugt gilt.	
<p>(4) Der Anspruch auf Zahlung der Umlagen verringert sich nach den Absätzen 1 bis 3 nur, wenn der Netznutzer seine Mitteilungspflichten nach Teil 5 erfüllt hat. § 46 Absatz 1 ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass sämtliche Strommengen, die bei der Anwendung von Absatz 1 in Ansatz gebracht werden, mess- und eichrechtskonform erfasst oder abgegrenzt werden müssen. § 46 Absatz 5 Satz 1 und 2 ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass sowohl für die Netzentnahme für den zeitgleichen Verbrauch in dem Stromspeicher als auch für die Stromerzeugung mit dem Stromspeicher für die zeitgleiche Einspeisung in ein Elektrizitätsversorgungsnetz Strom höchstens bis zu der Höhe der tatsächlichen Netzentnahme als Verbrauch in dem Stromspeicher (Zeitgleichheit von Netzentnahme und Verbrauch) und bis zur Höhe der tatsächlichen Netzeinspeisung als Stromerzeugung mit dem Stromspeicher (Zeitgleichheit von Stromerzeugung und Netzeinspeisung bezogen auf jedes 15-Minuten-Intervall im Sinn des Absatzes 1) in Ansatz gebracht werden darf. § 46 Absatz 2 bis 4 und 5 Satz 3 ist nicht anzuwenden.</p>	
<p>(5) Der Anspruch auf Zahlung der Umlagen verringert sich auch für die Netzentnahme von Strom, der zur Erzeugung von Speichergas verbraucht wird, das in das Erdgasnetz eingespeist wird, in dem Umfang auf null, in dem das Speichergas unter Berücksichtigung der Anforderungen nach § 44b Absatz 4 Nummer 1 und 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zur Stromerzeugung eingesetzt und der erzeugte Strom in das Netz eingespeist wird.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>(6) Der Anspruch auf Zahlung der Umlagen verringert sich ferner für die Netzentnahme von Strom auf null, der an den Betreiber eines Netzes für die allgemeine Versorgung im Sinn des § 3 Nummer 17 des Energiewirtschaftsgesetzes zum Ausgleich physikalisch bedingter Netzverluste als Verlustenergie nach § 10 der Stromnetzentgeltverordnung geliefert wird.</p>	
<p>(7) § 53 Absatz 2 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Mitteilungspflicht nach § 52 Absatz 1 bis zum 31. Mai des Jahres zu erfüllen ist, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem diese Mitteilungspflicht zu erfüllen gewesen wäre.</p>	
<p>§ 22</p>	<p>§ 22</p>
<p><b>Umlageerhebung bei elektrisch angetriebenen Wärmepumpen</b></p>	<p><b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(1) Der Anspruch auf Zahlung der Umlagen verringert sich auf null für die Netzentnahme von Strom, der in einer elektrisch angetriebenen Wärmepumpe verbraucht wird, wenn die Wärmepumpe über einen eigenen Zählpunkt mit dem Netz verbunden ist.</p>	
<p>(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden auf Netzentnahmen zum Verbrauch durch Betreiber von elektrisch angetriebenen Wärmepumpen,</p>	
<p>1. die ein Unternehmen in Schwierigkeiten sind oder</p>	
<p>2. gegen die offene Rückforderungsansprüche aufgrund eines Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem europäischen Binnenmarkt bestehen.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 23	§ 23
<b>Umlageerhebung bei Anlagen zur Verstromung von Kuppelgasen</b>	<b>Umlageerhebung bei Anlagen zur Verstromung von Kuppelgasen</b>
(1) Der Anspruch auf Zahlung der Umlagen verringert sich auf 15 Prozent für Unternehmen oder selbständige Teile eines Unternehmens für den selbst verbrauchten Stromanteil über 1 Gigawattstunde, der in einer Anlage erzeugt wird, die ausschließlich Strom mit Gichtgas, Konvertergas oder Kokereigas (Kuppelgase) erzeugt, wenn das Unternehmen	(1) Der Anspruch auf Zahlung der Umlagen verringert sich auf 15 Prozent für Unternehmen oder selbständige Teile eines Unternehmens für den selbst verbrauchten Stromanteil über 1 Gigawattstunde, der in einer Anlage erzeugt wird, die ausschließlich Strom mit Gichtgas, Konvertergas oder Kokereigas (Kuppelgase) erzeugt, wenn das Unternehmen
1. einer Branche nach Liste 1 der Anlage 4 zuzuordnen ist und	1. un verändert
2. ein Energiemanagementsystem betreibt.	2. un verändert
	<b>Ausschließlich für die Zwecke des Absatzes 1 ist Erdgas in dem Umfang als Kuppelgas anzusehen, in dem es zur Anfahr-, Zünd- und Stützfeuerung erforderlich ist.</b>
(2) Im Rahmen der Mitteilung nach § 52 Absatz 2 ist zusätzlich die in der Anlage nach Absatz 1 im vorangegangenen Kalenderjahr erzeugte Strommenge mitzuteilen.	(2) un verändert
(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden auf Netzentnahmen zum Verbrauch durch Letztverbraucher,	(3) un verändert
1. die ein Unternehmen in Schwierigkeiten sind oder	
2. gegen die offene Rückforderungsansprüche aufgrund eines Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem europäischen Binnenmarkt bestehen.	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 24	§ 24
<b>Umlageerhebung bei EEG-Bestandsprivilegien</b>	<b>(weggefallen)</b>
<p>(1) Soweit eine EEG-Umlage erhoben wird, sind die §§ 61e bis 61i, 62b Absatz 5, § 74a Absatz 1 und 2, § 104 Absatz 2 und 6 sowie die betreffenden Begriffsbestimmungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, dass, soweit sich für eine Strommenge nach den genannten Bestimmungen die Pflicht zur Zahlung der EEG-Umlage verringert oder erhöht hätte, für diese Strommenge auch nach diesem Gesetz eine entsprechend verringerte oder erhöhte EEG-Umlage auf die Netzentnahme erhoben wird.</p>	<b>(weggefallen)</b>
<p>(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden auf Netzentnahmen zum Verbrauch durch Letztverbraucher,</p>	<b>entfällt</b>
<p>1. die ein Unternehmen in Schwierigkeiten sind oder</p>	
<p>2. gegen die offene Rückforderungsansprüche aufgrund eines Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem europäischen Binnenmarkt bestehen.</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<b>Abschnitt 3</b>	<b>Abschnitt 3</b>
<b>Herstellung von Grünem Wasserstoff</b>	<b>Herstellung von Grünem Wasserstoff</b>
§ 25	§ 25
<b>Umlagebefreiung bei der Herstellung von Grünem Wasserstoff</b>	<b>unverändert</b>
<p>(1) Der Anspruch auf Zahlung der Umlagen verringert sich auf null für die Netzentnahme von Strom, der zur Herstellung von Grünem Wasserstoff unabhängig von dessen Verwendungszweck in einer Einrichtung zur Herstellung von Grünem Wasserstoff verbraucht wird, die über einen eigenen Zählpunkt mit dem Netz verbunden ist. Satz 1 ist nicht in einem Kalenderjahr anzuwenden, in dem der Strom von einem Unternehmen oder einem selbständigen Teil eines Unternehmens verbraucht wird und die Umlagen für dieses Unternehmen oder diesen selbständigen Teil eines Unternehmens nach Abschnitt 4 dieses Gesetzes begrenzt sind.</p>	
<p>(2) Absatz 1 ist nur auf Einrichtungen anzuwenden, die vor dem 1. Januar 2030 in Betrieb genommen wurden.</p>	
<p>(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden auf Netzentnahmen zum Verbrauch durch Letztverbraucher,</p>	
<p>1. die ein Unternehmen in Schwierigkeiten sind oder</p>	
<p>2. gegen die offene Rückforderungsansprüche aufgrund eines Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem europäischen Binnenmarkt bestehen.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 26	§ 26
<b>Anforderungen an Grünen Wasserstoff, Verordnungsermächtigung</b>	<b>Anforderungen an Grünen Wasserstoff</b>
<i>(1) Grüner Wasserstoff ist Wasserstoff, der elektrochemisch durch den Verbrauch von Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt wird.</i>	<b>Die Anforderungen an Grünen Wasserstoff werden in einer Rechtsverordnung nach § 93 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes festgelegt.</b>
<i>(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Anforderungen an die Herstellung von Grünem Wasserstoff im Anwendungsbereich des Absatzes 1 zu bestimmen; hierbei können inhaltliche, räumliche oder zeitliche Anforderungen gestellt werden, um sicherzustellen, dass nur Wasserstoff als Grüner Wasserstoff gilt, der glaubhaft mit Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt wurde und der mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Energieversorgung vereinbar ist; hierbei ist auch vorzusehen, dass für die Herstellung des Wasserstoffs nur ungeförderter Strom aus erneuerbaren Energien verbraucht werden darf.</i>	<b>entfällt</b>
§ 27	§ 27
<b>Berichtspflicht</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz prüft mögliche Auswirkungen von Einrichtungen zur Herstellung von Grünem Wasserstoff auf das Stromnetz, insbesondere auf das Ausmaß von Netzengpasssituationen und den Bedarf an Netzreserve, und legt dem Bundestag hierzu bis zum 31. Dezember 2023 einen Bericht vor.	



Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<b>Abschnitt 4</b>	<b>Abschnitt 4</b>
<b>Besondere Ausgleichsregelung</b>	<b>Besondere Ausgleichsregelung</b>
Unterabschnitt 1	Unterabschnitt 1
Allgemeine Bestimmungen	unverändert
§ 28	
<b>Zweck des Abschnitts</b>	
Zweck dieses Abschnitts ist die Begrenzung der Höhe der zu zahlenden Umlagen	
1. für stromkostenintensive Unternehmen, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und ihre Abwanderung in das Ausland zu verhindern,	
2. für Unternehmen bei der elektrochemischen Herstellung von Wasserstoff, um die Entwicklung von Technologien zur Wasserstoffherstellung zu unterstützen und eine Abwanderung der Produktion in das Ausland zu verhindern, und	
3. für Schienenbahnen, für Verkehrsunternehmen mit elektrisch betriebenen Bussen im Linienverkehr und für landseitig bezogenen Strom, der von Landstromanlagen an Seeschiffe geliefert und auf Seeschiffen verbraucht wird, um die intermodale Wettbewerbsfähigkeit der Schienenbahnen, der Verkehrsunternehmen mit elektrisch betriebenen Bussen im Linienverkehr und der Seeschifffahrt sicherzustellen und zu erhalten sowie die Emissionen in Seehäfen zu verringern,	
soweit die Begrenzung mit dem Interesse der Gesamtheit der Stromverbraucher vereinbar ist.	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
§ 29	
<b>Antrag</b>	
(1) Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle begrenzt die Umlagen auf Antrag abnahmestellenbezogen	
1. nach Maßgabe der §§ 30 bis 35 für den Strom, der von stromkostenintensiven Unternehmen selbst verbraucht wird,	
2. nach Maßgabe des § 36 für den Strom, der von Unternehmen bei der elektrochemischen Herstellung von Wasserstoff selbst verbraucht wird,	
3. nach Maßgabe des § 37 für den Strom, der von Schienenbahnen selbst verbraucht wird,	
4. nach Maßgabe des § 38 für den Strom, der von Verkehrsunternehmen mit elektrisch betriebenen Bussen im Linienverkehr selbst verbraucht wird, und	
5. nach Maßgabe des § 39 für den landseitig bezogenen Strom, der von Landstromanlagen an Seeschiffe geliefert und auf Seeschiffen verbraucht wird.	
(2) Die Antragsteller müssen unbeschadet ihrer Mitteilungspflicht nach § 52 dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle im Rahmen der Antragstellung nach Absatz 1 mitteilen:	
1. die für das folgende Kalenderjahr prognostizierten Strommengen, für die die Umlagen begrenzt werden, aufgeschlüsselt nach Kalendermonaten und Abnahmestellen,	
2. die für das folgende Kalenderjahr prognostizierten Strommengen, die an den in Nummer 1 genannten Abnahmestellen an Dritte weitergeleitet werden,	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
3. den für das folgende Kalenderjahr prognostizierten Höchstbetrag nach § 31 Nummer 3 und 4 und	
4. die Netzbetreiber, an deren Netz die in Nummer 1 genannten Abnahmestellen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind.	
(3) Die Antragsteller müssen im Rahmen der Antragstellung nach Absatz 1 bestätigen, dass	
1. sie kein Unternehmen in Schwierigkeiten sind und	
2. keine offenen Rückforderungsansprüche gegen sie aufgrund eines Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem europäischen Binnenmarkt bestehen.	
Die Bestätigung nach Satz 1 muss ferner eine Selbstverpflichtung des Antragstellers enthalten, jede Änderung des Inhalts der abgegebenen Bestätigungen bis zum Abschluss des Antragsverfahrens unverzüglich dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle mitzuteilen. Wenn das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle Vorgaben zu Form und Inhalt der Angaben nach den Sätzen 1 und 2 bereitstellt, müssen diese unter Beachtung dieser Vorgaben übermittelt werden.	
Unterabschnitt 2	Unterabschnitt 2
Stromkostenintensive Unternehmen	Stromkostenintensive Unternehmen
§ 30	§ 30
<b>Voraussetzungen der Begrenzung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Bei einem Unternehmen, das einer Branche nach Anlage 2 zuzuordnen ist, werden die Umlagen begrenzt, wenn	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
1. im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr die voll oder anteilig umlagenpflichtige und selbst verbrauchte Strommenge an einer Abnahmestelle, der das Unternehmen einer Branche nach Anlage 2 zuzuordnen ist, mehr als 1 Gigawattstunde betragen hat,	
2. das Unternehmen ein Energiemanagementsystem betreibt und	
3. das Unternehmen	
a) energieeffizient ist, weil	
aa) es alle wirtschaftlich durchführbaren Maßnahmen umgesetzt hat, die in dem Energiemanagementsystem nach Nummer 2 konkret identifiziert worden sind,	
bb) in dem Energiemanagementsystem nach Nummer 2 keine wirtschaftlich durchführbaren Maßnahmen konkret identifiziert worden sind oder	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<p>cc) es in dem dem Antragsjahr vorangegangenen Kalenderjahr mindestens 50 Prozent des nach diesem Gesetz für das zweite dem Antragsjahr vorangegangene Jahr gewährten Begrenzungsbetrags für Maßnahmen aufgewendet hat, die in dem Energiemanagementsystem nach Nummer 2 konkret identifiziert worden sind; für Maßnahmen, die nicht ohne eine erhebliche Unterbrechung des Produktionsablaufs umgesetzt werden können, muss die Auftragsvergabe an Dritte im Rahmen des vorgesehen Projektablaufs in dem dem Antragsjahr vorangegangenen Kalenderjahr erfolgt sein; soweit die aufgewendete Investitionssumme 50 Prozent des nach diesem Gesetz für das zweite dem Antragsjahr vorangegangene Jahr gewährten Begrenzungsbetrags übersteigt, kann der überschießende Teil der Investitionssumme in den folgenden vier Jahren auf die erforderliche Investitionssumme angerechnet werden; Investitionssummen sind nicht anrechenbar, soweit sie zur Erfüllung der Voraussetzungen für die Gewährung einer anderen Beihilfe als der Begrenzung nach § 29 geltend gemacht werden,</p>	
<p>b) mindestens 30 Prozent seines Stromverbrauchs durch ungeförderten Strom aus erneuerbaren Energien deckt oder</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<p>c) Investitionen für Maßnahmen zur Dekarbonisierung des Produktionsprozesses in entsprechender Anwendung von Buchstabe a Doppelbuchstabe cc getätigt hat; soweit das Unternehmen einem Sektor angehört, für den die Delegierte Verordnung (EU) 2019/331 der Kommission vom 19. Dezember 2018 zur Festlegung EU-weiter Übergangsvorschriften zur Harmonisierung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten gemäß Artikel 10a der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 59 vom 27.2.2019, S. 8) Produkt-Benchmarks festlegt, müssen die Maßnahmen die Treibhausgasemissionen der von diesem Unternehmen hergestellten Produkte auf einen Wert verringern, der unterhalb des für diese Produkte jeweils festgelegten Produkt-Benchmarkwertes liegt.</p>	
<p>§ 31</p>	<p>§ 31</p>
<p><b>Umfang der Begrenzung</b></p>	<p><b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>Die Umlagen werden an den Abnahmestellen, an denen das Unternehmen einer Branche nach Anlage 2 zuzuordnen ist, für den Strom, den das Unternehmen dort im Begrenzungszeitraum selbst verbraucht, wie folgt begrenzt:</p>	
<p>1. Die Umlagen werden für den Stromanteil bis einschließlich 1 Gigawattstunde nicht begrenzt (Selbstbehalt); dieser Selbstbehalt muss im Begrenzungsjahr zuerst gezahlt werden.</p>	
<p>2. Die Umlagen werden für den Stromanteil über 1 Gigawattstunde begrenzt</p>	
<p>a) bei einem Unternehmen, das einer Branche nach Anlage 2 Liste 1 zuzuordnen ist, auf 15 Prozent der Umlagen und</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
b) bei einem Unternehmen, das einer Branche nach Anlage 2 Liste 2 zuzuordnen ist,	
aa) auf 15 Prozent der Umlagen, wenn das Unternehmen im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr seinen Stromverbrauch in besonderer Weise aus erneuerbaren Energien gedeckt hat, oder	
bb) im Übrigen auf 25 Prozent der Umlagen.	
3. Die nach Nummer 2 zu zahlenden Umlagen werden in Summe aller begrenzten Abnahmestellen des Unternehmens auf höchstens den folgenden Anteil der Bruttowertschöpfung begrenzt, die das Unternehmen im arithmetischen Mittel der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre erzielt hat:	
a) 0,5 Prozent der Bruttowertschöpfung bei einem Unternehmen, das einer Branche nach Anlage 2 Liste 1 zuzuordnen ist, oder	
b) bei einem Unternehmen, das einer Branche nach Anlage 2 Liste 2 zuzuordnen ist,	
aa) 0,5 Prozent der Bruttowertschöpfung, wenn das Unternehmen im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr seinen Stromverbrauch in besonderer Weise durch erneuerbare Energien gedeckt hat, oder	
bb) im Übrigen 1 Prozent der Bruttowertschöpfung.	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
4. Die Begrenzung nach den Nummern 2 und 3 erfolgt nur so weit, dass die von dem Unternehmen zu zahlenden Umlagen für den Stromanteil über 1 Gigawattstunde den Wert von 0,05 Cent pro Kilowattstunde an den Abnahmestellen nicht unterschreiten; der Selbstbehalt nach Nummer 1 bleibt unberührt.	
§ 32	§ 32
<b>Nachweisführung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Die Nachweisführung erfolgt	
1. für die Voraussetzungen nach § 30 Nummer 1 und nach § 31 sowie die Bruttowertschöpfung durch	
a) die Stromlieferungsverträge und die Stromrechnungen für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr,	
b) die Angabe der jeweils im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr aus dem Netz bezogenen und selbst verbrauchten sowie weitergeleiteten Strommengen,	
c) den Prüfungsvermerk eines Prüfers, wenn eine Begrenzung der Umlagen nach § 31 Nummer 3 begehrt wird; dabei ist eine Aufstellung mit folgenden Angaben zu prüfen und dem Prüfungsvermerk beizufügen:	
aa) Angaben zum Betriebszweck und zu der Betriebstätigkeit des Unternehmens und	
bb) sämtliche Bestandteile der Bruttowertschöpfung auf Grundlage der nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuchs geprüften Jahresabschlüsse für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre;	



<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
auf die Prüfung sind § 319 Absatz 2 bis 4, § 319b Absatz 1, § 320 Absatz 2 und § 323 des Handelsgesetzbuchs entsprechend anzuwenden; in dem Prüfungsvermerk ist darzulegen, dass die dem Prüfungsvermerk beigefügte Aufstellung mit hinreichender Sicherheit frei von wesentlichen Falschangaben und Abweichungen ist; bei der Prüfung der Bruttowertschöpfung ist eine Wesentlichkeitsschwelle von 5 Prozent ausreichend,	
d) den Nachweis über die Klassifizierung des Unternehmens durch die statistischen Ämter der Länder in Anwendung der Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes, Ausgabe 2008 <sup>4)</sup> , und die Einwilligung des Unternehmens, dass sich das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle von den statistischen Ämtern der Länder die Klassifizierung des bei ihnen registrierten Unternehmens und seiner Betriebsstätten übermitteln lassen kann,	
e) im Fall der Deckung des Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien in besonderer Weise zusätzlich	
aa) im Fall des Verbrauchs von aus dem Netz entnommenem Strom durch den Nachweis der Entwertung von Herkunftsnachweisen für erneuerbare Energien nach § 30 der Herkunfts- und Regionalnachweis-Durchführungsverordnung oder	

<sup>4)</sup> Amtlicher Hinweis: Zu beziehen beim Statistischen Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden; auch zu beziehen über [www.destatis.de](http://www.destatis.de).

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<p>bb) im Fall des Verbrauchs von Strom, der nicht aus dem Netz entnommen wurde, durch den Nachweis der zeitgleichen Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien bezogen auf jedes 15-Minuten-Intervall; eine mess- und eichrechtskonforme Messung der Ist-Erzeugung und des Ist-Verbrauchs bezogen auf jedes 15-Minuten-Intervall ist zur Erfüllung der Anforderung nach diesem Doppelbuchstaben nur erforderlich, wenn nicht schon anderweitig sichergestellt ist, dass Strom höchstens bis zur Höhe der tatsächlichen Erzeugung aus erneuerbaren Energien bezogen auf jedes 15-Minuten-Intervall als Verbrauch der Abnahmestelle in Ansatz gebracht wird,</p>	
<p>2. für die Voraussetzungen nach § 30 Nummer 2 durch die Angabe, dass das Unternehmen zum Ende der Antragsfrist nach § 40 Absatz 1 über ein gültiges DIN-EN-ISO-50001-Zertifikat, einen gültigen Eintragungs- oder Verlängerungsbescheid der EMAS-Registrierungsstelle über die Eintragung in das EMAS-Register oder einen gültigen Nachweis über den Betrieb eines Energiemanagementsystems entsprechend DIN EN ISO 50005 oder über die Mitgliedschaft in einem angemeldeten Energieeffizienz- und Klimaschutznetzwerk verfügt,</p>	
<p>3. für die Voraussetzungen nach § 30 Nummer 3:</p>	
<p>a) für Buchstabe a Doppelbuchstabe aa durch eine Eigenerklärung, dass das Unternehmen alle wirtschaftlich durchführbaren Maßnahmen umgesetzt hat, verbunden mit der Aufstellung der durchgeführten Maßnahmen; der Inhalt dieser Eigenerklärung bedarf der Bestätigung einer prüfungsbefugten Stelle,</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
b) für Buchstabe a Doppelbuchstabe bb durch eine Eigenerklärung, dass der Bericht des Energiemanagementsystems keine wirtschaftlich durchführbaren Maßnahmen empfohlen hat, verbunden mit dem Bericht des Energiemanagementsystems; der Inhalt dieser Eigenerklärung bedarf der Bestätigung einer prüfungsbefugten Stelle,	
c) für Buchstabe a Doppelbuchstabe cc durch eine Eigenerklärung, dass das Unternehmen Investitionen in dem erforderlichen Umfang getätigt hat und dass diese Investitionen nicht oder nicht in dem geltend gemachten Umfang zur Erfüllung der Voraussetzungen einer anderen Beihilfe als der Begrenzung nach § 29 geltend gemacht werden, verbunden mit der Aufstellung der durchgeführten Maßnahmen einschließlich des jeweiligen Investitionsvolumens, mit dem Bericht des Energiemanagementsystems und im Fall einer erheblichen Unterbrechung des Produktionsablaufs durch die umzusetzenden Maßnahmen zusätzlich mit der Auftragsbestätigung des beauftragten Dritten; der Inhalt dieser Eigenerklärung bedarf der Bestätigung einer prüfungsbefugten Stelle,	
d) für Buchstabe b durch einen Nachweis nach Nummer 1 Buchstabe e und	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<p>e) für Buchstabe c durch eine Eigenerklärung, dass das Unternehmen Investitionen in dem erforderlichen Umfang getätigt hat und dass diese Investitionen nicht oder nicht in dem geltend gemachten Umfang zur Erfüllung der Voraussetzungen einer anderen Beihilfe als der Begrenzung nach § 29 geltend gemacht werden, verbunden mit der Aufstellung der durchgeführten Maßnahmen einschließlich des jeweiligen Investitionsvolumens und im Fall einer erheblichen Unterbrechung des Produktionsablaufs durch die umzusetzenden Maßnahmen zusätzlich mit der Auftragsbestätigung des beauftragten Dritten und im Fall, dass das Unternehmen einem der Sektoren angehört, die in der in § 20 Nummer 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe dd der genannten Delegierten Verordnung (EU) 2019/331 der Kommission vom 19. Dezember 2018 aufgeführt sind, zusätzlich mit der Aufstellung der durch die Durchführung der Maßnahmen verringerten Treibhausgasemissionen; der Inhalt dieser Eigenerklärung bedarf der Bestätigung einer prüfungsbefugten Stelle.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 33	§ 33
<b>Nachweisführung auf Basis eines gewillkürten Rumpfgeschäftsjahres</b>	<b>Nachweisführung auf Basis eines gewillkürten Rumpfgeschäftsjahres</b>
<p>(1) Unternehmen, die bis zum 30. April des Antragsjahres noch über kein abgeschlossenes handelsrechtliches Geschäftsjahr verfügen oder zum Zeitpunkt des Endes des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres keiner Branche nach Anlage 2 zuzuordnen sind, können abweichend von § 32 Nummer 1 den Antrag auf Basis eines gewillkürten Rumpfgeschäftsjahres stellen, das mit der erstmaligen Stromabnahme zu Produktionszwecken in einer Branche nach Anlage 2 beginnt und vor Ablauf der Antragsfrist endet. Die Begrenzungsentscheidung ergeht unter Vorbehalt des Widerrufs. Nach Vollendung des ersten abgeschlossenen Geschäftsjahres erfolgt eine nachträgliche Überprüfung der Antragsvoraussetzungen und des Begrenzungsumfangs durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle anhand der Daten des abgeschlossenen Geschäftsjahres. § 32 ist im Übrigen entsprechend anzuwenden.</p>	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(2) Absatz 1 ist auf Unternehmen, die nach dem 30. Juni des Vorjahres erstmals nach § 24 Absatz 1 dieses Gesetzes in Verbindung mit § 61g Absatz 1 oder Absatz 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung umlagenpflichtige Strommengen selbst verbrauchen, entsprechend anzuwenden.</p>	<b>entfällt</b>
§ 34	§ 34
<b>Selbständige Teile eines Unternehmens</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>Die §§ 30 bis 33 sind für selbständige Teile eines Unternehmens, das einer Branche nach Anlage 2 zuzuordnen ist, entsprechend anzuwenden.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 35	§ 35
<b>Begriffsbestimmungen des Unterabschnitts, Branchenzuordnung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Im Sinn dieses Unterabschnitts ist	
<p>1. Abnahmestelle die Summe aller räumlich und physikalisch zusammenhängenden elektrischen Einrichtungen einschließlich der Eigenversorgungsanlagen eines Unternehmens, die sich auf einem in sich abgeschlossenen Betriebsgelände befinden und über einen oder mehrere Entnahmepunkte mit dem Netz verbunden sind; sie muss über eigene Stromzähler an allen Entnahmepunkten und Eigenversorgungsanlagen verfügen,</p>	
<p>2. Bruttowertschöpfung die Bruttowertschöpfung des Unternehmens zu Faktorkosten nach der Definition des Statistischen Bundesamtes Fachserie 4, Reihe 4.3, Wiesbaden 2007<sup>5)</sup>, ohne Abzug der Personalkosten für Leiharbeitsverhältnisse, bei Unternehmen, die den Branchen mit den WZ-2008-Codes 1011 und 1012 nach Anlage 2 zuzuordnen sind, zusätzlich ohne Abzug der Kosten, die durch den Einsatz von Selbständigen, beispielsweise über Werkverträge, im Bereich der Schlachtung einschließlich der Zerlegung von Schlachtkörpern sowie im Bereich der Fleischverarbeitung entstehen; die durch vorangegangene Begrenzungsentscheidungen hervorgerufenen Wirkungen bleiben bei der Berechnung der Bruttowertschöpfung außer Betracht,</p>	
<p>3. prüfungsbefugte Stelle jede Stelle, die Zertifizierungen von Energiemanagementsystemen vornehmen darf.</p>	

<sup>5)</sup> Amtlicher Hinweis: Zu beziehen beim Statistischen Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden; auch zu beziehen über [www.destatis.de](http://www.destatis.de).

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
(2) Für die Zuordnung eines Unternehmens oder eines selbständigen Teils eines Unternehmens zu den Branchen nach Anlage 2 ist der Zeitpunkt des Endes des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres maßgeblich.	
Unterabschnitt 3	Unterabschnitt 3
Herstellung von Wasserstoff	Herstellung von Wasserstoff
§ 36	§ 36
<b>Herstellung von Wasserstoff in stromkostenintensiven Unternehmen</b>	<b>Herstellung von Wasserstoff in stromkostenintensiven Unternehmen</b>
(1) Bei Unternehmen oder selbständigen Teilen eines Unternehmens, die der Branche mit dem WZ-2008-Code 2011 nach Anlage 2 zuzuordnen sind und bei denen die elektrochemische Herstellung von Wasserstoff den größten Beitrag zur gesamten <i>Wertschöpfung</i> des Unternehmens oder des selbständigen Teils des Unternehmens leistet, werden die Umlagen unabhängig vom Verwendungszweck des hergestellten Wasserstoffs nach Unterabschnitt 2 mit der Maßgabe begrenzt, dass § 30 Nummer 1 und § 31 Nummer 1 nicht anzuwenden sind und die Zugehörigkeit der Abnahmestelle zu einer Branche nach Anlage 2 abweichend von § 31 nicht erforderlich ist.	(1) Bei Unternehmen oder selbständigen Teilen eines Unternehmens, die der Branche mit dem WZ-2008-Code 2011 nach Anlage 2 zuzuordnen sind und bei denen die elektrochemische Herstellung von Wasserstoff den größten Beitrag zur gesamten <b>Bruttowertschöpfung</b> des Unternehmens oder des selbständigen Teils des Unternehmens leistet, werden die Umlagen unabhängig vom Verwendungszweck des hergestellten Wasserstoffs nach Unterabschnitt 2 mit der Maßgabe begrenzt, dass § 30 Nummer 1 und § 31 Nummer 1 nicht anzuwenden sind und die Zugehörigkeit der Abnahmestelle zu einer Branche nach Anlage 2 abweichend von § 31 nicht erforderlich ist.
(2) § 33 Absatz 1 ist auf Unternehmen und selbständige Teile eines Unternehmens im Sinn des Absatzes 1 mit der Maßgabe anzuwenden, dass sie abweichend von § 32 für die Begrenzung	(2) u n v e r ä n d e r t
1. im Jahr der erstmaligen Stromabnahme zu Produktionszwecken und im ersten Jahr nach der erstmaligen Stromabnahme Prognosedaten übermitteln,	
2. im zweiten Jahr nach der erstmaligen Stromabnahme zu Produktionszwecken Daten auf der Grundlage eines gewillkürten Rumpfgeschäftsjahres übermitteln,	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
3. im dritten Jahr nach der erstmaligen Stromabnahme zu Produktionszwecken Daten für das erste abgeschlossene Geschäftsjahr übermitteln und	
4. im vierten Jahr nach der erstmaligen Stromabnahme zu Produktionszwecken Daten für das erste und zweite abgeschlossene Geschäftsjahr übermitteln.	
Die Nachweise nach § 32 Nummer 2 und 3 Buchstabe a bis e müssen im Fall des Satzes 1 erst ab dem zweiten Jahr nach der erstmaligen Stromabnahme zu Produktionszwecken erbracht werden. Die Begrenzungsentscheidung ergeht in den Fällen der Sätze 1 und 2 unter Vorbehalt des Widerrufs	
1. für das Jahr der erstmaligen Stromabnahme zu Produktionszwecken rückwirkend für den Zeitraum ab der erstmaligen Stromabnahme und	
2. für das erste und zweite Jahr nach der erstmaligen Stromabnahme zu Produktionszwecken.	
Nach Vollendung des ersten abgeschlossenen Geschäftsjahres erfolgt eine nachträgliche Überprüfung der Antragsvoraussetzungen und des Begrenzungsumfangs durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle anhand der Daten des abgeschlossenen Geschäftsjahres.	



<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
Unterabschnitt 4	Unterabschnitt 4
Verkehr	Verkehr
§ 37	§ 37
<b>Schienenbahnen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Bei einer Schienenbahn erfolgt die Begrenzung der Umlagen nur, wenn sie nachweist, dass im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr die an der betreffenden Abnahmestelle selbst verbrauchte Strommenge unmittelbar für den Fahrbetrieb im Schienenbahnverkehr verbraucht wurde und unter Ausschluss der rückgespeisten Energie mindestens 1 Gigawattstunde betrug.</p>	
<p>(2) Für eine Schienenbahn begrenzt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle abnahmestellenbezogen die Umlagen für Strommengen, die 1 Gigawattstunde unter Ausschluss der rückgespeisten Strommenge übersteigen und die unmittelbar für den Fahrbetrieb im Schienenbahnverkehr verbraucht werden, auf 10 Prozent.</p>	
<p>(3) Abweichend von Absatz 1 können Schienenbahnen, soweit sie an einem Vergabeverfahren für Schienenverkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr teilgenommen haben oder teilnehmen werden, im Kalenderjahr vor der Aufnahme des Fahrbetriebs die prognostizierten Stromverbrauchsmengen für das Kalenderjahr, in dem der Fahrbetrieb aufgenommen werden wird, auf Grund der Vorgaben des Vergabeverfahrens nachweisen; die Begrenzung nach Absatz 2 erfolgt nur für die Schienenbahn, die in dem Vergabeverfahren den Zuschlag erhalten hat. Die Schienenbahn, die den Zuschlag erhalten hat, kann nachweisen:</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
1. im Kalenderjahr der Aufnahme des Fahrbetriebs die prognostizierten Stromverbrauchsmengen für das folgende Kalenderjahr auf Grund der Vorgaben des Vergabeverfahrens und	
2. im ersten Kalenderjahr nach der Aufnahme des Fahrbetriebs die Summe der tatsächlichen Stromverbrauchsmengen für das bisherige laufende Kalenderjahr und der prognostizierten Stromverbrauchsmengen für das übrige laufende Kalenderjahr; die Prognose muss auf Grund der Vorgaben des Vergabeverfahrens und des bisherigen tatsächlichen Stromverbrauchs erfolgen.	
(4) Abweichend von Absatz 1 können Schienenbahnen, die erstmals eine Schienenverkehrsleistung im Schienenpersonenfernverkehr oder im Schienengüterverkehr erbringen werden, nachweisen:	
1. im Kalenderjahr vor der Aufnahme des Fahrbetriebs die prognostizierten Stromverbrauchsmengen für das Kalenderjahr, in dem der Fahrbetrieb aufgenommen werden wird,	
2. im Kalenderjahr der Aufnahme des Fahrbetriebs die prognostizierten Stromverbrauchsmengen für das folgende Kalenderjahr und	
3. im ersten Kalenderjahr nach der Aufnahme des Fahrbetriebs die Summe der tatsächlichen Stromverbrauchsmengen für das bisherige laufende Kalenderjahr und der prognostizierten Stromverbrauchsmengen für das übrige laufende Kalenderjahr.	
Die Begrenzungsentscheidung ergeht unter Vorbehalt der Nachprüfung. Sie kann auf Grundlage einer Nachprüfung aufgehoben oder geändert werden. Die nachträgliche Überprüfung der Antragsvoraussetzungen und des Begrenzungsumfangs erfolgt nach Vollendung des Kalenderjahres, für das die Begrenzungsentscheidung wirkt, durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle anhand der Daten des abgeschlossenen Kalenderjahres.	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
(5) Unbeschadet der Absätze 3 und 4 ist § 33 Absatz 1 entsprechend anzuwenden.	
(6) § 32 Nummer 1 Buchstabe a und b ist entsprechend anzuwenden.	
(7) Im Sinn dieses Paragrafen ist	
1. Abnahmestelle die Summe der Verbrauchsstellen für den Fahrbetrieb im Schienenbahnverkehr des Unternehmens und	
2. Aufnahme des Fahrbetriebs der erstmalige Verbrauch von Strom zu Fahrbetriebszwecken.	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 38	§ 38
<b>Verkehrsunternehmen mit elektrisch betriebenen Bussen im Linienverkehr</b>	<b>Verkehrsunternehmen mit elektrisch betriebenen Bussen im Linienverkehr</b>
<p>(1) Bei Verkehrsunternehmen mit elektrisch betriebenen Bussen im Linienverkehr werden die Umlagen auf 20 Prozent begrenzt, wenn sie nachweisen, dass im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr die an der betreffenden Abnahmestelle selbst verbrauchte Strommenge unmittelbar für den Fahrbetrieb elektrisch betriebener Busse im Linienverkehr verbraucht wurde und unter Ausschluss der in das Netz rückgespeisten Energie mindestens 100 Megawattstunden betrug.</p>	<p>(1) Bei Verkehrsunternehmen mit elektrisch betriebenen Bussen im Linienverkehr werden die Umlagen auf 20 Prozent begrenzt, wenn sie nachweisen, dass im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr die an der betreffenden Abnahmestelle selbst verbrauchte Strommenge unmittelbar für den Fahrbetrieb elektrisch betriebener Busse im Linienverkehr verbraucht wurde und unter Ausschluss der in das Netz rückgespeisten Energie mindestens 100 Megawattstunden betrug. <b>Die Begrenzung nach Satz 1 erfolgt nur, soweit diese Begrenzung und alle sonstigen Beihilfen, die dem Unternehmen aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352/1 vom 24. Dezember 2013) in dem Antragsjahr und in den beiden dem Antragsjahr vorangegangenen Steuerjahren gewährt worden sind, den Betrag von 200 000 Euro nicht überschreiten. Als dem Unternehmen gewährte Beihilfen im Sinn dieses Absatzes gelten alle Beihilfen, die dem Unternehmen im Sinn des Artikels 2 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 gewährt werden.</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>(2) Abweichend von Absatz 1 können Verkehrsunternehmen mit elektrisch betriebenen Bussen im Linienverkehr, soweit sie an einem Vergabeverfahren für Verkehrsleistungen im Straßenpersonenverkehr teilgenommen haben oder teilnehmen werden, im Kalenderjahr vor der Aufnahme des Fahrbetriebs die prognostizierten Stromverbrauchsmengen für das Kalenderjahr, in dem der Fahrbetrieb aufgenommen werden wird, auf Grund der Vorgaben des Vergabeverfahrens nachweisen; die Begrenzung nach Absatz 1 erfolgt nur für das Verkehrsunternehmen, das in dem Vergabeverfahren den Zuschlag erhalten hat. Das Verkehrsunternehmen, das den Zuschlag erhalten hat, kann nachweisen:</p>	<p>(2) un verändert</p>
<p>1. im Kalenderjahr der Aufnahme des Fahrbetriebs die prognostizierten Stromverbrauchsmengen für das folgende Kalenderjahr auf Grund der Vorgaben des Vergabeverfahrens und</p>	
<p>2. im ersten Kalenderjahr nach der Aufnahme des Fahrbetriebs die Summe der tatsächlichen Stromverbrauchsmengen für das bisherige laufende Kalenderjahr und der prognostizierten Stromverbrauchsmengen für das übrige laufende Kalenderjahr; die Prognose muss auf Grund der Vorgaben des Vergabeverfahrens und des bisherigen tatsächlichen Stromverbrauchs erfolgen.</p>	
<p>(3) Abweichend von Absatz 1 können Verkehrsunternehmen mit elektrisch betriebenen Bussen im Linienverkehr, die erstmals eine Verkehrsleistung im Linienfernverkehr erbringen werden, nachweisen:</p>	<p>(3) un verändert</p>
<p>1. im Kalenderjahr vor der Aufnahme des Fahrbetriebs die prognostizierten Stromverbrauchsmengen für das Kalenderjahr, in dem der Fahrbetrieb aufgenommen werden wird,</p>	
<p>2. im Kalenderjahr der Aufnahme des Fahrbetriebs die prognostizierten Stromverbrauchsmengen für das folgende Kalenderjahr und</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>3. im ersten Kalenderjahr nach der Aufnahme des Fahrbetriebs die Summe der tatsächlichen Stromverbrauchsmengen für das bisherige laufende Kalenderjahr und der prognostizierten Stromverbrauchsmengen für das übrige laufende Kalenderjahr.</p>	
<p>Die Begrenzungsentscheidung ergeht unter Vorbehalt der Nachprüfung. Sie kann auf Grundlage einer Nachprüfung aufgehoben oder geändert werden. Die nachträgliche Überprüfung der Antragsvoraussetzungen und des Begrenzungsumfangs erfolgt nach Vollendung des Kalenderjahres, für das die Begrenzungsentscheidung wirkt, durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle anhand der Daten des abgeschlossenen Kalenderjahres. Dieser Absatz ist ebenfalls für Verkehrsunternehmen mit elektrisch betriebenen Bussen anzuwenden, die erstmals eine Verkehrsleistung im Liniennahverkehr erbringen werden und nicht unter Absatz 2 fallen.</p>	
<p>(4) Unbeschadet der Absätze 2 und 3 ist § 33 Absatz 1 entsprechend anzuwenden.</p>	<p>(4) unverändert</p>
<p>(5) § 32 Nummer 1 Buchstabe a und b ist entsprechend anzuwenden.</p>	<p>(5) § 32 Nummer 1 Buchstabe a und b ist entsprechend anzuwenden. <b>Die Nachweisführung für die Voraussetzungen nach Absatz 1 Satz 2 erfolgt durch eine Eigenerklärung, in der das Unternehmen</b></p>
	<p>1. <b>sämtliche Beihilfen angibt, die ihm aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 in den beiden dem Antragsjahr vorangegangenen Steuerjahren und im Antragsjahr bis zur Antragstellung gewährt worden sind,</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
	<p>2. sich verpflichtet, ab der Antragstellung und bis zum Ende des Jahres, in dem der Begrenzungsbescheid ergeht, keine sonstigen Beihilfen aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 in Anspruch zu nehmen, die den zulässigen Gesamtbetrag aller Beihilfen aufgrund dieser Verordnung von 200 000 Euro nach Absatz 1 Satz 2 übersteigen würden, und</p>
	<p>3. bestätigt, dass es keinem Förderausschluss nach Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 unterliegt.</p>
<p>(6) Im Sinn dieses Paragraphen ist oder sind</p>	<p>(6) unverändert</p>
<p>1. Abnahmestelle die Summe der Verbrauchsstellen für den Fahrbetrieb im Linienverkehr des Unternehmens,</p>	
<p>2. Aufnahme des Fahrbetriebs der erstmalige Verbrauch von Strom zu Fahrbetriebszwecken,</p>	
<p>3. Busse Obusse nach § 4 Absatz 3 des Personenbeförderungsgesetzes oder Kraftomnibusse nach § 4 Absatz 4 Nummer 2 des Personenbeförderungsgesetzes,</p>	
<p>4. elektrisch betriebene Busse Busse mit einem elektrischen Antrieb ohne zusätzlichen Verbrennungsmotor,</p>	
<p>5. Linienverkehr Linienverkehr nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes,</p>	
<p>6. Verkehrsunternehmen mit elektrisch betriebenen Bussen im Linienverkehr Unternehmen, die in einem genehmigten Linienverkehr Busse einsetzen.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 39	§ 39
<b>Landstromanlagen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Bei einer Landstromanlage erfolgt die Begrenzung der Umlagen auf 20 Prozent, wenn sie nachweist, dass	
1. die Landstromanlage ausschließlich Strom an Seeschiffe liefert,	
2. die Belieferung eines Seeschiffes an dem Liegeplatz nicht dauerhaft für einen längeren Zeitraum angelegt ist und	
3. im letzten Kalenderjahr die Strommenge, die die Landstromanlage an Seeschiffe geliefert hat und die auf den Seeschiffen verbraucht worden ist, mehr als 100 Megawattstunden betragen hat.	
(2) § 32 Nummer 1 Buchstabe a ist entsprechend anzuwenden.	
(3) Für Landstromanlagen, die erstmals Strom an Seeschiffe liefern, ist § 37 Absatz 4 entsprechend anzuwenden.	
(4) Im Sinn dieses Paragraphen ist	
1. Landstromanlage jeder Rechtsträger, der die Gesamtheit der technischen Infrastruktur betreibt, die sich in einem räumlich zusammengehörigen Gebiet an demselben Entnahmepunkt in oder an einem Hafen befindet und mit der Seeschiffe den Strom für ihr Bordnetz von Land aus beziehen können; sie muss als Abnahmestelle über eigene Stromzähler am Entnahmepunkt, Eigenversorgungsanlagen und Übergabepunkte verfügen; neben den erforderlichen elektrotechnischen Komponenten gehören hierzu auch die Einhausung, die Verteiler- und Übergabeeinrichtungen und der Anschluss an das öffentliche Stromnetz,	



Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
2. Seeschiff von einer Klassifikationsgesellschaft als Seeschiff zugelassenes betriebenes Fahrzeug mit Ausnahme der privaten nichtgewerblichen Schiffe.	
Unterabschnitt 5	Unterabschnitt 5
Verfahren	Verfahren
§ 40	§ 40
<b>Antragstellung und Entscheidungswirkung</b>	<b>Antragstellung und Entscheidungswirkung</b>
(1) Der Antrag nach § 29 ist jeweils bis zum 30. Juni eines Jahres für das folgende Kalenderjahr zu stellen. Abweichend von Satz 1 können bis zum 30. September eines Jahres für das folgende Kalenderjahr gestellt werden:	(1) Der Antrag nach § 29 ist jeweils bis zum 30. Juni eines Jahres für das folgende Kalenderjahr zu stellen. Abweichend von Satz 1 können bis zum 30. September eines Jahres für das folgende Kalenderjahr gestellt werden:
1. Anträge nach § 33 Absatz 1,	1. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
2. <i>Anträge nach § 33 Absatz 2,</i>	<b>entfällt</b>
3. Anträge nach § 36,	2. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
4. Anträge nach § 37 Absatz 3 bis 5,	3. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
5. Anträge nach § 38 Absatz 3 bis 5,	4. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
6. Anträge nach § 39.	5. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
Anträge nach § 36 für die Begrenzung im Jahr der erstmaligen Stromentnahme zu Produktionszwecken sind bis zum 30. September desselben Jahres zu stellen.	Anträge nach § 36 für die Begrenzung im Jahr der erstmaligen Stromentnahme zu Produktionszwecken sind bis zum 30. September desselben Jahres zu stellen.
(2) Wird eine Begrenzung nach § 31 Nummer 3 beantragt, ist dem Antrag nach Absatz 1 der Prüfungsvermerk nach § 32 Nummer 1 Buchstabe c beizufügen; für diese Beifügung ist die Frist nach Absatz 1 Satz 1 eine materielle Ausschlussfrist. Einem Antrag nach Absatz 1 müssen die übrigen in den §§ 30 bis 34, 36, 37, 38 oder 39 genannten Unterlagen beigefügt werden.	(2) <i>u n v e r ä n d e r t</i>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<p>(3) Wenn die Übertragungsnetzbetreiber nach § 11 veröffentlicht haben, dass sie im folgenden Kalenderjahr eine Umlage erheben werden, die sie im laufenden Kalenderjahr nicht erhoben haben, können Anträge nach diesem Abschnitt abweichend von den Absätzen 1 und 2 auch noch innerhalb von zwei Monaten nach der Veröffentlichung der Übertragungsnetzbetreiber gestellt werden. Für die Beifügung des Prüfungsvermerks nach § 32 Nummer 1 Buchstabe c ist die Frist nach Satz 1 keine materielle Ausschlussfrist.</p>	<p>(3) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(4) Der Antrag muss elektronisch über das vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle eingerichtete Portal gestellt werden. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle wird ermächtigt, Ausnahmen von der Pflicht zur elektronischen Antragstellung nach Satz 1 durch Allgemeinverfügung, die im Bundesanzeiger bekannt zu machen ist, verbindlich festzulegen.</p>	<p>(4) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(5) Die Entscheidung ergeht mit Wirkung gegenüber der antragstellenden Person, dem Netznutzer, dem zuständigen Netzbetreiber und dem regelverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber. Sie wirkt jeweils für das dem Antragsjahr folgende Kalenderjahr. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle kann durch Allgemeinverfügung, die im Bundesanzeiger bekannt zu machen ist, festlegen, ab welchem Zeitpunkt und unter welchen Voraussetzungen die Entscheidung elektronisch erlassen werden kann.</p>	<p>(5) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(6) Ergeht die Begrenzungsentscheidung nach § 31 Nummer 4, sind die begrenzten Umlagen jeweils ihrer Höhe nach auszuweisen; die Höhen sind dabei so festzusetzen, dass das Verhältnis der begrenzten Umlagen dem Verhältnis der unbegrenzten Umlagen im Begrenzungsjahr entspricht.</p>	<p>(6) u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 41	§ 41
<b>Übertragung von Begrenzungsbescheiden</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Wenn die wirtschaftliche und organisatorische Einheit einer begrenzten Abnahmestelle nahezu vollständig auf ein anderes Unternehmen übergeht, überträgt auf Antrag beider Unternehmen das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle den Begrenzungsbescheid auf das die Abnahmestelle übernehmende Unternehmen. Eine Übertragung des Begrenzungsbescheides kann nur im Umfang der Begrenzung nach § 31 Nummer 2 erfolgen. Bereits erfolgte Zahlungen auf den Selbstbehalt nach § 31 Nummer 1 werden auf die Zahlungsverpflichtung des Bescheidempfängers angerechnet. Die Pflicht des übernehmenden Unternehmens zur Zahlung der Umlagen besteht nur dann, wenn das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle den Antrag auf Übertragung des Begrenzungsbescheides ablehnt. In diesem Fall beginnt die Zahlungspflicht der Umlagen ab dem Zeitpunkt der Rechtswirksamkeit der Übernahme der Abnahmestelle.</p>	
<p>(2) Absatz 1 ist auf Antragsteller, die keine Unternehmen sind, entsprechend anzuwenden.</p>	
§ 42	§ 42
<b>Rücknahme der Entscheidung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>Die Entscheidung nach § 29 ist mit Wirkung auch für die Vergangenheit zurückzunehmen, wenn bekannt wird, dass bei ihrer Erteilung die Voraussetzungen nach diesem Gesetz nicht vorlagen.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 43	§ 43
<b>Auskunfts- und Betretungsrecht, Datenabgleich</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Zum Zweck der Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen sind die Bediensteten des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle und dessen Beauftragte befugt, von den für die Begünstigten handelnden natürlichen Personen für die Prüfung erforderliche Auskünfte zu verlangen, innerhalb der üblichen Geschäftszeiten die geschäftlichen Unterlagen einzusehen und zu prüfen sowie Betriebs- und Geschäftsräume sowie die dazugehörigen Grundstücke der begünstigten Personen während der üblichen Geschäftszeiten zu betreten. Die für die Begünstigten handelnden natürlichen Personen müssen die verlangten Auskünfte erteilen und die Unterlagen zur Einsichtnahme vorlegen. Zur Auskunft Verpflichtete können die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung sie selbst oder in § 383 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichnete Angehörige der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.</p>	
<p>(2) Soweit die gesetzlichen Voraussetzungen Verfahren anderer Behörden betreffen, ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle zum Abgleich antragsrelevanter Daten berechtigt; die betroffenen Behörden sind zur Mitwirkung verpflichtet.</p>	
§ 44	§ 44
<b>Evaluierung, Weitergabe von Daten</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle evaluieren laufend die §§ 29 bis 43. Sie können sich hierbei von Dritten unterstützen lassen.</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<p>(2) Antragsteller und Begünstigte, die eine Entscheidung nach § 29 Absatz 1 beantragen oder erhalten haben, müssen bei der Evaluierung nach Absatz 1 mitwirken. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle kann zum Zweck der Evaluierung nach Absatz 1 Satz 1 von Antragstellern und Begünstigten Auskunft verlangen</p>	
<p>1. über sämtliche von ihnen selbst verbrauchten Strommengen, auch solche, die nicht von der Begrenzungsentscheidung erfasst sind, um eine Grundlage für die Entwicklung von Effizienzanforderungen zu schaffen,</p>	
<p>2. über mögliche und umgesetzte effizienzsteigernde Maßnahmen, insbesondere Maßnahmen, die durch den Betrieb des Energiemanagementsystems zur Verbesserung der Energieeffizienz aufgezeigt wurden, und über mögliche und umgesetzte Maßnahmen zur Dekarbonisierung des Produktionsprozesses,</p>	
<p>3. über die an Seeschiffe gelieferten Strommengen einschließlich der Angaben über Schiffstyp und Bruttoreaumzahl der belieferten Schiffe und</p>	
<p>4. über weitere Informationen, die zur Evaluierung und Fortschreibung der §§ 29 bis 43 erforderlich sind.</p>	
<p>Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle kann die Art der Auskunftserteilung nach Satz 2 näher ausgestalten.</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<p>(3) Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle ist berechtigt, die für die Antragsbearbeitung erhobenen Daten und die nach Absatz 2 Satz 2 erhobenen Daten dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zu Zwecken der Rechts- und Fachaufsicht sowie zu Zwecken der Evaluierung und Fortschreibung der §§ 29 bis 43 in nicht personenbezogener Form zu übermitteln. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz darf die nach Satz 1 erlangten Daten an beauftragte Dritte zu Zwecken der Evaluierung nach Absatz 1 übermitteln. Daten, die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse darstellen, dürfen an beauftragte Dritte ohne Geheimhaltungsvereinbarung nur übermittelt werden, wenn ein Bezug zu dem Unternehmen nicht mehr hergestellt werden kann.</p>	
<p>(4) Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle ist berechtigt, den Namen, die Branchenzuordnung, die Postleitzahl und den Ort des begünstigten Unternehmens und der begünstigten Abnahmestelle zu veröffentlichen.</p>	
<b>Abschnitt 5</b>	<b>Abschnitt 5</b>
<b>Abgrenzung, Messung und Schätzung von Strommen- gen</b>	<b>unverändert</b>
§ 45	
<b>Geringfügige Stromverbräuche Dritter</b>	
<p>Stromverbräuche einer anderen Person sind den Stromverbräuchen des Letztverbrauchers zuzurechnen, wenn sie</p>	
<p>1. geringfügig sind,</p>	
<p>2. üblicherweise und im konkreten Fall nicht gesondert abgerechnet werden und</p>	
<p>3. verbraucht werden</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
a) in den Räumlichkeiten, auf dem Grundstück oder dem Betriebsgelände des Letztverbrauchers und	
b) im Fall einer gewerblichen Nutzung zur Erbringung einer Leistung der anderen Person gegenüber dem Letztverbraucher oder des Letztverbrauchers gegenüber der anderen Person.	
§ 46	
<b>Messung und Schätzung</b>	
(1) Strommengen, für die Umlagen zu zahlen sind, sind durch mess- und eichrechtskonforme Messeinrichtungen zu erfassen. Wenn für Strommengen nur anteilige oder keine Umlagen zu zahlen sind, sind diese Strommengen von Strommengen, die einer Pflicht zur Zahlung einer Umlage in anderer Höhe unterliegen, durch mess- und eichrechtskonforme Messeinrichtungen abzugrenzen.	
(2) Einer Abgrenzung von Strommengen durch mess- und eichrechtskonforme Messeinrichtungen bedarf es abweichend von Absatz 1 Satz 2 nicht, wenn	
1. für die gesamte Strommenge der innerhalb dieser Strommenge geltende höchste Umlagesatz geltend gemacht wird oder	
2. die Abgrenzung technisch unmöglich oder mit unververtretbarem Aufwand verbunden ist und auch eine Abrechnung nach Nummer 1 aufgrund der Menge des privilegierten Stroms, für den in Ermangelung der Abgrenzung der innerhalb dieser Strommenge geltende höchste Umlagesatz anzuwenden wäre, nicht wirtschaftlich zumutbar ist.	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>(3) In den Fällen von Absatz 2 Nummer 2 sind die jeweiligen Strommengen durch eine Schätzung abzugrenzen. Diese Schätzung hat in sachgerechter und in einer für einen nicht sachverständigen Dritten jederzeit nachvollziehbaren und nachprüfbaren Weise zu erfolgen. Bei der Schätzung muss sichergestellt werden, dass auf die gesamte Strommenge nicht weniger Umlagen gezahlt werden als im Fall einer Abgrenzung durch mess- und eichrechtskonforme Messeinrichtungen. Die Anforderung nach Satz 3 ist insbesondere erfüllt, wenn bei den jeweiligen voneinander abzugrenzenden Strommengen mit unterschiedlicher Umlagenhöhe zur Bestimmung der Strommenge, für die im Vergleich der höchste Umlagesatz anzuwenden ist, die maximale Leistungsaufnahme der betreffenden Stromverbrauchseinrichtung mit der Summe der vollen Zeitstunden des jeweiligen Kalenderjahres multipliziert wird.</p>	
<p>(4) Erfolgt eine Schätzung nach Absatz 3, muss die Mitteilung nach § 52 Absatz 2 um die folgenden Angaben ergänzt werden:</p>	
<p>1. die Angabe, ob und welche Strommengen im Wege einer Schätzung abgegrenzt wurden,</p>	
<p>2. die Höhe des jeweiligen Umlagesatzes, der für diese Strommengen jeweils zu zahlen ist,</p>	
<p>3. die Art, maximale Leistungsaufnahme und Anzahl der Stromverbrauchseinrichtungen, in denen die nach Nummer 1 geschätzten Strommengen verbraucht wurden,</p>	
<p>4. die Betreiber der nach Nummer 3 anzugebenden Stromverbrauchseinrichtungen,</p>	
<p>5. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 2 eine nachvollziehbare Begründung, weshalb die messtechnische Abgrenzung technisch unmöglich oder mit unververtretbarem Aufwand verbunden ist, und</p>	



<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<p>6. eine Darlegung der Methode der Schätzung, die umfassende Angaben enthält, wie im Sinn des Absatzes 3 Satz 3 sichergestellt wird, dass aufgrund der Schätzung auf die gesamte Strommenge nicht weniger Umlage gezahlt wird als im Fall einer Abgrenzung durch mess- und eichrechtskonforme Messeinrichtungen.</p>	
<p>Sind die nach Satz 1 Nummer 3 und 4 zu tätigen Angaben nach den Umständen des Einzelfalls mit unvertretbarem Aufwand verbunden oder unmöglich, genügt insoweit die nachvollziehbare Begründung dieser Umstände, verbunden mit hinreichenden Angaben zur Plausibilisierung der nach Satz 1 Nummer 1 angegebenen Strommengen. Die Netzbetreiber können auf eine Übermittlung der Angaben nach Satz 1 Nummer 3 und 4 im Rahmen der Mitteilung nach § 52 verzichten; dabei bleibt eine Nacherhebung unbenommen.</p>	
<p>(5) Bei der Berechnung der aus dem Netz entnommenen und selbst verbrauchten Strommengen darf unabhängig davon, ob hierfür nach den Bestimmungen dieses Teils volle oder verringerte Umlagen zu zahlen sind, Strom höchstens bis zu der Höhe der tatsächlichen Netzentnahme, bezogen auf jedes 15-Minuten-Intervall (Zeitgleichheit von Netzentnahme und Verbrauch), berücksichtigt werden. Eine mess- und eichrechtskonforme Messung der Netzentnahme und des Ist-Verbrauchs, bezogen auf jedes 15-Minuten-Intervall, ist zur Erfüllung der Anforderung nach Satz 1 nur erforderlich, wenn nicht schon anderweitig sichergestellt ist, dass Strom höchstens bis zur Höhe der aggregierten Netzentnahme, bezogen auf jedes 15-Minuten-Intervall, als selbst verbraucht in Ansatz gebracht wird. Wenn in den Fällen von Absatz 2 Nummer 2 auch mittels einer Schätzung sichergestellt werden kann, dass nur Strom bis zur Höhe der aggregierten Netzentnahme, bezogen auf jedes 15-Minuten-Intervall, als selbst verbraucht in Ansatz gebracht wird, sind die Absätze 3 und 4 entsprechend anzuwenden.</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<p>(6) Ausschließlich für die Zwecke des Antragsverfahrens nach Abschnitt 4 dieses Teils sind die Absätze 1 bis 5 sowie § 45 für den zu erbringenden Nachweis der aus dem Netz entnommenen und selbst verbrauchten Strommengen mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass</p>	
<p>1. nach Absatz 1 Satz 2 auch durch den Antragsteller selbstverbrauchte Strommengen von an Dritte weitergeleiteten Strommengen abzugrenzen sind,</p>	
<p>2. es nach Absatz 2 Nummer 1 keiner Abgrenzung bedarf, wenn die gesamte Strommenge vom Antragsteller nicht als Selbstverbrauch geltend gemacht wird,</p>	
<p>3. die Angaben nach Absatz 4 dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle mitgeteilt werden müssen und</p>	
<p>4. eine Schätzung nach § 104 Absatz 10 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung nicht unter der Bedingung der Einhaltung von § 62b des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung ab dem 1. Januar 2022 steht und auch für Strommengen erfolgen kann, die nach dem 31. Dezember 2016 oder in dem Fall, dass das Geschäftsjahr vom Kalenderjahr abweicht, in dem letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr vor der Antragstellung, in jedem Fall aber vor dem 1. Januar 2023 verbraucht wurden.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
Teil 5	Teil 5
Kontoführungs-, <i>Rechnungslegungs</i> -, Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten	Kontoführungs-, Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten
Abschnitt 1	Abschnitt 1
Kontoführung, gesonderte Buchführung <i>und Rechnungslegung</i>	Kontoführung und gesonderte Buchführung
§ 47	§ 47
Kontoführung, gesonderte Buchführung <i>und Rechnungslegung</i> der Übertragungsnetzbetreiber	Kontoführung und gesonderte Buchführung der Übertragungsnetzbetreiber
<p>(1) Die Übertragungsnetzbetreiber müssen jeweils ein separates Bankkonto für die Aufgaben nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz einschließlich der Zahlungen nach diesem Gesetz führen. Sämtliche zahlungswirksamen Einnahmen und Ausgaben nach Anlage 1 und den Teilen 3 und 4 sind über dieses Bankkonto abzuwickeln.</p>	<p>(1) unverändert</p>
<p>(2) Die Einnahmen und Ausgaben nach Anlage 1 und den Teilen 3 und 4 sind von den Einnahmen und Ausgaben der sonstigen Tätigkeitsbereiche des Übertragungsnetzbetreibers eindeutig abzugrenzen. Hierzu <i>sind</i> eine gesonderte Buchführung <i>und Rechnungslegung</i> einzurichten. Diese <i>müssen</i> es ermöglichen, diejenigen Einnahmen und Ausgaben nach Anlage 1, bei denen es sich um nicht zahlungswirksame Kosten handelt, nachvollziehbar abzuleiten. Zu den nicht zahlungswirksamen Kosten zählen insbesondere Abschreibungen für Infrastruktur der Informationstechnologie und Zuführungen zu Pensionsrückstellungen.</p>	<p>(2) Die Einnahmen und Ausgaben nach Anlage 1 und den Teilen 3 und 4 sind von den Einnahmen und Ausgaben der sonstigen Tätigkeitsbereiche des Übertragungsnetzbetreibers eindeutig abzugrenzen. Hierzu <b>ist</b> eine gesonderte Buchführung einzurichten. Diese <b>muss</b> es ermöglichen, diejenigen Einnahmen und Ausgaben nach Anlage 1, bei denen es sich um nicht zahlungswirksame Kosten handelt, nachvollziehbar abzuleiten. Zu den nicht zahlungswirksamen Kosten zählen insbesondere Abschreibungen für Infrastruktur der Informationstechnologie und Zuführungen zu Pensionsrückstellungen.</p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 48	§ 48
<b>Kontoführung, gesonderte Buchführung und Rechnungslegung der Verteilernetzbetreiber</b>	<b>Kontoführung und gesonderte Buchführung der Verteilernetzbetreiber</b>
<p>Die Verteilernetzbetreiber müssen für Zahlungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz sowie für die auszugleichenden Offshore-Anbindungskosten einschließlich der Zahlungen nach diesem Gesetz jeweils separate Konten führen. Sämtliche zahlungswirksame Einnahmen und Ausgaben nach Satz 1 sind über diese Konten abzuwickeln. § 47 Absatz 2 Satz 1 und 2 ist entsprechend anzuwenden.</p>	u n v e r ä n d e r t
<b>Abschnitt 2</b>	<b>Abschnitt 2</b>
<b>Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten</b>	<b>Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten</b>
§ 49	§ 49
<b>Grundsatz</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>Betreiber von Stromerzeugungsanlagen, Netzbetreiber, Letztverbraucher, Netznutzer und Elektrizitätsversorgungsunternehmen müssen einander die für den Ausgleich nach Teil 4 erforderlichen Angaben, insbesondere die in den §§ 50 bis 52 genannten Angaben, unverzüglich zur Verfügung stellen, soweit in den nachfolgenden Bestimmungen keine abweichenden Fristen bestimmt sind. § 20 ist entsprechend anzuwenden.</p>	
§ 50	§ 50
<b>Verteilernetzbetreiber</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>Verteilernetzbetreiber müssen ihrem vorgelagerten Übertragungsnetzbetreiber übermitteln:</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
1. unverzüglich, nachdem sie verfügbar sind, die folgenden Angaben zusammengefasst:	
a) die tatsächlich geleisteten Zahlungen für	
aa) Strom aus erneuerbaren Energien und Grubengas nach § 19 Absatz 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes oder nach den Bestimmungen früherer Fassungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die § 19 Absatz 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes entsprechen,	
bb) die Bereitstellung von installierter Leistung nach § 50 in der für die jeweilige Anlage geltenden Fassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes,	
cc) KWK-Strom aus Anlagen nach den §§ 6, 8a, 8b, 9 und 35 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes oder nach den Bestimmungen früherer Fassungen des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, die den genannten Bestimmungen entsprechen,	
dd) die Boni nach den §§ 7a bis 7c des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes,	
b) die Höhe der vermiedenen Netzentgelte nach § 13 Absatz 2,	
c) die Höhe der Erlöse oder vermiedenen Aufwendungen aus der Verwertung des nach § 4 Absatz 2 Satz 4 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes kaufmännisch abgenommenen KWK-Stroms,	
d) die umlagenpflichtigen Netzentnahmen und der jeweils anzuwendende Umlagensatz,	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
e) die Höhe der Einnahmen aus Zahlungen nach den §§ 52 und 55b des Erneuerbare-Energien-Gesetzes,	
f) die Höhe der durch Aufrechnung erloschenen Forderungen sowie	
g) die sonstigen für den Ausgleich nach Teil 4 erforderlichen Angaben,	
2. bis zum 31. Mai eines Jahres	
a) einzeln sowie zusammengefasst die Endabrechnungen für die Zahlungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz für das jeweils vorangegangene Kalenderjahr für jede Anlage im Sinn des § 3 Nummer 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, wobei § 24 Absatz 3 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes entsprechend anzuwenden ist, und jede KWK-Anlage im Sinn des § 2 Nummer 14 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes unter Angabe insbesondere, soweit einschlägig,	
aa) der Nummern im Register,	
bb) der relevanten Strommengen,	
cc) der vermiedenen Netzentgelte, soweit sie nach § 18 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 der Stromnetzentgeltverordnung nicht an Anlagenbetreiber gewährt werden und nach § 120 des Energiewirtschaftsgesetzes in Verbindung mit § 18 Absatz 2 und 3 der Stromnetzentgeltverordnung ermittelt worden sind, und	
dd) der seit Aufnahme des Dauerbetriebs erreichten Anzahl an Vollbenutzungsstunden im Fall von Zahlungen nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz,	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
b) einzeln sowie zusammengefasst die Endabrechnungen für die Umlagen für das jeweils vorangegangene Kalenderjahr für jeden Netznutzer, unter Angabe insbesondere, soweit einschlägig,	
aa) der Nummern im Register,	
bb) der Netzentnahmen aus ihrem Netz insgesamt und	
cc) im Fall von Netzentnahmen, für die eine Verringerung der Umlagen in Anspruch genommen wurde, der Netzentnahmen aufgeschlüsselt nach Entnahmestelle und Letztverbraucher,	
c) die sonstigen für die Jahresendabrechnung des Belastungsausgleichs des vorangegangenen Kalenderjahres erforderlichen Angaben,	
3. bis zum 31. August eines Kalenderjahres	
a) die für das folgende Kalenderjahr prognostizierten KWK-Strommengen für Anlagen nach den §§ 6, 9 und 35 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes,	
b) die für das folgende Kalenderjahr prognostizierten KWK-Strommengen für Anlagen nach den §§ 8a und 8b des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes sowie die Höhe der entsprechenden Ausschreibungszuschläge,	
c) die für das folgende Kalenderjahr prognostizierten auszahlenden Boni nach den §§ 7a bis 7c des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes,	
d) die Summe der prognostizierten Netzentnahmen aus ihrem Netz,	
e) die prognostizierten umlagenpflichtigen Netzentnahmen aus ihrem Netz, für die sie zur Umlageerhebung berechtigt sind, und	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
f) die sonstigen für die Prognose der Umlagenhöhen und der monatlichen Abschlagszahlungen erforderlichen Angaben.	
§ 51	§ 51
<b>Übertragungsnetzbetreiber</b>	<b>Übertragungsnetzbetreiber</b>
(1) Die Übertragungsnetzbetreiber müssen auf ihrer gemeinsamen Internetseite veröffentlichen:	(1) Die Übertragungsnetzbetreiber müssen auf ihrer gemeinsamen Internetseite veröffentlichen:
1. unverzüglich nach ihrer Übermittlung die Angaben nach den §§ 49, 50 und 52 einschließlich der Angaben zu den unmittelbar an ihr Netz angeschlossenen Anlagen,	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. bis zum <i>31. Juli</i> eines Kalenderjahres	2. bis zum <b>15. September</b> eines Kalenderjahres
a) die Angaben und die Endabrechnungen im Sinn des § 50 Nummer 1 und 2 für Anlagen, die unmittelbar oder mittelbar an ihr Netz angeschlossen sind,	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
b) die Endabrechnungen für die Umlagen, die	b) die Endabrechnungen für die Umlagen, die
aa) nach § 11 Absatz 1 unmittelbar von den Übertragungsnetzbetreibern bei der Berechnung der Netzentgelte als jeweils eigenständiger Aufschlag auf die Netzentnahme erhoben werden,	aa) nach § <b>12</b> Absatz 1 unmittelbar von den Übertragungsnetzbetreibern bei der Berechnung der Netzentgelte als jeweils eigenständiger Aufschlag auf die Netzentnahme erhoben werden,
bb) nach § 11 Absatz 2 oder Absatz 3 unmittelbar von den Übertragungsnetzbetreibern als eigenständige Umlage erhoben werden,	bb) nach § <b>12</b> Absatz 2 oder Absatz 3 unmittelbar von den Übertragungsnetzbetreibern als eigenständige Umlage erhoben werden,
c) zusammengefasst für jeden Verteilernetzbetreiber	c) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
aa) die Endabrechnungen nach § 50 Nummer 2 Buchstabe a sowie die Zahlungen nach § 13 Absatz 1 und	



Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
bb) die Endabrechnungen nach § 50 Nummer 2 Buchstabe b,	
3. unverzüglich nach dem 30. September eines Kalenderjahres einen Bericht über die Ermittlung der ihnen nach den §§ 49, 50 und 52 mitgeteilten Daten und	3. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
4. bis zum 31. Oktober eines Kalenderjahres	4. bis zum <b>25.</b> Oktober eines Kalenderjahres
a) die Ermittlung des <i>Finanzierungsbedarfs</i> und	a) die Ermittlung des <b>EEG-Finanzierungsbedarfs, des KWKG-Finanzierungsbedarfs und der Offshore-Anbindungskosten und</b>
b) den Wert des Abzugs für Strom aus ausgeführten Anlagen nach § 53 Absatz 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes für das folgende Kalenderjahr.	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(2) Bei der Veröffentlichung nach Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a sind auch anzugeben:	(2) Bei der Veröffentlichung nach Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a sind auch anzugeben:
1. die Datengrundlagen, Annahmen, Rechenwege, Berechnungen und Endwerte, die in die Ermittlung <i>des Finanzierungsbedarfs</i> eingeflossen sind, und	1. die Datengrundlagen, Annahmen, Rechenwege, Berechnungen und Endwerte, die in die Ermittlung <b>der jeweiligen Finanzierungsbedarfe nach Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a</b> eingeflossen sind, und
2. eine Prognose, wie sich der Differenzbetrag nach Anlage 1 Nummer 1.1 <i>und</i> 1.2 auf verschiedene Gruppen von Netznutzern verteilt.	2. eine Prognose, wie sich der Differenzbetrag nach Anlage 1 Nummer 1.2 auf verschiedene Gruppen von Netznutzern verteilt.
(3) Bei der Veröffentlichung nach den Absätzen 1 und 2	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. dürfen Standortangaben zu Straße, Hausnummer, Flurstückbezeichnungen und Geokoordinaten von Anlagen mit einer installierten Leistung bis einschließlich 30 Kilowatt nicht veröffentlicht werden,	
2. dürfen Angaben zu Anlagenbetreibern, die natürliche Personen sind, nicht veröffentlicht werden und	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>3. müssen Angaben, die im Register im Internet veröffentlicht werden, nicht veröffentlicht werden, wenn die Veröffentlichung unter Angabe der eindeutigen Nummern im Register erfolgt; die verbleibenden anlagenbezogenen Angaben müssen in Verbindung mit der Nummer im Register veröffentlicht werden.</p>	
<p>Für die Bestimmung der installierten Leistung nach Satz 1 Nummer 1 sind mehrere Solaranlagen als eine Solaranlage anzusehen, wenn sie von demselben Anlagenbetreiber an demselben Standort gleichzeitig in Betrieb genommen wurden.</p>	
<p>(4) Die Angaben nach den Absätzen 1 bis 3 und der Bericht nach Absatz 1 Nummer 3 müssen einen sachkundigen Dritten in die Lage versetzen, ohne weitere Informationen die jeweiligen Ermittlungen, Zahlungen und die kaufmännisch abgenommenen Energiemengen vollständig nachvollziehen zu können.</p>	(4) u n v e r ä n d e r t
<p>(5) Die Übertragungsnetzbetreiber müssen die nach den Absätzen 1 und 2 zu veröffentlichenden Angaben und den Bericht nach Absatz 1 Nummer 3 zum Ablauf des folgenden Kalenderjahres vorhalten.</p>	(5) u n v e r ä n d e r t
<p>(6) Für die Zwecke des § 50 Nummer 3 teilen die Übertragungsnetzbetreiber die nach § 57 Satz 1 Nummer 2 vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle erhaltenen Prognosedaten dem jeweiligen Netzbetreiber unverzüglich mit.</p>	(6) u n v e r ä n d e r t
<p>(7) Die Übertragungsnetzbetreiber teilen dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle die zur Ermittlung der Kürzung der Zuschlagzahlungen nach § 26 Absatz 3 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes erforderlichen Angaben auf Grundlage der gemeldeten Prognosedaten nach § 50 Nummer 3 und § 57 Satz 1 Nummer 1 und 2 bis zum 30. September eines jeden Kalenderjahres mit, und zwar in nicht personenbezogener Form.</p>	(7) u n v e r ä n d e r t

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
(8) Die nach den Absätzen 1 bis 3 veröffentlichten Angaben dürfen zu kommerziellen und nichtkommerziellen Zwecken verwendet werden.	(8) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 52	§ 52
<b>Netznutzer</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Netznutzer, die für eine Netzentnahme eine Verringerung der Umlagen nach diesem Gesetz in Anspruch nehmen wollen, müssen dem zur Erhebung der Umlagen berechtigten Netzbetreiber unverzüglich folgende Angaben mitteilen:	
1. die Angabe, ob und auf welcher Grundlage sich die Umlagen für Netzentnahmemengen an einer bestimmten Entnahmestelle verringern,	
2. die Angabe, ob es sich bei dem Letztverbraucher, zu dessen Verbrauch die Netzentnahme mit verringerter Umlagenpflicht erfolgt, um ein Unternehmen in Schwierigkeiten handelt,	
3. die Angabe, ob gegen den Letztverbraucher, zu dessen Verbrauch die Netzentnahme mit verringerter Umlagepflicht erfolgt, offene Rückforderungsansprüche aufgrund eines Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Europäischen Binnenmarkt bestehen, und	
4. Änderungen, die für die Beurteilung, ob die Voraussetzungen einer Verringerung der Umlagen nach den Nummern 1 bis 3 weiterhin vorliegen, relevant sind oder sein können sowie der Zeitpunkt, zu dem die Änderungen eingetreten sind.	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn die Angaben bereits übermittelt worden sind oder die Tatsachen, die mit den Angaben übermittelt werden sollen, dem Netzbetreiber bereits offenkundig bekannt sind.</p>	
<p>(2) Netznutzer, die für eine Netzentnahme eine Verringerung der Umlagen in Anspruch nehmen wollen, müssen dem zur Erhebung der Umlagen berechtigten Netzbetreiber bis zum 31. März des auf die Verringerung der Umlagen folgenden Kalenderjahres mitteilen:</p>	
<p>1. die Entnahmestellen, an denen Netzentnahmen mit verringerten Umlagen anfallen,</p>	
<p>2. die Letztverbraucher, zu deren Verbrauch die Netzentnahme mit verringerter Umlagenpflicht erfolgt,</p>	
<p>3. den Grund, weshalb die Umlagen verringert sind, und</p>	
<p>4. die aus dem Netz entnommenen Strommengen jeweils aufgeschlüsselt nach den Entnahmestellen, Letztverbrauchern und Gründen nach den Nummern 1 bis 3.</p>	
<p>Ist der Letztverbraucher, zu dessen Verbrauch die Netzentnahme erfolgt, ein Unternehmen, für das das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle die Umlagen nach Teil 4 Abschnitt 4 Unterabschnitt 2 für das jeweilige Kalenderjahr begrenzt hat, verschiebt sich die Frist nach Satz 1 auf den 31. Mai des Kalenderjahres.</p>	
<p>(3) Netznutzer, die für eine Netzentnahme zur Herstellung von Grünem Wasserstoff eine Verringerung der Umlagen in Anspruch nehmen wollen, müssen im Rahmen der Mitteilung nach Absatz 2 durch Vorlage eines Prüfungsvermerks eines Prüfers nachweisen:</p>	
<p>1. den maximalen Stromverbrauch in der Einrichtung zur Herstellung von Grünem Wasserstoff im Auslegungszustand während einer Betriebsstunde unter normalen Einsatzbedingungen der maximalen Leistungsaufnahme der Einrichtung zur Herstellung von Grünem Wasserstoff,</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
2. die in dem betreffenden Kalenderjahr in der Einrichtung zur Herstellung von Grünem Wasserstoff verbrauchte Netzentnahmemenge und	
3. die Tatsache, dass für das betreffende Kalenderjahr die Umlagen für Strom, der von dem Betreiber der Einrichtung selbst verbraucht wurde, nicht nach <b>Teil 4 Abschnitt 4</b> dieses Gesetzes begrenzt sind.	
§ 53	§ 53
<b>Verstoß gegen Mitteilungspflichten</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Der nach Teil 4 verringerte Anspruch auf Zahlung der Umlagen erhöht sich auf 100 Prozent, soweit die folgenden Mitteilungspflichten nicht oder nicht rechtzeitig erfüllt worden sind:	
1. die Mitteilungspflichten nach <b>§ 52 Absatz 1</b> Nummer 2 und 3,	
2. die Mitteilungspflicht nach <b>§ 52 Absatz 1</b> Nummer 4, soweit sie sich auf die Angaben nach <b>§ 52 Absatz 1</b> Nummer 2 und 3 bezieht, und	
3. die Mitteilungspflichten nach <b>§ 52 Absatz 2</b> und 3.	
(2) Der nach Teil 4 verringerte Anspruch auf Zahlung der Umlagen erhöht sich für das jeweilige Kalenderjahr um 20 Prozentpunkte, soweit die folgenden Mitteilungspflichten nicht spätestens bis zum 28. Februar des Jahres erfüllt werden, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem diese Mitteilungspflicht unverzüglich zu erfüllen gewesen wäre:	
1. die Mitteilungspflicht nach <b>§ 52 Absatz 1</b> Nummer 1 und	
2. die Mitteilungspflicht nach <b>§ 52 Absatz 1</b> Nummer 4, soweit sie sich auf die Angaben nach <b>§ 52 Absatz 1</b> Nummer 1 bezieht.	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 54	§ 54
<b>Elektronische Übermittlung</b>	<b>Elektronische Übermittlung</b>
<p>(1) Die nach diesem Abschnitt mitzuteilenden Angaben müssen elektronisch übermittelt werden und einen sachkundigen Dritten in die Lage versetzen, ohne weitere Informationen die Richtigkeit und Vollständigkeit der übermittelten Angaben nachvollziehen zu können. Wenn derjenige, demgegenüber die Mitteilungs- und Informationspflichten nach diesem Abschnitt zu erfüllen sind, Formularvorlagen zu Form und Inhalt der nach diesem Abschnitt an sie zu übermittelnden Angaben bereitstellt, müssen die Angaben unter Verwendung dieser Formularvorlagen übermittelt werden.</p>	u n v e r ä n d e r t
<p>(2) Für die vollständig automatisierte elektronische Übermittlung von Strommengen müssen die Übertragungsnetzbetreiber bundesweit einheitliche Verfahren zur Verfügung stellen.</p>	e n t f ä l l t
§ 55	§ 55
<b>Testierung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Die zusammengefassten Endabrechnungen der Verteilernetzbetreiber nach § 50 Nummer 2 und die Endabrechnung unter den Übertragungsnetzbetreibern nach § 19 Absatz 1 Nummer 1 müssen durch einen Prüfer geprüft werden. Im Übrigen können die Netzbetreiber verlangen, dass die Endabrechnungen nach § 19 sowie die hierzu erforderlichen Mitteilungen nach den §§ 49 bis 52 bei Vorlage durch einen Prüfer geprüft werden. Bei der Prüfung sind zu berücksichtigen:</p>	
1. die höchstrichterliche Rechtsprechung,	
2. Entscheidungen der Bundesnetzagentur und	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>3. Ergebnisse eines zwischen den Verfahrensparteien durchgeführten Verfahrens der Clearingstelle nach § 81 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 oder Nummer 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes oder § 32a Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 oder Nummer 2 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes und die Ergebnisse eines Verfahrens der Clearingstelle nach § 81 Absatz 5 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes oder § 32a Absatz 5 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes.</p>	
<p>(2) Zu den Prüfungen nach Absatz 1 muss jeweils ein gesonderter Prüfungsvermerk erteilt und vorgelegt werden. Werden die Abrechnungen nach Absatz 1 nach Erteilung des Prüfungsvermerks geändert, muss der Prüfer, der die ursprüngliche Prüfung durchgeführt hat, diese Unterlagen erneut prüfen, soweit es die Änderung erforderlich macht. Der Prüfungsvermerk ist um das Ergebnis der Nachtragsprüfung zu ergänzen.</p>	
<p>(3) Für Prüfungen nach diesem Paragraphen sind § 319 Absatz 2 bis 4, § 319b Absatz 1, § 320 Absatz 2 und § 323 des Handelsgesetzbuchs entsprechend anzuwenden.</p>	
<p>§ 56</p>	<p>§ 56</p>
<p><b>Beihilfetransparenzpflichten</b></p>	<p><b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(1) Letztverbraucher, bei denen die Verringerung und Begrenzung aller Umlagen nach Teil 4 bezogen auf das letzte Kalenderjahr 100 000 Euro oder mehr beträgt, müssen dem Übertragungsnetzbetreiber bis zum 31. Juli eines Kalenderjahres folgende Angaben mitteilen:</p>	
<p>1. ihren Namen und ihre Anschrift,</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
2. wenn zutreffend, das Handelsregister, Vereinsregister oder Genossenschaftsregister, in das sie eingetragen sind, und die entsprechende Registernummer; wenn keine Registernummer zugeteilt wurde, ist hilfsweise, soweit vorhanden, die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer anzugeben,	
3. die Summe der aufgrund der Verringerung oder des Entfallens der Umlagenpflicht ersparten Umlagezahlungen in Euro und Cent, wobei eine Angabe in Spannen wie folgt genügt: 0,1 bis 0,5, 0,5 bis 1, 1 bis 2, 2 bis 5, 5 bis 10, 10 bis 30, 30 bis 60, 60 bis 100, 100 bis 250, 250 Millionen Euro oder mehr,	
4. die Angabe, ob der Letztverbraucher ein Unternehmen im Sinn der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36) in der jeweils geltenden Fassung oder ein sonstiges Unternehmen ist,	
5. die Gebietseinheit der NUTS-Ebene 2, in der der Letztverbraucher seinen Sitz hat, nach der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) (ABl. L 154 vom 21.6.2003, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 868/2014 der Kommission vom 8. August 2014 (ABl. L 241 vom 13.8.2014, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung und	



<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<p>6. den Hauptwirtschaftszweig, in dem der Letztverbraucher tätig ist, auf Ebene der NACE-Gruppe nach der Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1) in der jeweils geltenden Fassung.</p>	
<p>(2) Wenn die Mitteilung nach Absatz 1 Verringerungen und Begrenzungen in verschiedenen Regelzonen betrifft, muss der Letztverbraucher eine Gesamtmitteilung an einen Übertragungsnetzbetreiber tätigen. Übertragungsnetzbetreiber melden eingegangene Mitteilungen unverzüglich an andere Übertragungsnetzbetreiber im Bundesgebiet.</p>	
<p>(3) Wenn die Übertragungsnetzbetreiber ein abweichendes Verfahren zur Übermittlung der Angaben nach Absatz 1 vorsehen und Formularvorlagen zu Form und Inhalt der Mitteilung der Angaben nach Absatz 1 bereitstellen, müssen die Angaben unter Verwendung dieser Formularvorlagen nach dem vorgegebenen Verfahren übermittelt werden.</p>	
<p>(4) Die Übertragungsnetzbetreiber veröffentlichen bis zum 31. Dezember eines Jahres die ihnen nach Absatz 1 mitgeteilten Angaben durch Einstellung in die Transparenzdatenbank der Europäischen Kommission.</p>	
<p>(5) Wer zur Mitteilung nach Absatz 1 verpflichtet ist, muss dem Übertragungsnetzbetreiber auf Verlangen geeignete Nachweise zur Überprüfung der Angaben nach Absatz 1 vorlegen. Satz 1 ist im Verhältnis zwischen den Netzbetreibern entsprechend anzuwenden.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>(6) Wenn Letztverbraucher in einem Kalenderjahr die nach Absatz 1 geforderten Angaben im Rahmen des Antragsverfahrens nach Teil 4 Abschnitt 4 an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle übermittelt haben, sind sie von der Mitteilungspflicht nach Absatz 1 befreit.</p>	
<p>§ 57</p>	<p>§ 57</p>
<p><b>Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle</b></p>	<p><b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>Für die Ermittlung der Umlagen muss das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle den Übertragungsnetzbetreibern die folgenden Daten mitteilen:</p>	
<p>1. bis zum 15. September eines Kalenderjahres</p>	
<p>a) die zur Auszahlung für das folgende Kalenderjahr prognostizierte Förder-summe für Wärme- und Kältenetze, getrennt nach Regelzonen,</p>	
<p>b) die zur Auszahlung für das folgende Kalenderjahr prognostizierte Förder-summe für Wärme- und Kältespeicher, getrennt nach Regelzonen, und</p>	
<p>2. die von den stromkostenintensiven Unternehmen in den Anträgen nach § 29 Absatz 2 abgegebenen Prognosen unverzüglich nach Ablauf der Antragsfrist.</p>	
<p>Bei der Meldung nach Satz 1 Nummer 1 hat das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle Anträge, die aufgrund der Begrenzung der Zuschlagssumme nach § 26 Absatz 3 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes nicht berücksichtigt wurden, in der Zuschlagssumme für das jeweils nächste Kalenderjahr zu berücksichtigen.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 58	§ 58
<b>Behörden der Zollverwaltung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Die Behörden der Zollverwaltung sind verpflichtet, dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle auf Ersuchen die für die Berechnung der Bruttowertschöpfung erforderlichen Informationen mitzuteilen.	
§ 59	§ 59
<b>Information der Bundesnetzagentur</b>	<b>Information der Bundesnetzagentur</b>
(1) Die Übertragungsnetzbetreiber müssen der Bundesnetzagentur bis zum 31. März eines Kalenderjahres für die nach § 47 zu führenden Bankkonten folgende Daten übermitteln:	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. die Einnahmen und Ausgaben des jeweils vorangegangenen Kalenderjahres jeweils aufgeschlüsselt nach den einzelnen in Anlage 1 aufgeführten Einnahmen- und Ausgabenpositionen,	
2. für alle Viertelstunden des Vorjahres die Preise und Mengen des im börslichen Handel beschafften oder veräußerten Stroms.	
(2) Auf Anforderung der Bundesnetzagentur sind die Übertragungsnetzbetreiber verpflichtet,	(2) Auf Anforderung der Bundesnetzagentur sind die Übertragungsnetzbetreiber verpflichtet,
1. die Angaben nach Absatz 1 Nummer 2 bereits vor dem 31. März eines Kalenderjahres zu übermitteln oder	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. die Kontoauszüge und die Angaben der gesonderten Buchführung <i>und Rechnungslegung</i> vorzulegen.	2. die Kontoauszüge und die Angaben der gesonderten Buchführung vorzulegen.
(3) Auf Aufforderung der Bundesnetzagentur sind die Verteilernetzbetreiber verpflichtet, die Kontoauszüge und die Angaben der gesonderten Buchführung <i>und Rechnungslegung</i> vorzulegen.	(3) Auf Aufforderung der Bundesnetzagentur sind die Verteilernetzbetreiber verpflichtet, die Kontoauszüge und die Angaben der gesonderten Buchführung vorzulegen.

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>(4) Die Übertragungsnetzbetreiber müssen die Angaben, die sie nach § 52 erhalten, die Angaben nach § 50 Nummer 1 und die Endabrechnungen nach § 50 Nummer 2 Buchstabe a sowie die Endabrechnungen zu den Umlagezahlungen nach § 50 Nummer 2 Buchstabe b einschließlich der zu ihrer Überprüfung erforderlichen Angaben bis zum 31. Juli eines Kalenderjahres der Bundesnetzagentur in elektronischer Form vorlegen. Für Verteilernetzbetreiber ist Satz 1 entsprechend mit den Maßgaben anzuwenden, dass eine Vorlagepflicht nur auf Verlangen der Bundesnetzagentur besteht und die Frist zur Vorlage sich auf den 31. Mai eines Kalenderjahres verschiebt. Die Daten nach diesem Absatz werden dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz von der Bundesnetzagentur für statistische Zwecke sowie die Evaluation dieses Gesetzes und die Berichterstattungen nach den §§ 98 und 99 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zur Verfügung gestellt.</p>	<p>(4) Die Übertragungsnetzbetreiber müssen die Angaben, die sie nach § 52 erhalten, die Angaben nach § 50 Nummer 1 und die Endabrechnungen nach § 50 Nummer 2 Buchstabe a sowie die Endabrechnungen zu den Umlagezahlungen nach § 50 Nummer 2 Buchstabe b einschließlich der zu ihrer Überprüfung erforderlichen Angaben bis zum 15. September eines Kalenderjahres der Bundesnetzagentur in elektronischer Form vorlegen. Für Verteilernetzbetreiber ist Satz 1 entsprechend mit den Maßgaben anzuwenden, dass eine Vorlagepflicht nur auf Verlangen der Bundesnetzagentur besteht und die Frist zur Vorlage sich auf den 31. Mai eines Kalenderjahres verschiebt. Die Daten nach diesem Absatz werden dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz von der Bundesnetzagentur für statistische Zwecke sowie die Evaluation dieses Gesetzes und die Berichterstattungen nach den §§ 98 und 99 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zur Verfügung gestellt.</p>
<p>(5) Die Übertragungsnetzbetreiber müssen die Angaben nach § 51 Absatz 1 Nummer 4 und Absatz 2 bis zum 31. Oktober der Bundesnetzagentur übermitteln.</p>	<p>(5) Die Übertragungsnetzbetreiber müssen die Angaben nach § 51 Absatz 1 Nummer 4 und Absatz 2 bis zum 25. Oktober der Bundesnetzagentur übermitteln.</p>
<p>§ 60</p>	<p>§ 60</p>
<p><b>Vorausschau des EEG-Finanzierungsbedarfs</b></p>	<p><b>Vorausschau des EEG-Finanzierungsbedarfs</b></p>
<p>(1) Die Übertragungsnetzbetreiber müssen bis zum 31. Oktober eines Kalenderjahres eine Vorausschau für die zu leistenden Zahlungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien in den folgenden fünf Kalenderjahren erstellen und veröffentlichen. Diese Vorausschau muss mindestens eine Prognose der Entwicklung</p>	<p>(1) Die Übertragungsnetzbetreiber müssen bis zum 25. Oktober eines Kalenderjahres eine Vorausschau für die zu leistenden Zahlungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien in den folgenden fünf Kalenderjahren erstellen und veröffentlichen. Diese Vorausschau muss mindestens eine Prognose der Entwicklung</p>
<p>1. der an die Anlagenbetreiber zu leistenden Zahlungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und</p>	<p>1. un verändert</p>
<p>2. der Höhe der vermiedenen Netzentgelte nach § 18 der Stromnetzentgeltverordnung</p>	<p>2. un verändert</p>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
enthalten.	enthalten.
(2) § 74 Absatz 2 und 3 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist entsprechend anzuwenden.	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 61	§ 61
<b>Schätzungsbefugnis</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Werden erforderliche Angaben nach diesem Teil nicht oder nicht fristgerecht den Übertragungsnetzbetreibern mitgeteilt oder bestehen begründete Zweifel an ihrer Richtigkeit, dürfen die Übertragungsnetzbetreiber die Daten für die Ermittlung und Erhebung der Umlagen schätzen. Die Schätzung entbindet die Mitteilungsverpflichteten nicht von ihrer Mitteilungspflicht. Satz 1 ist entsprechend auf Verteilernetzbetreiber anzuwenden, soweit die Mitteilung nach diesem Teil ihnen gegenüber erfolgen muss. Die Schätzung hat in sachgerechter und in einer für einen nicht sachverständigen Dritten jederzeit nachvollziehbaren und nachprüfbaren Weise zu erfolgen. Sie hat in früheren Kalenderjahren mitgeteilte Daten angemessen zu berücksichtigen und Sicherheitszuschläge oder Sicherheitsabschläge zugunsten der Umlagenkonten vorsehen.	
Teil 6	Teil 6
Rechtsschutz und behördliches Verfahren	Rechtsschutz und behördliches Verfahren
§ 62	§ 62
<b>Aufsicht durch die Bundesnetzagentur</b>	<b>Aufsicht durch die Bundesnetzagentur</b>
(1) Die Bundesnetzagentur hat die Aufgabe zu überwachen, dass	(1) Die Bundesnetzagentur hat die Aufgabe, zu überwachen, dass
1. die Übertragungsnetzbetreiber ordnungsgemäß nach den Vorgaben dieses Gesetzes	1. die Übertragungsnetzbetreiber ordnungsgemäß nach den Vorgaben dieses Gesetzes

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
a) den <i>Finanzierungsbedarf</i> und die Umlagen ermitteln, mitteilen, festlegen, veröffentlichen, erheben und vereinnahmen,	a) den <b>EEG-Finanzierungsbedarf, den KWKG-Finanzierungsbedarf</b> und die Umlagen ermitteln, mitteilen, festlegen, veröffentlichen, erheben und vereinnahmen,
	<b>b) die Kontoabrechnung nach § 6 durchführen,</b>
b) den <i>Belastungsausgleich</i> nach Teil 4 durchführen und	c) den <b>Ausgleichsmechanismus</b> nach Teil 4 durchführen und
c) die Konten nach § 47 führen,	d) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. die Verteilernetzbetreiber ordnungsgemäß nach den Vorgaben dieses Gesetzes	2. die Verteilernetzbetreiber ordnungsgemäß nach den Vorgaben dieses Gesetzes
a) die Umlagen erheben, vereinnahmen und weiterleiten,	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
b) die vermiedenen Netzentgelte nach § 13 Absatz 2 auszahlen, soweit sie nicht nach § 13 Absatz 3 zu saldieren sind,	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
c) etwaige Erlöse oder vermiedene Aufwendungen aus der Verwertung des nach § 4 Absatz 2 Satz 4 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes kaufmännisch abgenommenen Stroms weiterleiten,	c) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
d) den <i>Belastungsausgleich</i> nach Teil 4 durchführen und	d) den <b>Ausgleichsmechanismus</b> nach Teil 4 durchführen und
e) die Konten nach § 48 führen und	e) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. die Daten nach den §§ 49 bis 52 und nach § 59 übermittelt und die Daten nach § 51 Absatz 1 und 2 veröffentlicht werden.	3. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(2) Die Bundesnetzagentur kann unter Berücksichtigung des Zwecks und Ziels nach § 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und § 1 Absatz 1 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes Festlegungen nach § 29 Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes treffen	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
1. zu den Voraussetzungen der Befreiung von Stromspeichern von einer Doppelbelastung mit Umlagen nach § 21 Absatz 1, 2 und 4 und zu den insoweit nach § 21 Absatz 1 zu erfüllenden Anforderungen, insbesondere	
a) zu dem Nachweis der Netzentnahme,	
b) zu dem Nachweis der Netzeinspeisung und	
c) zu den Mindestanforderungen, die erfüllt sein müssen, um eine mess- und eichrechtskonforme Erfassung oder Abgrenzung der relevanten Strommengen sicherzustellen,	
2. im Anwendungsbereich des § 25 dazu, welche Verbrauchsgeräte als Einrichtungen zur Herstellung von Grünem Wasserstoff anzusehen sind.	
(3) Für die Wahrnehmung der Aufgaben der Bundesnetzagentur nach diesem Gesetz und den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen sind die Bestimmungen des Teils 8 des Energiewirtschaftsgesetzes mit Ausnahme von § 69 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 10, der §§ 91 und 95 bis 101 sowie des Abschnitts 6 entsprechend anzuwenden. Die Befugnisse nach Satz 1 gelten gegenüber Personen, die keine Unternehmen sind, entsprechend.	(3) <b>unverändert</b>
(4) <i>Die Entscheidungen der Bundesnetzagentur nach Absatz 3 werden von den Beschlusskammern getroffen. Satz 1 gilt nicht für Festlegungen nach Absatz 2. § 59 Absatz 1 Satz 2 und 3, Absatz 2 und 3 sowie § 60 des Energiewirtschaftsgesetzes sind entsprechend anzuwenden.</i>	<b>entfällt</b>
	<b>§ 62a</b>
	<b>Benachrichtigung und Beteiligung der Bundesnetzagentur bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
	<p>(1) Der Bundesgerichtshof muss die Bundesnetzagentur über alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die sich aus diesem Gesetz ergeben, unterrichten. Er muss der Bundesnetzagentur auf Verlangen Abschriften von allen Schriftsätzen, Protokollen, Verfügungen und Entscheidungen übersenden.</p>
	<p>(2) Der Präsident oder die Präsidentin der Bundesnetzagentur kann, wenn er oder sie es zur Wahrung des öffentlichen Interesses als angemessen erachtet, aus den Mitgliedern der Regulierungsbehörde eine Vertretung bestellen, die befugt ist, dem Bundesgerichtshof schriftliche Erklärungen abzugeben, auf Tatsachen und Beweismittel hinzuweisen, den Terminen beizuwohnen, in ihnen Ausführungen zu machen und Fragen an Parteien, Zeugen und Sachverständige zu richten. Schriftliche Erklärungen der vertretenden Personen sind den Parteien von dem Bundesgerichtshof mitzuteilen.</p>
§ 63	§ 63
<b>Bußgeldvorschriften</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig	
1. einer vollziehbaren Anordnung nach § 44 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 bis 3 zuwiderhandelt oder	
2. einer vollziehbaren Anordnung nach § 62 Absatz 3 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, jeweils in Verbindung mit § 65 Absatz 1 Satz 1 oder 2 oder Absatz 2 oder § 69 Absatz 7 Satz 1 oder Absatz 8 Satz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes zuwiderhandelt.	
(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zweihunderttausend Euro geahndet werden.	



<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
(3) Verwaltungsbehörde im Sinn des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist	
1. das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 und	
2. die Bundesnetzagentur in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 2.	
Teil 7	Teil 7
Verordnungsermächtigungen, Schlussbestimmungen	Verordnungsermächtigungen, Schlussbestimmungen
§ 64	§ 64
<b>Verordnungsermächtigung zur Ermittlung des Finanzierungsbedarfs</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Positionen, die als Einnahmen oder Ausgaben nach Anlage 1 gelten, und den anzuwendenden Zinssatz zu bestimmen.	
§ 65	§ 65
<b>Verordnungsermächtigung zur Besonderen Ausgleichsregelung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates Branchen in die Anlage 2 aufzunehmen oder aus dieser herauszunehmen, sobald und soweit dies für die Angleichung an Beschlüsse der Europäischen Kommission erforderlich ist.	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 66	§ 66
<b>Allgemeine Übergangsbestimmungen</b>	<b>Allgemeine Übergangsbestimmungen</b>
<p>(1) Soweit sich aus den nachfolgenden Paragrafen nichts anderes ergibt, sind die Bestimmungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes, der Erneuerbare-Energien-Verordnung und der Erneuerbare-Energien-Ausführungsverordnung in den am 31. Dezember 2022 geltenden Fassungen anzuwenden für Strom, der vor dem 1. Januar 2023</p>	<p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>1. an einen Letztverbraucher geliefert wurde oder</p>	
<p>2. verbraucht und nicht von einem Elektrizitätsversorgungsunternehmen geliefert wurde.</p>	
<p>(2) Soweit nach diesem Gesetz Kontoführungs-, <i>Rechnungslegungs</i>-, Mitteilungs- oder Veröffentlichungspflichten zu erfüllen sind, die über die Kontoführungs-, Rechnungslegungs-, Mitteilungs- oder Veröffentlichungspflichten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes, der Erneuerbare-Energien-Verordnung oder der Erneuerbare-Energien-Ausführungsverordnung in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung hinausgehen, sind diese Pflichten ab dem 1. Januar 2024 verbindlich umzusetzen. § 49 bleibt unberührt.</p>	<p>(2) Soweit nach diesem Gesetz Kontoführungs-, Mitteilungs- oder Veröffentlichungspflichten zu erfüllen sind, die über die Kontoführungs-, Rechnungslegungs-, Mitteilungs- oder Veröffentlichungspflichten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes, der Erneuerbare-Energien-Verordnung oder der Erneuerbare-Energien-Ausführungsverordnung in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung hinausgehen, sind diese Pflichten ab dem 1. Januar 2024 verbindlich umzusetzen. § 49 bleibt unberührt.</p>
<p>(3) Bis zur Einrichtung der Konten nach Teil 5 Abschnitt 1 anfallende Einnahmen und Ausgaben nach Anlage 1 und Teil 4 dieses Gesetzes sind nach der Einrichtung unverzüglich valutagerecht auf die Konten zu überführen.</p>	<p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
	<p>(4) Teil 3 ist mit Ausnahme von § 7 auch auf das Kalenderjahr 2022 entsprechend anzuwenden, wobei der auszugleichende Differenzbetrag nach § 6 Absatz 1 insoweit der Saldo der Bankkonten nach § 47 Absatz 1 Satz 1 am 31. Dezember 2022 ist.</p>
	<p>(5) Die Abschlagszahlungen auf den Anspruch nach § 6 Absatz 1 sollen im Kalenderjahr 2023 abweichend von § 7 Absatz 2 Satz 1 so bemessen werden, dass sie in diesem Jahr insgesamt dem für dieses Jahr in dem Bescheid nach § 3 Absatz 3a Satz 2 der Erneuerbare-Energien-Verordnung in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung entsprechen.</p>
§ 67	§ 67
<p><b>Übergangs- und Härtefallbestimmungen zur Besonderen Ausgleichsregelung</b></p>	<p><b>Übergangs- und Härtefallbestimmungen zur Besonderen Ausgleichsregelung</b></p>
<p>(1) Abweichend von § 66 Absatz 1 sind die Bestimmungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes und § 17f des Energiewirtschaftsgesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung auch anzuwenden auf Strom, der nach dem 31. Dezember 2022 und vor dem 1. Januar 2024 an eine vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle nach den §§ 63 bis 68 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung begrenzte Abnahmestelle geliefert oder verbraucht wurde. Satz 1 ist für die Begrenzung der KWKG-Umlage nach § 27c des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes und der Offshore-Netzumlage nach § 17f Absatz 5 Satz 2 des Energiewirtschaftsgesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung für Schienenbahnen entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, dass die Abnahmestelle nicht vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle begrenzt sein muss.</p>	<p>(1) unverändert</p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>(2) Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle begrenzt auf Antrag die Umlagen für den Stromanteil über 1 Gigawattstunde pro begrenzter Abnahmestelle, indem es die §§ 30 bis 35, 40, 42 bis 44 nach Maßgabe der Sätze 2 und 3 entsprechend für Unternehmen oder selbständige Teile eines Unternehmens anwendet, die</p>	<p>(2) unverändert</p>
<p>1. über eine bestandskräftige Begrenzungsentscheidung für das Jahr 2022 oder das Jahr 2023 nach § 64 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung verfügen,</p>	
<p>2. einer Branche nach Anlage 4 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung zuzuordnen sind und</p>	
<p>3. nachweisen, dass ihre Stromkostenintensität im Sinn des § 64 Absatz 6 Nummer 3 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der Besondere-Ausgleichsregelung-Durchschnittsstrompreisverordnung in den am 31. Dezember 2022 geltenden Fassungen mindestens betragen hat:</p>	
<p>a) 12 Prozent im Antragsjahr 2023 und 11 Prozent ab dem Antragsjahr 2024 für Unternehmen nach Liste 1 der Anlage 4 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung oder</p>	
<p>b) 20 Prozent für Unternehmen nach Liste 2 der Anlage 4 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung.</p>	
<p>Die Begrenzung erfolgt</p>	
<p>1. für die Jahre 2024 bis 2026 auf 35 Prozent der Umlagen oder höchstens 1,5 Prozent der Bruttowertschöpfung im Sinn des § 35 Absatz 1 Nummer 2,</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>2. für das Jahr 2027 auf 55 Prozent der Umlagen oder höchstens 2,5 Prozent der Bruttowertschöpfung im Sinn des § 35 Absatz 1 Nummer 2 und</p>	
<p>3. für das Jahr 2028 auf 80 Prozent der Umlagen oder höchstens 3,5 Prozent der Bruttowertschöpfung im Sinn des § 35 Absatz 1 Nummer 2.</p>	
<p>Bei Unternehmen, die ihren Stromverbrauch in besonderer Weise aus erneuerbaren Energien decken, erfolgt die Begrenzung für die Jahre 2027 und 2028 entsprechend den Werten aus Satz 2 Nummer 1.</p>	
<p>(3) Für Anträge für die Begrenzungsjahre 2024 und 2025 sind bei der Anwendung des Absatzes 2 sowie von § 31 Nummer 3, § 32 Nummer 1 Buchstabe c, § 35 Absatz 1 Nummer 2 anstelle der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre zwei der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre zugrunde zu legen, wobei das Unternehmen selbst bestimmen kann, welche zwei der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre zugrunde gelegt werden sollen. Für Unternehmen mit nur zwei abgeschlossenen Geschäftsjahren sind bei Anträgen für die Begrenzungsjahre 2024 und 2025 unabhängig von § 33 Absatz 1 diese zwei abgeschlossenen Geschäftsjahre zugrunde zu legen. Satz 1 ist entsprechend für Anträge für die Begrenzungsjahre 2024 und 2025 nach Absatz 2 anzuwenden.</p>	<p>(3) u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>(4) In den Antragsjahren 2023 bis 2025 ist § 30 Nummer 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc und § 30 Nummer 3 Buchstabe c mit der Maßgabe anzuwenden, dass 50 Prozent des jeweils beantragten Begrenzungsbetrags aufzuwenden sind. Abweichend von § 32 Nummer 3 Buchstabe c erfolgt der Nachweis durch Abgabe einer Eigenerklärung, dass das Unternehmen die Investition nach Satz 1 tätigen wird. Gibt ein Unternehmen in den Antragsjahren 2023 bis 2025 eine Eigenerklärung nach Satz 2 ab, ist eine Begrenzung für das Begrenzungsjahr vier Jahre nach Abgabe der jeweiligen Eigenerklärung nur zulässig, wenn das Unternehmen den Nachweis nach § 32 Nummer 3 Buchstabe d und e führt.</p>	<p>(4) un v e r ä n d e r t</p>
<p>(5) In den Antragsjahren 2023 bis 2025 gilt eine Maßnahme abweichend von § 2 Nummer 24 als wirtschaftlich durchführbar,</p>	<p>(5) In den Antragsjahren 2023 bis 2025 gilt eine Maßnahme abweichend von § 2 Nummer <b>22</b> als wirtschaftlich durchführbar,</p>
<p>1. die bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Rahmen des Energiemanagementsystems nach höchstens 60 Prozent der vorgesehenen Nutzungsdauer einen positiven Kapitalwert aufweist oder</p>	<p>1. un v e r ä n d e r t</p>
<p>2. die in einem vor dem 1. Januar 2023 eingeführten Energiemanagementsystem, bei dem die wirtschaftliche Durchführbarkeit einer Maßnahme auf Basis der Amortisationszeitmethode bewertet wurde, mit einer Amortisationsdauer von weniger als 60 Prozent der vorgesehenen Nutzungsdauer ausgewiesen ist.</p>	<p>2. un v e r ä n d e r t</p>
<p>§ 68</p>	<p>§ 68</p>
<p><b>Beihilfedorbehalt</b></p>	<p><b>Beihilfedorbehalt</b></p>
<p>Dieses Gesetz darf erst nach der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission und nur nach Maßgabe der Genehmigung angewandt werden.</p>	<p>Dieses Gesetz <b>mit Ausnahme von § 37</b> darf erst nach der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission und nur nach Maßgabe der Genehmigung angewandt werden.</p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<b>Anlage 1</b>	<b>Anlage 1</b>
(zu § 2)	(zu § 2)
<b>Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs und des KWKG-Finanzierungsbedarfs</b>	<b>Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs und des KWKG-Finanzierungsbedarfs</b>
<b>1. EEG-Finanzierungsbedarf und KWKG-Finanzierungsbedarf</b>	<b>1. EEG-Finanzierungsbedarf und KWKG-Finanzierungsbedarf</b>
1.1 Der EEG-Finanzierungsbedarf wird transparent ermittelt aus	1.1 Der EEG-Finanzierungsbedarf wird transparent ermittelt aus
1.1.1 dem Differenzbetrag zwischen den prognostizierten Einnahmen der Übertragungsnetzbetreiber nach den Nummern 2.3, 4.1 und 4.3 und den prognostizierten Ausgaben der Übertragungsnetzbetreiber nach den Nummern 3 und 5 für das jeweils folgende Kalenderjahr und	1.1.1 dem Differenzbetrag zwischen den prognostizierten Einnahmen der Übertragungsnetzbetreiber nach den Nummern 2.3, 4.1 und 4.3 und den prognostizierten Ausgaben der Übertragungsnetzbetreiber nach den Nummern 3 und 5 für das jeweils folgende Kalenderjahr und
1.1.2 dem Differenzbetrag zwischen den tatsächlichen Einnahmen der Übertragungsnetzbetreiber nach den Nummern 2 und 4 und den tatsächlichen Ausgaben der Übertragungsnetzbetreiber nach den Nummern 3 und 5 <i>in dem jeweils laufenden Kalenderjahr, wobei die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben, die nach der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs bis zum 31. Dezember des laufenden Kalenderjahres erwartet werden, zu prognostizieren sind.</i>	1.1.2 dem Differenzbetrag zwischen den tatsächlichen Einnahmen der Übertragungsnetzbetreiber nach den Nummern 2 und 4 und den tatsächlichen Ausgaben der Übertragungsnetzbetreiber nach den Nummern 3 und 5 <b>zum Zeitpunkt der Ermittlung zuzüglich der prognostizierten weiteren Einnahmen und Ausgaben, die nach der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs bis zum 31. Dezember des laufenden Kalenderjahres nach diesen Nummern</b> erwartet werden.
1.2 Der KWKG-Finanzierungsbedarf wird transparent ermittelt aus	1.2 Der KWKG-Finanzierungsbedarf wird transparent ermittelt aus
1.2.1 dem Differenzbetrag zwischen den prognostizierten Einnahmen der Übertragungsnetzbetreiber nach den Nummern 2.3 und 6.1 und den prognostizierten Ausgaben der Übertragungsnetzbetreiber nach den Nummern 3 und 7 für das jeweils folgende Kalenderjahr und	1.2.1 dem Differenzbetrag zwischen den prognostizierten Einnahmen der Übertragungsnetzbetreiber nach den Nummern 2.3 und 6.1 und den prognostizierten Ausgaben der Übertragungsnetzbetreiber nach den Nummern 3 und 7 für das jeweils folgende Kalenderjahr und
1.2.2 dem Differenzbetrag zwischen den tatsächlichen Einnahmen der Übertragungsnetzbetreiber nach den Nummern 2 und 6 und den tatsächlichen Ausgaben der Übertragungsnetzbetreiber nach den Nummern 3 und 7 <i>in dem jeweils laufenden Kalenderjahr, wobei die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben, die nach der Ermittlung des KWKG-Finanzierungsbedarfs bis zum 31. Dezember des laufenden Kalenderjahres erwartet werden, zu prognostizieren sind.</i>	1.2.2 dem Differenzbetrag zwischen den tatsächlichen Einnahmen der Übertragungsnetzbetreiber nach den Nummern 2 und 6 und den tatsächlichen Ausgaben der Übertragungsnetzbetreiber nach den Nummern 3 und 7 <b>zum Zeitpunkt der Ermittlung zuzüglich der prognostizierten weiteren Einnahmen und Ausgaben, die nach der Ermittlung des KWKG-Finanzierungsbedarfs bis zum 31. Dezember des laufenden Kalenderjahres nach diesen Nummern</b> erwartet werden.

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
1.3 Der EEG-Finanzierungsbedarf und der KWKG-Finanzierungsbedarf müssen jederzeit voneinander abgegrenzt werden. Einnahmen nach Nummer 2 und Ausgaben nach Nummer 3 sind bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs nur zu berücksichtigen, soweit sie auf dem Erneuerbare-Energien-Gesetz beruhen. Einnahmen nach Nummer 2 und Ausgaben nach Nummer 3 sind bei der Ermittlung des KWKG-Finanzierungsbedarfs nur zu berücksichtigen, soweit sie auf dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz beruhen.	1.3 Der EEG-Finanzierungsbedarf und der KWKG-Finanzierungsbedarf müssen jederzeit voneinander abgegrenzt werden. Einnahmen nach Nummer 2 und Ausgaben nach Nummer 3 sind bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs nur zu berücksichtigen, soweit sie auf dem Erneuerbare-Energien-Gesetz beruhen. Einnahmen nach Nummer 2 und Ausgaben nach Nummer 3 sind bei der Ermittlung des KWKG-Finanzierungsbedarfs nur zu berücksichtigen, soweit sie auf dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz beruhen.
<b>2. Allgemeine Einnahmen</b>	<b>2. Allgemeine Einnahmen</b>
Allgemeine Einnahmen sind	Allgemeine Einnahmen sind
2.1 Zahlungen von Umlagen,	2.1 Zahlungen von Umlagen; <b>dies umfasst auch Zahlungen der EEG-Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz in den vor dem 1. Januar 2023 geltenden Fassungen,</b>
2.2 positive Differenzbeträge zwischen der jeweiligen Umlage in der vereinnahmten Höhe und der zulässigen Höhe sowie darauf nach Nummer 12 Satz 1 entfallende Zinsen,	2.2 positive Differenzbeträge zwischen der jeweiligen Umlage in der vereinnahmten Höhe und der zulässigen Höhe sowie darauf nach Nummer 12 Satz 1 entfallende Zinsen,
2.3 Erlöse aus Rückforderungsansprüchen entsprechend den Vorgaben nach § 18 Absatz 1 oder auf Grund von nachträglichen Korrekturen nach § 20 und aus Zahlungsansprüchen der Übertragungsnetzbetreiber nach § 19 Absatz 2 und	2.3 Erlöse aus Rückforderungsansprüchen entsprechend den Vorgaben nach § 18 Absatz 1 oder auf Grund von nachträglichen Korrekturen nach § 20 und aus Zahlungsansprüchen der Übertragungsnetzbetreiber nach § 19 Absatz 2 und
2.4 positive Differenzbeträge aus Zinsen nach Nummer 12.	2.4 positive Differenzbeträge aus Zinsen nach Nummer 12.
<b>3. Allgemeine Ausgaben</b>	<b>3. Allgemeine Ausgaben</b>
Allgemeine Ausgaben sind	Allgemeine Ausgaben sind
3.1 negative Differenzbeträge zwischen der jeweiligen Umlage in der vereinnahmten Höhe und der zulässigen Höhe sowie darauf nach Nummer 12 Satz 1 entfallende Zinsen,	3.1 negative Differenzbeträge zwischen der jeweiligen Umlage in der vereinnahmten Höhe und der zulässigen Höhe sowie darauf nach Nummer 12 Satz 1 entfallende Zinsen,
3.2 Zahlungen auf Grund von nachträglichen Korrekturen nach § 20,	3.2 Zahlungen auf Grund von nachträglichen Korrekturen nach § 20,
3.3 Rückzahlungen der Übertragungsnetzbetreiber nach § 19 Absatz 2,	3.3 Rückzahlungen der Übertragungsnetzbetreiber nach § 19 Absatz 2,
3.4 negative Differenzbeträge aus Zinsen nach Nummer 12 und	3.4 negative Differenzbeträge aus Zinsen nach Nummer 12 und
3.5 folgende Positionen, soweit sie jeweils zur Erfüllung der Aufgaben nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz oder dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz oder diesem Gesetz erforderlich sind:	3.5 folgende Positionen, soweit sie jeweils zur Erfüllung der Aufgaben nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz oder dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz oder diesem Gesetz erforderlich sind:



<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
3.5.1 notwendige Kosten für die Börsenzulassung und Handelsanbindung,	3.5.1 notwendige Kosten für die Börsenzulassung und Handelsanbindung,
3.5.2 notwendige Kosten der Transaktionen für die Erfassung der Ist-Werte, die Abrechnung und den Ausgleich nach § 15,	3.5.2 notwendige Kosten der Transaktionen für die Erfassung der Ist-Werte, die Abrechnung und den Ausgleich nach § 15,
3.5.3 notwendige Kosten für die IT-Infrastruktur, das Personal und Dienstleistungen,	3.5.3 notwendige Kosten für die IT-Infrastruktur, das Personal und Dienstleistungen,
3.5.4 notwendige Kosten für die Ermittlung der Umlagen nach § 10,	3.5.4 notwendige Kosten für die Ermittlung der Umlagen nach § 10,
3.5.5 notwendige Zahlungen von Zinsen zur Finanzierung von Differenzbeträgen im Sinn von Nummer 12 Satz 1, soweit der tatsächlich angefallene Soll-Zinssatz den in Nummer 12 Satz 2 vorgesehenen Zinssatz übersteigt,	3.5.5 notwendige Zahlungen von Zinsen zur Finanzierung von Differenzbeträgen im Sinn von Nummer 12 Satz 1, soweit der tatsächlich angefallene Soll-Zinssatz den in Nummer 12 Satz 2 vorgesehenen Zinssatz übersteigt,
3.5.6 notwendige Kosten für Differenzen zwischen den nach Nummer 12 Satz 2 anzusetzenden Erträgen aus Haben-Zinsen und den tatsächlich angefallenen Erträgen aus Haben-Zinsen und	3.5.6 notwendige Kosten für Differenzen zwischen den nach Nummer 12 Satz 2 anzusetzenden Erträgen aus Haben-Zinsen und den tatsächlich angefallenen Erträgen aus Haben-Zinsen und
3.5.7 notwendige Zahlungen für die Bereitstellung von Kreditlinien zur Finanzierung von Differenzbeträgen im Sinn von Nummer 12 Satz 1.	3.5.7 notwendige Zahlungen für die Bereitstellung von Kreditlinien zur Finanzierung von Differenzbeträgen im Sinn von Nummer 12 Satz 1.
<b>4. Besondere Einnahmen bei der Förderung erneuerbarer Energien</b>	<b>4. Besondere Einnahmen bei der Förderung erneuerbarer Energien</b>
Besondere Einnahmen bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs sind	Besondere Einnahmen bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs sind
4.1 Erlöse aus der Vermarktung nach § 2 der Erneuerbare-Energien-Verordnung,	4.1 Erlöse aus der Vermarktung nach § 2 der Erneuerbare-Energien-Verordnung,
4.2 Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland an die Übertragungsnetzbetreiber zur Absenkung der EEG-Umlage nach § 7 Absatz 1,	4.2 Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland an die Übertragungsnetzbetreiber nach §§ 6 und 7,
4.3 Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland an die Übertragungsnetzbetreiber zur Finanzierung der Anschlussförderung von Güllekleinanlagen nach Abschnitt 3a der Erneuerbare-Energien-Verordnung,	4.3 Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland an die Übertragungsnetzbetreiber zur Finanzierung der Anschlussförderung von Güllekleinanlagen nach Abschnitt 3a der Erneuerbare-Energien-Verordnung,
4.4 Zahlungen nach § 13 Absatz 2, soweit die Saldierung nach § 13 Absatz 3 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes für den Übertragungsnetzbetreiber einen positiven Saldo ergeben hat,	4.4 Zahlungen nach § 13 Absatz 2, soweit die Saldierung nach § 13 Absatz 3 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes für den Übertragungsnetzbetreiber einen positiven Saldo ergeben hat,
4.5 Erlöse aus der Abrechnung der Ausgleichsenergie für den EEG-Bilanzkreis nach § 11 der Stromnetzzugangsverordnung,	4.5 Erlöse aus der Abrechnung der Ausgleichsenergie für den EEG-Bilanzkreis nach § 11 der Stromnetzzugangsverordnung,

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
4.6 Erlöse auf Grund <i>von Rechtsverordnungen</i> nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, die <i>dort</i> als Einnahmen im Sinn dieser Anlage benannt werden,	4.6 Erlöse auf Grund <b>einer Rechtsverordnung</b> nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz <b>oder dem Windenergie-auf-See-Gesetz</b> , die <b>in der Rechtsverordnung</b> als Einnahmen im Sinn dieser Anlage benannt werden,
4.7 Zahlungen nach § 55 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und § 60 des Windenergie-auf-See-Gesetzes,	4.7 Zahlungen nach § 55 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und § 60 des Windenergie-auf-See-Gesetzes,
4.8 Zahlungen nach § 38d Absatz 5 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und	4.8 Zahlungen nach § 38d Absatz 5 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und
4.9 Zahlungen nach den §§ 52 und 55b des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.	4.9 Zahlungen nach den §§ 52 und 55b des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.
<b>5. Besondere Ausgaben bei der Förderung erneuerbarer Energien</b>	<b>5. Besondere Ausgaben bei der Förderung erneuerbarer Energien</b>
Besondere Ausgaben bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs sind	Besondere Ausgaben bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs sind
5.1 Zahlungen nach den §§ 19 und 50 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und nach den entsprechenden Bestimmungen in früheren Fassungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, soweit diese Bestimmungen übergangsweise nach § 100 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes oder nach § 12a der Erneuerbare-Energien-Verordnung fortgelten,	5.1 Zahlungen nach den §§ 19 und 50 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und nach den entsprechenden Bestimmungen in früheren Fassungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, soweit diese Bestimmungen übergangsweise nach § 100 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes oder nach § 12a der Erneuerbare-Energien-Verordnung fortgelten,
5.2 Ausgaben auf Grund einer Rechtsverordnung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, die <i>dort</i> als Ausgaben im Sinn dieser Anlage benannt werden,	5.2 Ausgaben auf Grund einer Rechtsverordnung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz <b>oder dem Windenergie-auf-See-Gesetz</b> , die <b>in der Rechtsverordnung</b> als Ausgaben im Sinn dieser Anlage benannt werden,
5.3 notwendige Kosten der Übertragungsnetzbetreiber für den untertägigen Ausgleich,	5.3 notwendige Kosten der Übertragungsnetzbetreiber für den untertägigen Ausgleich,
5.4 notwendige Kosten der Übertragungsnetzbetreiber aus der Abrechnung der Ausgleichsenergie für den EEG-Bilanzkreis,	5.4 notwendige Kosten der Übertragungsnetzbetreiber aus der Abrechnung der Ausgleichsenergie für den EEG-Bilanzkreis,
5.5 notwendige Kosten für die Erstellung von Prognosen für die Vermarktung nach § 2 der Erneuerbare-Energien-Verordnung und für die Erstellung der EEG-Vorausschau nach § 74 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes,	5.5 notwendige Kosten für die Erstellung von Prognosen für die Vermarktung nach § 2 der Erneuerbare-Energien-Verordnung und für die Erstellung der EEG-Vorausschau nach § 74 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes,
5.6 geleistete Erstattungen nach § 6 Absatz 5 oder § 38d Absatz 6 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes,	5.6 geleistete Erstattungen nach § 6 Absatz 5 oder § 38d Absatz 6 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes,
5.7 Bonuszahlungen nach § 3 Absatz 5 bis 7 der Erneuerbare-Energien-Verordnung und	5.7 Bonuszahlungen nach § 3 Absatz 5 bis 7 der Erneuerbare-Energien-Verordnung und
5.8 die an die Bundesnetzagentur erstatteten Sachmittel für den Betrieb, die Erhaltung und die Weiterentwicklung des Registers nach § 111e Absatz 7 des Energiewirtschaftsgesetzes.	5.8 die an die Bundesnetzagentur erstatteten Sachmittel für den Betrieb, die Erhaltung und die Weiterentwicklung des Registers nach § 111e Absatz 7 des Energiewirtschaftsgesetzes.

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<b>6. Besondere Einnahmen bei der Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung</b>	<b>6. Besondere Einnahmen bei der Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung</b>
Besondere Einnahmen bei der Ermittlung des KWKG-Finanzierungsbedarfs sind	Besondere Einnahmen bei der Ermittlung des KWKG-Finanzierungsbedarfs sind
6.1 nach § 14 weitergereichte Erlöse oder Aufwendungen aus der Verwertung des kaufmännisch abgenommenen KWK-Stroms nach § 4 Absatz 2 Satz 4 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes und	6.1 nach § 14 weitergereichte Erlöse oder Aufwendungen aus der Verwertung des kaufmännisch abgenommenen KWK-Stroms nach § 4 Absatz 2 Satz 4 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes und
6.2 Zahlungen nach § 21 der KWK-Ausschreibungsverordnung.	6.2 Zahlungen nach § 21 der KWK-Ausschreibungsverordnung.
<b>7. Besondere Ausgaben bei der Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung</b>	<b>7. Besondere Ausgaben bei der Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung</b>
Besondere Ausgaben bei der Ermittlung des KWKG-Finanzierungsbedarfs sind	Besondere Ausgaben bei der Ermittlung des KWKG-Finanzierungsbedarfs sind
7.1 Zahlungen nach den §§ 6, 8a, 8b, 9 und 35 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes,	7.1 Zahlungen nach den §§ 6, 8a, 8b, 9 und 35 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes,
7.2 Zahlungen nach den §§ 7a bis 7c des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes,	7.2 Zahlungen nach den §§ 7a bis 7c des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes,
7.3 Zahlungen nach den §§ 18 bis 25 und 35 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes und	7.3 Zahlungen nach den §§ 18 bis 25 und 35 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes und
7.4 Zahlungen nach den entsprechenden Bestimmungen in früheren Fassungen des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, soweit diese Bestimmungen übergangsweise nach § 35 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes fortgelten.	7.4 Zahlungen nach den entsprechenden Bestimmungen in früheren Fassungen des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, soweit diese Bestimmungen übergangsweise nach § 35 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes fortgelten.
<b>8. Ausgabennachweis</b>	<b>8. Ausgabennachweis</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>Bevor bei der Ermittlung des <i>Finanzierungsbedarfs</i> Ausgaben nach den Nummern 3.5.5, 3.5.6 und 3.5.7 angesetzt werden, ist der Bundesnetzagentur rechtzeitig die Richtigkeit und Notwendigkeit dieser Positionen nachzuweisen. § 54 Absatz 1 ist entsprechend anzuwenden. Die Nachweispflicht umfasst insbesondere die Übermittlung der den Ausgaben zugrunde liegenden Verträge einschließlich aller für die wirtschaftliche Bewertung wesentlichen Angaben. Zu den wesentlichen Angaben zählen insbesondere die Kreditlinie, die Zinssatzhöhe, die Konditionen der Bereitstellungsprovision, der Anwendungsbereich, die Laufzeit, die Zeiten und Höhe der Inanspruchnahme, Kündigungsregelungen und Sicherheiten. Es ist sicherzustellen und nachzuweisen, dass die geltend gemachten Verträge ausschließlich der Verzinsung und Finanzierung von Differenzbeträgen nach Nummer 12 Satz 1 dienen. Auf Aufforderung der Bundesnetzagentur hat der Übertragungsnetzbetreiber seine sonstigen Vertragsbeziehungen, die der Verzinsung oder Finanzierung dienen, einschließlich der für die wirtschaftliche Bewertung wesentlichen Angaben nachzuweisen und die entsprechenden Verträge vorzulegen.</p>	<p>Bevor bei der Ermittlung des <b>EEG-Finanzierungsbedarfs oder KWKG-Finanzierungsbedarfs</b> Ausgaben nach den Nummern 3.5.5, 3.5.6 und 3.5.7 angesetzt werden, ist der Bundesnetzagentur rechtzeitig die Richtigkeit und Notwendigkeit dieser Positionen nachzuweisen. § 54 Absatz 1 ist entsprechend anzuwenden. Die Nachweispflicht umfasst insbesondere die Übermittlung der den Ausgaben zugrunde liegenden Verträge einschließlich aller für die wirtschaftliche Bewertung wesentlichen Angaben. Zu den wesentlichen Angaben zählen insbesondere die Kreditlinie, die Zinssatzhöhe, die Konditionen der Bereitstellungsprovision, der Anwendungsbereich, die Laufzeit, die Zeiten und Höhe der Inanspruchnahme, Kündigungsregelungen und Sicherheiten. Es ist sicherzustellen und nachzuweisen, dass die geltend gemachten Verträge ausschließlich der Verzinsung und Finanzierung von Differenzbeträgen nach Nummer 12 Satz 1 dienen. Auf Aufforderung der Bundesnetzagentur hat der Übertragungsnetzbetreiber seine sonstigen Vertragsbeziehungen, die der Verzinsung oder Finanzierung dienen, einschließlich der für die wirtschaftliche Bewertung wesentlichen Angaben nachzuweisen und die entsprechenden Verträge vorzulegen.</p>
<p><b>9. Abgrenzung von Einnahmen und Ausgaben</b></p>	<p><b>9. Abgrenzung von Einnahmen und Ausgaben</b></p>
<p>9.1 Bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs sind die Einnahmen und Ausgaben für die Vermarktung des nach § 19 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 21 Absatz 1 Nummer 3 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vergüteten Stroms aus ausgeführten Anlagen einschließlich der Zahlungen für diesen Strom eindeutig von den sonstigen Einnahmen und Ausgaben nach den Nummern 2, 3, 4 und 5 abzugrenzen. Die eindeutige Abgrenzung nach Satz 1 ist durch eine gesonderte Buchführung zu gewährleisten.</p>	<p>9.1 Bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs sind die Einnahmen und Ausgaben für die Vermarktung des nach § 19 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 21 Absatz 1 Nummer 3 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vergüteten Stroms aus ausgeführten Anlagen einschließlich der Zahlungen für diesen Strom eindeutig von den sonstigen Einnahmen und Ausgaben nach den Nummern 2, 3, 4 und 5 abzugrenzen. Die eindeutige Abgrenzung nach Satz 1 ist durch eine gesonderte Buchführung zu gewährleisten.</p>
<p>9.2 Die nach Nummer 9.1 abgegrenzten Einnahmen und Ausgaben dürfen bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs nicht berücksichtigt werden.</p>	<p>9.2 Die nach Nummer 9.1 abgegrenzten Einnahmen und Ausgaben dürfen bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs nicht berücksichtigt werden.</p>
<p>9.3 Bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs ermitteln die Übertragungsnetzbetreiber den Wert des Abzugs für Strom aus ausgeführten Anlagen nach § 53 Absatz 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in entsprechender Anwendung der Bestimmungen nach dieser Anlage. Dabei ist der Wert des Abzugs so zu bestimmen, dass sich die nach Nummer 9.2 bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs nicht berücksichtigten Einnahmen und Ausgaben ausgleichen.</p>	<p>9.3 Bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs ermitteln die Übertragungsnetzbetreiber den Wert des Abzugs für Strom aus ausgeführten Anlagen nach § 53 Absatz 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in entsprechender Anwendung der Bestimmungen nach dieser Anlage. Dabei ist der Wert des Abzugs so zu bestimmen, dass sich die nach Nummer 9.2 bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs nicht berücksichtigten Einnahmen und Ausgaben ausgleichen.</p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>9.4 Einnahmen und Ausgaben, die bereits im Rahmen der Bestimmung der Erlösobergrenzen nach § 4 Absatz 2 der Anreizregulierungsverordnung oder einer späteren Änderung der Erlösobergrenzen Berücksichtigung gefunden haben, sind bei der Ermittlung des <i>Finanzierungsbedarfs</i> nicht anzusetzen. Hiervon ausgenommen sind Einnahmen und Ausgaben, soweit sie auf Grund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes oder dieses Gesetzes zusätzlich entstehen. Zusätzliche Einnahmen und Ausgaben im Sinn des Satzes 2 sind gegenüber der Bundesnetzagentur nachzuweisen.</p>	<p>9.4 Einnahmen und Ausgaben, die bereits im Rahmen der Bestimmung der Erlösobergrenzen nach § 4 Absatz 2 der Anreizregulierungsverordnung oder einer späteren Änderung der Erlösobergrenzen Berücksichtigung gefunden haben, sind bei der Ermittlung des <b>EEG-Finanzierungsbedarfs und KWKG-Finanzierungsbedarfs</b> nicht anzusetzen. Hiervon ausgenommen sind Einnahmen und Ausgaben, soweit sie auf Grund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes oder dieses Gesetzes zusätzlich entstehen. Zusätzliche Einnahmen und Ausgaben im Sinn des Satzes 2 sind gegenüber der Bundesnetzagentur nachzuweisen.</p>
<p>9.5 Soweit die Entscheidung der Bundesnetzagentur eine anderweitige Abhilfemaßnahme für die Berücksichtigung der Differenzbeträge nach den Nummern 2.2 und 3.1 vorsieht, sind diese Differenzbeträge nicht als Einnahmen und Ausgaben im Sinn der Nummern 2.2 und 3.1 zu berücksichtigen und nicht nach Nummer 12 zu verzinsen. Soweit die Entscheidung der Bundesnetzagentur anschließend geändert oder aufgehoben wird, sind Differenzbeträge zwischen der Umlage in der vereinnahmten Höhe einschließlich ihrer Verzinsung nach Nummer 12 und der nach bestandskräftiger Entscheidung maßgeblichen Höhe als Einnahmen und Ausgaben im Sinn der Nummern 2.2 und 3.1 zu berücksichtigen.</p>	<p>9.5 Soweit die Entscheidung der Bundesnetzagentur eine anderweitige Abhilfemaßnahme für die Berücksichtigung der Differenzbeträge nach den Nummern 2.2 und 3.1 vorsieht, sind diese Differenzbeträge nicht als Einnahmen und Ausgaben im Sinn der Nummern 2.2 und 3.1 zu berücksichtigen und nicht nach Nummer 12 zu verzinsen. Soweit die Entscheidung der Bundesnetzagentur anschließend geändert oder aufgehoben wird, sind Differenzbeträge zwischen <b>Zahlungen nach Teil 3 oder</b> der Umlage in der vereinnahmten Höhe einschließlich ihrer Verzinsung nach Nummer 12 und der nach bestandskräftiger Entscheidung maßgeblichen Höhe als Einnahmen und Ausgaben im Sinn der Nummern 2.2 und 3.1 zu berücksichtigen. <b>Satz 2 ist auch anzuwenden auf die EEG-Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz in den vor dem 1. Januar 2023 geltenden Fassungen.</b></p>
<p><b>10. Liquiditätsreserve für EEG-Finanzierungsbedarf</b></p>	<p><b>10. Liquiditätsreserve für EEG-Finanzierungsbedarf</b></p>
<p>Die Übertragungsnetzbetreiber können bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs hinsichtlich der Prognose der Einnahmen und Ausgaben nach Nummer 1.1.1 zusätzlich eine Liquiditätsreserve vorsehen. Sehen die Übertragungsnetzbetreiber eine Liquiditätsreserve nach Satz 1 vor, werden die nach Nummer 9.1 abgegrenzten Einnahmen und Ausgaben bei der Ermittlung des Differenzbetrages nach Nummer 1.1.1 nicht berücksichtigt. Die Liquiditätsreserve darf 10 Prozent des Differenzbetrages nach Nummer 1.1.1 nicht überschreiten.</p>	<p>Die Übertragungsnetzbetreiber können bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs hinsichtlich der Prognose der Einnahmen und Ausgaben nach Nummer 1.1.1 zusätzlich eine Liquiditätsreserve vorsehen. Sehen die Übertragungsnetzbetreiber eine Liquiditätsreserve nach Satz 1 vor, werden die nach Nummer 9.1 abgegrenzten Einnahmen und Ausgaben bei der Ermittlung des Differenzbetrages nach Nummer 1.1.1 nicht berücksichtigt. Die Liquiditätsreserve darf 10 Prozent des Differenzbetrages nach Nummer 1.1.1 nicht überschreiten.</p>
<p><b>11. Anforderungen an Prognosen</b></p>	<p><b>11. Anforderungen an Prognosen</b></p>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<p>Die Prognosen für den EEG-Finanzierungsbedarf sind nach dem Stand von Wissenschaft und Technik zu erstellen. Für die Prognose der Einnahmen nach Nummer 4.1 ist, soweit sie für den EEG-Finanzierungsbedarf berücksichtigt werden, der Durchschnitt der täglichen Abrechnungspreise für das 24-Stunden-Jahresprodukt für die deutsche Preiszone an einer Strombörse für das folgende Kalenderjahr zugrunde zu legen. Maßgeblich ist dabei der Handelszeitraum vom 16. Juni bis zum 15. September des laufenden Kalenderjahres. Wenn ein Abrechnungspreis für das Jahresprodukt nach Satz 2 an mehreren Strombörsen vorliegt, ist der Durchschnitt des täglichen Abrechnungspreises an diesen Strombörsen für das Produkt, gewichtet nach dem täglichen Handelsvolumen für das Produkt, für die deutsche Preiszone als täglicher Abrechnungspreis zugrunde zu legen.</p>	<p>Die Prognosen für den EEG-Finanzierungsbedarf sind nach dem Stand von Wissenschaft und Technik zu erstellen. Für die Prognose der Einnahmen nach Nummer 4.1 ist, soweit sie für den EEG-Finanzierungsbedarf berücksichtigt werden, der Durchschnitt der täglichen Abrechnungspreise für das 24-Stunden-Jahresprodukt für die deutsche Preiszone an einer Strombörse für das folgende Kalenderjahr zugrunde zu legen. Maßgeblich ist dabei der Handelszeitraum vom 16. Juni bis zum 15. September des laufenden Kalenderjahres. Wenn ein Abrechnungspreis für das Jahresprodukt nach Satz 2 an mehreren Strombörsen vorliegt, ist der Durchschnitt des täglichen Abrechnungspreises an diesen Strombörsen für das Produkt, gewichtet nach dem täglichen Handelsvolumen für das Produkt, für die deutsche Preiszone als täglicher Abrechnungspreis zugrunde zu legen. <b>Bei der Ermittlung des täglichen Abrechnungspreises nach Satz 4 sind nur Produkte von Strombörsen zu berücksichtigen, die die Übertragungsnetzbetreiber kennen oder kennen müssen und deren tägliche Abrechnungspreise und tägliches Handelsvolumen von den Übertragungsnetzbetreibern mit angemessenem Aufwand abgerufen werden können.</b></p>
<b>12. Verzinsung</b>	<b>12. Verzinsung</b>
<p>Differenzbeträge zwischen Einnahmen und Ausgaben sowie Differenzbeträge zwischen der jeweiligen Umlage in der vereinnahmten Höhe und der zulässigen Höhe sind ab dem Zeitpunkt ihrer Vereinnahmung zu verzinsen. Der Zinssatz beträgt für den Kalendermonat 0,3 Prozentpunkte über dem Monatsdurchschnitt des Euro-Interbank-Offered-Rate-Satzes (Euribor) für die Beschaffung von Einmonatsgeld von ersten Adressen in den Teilnehmerstaaten der Europäischen Währungsunion mit einer Laufzeit von einem Monat. Soweit der tatsächliche Zinssatz den Zinssatz nach Satz 2 übersteigt, sind auch diese Zinseinnahmen als Einnahmen nach Nummer 2.4 anzusehen.</p>	<p>Differenzbeträge zwischen Einnahmen und Ausgaben sowie Differenzbeträge zwischen der jeweiligen Umlage in der vereinnahmten Höhe und der zulässigen Höhe sind ab dem Zeitpunkt ihrer Vereinnahmung zu verzinsen. Der Zinssatz beträgt für den Kalendermonat 0,3 Prozentpunkte über dem Monatsdurchschnitt des Euro-Interbank-Offered-Rate-Satzes (Euribor) für die Beschaffung von Einmonatsgeld von ersten Adressen in den Teilnehmerstaaten der Europäischen Währungsunion mit einer Laufzeit von einem Monat. Soweit der tatsächliche Zinssatz den Zinssatz nach Satz 2 übersteigt, sind auch diese Zinseinnahmen als Einnahmen nach Nummer 2.4 anzusehen.</p>
<b>Anlage 2</b>	<b>Anlage 2</b>
(zu § 31)	u n v e r ä n d e r t
<b>Stromkosten- oder handelsintensive Branchen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf

Liste 1: Wirtschaftszweige mit erheblichem Verlagerungsrisiko
---

<b>WZ-2008-Code<sup>6)</sup></b>	<b>WZ 2008 – Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>
510	Steinkohlenbergbau
620	Gewinnung von Erdgas
710	Eisenerzbergbau
729	Sonstiger NE-Metallerzbergbau
811	Gewinnung von Naturwerksteinen und Natursteinen, Kalk- und Gipsstein, Kreide und Schiefer
891	Bergbau auf chemische und Düngemittelminerale
893	Gewinnung von Salz
899	Gewinnung von Steinen und Erden a. n. g.
1020	Fischverarbeitung
1031	Kartoffelverarbeitung
1032	Herstellung von Frucht- und Gemüsesäften
1039	Sonstige Verarbeitung von Obst und Gemüse
1041	Herstellung von Ölen und Fetten (ohne Margarine und ähnliche Nahrungsfette)
1062	Herstellung von Stärke und Stärkeerzeugnissen
1081	Herstellung von Zucker
1086	Herstellung von homogenisierten und diätetischen Nahrungsmitteln
1104	Herstellung von Wermutwein und sonstigen aromatisierten Weinen
1106	Herstellung von Malz
1310	Spinnstoffaufbereitung und Spinnerei
1320	Weberei
1330	Veredlung von Textilien und Bekleidung
1391	Herstellung von gewirktem und gestricktem Stoff
1393	Herstellung von Teppichen
1394	Herstellung von Seilerwaren
1395	Herstellung von Vliesstoff und Erzeugnissen daraus (ohne Bekleidung)
1396	Herstellung von technischen Textilien
1411	Herstellung von Lederbekleidung
1431	Herstellung von Strumpfwaren
1511	Herstellung von Leder und Lederfaserstoff; Zurichtung und Färben von Fellen
1610	Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke
1621	Herstellung von Furnier-, Sperrholz-, Holzfaser- und Holzspanplatten
1622	Herstellung von Parkettafeln
1629	Herstellung von Holzwaren a. n. g, Kork-, Flecht- und Korbwaren (ohne Möbel)

<sup>6)</sup> Amtlicher Hinweis: Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes, Ausgabe 2008. Zu beziehen beim Statistischen Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden; auch zu beziehen über [www.destatis.de](http://www.destatis.de).

1711	Herstellung von Holz- und Zellstoff
1712	Herstellung von Papier, Karton und Pappe
1722	Herstellung von Haushalts-, Hygiene- und Toilettenartikeln aus Zellstoff, Papier und Pappe
1724	Herstellung von Tapeten
1920	Mineralölverarbeitung
2011	Herstellung von Industriegasen
2012	Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten
2013	Herstellung von sonstigen anorganischen Grundstoffen und Chemikalien
2014	Herstellung von sonstigen organischen Grundstoffen und Chemikalien
2015	Herstellung von Düngemitteln und Stickstoffverbindungen
2016	Herstellung von Kunststoffen in Primärformen
2017	Herstellung von synthetischem Kautschuk in Primärformen
2059	Herstellung von sonstigen chemischen Erzeugnissen a. n. g.
2060	Herstellung von Chemiefasern
2110	Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen
2211	Herstellung und Runderneuerung von Bereifungen
2219	Herstellung von sonstigen Gummiwaren
2221	Herstellung von Platten, Folien, Schläuchen und Profilen aus Kunststoffen
2222	Herstellung von Verpackungsmitteln aus Kunststoffen
2229	Herstellung von sonstigen Kunststoffwaren
2311	Herstellung von Flachglas
2312	Veredlung und Bearbeitung von Flachglas
2313	Herstellung von Hohlglas
2314	Herstellung von Glasfasern und Waren daraus
2319	Herstellung, Veredlung und Bearbeitung von sonstigem Glas einschließlich technischen Glaswaren
2320	Herstellung von feuerfesten keramischen Werkstoffen und Waren
2331	Herstellung von keramischen Wand- und Bodenfliesen und -platten
2342	Herstellung von Sanitärkeramik
2343	Herstellung von Isolatoren und Isolierteilen aus Keramik
2344	Herstellung von keramischen Erzeugnissen für sonstige technische Zwecke
2349	Herstellung von sonstigen keramischen Erzeugnissen
2351	Herstellung von Zement
2391	Herstellung von Schleifkörpern und Schleifmitteln auf Unterlage
2399	Herstellung von sonstigen Erzeugnissen aus nichtmetallischen Mineralien a. n. g.
2410	Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen
2420	Herstellung von Stahlrohren, Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken aus Stahl
2431	Herstellung von Blankstahl
2432	Herstellung von Kaltband mit einer Breite von weniger als 600 mm



2434	Herstellung von kaltgezogenem Draht
2442	Erzeugung und erste Bearbeitung von Aluminium
2443	Erzeugung und erste Bearbeitung von Blei, Zink und Zinn
2444	Erzeugung und erste Bearbeitung von Kupfer
2445	Erzeugung und erste Bearbeitung von sonstigen NE-Metallen
2446	Aufbereitung von Kernbrennstoffen
2451	Eisengießereien
2550	Herstellung von Schmiede-, Press-, Zieh- und Stanzteilen, gewalzten Ringen und pulvermetallurgischen Erzeugnissen
2561	Oberflächenveredlung und Wärmebehandlung
2571	Herstellung von Schneidwaren und Bestecken aus unedlen Metallen
2593	Herstellung von Drahtwaren, Ketten und Federn
2594	Herstellung von Schrauben und Nieten
2611	Herstellung von elektronischen Bauelementen
2720	Herstellung von Batterien und Akkumulatoren
2731	Herstellung von Glasfaserkabeln
2732	Herstellung von sonstigen elektronischen und elektrischen Drähten und Kabeln
2790	Herstellung von sonstigen elektrischen Ausrüstungen und Geräten a. n. g.
2815	Herstellung von Lagern, Getrieben, Zahnrädern und Antriebselementen
3091	Herstellung von Kraftfahrzeugen
3099	Herstellung von sonstigen Fahrzeugen a. n. g.
<b>Liste 2: Wirtschaftszweige mit Verlagerungsrisiko</b>	
<b>WZ-2008-Code</b>	<b>WZ 2008 – Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>
1011	Schlachten (ohne Schlachten von Geflügel)
1012	Schlachten von Geflügel
1042	Herstellung von Margarine u. ä. Nahrungsfetten
1051	Milchverarbeitung (ohne Herstellung von Speiseeis)
1061	Mahl- und Schälmaschinen
1072	Herstellung von Dauerbackwaren
1073	Herstellung von Teigwaren
1082	Herstellung von Süßwaren (ohne Dauerbackwaren)
1085	Herstellung von Fertiggerichten
1089	Herstellung von sonstigen Nahrungsmitteln a. n. g.
1091	Herstellung von Futtermitteln für Nutztiere
1092	Herstellung von Futtermitteln für sonstige Tiere
1107	Herstellung von Erfrischungsgetränken; Gewinnung natürlicher Mineralwässer
1723	Herstellung von Schreibwaren und Bürobedarf aus Papier, Karton und Pappe
1729	Herstellung von sonstigen Waren aus Papier, Karton und Pappe
2051	Herstellung von pyrotechnischen Erzeugnissen

2052	Herstellung von Klebstoffen
2332	Herstellung von Ziegeln und sonstiger Baukeramik
2352	Herstellung von Kalk und gebranntem Gips
2365	Herstellung von Faserzementwaren
2452	Stahlgießereien
2453	Leichtmetallgießereien
2591	Herstellung von Fässern, Trommeln, Dosen, Eimern u. ä. Behältern aus Metall
2592	Herstellung von Verpackungen und Verschlüssen aus Eisen, Stahl und NE-Metall
2932	Herstellung von sonstigen Teilen und sonstigem Zubehör für Kraftwagen

Beschlüsse des 24. Ausschusses

u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<b>Artikel 4</b>	<b>Artikel 4</b>
<b>Änderung des Unterlassungsklagengesetzes</b>	<b>Änderung des Unterlassungsklagengesetzes</b>
§ 2 Absatz 2 Satz 1 Nummer 9 des Unterlassungsklagengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 2002 (BGBl. I S. 3422, 4346), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2123) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	§ 2 Absatz 2 Satz 1 Nummer 9 des Unterlassungsklagengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 2002 (BGBl. I S. 3422, 4346), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2123) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:
„9. die §§ 57, 79 Absatz 2 und 3 sowie § 80 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und § 12 des Energie-Umlagen-Gesetzes, soweit die EEG-Umlage erhoben wird,“.	„9. die §§ 57, 79 Absatz 2 und 3 sowie § 80 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes,“.

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<b>Artikel 5</b>	<b>Artikel 5</b>
<b>Änderung des Energiewirtschafts- gesetzes</b>	<b>Änderung des Energiewirtschafts- gesetzes</b>
<p>Das Energiewirtschaftsgesetz vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom ... [einsetzen: Datum und Fundstelle des Gesetzes zur Absenkung der Kostenbelastungen durch die EEG-Umlage und zur Weitergabe dieser Absenkung an die Letztverbraucher] geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>	<p>Das Energiewirtschaftsgesetz vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom ... [einsetzen: Datum und Fundstelle des Gesetzes zur Absenkung der Kostenbelastungen durch die EEG-Umlage und zur Weitergabe dieser Absenkung an die Letztverbraucher] geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>
	<p><b>1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 14a wie folgt gefasst:</b></p>
	<p>„§ 14a Netzorientierte Steuerung von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen und steuerbaren Netzanschlüssen; Festlegungskompetenzen“.</p>
<p>1. § 13a wird wie folgt geändert:</p>	<p><b>2. unverändert</b></p>
<p>a) In Absatz 1a Satz 3 wird die Angabe „§ 59“ durch die Angabe „§ 57“ ersetzt.</p>	
<p>b) In Absatz 2 Satz 5 wird die Angabe „§ 59“ durch die Angabe „§ 57“ ersetzt.</p>	
<p>2. In § 13i Absatz 2 Satz 6 wird das Wort „jeweils“ durch die Wörter „am 31. Dezember 2022“ ersetzt.</p>	<p><b>3. unverändert</b></p>
	<p><b>4. § 14a wird wie folgt gefasst:</b></p>
	<p>„§ 14a</p>
	<p><b>Netzorientierte Steuerung von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen und steuerbaren Netzanschlüssen; Festlegungskompetenzen</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
	<p>(1) Die Bundesnetzagentur kann durch Festlegung nach § 29 Absatz 1 bundeseinheitliche Regelungen treffen, nach denen Betreiber von Elektrizitätsverteilernetzen und diejenigen Lieferanten oder Letztverbraucher, mit denen sie Netznutzungsverträge abgeschlossen haben, verpflichtet sind, nach den Vorgaben der Bundesnetzagentur Vereinbarungen über die netzorientierte Steuerung von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen oder von Netzanschlüssen mit steuerbaren Verbrauchseinrichtungen (steuerbare Netzanschlüsse) im Gegenzug für Netzentgeltreduzierungen abzuschließen. Dabei kann die netzorientierte Steuerung über wirtschaftliche Anreize, über Vereinbarungen zu Netzanschlussleistungen und über die Steuerung einzelner steuerbarer Verbrauchseinrichtungen erfolgen. Die Festlegung kann insbesondere spezielle Regelungen beinhalten zu:</p>
	<p>1. der Vorrangigkeit des Einsatzes wirtschaftlicher Anreize und von Vereinbarungen zu Netzanschlussleistungen gegenüber der Steuerung einzelner Verbrauchseinrichtungen in der netzorientierten Steuerung,</p>
	<p>2. der Staffelung des Einsatzes mit direkter Regelung von Verbrauchseinrichtungen oder Netzanschlüssen bei relativ wenigen Anwendungsfällen und zu der verstärkten Verpflichtung zu marktlichen Ansätzen bei steigender Anzahl von Anwendungsfällen in einem solchen Markt,</p>
	<p>3. der Verpflichtung des Netzbetreibers, sein Netz im Falle von netzorientierter Steuerung präziser zu überwachen und zu digitalisieren,</p>
	<p>4. Definitionen und Voraussetzungen für steuerbare Verbrauchseinrichtungen oder steuerbare Netzanschlüsse,</p>
	<p>5. Voraussetzungen der netzorientierten Steuerung durch den Netzbetreiber, etwa durch die Vorgabe von Spannungsebenen, und zur diskriminierungsfreien Umsetzung der netzorientierten Steuerung, insbesondere mittels der Vorgabe maximaler Entnahmeleistungen,</p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
	<p>6. Spreizung, Stufung sowie netztopologischer und zeitlicher Granularität wirtschaftlicher Anreize sowie zu Fristen der spätesten Bekanntgabe von Änderungen wirtschaftlicher Anreize, um Fehlanreize im vortägigen Stromhandel zu vermeiden,</p>
	<p>7. von einer Rechtsverordnung nach § 18 abweichenden besonderen Regelungen für den Netzanschluss und die Anschlussnutzung, insbesondere zu Anschlusskosten und Baukostenzuschüssen,</p>
	<p>8. Methoden für die bundeseinheitliche Ermittlung von Entgelten für den Netzzugang für steuerbare Verbrauchseinrichtungen und steuerbare Netzanschlüsse im Sinne des Satzes 1,</p>
	<p>9. Netzzustandsüberwachung und Bilanzierung durch den Netzbetreiber sowie Vorgaben zur Messung.</p>
	<p>(2) Bis zur Festlegung bundeseinheitlicher Regelungen nach Absatz 1 haben Betreiber von Elektrizitätsverteilernetzen denjenigen Lieferanten und Letztverbrauchern im Bereich der Niederspannung, mit denen sie Netznutzungsverträge abgeschlossen haben, ein reduziertes Netzentgelt zu berechnen, wenn mit ihnen im Gegenzug die netzorientierte Steuerung von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen, die über einen separaten Zählpunkt verfügen, vereinbart wird. Die Bundesnetzagentur kann durch Festlegung nach § 29 Absatz 1 Regelungen zu Definition und Voraussetzungen für steuerbare Verbrauchseinrichtungen, zum Umfang einer Netzentgeltreduzierung nach Satz 1 oder zur Durchführung von Steuerungshandlungen treffen und Netzbetreiber verpflichten, auf Verlangen Vereinbarungen gemäß Satz 1 nach diesen Regelungen anzubieten.</p>
	<p>(3) Als steuerbare Verbrauchseinrichtungen im Sinne von Absatz 1 und 2 gelten insbesondere Wärmepumpen, nicht öffentlich-zugängliche Ladepunkte für Elektromobile, Anlagen zur Erzeugung von Kälte oder zur Speicherung elektrischer Energie und Nachtstromspeicherheizungen, solange und soweit die Bundesnetzagentur in einer Festlegung nach Absatz 1 oder 2 nichts anderes vorsieht.</p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
	<p><b>(4) Sobald die Messstelle mit einem intelligenten Messsystem ausgestattet wurde, hat die Steuerung entsprechend den Vorgaben des Messstellenbetriebsgesetzes und der konkretisierenden Technischen Richtlinien und Schutzprofile des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik sowie gemäß den Festlegungen der Bundesnetzagentur über ein Smart-Meter-Gateway nach § 2 Satz 1 Nummer 19 des Messstellenbetriebsgesetzes zu erfolgen. Die Bundesnetzagentur kann Bestands- und Übergangsregeln für Vereinbarungen treffen, die vor Inkrafttreten der Festlegungen geschlossen worden sind.“</b></p>
<p>3. § 17f wird wie folgt geändert:</p>	<p>5. § 17f wird wie folgt geändert:</p>
<p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p>	<p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p>
<p>„(1) Soweit sich aus den nachfolgenden Absätzen oder einer Rechtsverordnung nichts anderes ergibt, werden den Übertragungsnetzbeteibern nach den Vorgaben des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> die Kosten erstattet</p>	<p>„(1) Soweit sich aus den nachfolgenden Absätzen oder einer Rechtsverordnung nichts anderes ergibt, werden den Übertragungsnetzbeteibern nach den Vorgaben des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> die Kosten erstattet</p>
<p>1. für Entschädigungszahlungen nach § 17e,</p>	<p>1. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>2. für Maßnahmen aus einem der Bundesnetzagentur vorgelegten Schadensminderungskonzept nach Absatz 3 Satz 2 und 3,</p>	<p>2. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>3. nach § 17d Absatz 1 und 6,</p>	<p>3. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>4. nach den §§ 17a und 17b,</p>	<p>4. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>5. nach § 12b Absatz 1 Satz 3 Nummer 7 und</p>	<p>5. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>6. für den Flächenentwicklungsplan nach § 5 des Windenergie-auf-See-Gesetzes.</p>	<p>6. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>Zu den nach Satz 1 Nummer 1 erstattungsfähigen Kosten zählen auch die Kosten für eine Zwischenfinanzierung der Entschädigungszahlungen. Von den nach Satz 1 Nummer 1 erstattungsfähigen Kosten sind anlässlich des Schadensereignisses nach § 17e erhaltene Vertragsstrafen, Versicherungsleistungen oder sonstige Leistungen Dritter abzuziehen.“</p>	<p>Zu den nach Satz 1 Nummer 1 erstattungsfähigen Kosten zählen auch die Kosten für eine Zwischenfinanzierung der Entschädigungszahlungen. Von den nach Satz 1 Nummer 1 erstattungsfähigen Kosten sind anlässlich des Schadensereignisses nach § 17e erhaltene Vertragsstrafen, Versicherungsleistungen oder sonstige Leistungen Dritter abzuziehen.“</p>
<p>b) Absatz 2 Satz 1 und 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:</p>	<p>b) Absatz 2 Satz 1 und 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:</p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>„Soweit der anbindungsverpflichtete Übertragungsnetzbetreiber die Störung der Netzanbindung im Sinn von § 17e Absatz 1 oder die nicht rechtzeitige Fertigstellung der Anbindungsleistung im Sinn von § 17e Absatz 2 verursacht hat, werden die Kosten nach Absatz 1 Satz 1 nach den Vorgaben des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> im Fall einer</p>	<p>„Soweit der anbindungsverpflichtete Übertragungsnetzbetreiber die Störung der Netzanbindung im Sinn von § 17e Absatz 1 oder die nicht rechtzeitige Fertigstellung der Anbindungsleistung im Sinn von § 17e Absatz 2 verursacht hat, werden die Kosten nach Absatz 1 Satz 1 nach den Vorgaben des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> im Fall einer</p>
<p>1. vorsätzlichen Verursachung nicht erstattet,</p>	<p>1. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>2. fahrlässigen Verursachung nach Abzug eines Eigenanteils erstattet.</p>	<p>2. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>Der Eigenanteil nach Satz 1 Nummer 2 darf bei der Ermittlung der Netzentgelte nicht berücksichtigt werden. Er beträgt pro Kalenderjahr</p>	<p>Der Eigenanteil nach Satz 1 Nummer 2 darf bei der Ermittlung der Netzentgelte nicht berücksichtigt werden. Er beträgt pro Kalenderjahr</p>
<p>1. 20 Prozent für Kosten bis zu einer Höhe von 200 Millionen Euro,</p>	<p>1. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>2. 15 Prozent für Kosten, die 200 Millionen übersteigen, bis zu einer Höhe von 400 Millionen Euro,</p>	<p>2. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>3. 10 Prozent für Kosten, die 400 Millionen übersteigen, bis zu einer Höhe von 600 Millionen Euro,</p>	<p>3. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>4. 5 Prozent für Kosten, die 600 Millionen übersteigen, bis zu einer Höhe von 1 000 Millionen Euro.“</p>	<p>4. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>c) Absatz 3 Satz 4 wird wie folgt gefasst:</p>	<p>c) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>„Eine Erstattung der Kosten nach Absatz 1 findet nur statt, soweit der anbindungsverpflichtete Übertragungsnetzbetreiber nachweist, dass er alle möglichen zumutbaren Schadensminderungsmaßnahmen nach Satz 1 ergriffen hat.“</p>	
<p>d) Die Absätze 4 bis 7 werden durch folgenden Absatz 4 ersetzt:</p>	<p>d) Die Absätze 4 bis 7 werden durch folgenden Absatz 4 ersetzt:</p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>„(4) Der rechnerische Anteil an der zur Erstattung der Kosten nach Absatz 1 nach § 12 Absatz 1 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> erhobenen Umlage, der auf die Kosten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 entfällt, darf höchstens 0,25 Cent pro Kilowattstunde betragen. Entschädigungszahlungen nach § 17e, die wegen einer Überschreitung des zulässigen Höchstwerts nach Satz 1 in einem Kalenderjahr nicht erstattet werden können, werden einschließlich der Kosten des betroffenen anbindungsverpflichteten Übertragungsnetzbetreibers für eine Zwischenfinanzierung in den folgenden Kalenderjahren erstattet.“</p>	<p>„(4) Der rechnerische Anteil an der zur Erstattung der Kosten nach Absatz 1 nach § 12 Absatz 1 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> erhobenen Umlage, der auf die Kosten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 entfällt, darf höchstens 0,25 Cent pro Kilowattstunde betragen. Entschädigungszahlungen nach § 17e, die wegen einer Überschreitung des zulässigen Höchstwerts nach Satz 1 in einem Kalenderjahr nicht erstattet werden können, werden einschließlich der Kosten des betroffenen anbindungsverpflichteten Übertragungsnetzbetreibers für eine Zwischenfinanzierung in den folgenden Kalenderjahren erstattet.“</p>
<p>4. In § 21a Absatz 5a Satz 5 werden nach dem Wort „Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes“ die Wörter „in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung“ eingefügt.</p>	<p>6. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>5. In § 40 Absatz 3 Nummer 3 werden die Wörter „§ 17f Absatz 5 sowie nach § 60 Absatz 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, § 26 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes“ durch die Wörter „§ 12 Absatz 1 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i>“ ersetzt.</p>	<p>7. In § 40 Absatz 3 Nummer 3 werden die Wörter „§ 17f Absatz 5 sowie nach § 60 Absatz 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, § 26 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes“ durch die Wörter „§ 12 Absatz 1 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b>“ ersetzt.</p>
<p>6. § 42 wird wie folgt geändert:</p>	<p>8. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird das Wort „Elektrizitätsversorgungsunternehmen“ durch das Wort „Stromlieferanten“ ersetzt.</p>	
<p>bb) In Nummer 1 werden jeweils die Wörter „finanziert aus der EEG-Umlage“ durch die Wörter „gefördert nach dem EEG“ ersetzt.</p>	
<p>cc) In Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.</p>	
<p>dd) Folgende Nummer 3 wird angefügt:</p>	



Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>„3. hinsichtlich der erneuerbaren Energien mit Herkunftsnachweis, nicht gefördert nach dem EEG, die Information, in welchen Staaten die den entwerteten Herkunftsnachweisen zugrunde liegende Strommenge erzeugt worden ist und deren Anteil an der Liefermenge erneuerbarer Energien mit Herkunftsnachweis.“</p>	
<p>b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>aa) In Satz 1 wird das Wort „Elektrizitätsversorgungsunternehmen“ durch das Wort „Stromlieferant“ ersetzt und werden die Wörter „finanziert aus der EEG-Umlage“ durch die Wörter „gefördert nach dem EEG,““ ersetzt.</p>	
<p>bb) In Satz 2 wird das Wort „Elektrizitätsversorgungsunternehmen“ durch das Wort „Stromlieferanten“ ersetzt und werden die Wörter „finanziert aus der EEG-Umlage“ durch die Wörter „gefördert nach dem EEG“ ersetzt.</p>	
<p>c) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:</p>	
<p>„(3a) Die Anteile der nach Absatz 3 anzugebenden Energieträger mit Ausnahme des Anteils für Strom aus erneuerbaren Energien, gefördert nach dem EEG, sind entsprechend anteilig für den jeweiligen Letztverbraucher um den Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien, gefördert nach dem EEG, an der Stromerzeugung in Deutschland zu reduzieren.“</p>	
<p>d) Absatz 5 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>aaa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „das Elektrizitätsunternehmen“ durch die Wörter „der Stromlieferant“ ersetzt.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
bbb) In Nummer 2 werden die Wörter „aus der EEG-Umlage finanziert“ durch die Wörter „nach dem EEG gefördert“ ersetzt.	
bb) In Satz 2 wird das Wort „Elektrizitätsversorgungsunternehmen“ durch das Wort „Stromlieferanten“ und werden die Wörter „finanziert aus der EEG-Umlage“ durch die Wörter „gefördert nach dem EEG“ ersetzt.	
e) Absatz 7 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 wird das Wort „Elektrizitätsversorgungsunternehmen“ durch das Wort „Stromlieferanten“ ersetzt.	
bb) Nach Satz 2 werden die folgenden Sätze eingefügt:	
„Das Umweltbundesamt ist befugt, die Richtigkeit der Stromkennzeichnung zu überprüfen, soweit diese die Ausweisung von Strom aus erneuerbaren Energien betrifft. Im Fall einer Unrichtigkeit dieses Teils der Stromkennzeichnung kann das Umweltbundesamt gegenüber dem betreffenden Stromlieferanten die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung der Richtigkeit der Stromkennzeichnung anordnen.“	
f) In Absatz 8 Satz 1 wird das Wort „Energie“ durch das Wort „Klimaschutz“ und werden die Wörter „Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ durch die Wörter „Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz“ ersetzt.	
7. Dem § 42a wird folgender Absatz 5 angefügt:	9. unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>„(5) Im Fall der Belieferung von Letztverbrauchern mit Mieterstrom nach § 21 Absatz 3 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist § 42 Absatz 3a nur für den Teil des gelieferten Stroms anzuwenden, der nicht über den Mieterstromzuschlag nach § 21 Absatz 3 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gefördert wird. Der in einem Kalenderjahr gelieferte und mit dem Mieterstromzuschlag nach § 21 Absatz 3 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes geförderte Strom ist zu Zwecken der Stromkennzeichnung auf die jeweiligen Letztverbraucher nach dem Verhältnis ihrer Jahresstromverbräuche zu verteilen und den Letztverbrauchern entsprechend auszuweisen. Der Strom nach Satz 2 ist als Mieterstrom, gefördert nach dem EEG, zu kennzeichnen.“</p>	
<p>8. In § 95 Absatz 2 Satz 4 Nummer 2 werden die Wörter „§ 26 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I 2498) in der jeweils geltenden Fassung und der Umlagen nach den §§ 60 bis 61 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066) in der jeweils geltenden Fassung“ durch die Wörter „§ 12 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i>“ ersetzt.</p>	<p>10. In § 95 Absatz 2 Satz 4 Nummer 2 werden die Wörter „§ 26 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I 2498) in der jeweils geltenden Fassung und der Umlagen nach den §§ 60 bis 61 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066) in der jeweils geltenden Fassung“ durch die Wörter „§ 12 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b>“ ersetzt.</p>
<p>9. Dem § 111e wird folgender Absatz 7 angefügt:</p>	<p>11. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>„(7) Die Übertragungsnetzbetreiber erstatten der Bundesnetzagentur die Sachmittel für den Betrieb, die Erhaltung und die Weiterentwicklung des Registers, soweit diese von der Bundesnetzagentur für externe Dienstleistungen zu entrichten sind, als Gesamtschuldner.“</p>	
<p>10. § 111f wird wie folgt geändert:</p>	<p>12. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>a) In Nummer 2 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb wird die Angabe „§ 5 Nummer 10“ durch die Angabe „§ 3 Nummer 17“ ersetzt.</p>	
<p>b) Nummer 11 Buchstabe d wird wie folgt geändert:</p>	
<p>aa) Die Doppelbuchstaben aa und bb werden aufgehoben.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
bb) Die bisherigen Doppelbuchstaben cc bis ff werden die Doppelbuchstaben aa bis dd.	
<b>Artikel 6</b>	<b>Artikel 6</b>
<b>Änderung der Stromnetzentgeltverordnung</b>	<b>Änderung der Stromnetzentgeltverordnung</b>
Die Stromnetzentgeltverordnung vom 25. Juli 2005 (BGBl. I S. 2225), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 27. Juli 2021 (BGBl. I S. 3229) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Die Stromnetzentgeltverordnung vom 25. Juli 2005 (BGBl. I S. 2225), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 27. Juli 2021 (BGBl. I S. 3229) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In § 19 Absatz 2 Satz 16 werden die Wörter „§§ 62a, 62b und 104 Absatz 10 und 11 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sowie § 27b des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes“ durch die Wörter „§§ 21, 45 und 46 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> “ ersetzt.	1. In § 19 Absatz 2 Satz 16 werden die Wörter „§§ 62a, 62b und 104 Absatz 10 und 11 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sowie § 27b des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes“ durch die Wörter „§§ 21, 45 und 46 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> “ ersetzt.
2. In § 28 Absatz 2 Nummer 9 werden die Wörter „§ 57 Absatz 3 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ durch die Wörter „§ 13 Absatz 2 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> “ ersetzt.	2. In § 28 Absatz 2 Nummer 9 werden die Wörter „§ 57 Absatz 3 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ durch die Wörter „§ 13 Absatz 2 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> “ ersetzt.
3. In § 32 Absatz 10 Satz 3 werden die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt.	3. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<b>Artikel 7</b>	<b>Artikel 7</b>
<b>Änderung der Stromgrundversorgungsverordnung</b>	<b>Änderung der Stromgrundversorgungsverordnung</b>
<p>In § 2 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe c der Stromgrundversorgungsverordnung vom 26. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2391), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 22. November 2021 (BGBl. I S. 4946) geändert worden ist, werden die Wörter „nach § 60 Absatz 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, § 26 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, § 19 Absatz 2 der Stromnetzentgeltverordnung, § 17f Absatz 5 des Energiewirtschaftsgesetzes“ durch die Wörter „nach § 12 Absatz 1 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i>, § 19 Absatz 2 der Stromnetzentgeltverordnung“ ersetzt.</p>	<p>In § 2 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe c der Stromgrundversorgungsverordnung vom 26. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2391), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 22. November 2021 (BGBl. I S. 4946) geändert worden ist, werden die Wörter „nach § 60 Absatz 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, § 26 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, § 19 Absatz 2 der Stromnetzentgeltverordnung, § 17f Absatz 5 des Energiewirtschaftsgesetzes“ durch die Wörter „nach § 12 Absatz 1 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b>, § 19 Absatz 2 der Stromnetzentgeltverordnung“ ersetzt.</p>
<b>Artikel 8</b>	<b>Artikel 8</b>
<b>Änderung der Anreizregulierungsverordnung</b>	<b>Änderung der Anreizregulierungsverordnung</b>
<p>Die Anreizregulierungsverordnung vom 29. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2529), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 23. November 2021 (BGBl. I S. 4955) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>	<p>Die Anreizregulierungsverordnung vom 29. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2529), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 23. November 2021 (BGBl. I S. 4955) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>
<p>1. In § 11 Absatz 2 Satz 1 Nummer 8 werden die Wörter „§ 57 Absatz 3 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ durch die Wörter „§ 13 Absatz 2 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i>“ ersetzt.</p>	<p>1. In § 11 Absatz 2 Satz 1 Nummer 8 werden die Wörter „§ 57 Absatz 3 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ durch die Wörter „§ 13 Absatz 2 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b>“ ersetzt.</p>
<p>2. In § 17 Absatz 2 Satz 4 werden nach dem Wort „Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes“ die Wörter „in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung“ eingefügt.</p>	<p>2. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
3. In § 25a Absatz 2 Satz 1, § 33 Absatz 1 Satz 1, Absatz 3, 5, 6 Satz 1 und Absatz 7 Satz 1 werden jeweils die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt.	3. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
<b>Artikel 9</b>	<b>Artikel 9</b>
<b>Änderung der Verordnung zu abschaltbaren Lasten</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Die Verordnung zu abschaltbaren Lasten vom 16. August 2016 (BGBl. I S. 1984), die zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 3026) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In § 17 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 3 werden jeweils die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt.	
2. In § 18 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung“ durch die Wörter „in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung“ ersetzt.	
<b>Artikel 10</b>	<b>Artikel 10</b>
<b>Änderung der Marktstammdatenregisterverordnung</b>	<b>Änderung der Marktstammdatenregisterverordnung</b>
Die Marktstammdatenregisterverordnung vom 10. April 2017 (BGBl. I S. 842), die zuletzt durch Artikel 9a des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 3026) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Die Marktstammdatenregisterverordnung vom 10. April 2017 (BGBl. I S. 842), die zuletzt durch Artikel 9a des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 3026) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 11 wie folgt gefasst:	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„§ 11 (weggefallen)“	
2. § 5 wird wie folgt geändert:	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	
„Betreiber von Strom- und Gasverbrauchseinheiten und Gaserzeugungseinheiten können Einheiten, die sich in derselben technischen Lokation befinden, zusammengefasst als eine Einheit registrieren.“	
b) In Absatz 2 Nummer 3 werden die Wörter „installierten Leistung“ durch das Wort „Nettonennleistung“ ersetzt.	
3. § 10 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:	3. § 10 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:
a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:	a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:
„1. ihr nach Teil 5 Abschnitt 2 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> übermittelt worden sind,“.	„1. ihr nach Teil 5 Abschnitt 2 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> übermittelt worden sind,“.
b) In Nummer 6 wird das Wort „oder“ am Ende durch ein Komma ersetzt.	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
c) In Nummer 7 wird der Punkt am Ende durch das Wort „oder“ ersetzt.	c) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
d) Folgende Nummer 8 wird angefügt:	d) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„8. ihr im Rahmen einer Anforderung nach § 13 Absatz 4 übermittelt worden sind.“	
4. § 11 wird wie folgt gefasst:	4. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
„§ 11	
(weggefallen)“.	
5. In § 13 Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „Bei Daten zu Stromerzeugungseinheiten, die Teil einer EEG- oder KWK-Anlage sind, beginnt die Frist“ durch die Wörter „Die Frist nach Satz 1 beginnt bei Daten zu Stromerzeugungseinheiten, die Teil einer EEG- oder KWK-Anlage sind, die eine Zahlung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz oder dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz in Anspruch nehmen wollen, deren Höhe nicht durch Ausschreibungen ermittelt worden ist,“ ersetzt.	5. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
	6. <b>§ 17 wird wie folgt geändert:</b>
	a) In Absatz 1 Satz 2 wird nach den Wörtern „ <b>personenbezogenen Daten,</b> “ das Wort „den“ durch das Wort „ <b>dem</b> “ ersetzt.
	b) In Absatz 3 Satz 2 wird nach den Wörtern „ <b>zuständigen Übertragungsnetzbetreiber und</b> “ das Wort „die“ durch das Wort „ <b>den</b> “ ersetzt.
6. § 19 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	7. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„(1) Die Bundesnetzagentur veröffentlicht spätestens zum letzten Kalendertag eines Monats den im vorangegangenen Monat gemeldeten Zubau der erneuerbaren Energien auf einer von ihr betriebenen Internetseite.“	
7. In § 4 Absatz 1 Nummer 1 und § 16 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 werden jeweils die Wörter „ <b>Wirtschaft und Energie</b> “ durch die Wörter „ <b>Wirtschaft und Klimaschutz</b> “ ersetzt.	8. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
8. Die Anlage wird wie folgt geändert:	9. Die Anlage wird wie folgt geändert:
a) Im Abkürzungsverzeichnis wird die Nummer *12 wie folgt gefasst:	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf

„*12	Ab einer Nettonennleistung von 1 MW“.
------	---------------------------------------



Beschlüsse des 24. Ausschusses

u n v e r ä n d e r t

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
b) In Tabelle I wird in Nummer I.1.10 in der Spalte „Art der Angabe“ die Angabe „R“ gestrichen.	b) u n v e r ä n d e r t
	<b>c) In Tabelle I werden die Nummer I.5.3 und I.5.3.1 gestrichen.</b>
c) Tabelle II wird wie folgt geändert:	<b>d) Tabelle II wird wie folgt geändert:</b>
aa) Nummer II.1.1.14 wird wie folgt gefasst:	aa) Nummer II.1.1.14 wird wie folgt gefasst:

**Entwurf**

„II.1.1.14	Art der Einspeisung		P			NP	“.
------------	---------------------	--	---	--	--	----	----

Beschlüsse des 24. Ausschusses

„II.1.1.14	Art der Einspeisung		R			NP	“.
------------	---------------------	--	---	--	--	----	----

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
bb) Nummer II.1.1.25 wird wie folgt gefasst:	bb) u n v e r ä n d e r t

**Entwurf**

„II.1.1.25	Anlage nach dem EEG		R			NP	VE: [U]“
------------	---------------------	--	---	--	--	----	-------------

Beschlüsse des 24. Ausschusses

u n v e r ä n d e r t

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
cc) In Nummer II.1.3.4 werden in der Spalte „Datum“ die Wörter „Steigerung der Nettonennleistung durch Kombibetrieb“ durch die Wörter „Nettonennleistung im Kombibetrieb“ ersetzt.	cc) u n v e r ä n d e r t
dd) Nummer II.1.3.12 wird wie folgt gefasst:	dd) u n v e r ä n d e r t

Entwurf

„II.1.3.12	KWK-Anlage		R			NP	“.
------------	------------	--	---	--	--	----	----

Beschlüsse des 24. Ausschusses

u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
ee) Nummer II.1.5.2 wird wie folgt gefasst:	ee) u n v e r ä n d e r t

Entwurf

„II.1.5.2	KWK-Anlage					NP	“.
-----------	------------	--	--	--	--	----	----

Beschlüsse des 24. Ausschusses

u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
ff) Nach Nummer II.1.7.1.8 wird folgende Nummer II.1.7.1.9 eingefügt:	ff) u n v e r ä n d e r t

Entwurf

„II.1.7.1.9	Einrichtung zur bedarfsge- steuerten Nachtkennezeichnung		P			NP	“.
-------------	---	--	---	--	--	----	----

Beschlüsse des 24. Ausschusses

u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
gg) Nach Nummer II.2.1.5 wird folgende Nummer II.2.1.6 eingefügt:	gg) u n v e r ä n d e r t

Entwurf

„II.2.1.6	Betrieb durch eine Bürger- energiegesellschaft nach § 22 EEG					NP	WI: [I]: P, [II]: P SO (nur Anlagen erstes Segment) [II]: P“.
-----------	--	--	--	--	--	----	---

Beschlüsse des 24. Ausschusses

u n v e r ä n d e r t

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
hh) Nummer II.3.1.2 wird wie folgt gefasst:	hh) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf

„II.3.1.2	Elektrische KWK-Leistung		R			NP	“.
-----------	--------------------------	--	---	--	--	----	----

Beschlüsse des 24. Ausschusses

**u n v e r ä n d e r t**

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
ii) Nummer II.3.1.3 wird wie folgt gefasst:	ii) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf

„II.3.1.3	Inbetriebnahmedatum		R			NP	“.
-----------	---------------------	--	---	--	--	----	----

Beschlüsse des 24. Ausschusses

**u n v e r ä n d e r t**

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
d) Tabelle III wird wie folgt geändert:	e) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
aa) Nummer III.1.5 wird wie folgt gefasst:	

Entwurf

„III.1.5	Inbetriebnahmedatum		R				“.
----------	---------------------	--	---	--	--	--	----

Beschlüsse des 24. Ausschusses

**u n v e r ä n d e r t**

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
bb) Nummer III.1.6 wird wie folgt gefasst:	

Entwurf

„III.1.6	Datum der endgültigen Stilllegung			R			“.
----------	-----------------------------------	--	--	---	--	--	----

Beschlüsse des 24. Ausschusses

**u n v e r ä n d e r t**

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
cc) Nummer III.1.7 wird wie folgt gefasst:	

Entwurf

„III.1.7	Netzbetreiber		R				“.
----------	---------------	--	---	--	--	--	----

Beschlüsse des 24. Ausschusses

u n v e r ä n d e r t

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
dd) Die Nummern III.2.3 und III.2.4 werden aufgehoben.	
e) Tabelle V wird wie folgt geändert:	<b>f)</b> Tabelle V wird wie folgt geändert:
aa) Nach Nummer V.2.1.3 wird folgende Nummer V.2.1.4 eingefügt:	aa) u n v e r ä n d e r t

Entwurf

„V.2.1.4	Status Netzanschlusspunkt	R				“.
----------	---------------------------	---	--	--	--	----

Beschlüsse des 24. Ausschusses

u n v e r ä n d e r t

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
	<b>bb)</b> Die Nummer V.3.1.1 wird aufgehoben.
	<b>cc)</b> Die bisherigen Nummern V.3.1.2 und V.3.1.3 werden Nummern V.3.1.1 und V.3.1.2.
<b>bb)</b> Nach Nummer V.3.1.3 wird folgende Nummer V.3.1.4 eingefügt:	<b>dd)</b> Nach <b>der neuen</b> Nummer V.3.1.2 wird folgende Nummer V.3.1.3 eingefügt:

Entwurf

„V.3.1.4	Status Netzanschlusspunkt	R				“.
----------	---------------------------	---	--	--	--	----

Beschlüsse des 24. Ausschusses

„V.3.1.3	Status punkt	Netzanschluss-	R			“.
----------	-----------------	----------------	---	--	--	----

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
	<b>Artikel 10a</b>
	<b>Änderung des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes Übertragungsnetz</b>
	Nach § 18 Absatz 4 des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes Übertragungsnetz vom 28. Juli 2011 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 298) geändert worden ist, wird folgender Absatz 4a eingefügt:
	„(4a) Für die Änderung oder Erweiterung einer Leitung nach § 3 Nummer 1 ist § 45c Absatz 1 Satz 1, 2 und 4 und Absatz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt [...] geändert worden ist, entsprechend anzuwenden mit den Maßgaben, dass
	1. der Umfang der artenschutzrechtlichen Prüfung auch ohne Änderungsgenehmigungsverfahren unberührt bleibt und
	2. die Berücksichtigung als Vorbelastung nur auf Antrag des Vorhabenträgers erfolgt.“
<b>Artikel 11</b>	<b>Artikel 11</b>
<b>Änderung des Messstellenbetriebsgesetzes</b>	<b>Änderung des Messstellenbetriebsgesetzes</b>
Das Messstellenbetriebsgesetz vom 29. August 2016 (BGBl. I S. 2034), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 3026) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Messstellenbetriebsgesetz vom 29. August 2016 (BGBl. I S. 2034), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 3026) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In § 8 Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „nach der Stromnetzzugangsverordnung und der Gasnetzzugangsverordnung“ gestrichen.	1. unverändert
2. § 35 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:	2. unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>„2. bei Letztverbrauchern mit einem Jahresstromverbrauch von höchstens 10 000 Kilowattstunden, soweit es der Stromtarif im Sinne von § 41a des Energiewirtschaftsgesetzes erfordert, maximal die tägliche Bereitstellung von Zählerstandsgängen des Vortages gegenüber dem Energielieferanten, dem Betreiber von Verteilernetzen sowie dem Übertragungsnetzbetreiber und Bilanzkoordinator sowie“.</p>	
<p>3. In § 50 Absatz 1 Nummer 3 werden nach den Wörtern „Erneuerbare-Energien-Gesetzes,“ die Wörter „des <b>Energie-Umlagen-Gesetzes,</b>“ eingefügt.</p>	<p>3. In § 50 Absatz 1 Nummer 3 werden nach den Wörtern „Erneuerbare-Energien-Gesetzes,“ die Wörter „des <b>Energiefinanzierungsgesetzes,</b>“ eingefügt.</p>
<p>4. § 55 wird wie folgt geändert:</p>	<p>4. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>a) In Absatz 1 Nummer 2 wird das Wort „registrierte“ durch „registrierende“ ersetzt.</p>	
<p>b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Zählerstandgangmessung“ die Wörter „oder, soweit vorhanden, durch eine viertelstündige registrierende Einspeisegangmessung“ eingefügt.</p>	
<p>bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:</p>	
<p>„Ist weder ein intelligentes Messsystem noch eine viertelstündige registrierende Einspeisegangmessung vorhanden, so erfolgt die Messung durch Erfassung der eingespeisten elektrischen Arbeit entsprechend den Anforderungen des Netzbetreibers.“</p>	
<p>5. § 60 Absatz 3 wird wie folgt geändert:</p>	<p>5. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>a) In Nummer 1 Buchstabe b wird nach dem Wort „sowie“ das Wort „bei“ gestrichen.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
b) In Nummer 2 Buchstabe b, Nummer 3 Buchstabe b und Nummer 4 Buchstabe b werden jeweils die Wörter „sowie bei bei“ durch die Wörter „im Fall des § 35 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 sowie bei“ ersetzt.	
6. § 66 Absatz 1 Nummer 9 wird wie folgt gefasst:	6. § 66 Absatz 1 Nummer 9 wird wie folgt gefasst:
„9. Erhebung von Umlagen nach dem <i>Energie-Umlagen-Gesetz</i> ,“.	„9. Erhebung von Umlagen nach dem <b>Energiefinanzierungsgesetz</b> ,“.
7. § 67 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	7. § 67 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
a) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 59“ durch die Angabe „§ 57“ ersetzt.	a) u n v e r ä n d e r t
b) In Nummer 8 werden die Wörter „§ 57 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ durch die Wörter „§ 13 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> “ ersetzt.	b) In Nummer 8 werden die Wörter „§ 57 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ durch die Wörter „§ 13 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> “ ersetzt.
c) Nummer 9 wird wie folgt gefasst:	c) Nummer 9 wird wie folgt gefasst:
„9. Erhebung von Umlagen nach dem <i>Energie-Umlagen-Gesetz</i> ,“.	„9. Erhebung von Umlagen nach dem <b>Energiefinanzierungsgesetz</b> ,“.
8. § 69 Absatz 1 Nummer 7 wird wie folgt gefasst:	8. u n v e r ä n d e r t
„7. (weggefallen)“.	
<b>Artikel 12</b>	<b>Artikel 12</b>
<b>Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes</b>	<b>Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes</b>
Das Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901) geändert worden ist, wird <i>wie folgt geändert</i> :	<b>Dem § 36 des</b> Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901) geändert worden ist, wird <b>folgender Absatz 3 angefügt</b> :
1. <i>In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 35 folgende Angabe eingefügt:</i>	<b>entfällt</b>
„§ 35a <i>Behördliche Bescheinigungen und Feststellungen zu Wasserkraftanlagen</i> “.	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
2. <i>In § 31 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 wird das Komma am Ende durch die Wörter „; § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist nicht anzuwenden,“ ersetzt.</i>	<b>entfällt</b>
3. <i>Nach § 35 wird folgender § 35a eingefügt:</i>	<b>entfällt</b>
<i>„§ 35a</i>	
<i>Behördliche Bescheinigungen und Feststellungen zu Wasserkraftanlagen</i>	
<i>Auf Antrag des Betreibers einer Wasserkraftanlage erteilt die zuständige Behörde eine Bescheinigung nach § 40 Absatz 2 Satz 4 Nummer 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, wenn die Wasserkraftnutzung den Anforderungen nach den §§ 33 bis 35 entspricht. Im Rahmen ihrer Aufgabe nach § 100 Absatz 1 Satz 1 trifft die zuständige Behörde auch Feststellungen nach § 40 Absatz 4a des Erneuerbare- Energien-Gesetzes.“</i>	
4. <i>Dem § 36 wird folgender Absatz 3 angefügt:</i>	<b>entfällt</b>
<i>„(3) Eine Solaranlage darf nicht errichtet und betrieben werden</i>	<i>„(3) Eine Solaranlage darf nicht errichtet und betrieben werden</i>
1. <i>in und über einem oberirdischen Gewässer, das kein künstliches oder erheblich verändertes Gewässer ist, und</i>	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. <i>in und über einem künstlichen oder erheblich veränderten Gewässer, wenn ausgehend von der Linie des Mittelwasserstandes</i>	2. <i>in und über einem künstlichen oder erheblich veränderten Gewässer, wenn ausgehend von der Linie des Mittelwasserstandes</i>
a) <i>die Anlage mehr als 15 Prozent der Gewässerfläche bedeckt oder</i>	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
b) <i>der Abstand zum Ufer weniger als 50 Meter beträgt.“</i>	b) <i>der Abstand zum Ufer weniger als <b>40</b> Meter beträgt.“</i>



Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<b>Artikel 13</b>	<b>Artikel 13</b>
<b>Änderung der Erneuerbare-Energien-Verordnung</b>	<b>Änderung der Erneuerbare-Energien-Verordnung</b>
Die Erneuerbare-Energien-Verordnung vom 17. Februar 2015 (BGBl. I S. 146), die zuletzt durch Artikel 87 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Die Erneuerbare-Energien-Verordnung vom 17. Februar 2015 (BGBl. I S. 146), die zuletzt durch Artikel 87 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 3 wird wie folgt geändert:	1. § 3 wird wie folgt geändert:
a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
„Die EEG-Umlage nach § 60 Absatz 1 Satz 1 kann keinen negativen Wert annehmen.“	„Die EEG-Umlage nach § 60 Absatz 1 Satz 1 <b>des Erneuerbare-Energien-Gesetzes</b> kann keinen negativen Wert annehmen.“
b) Nach Absatz 3a wird folgender Absatz 3b eingefügt:	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„(3b) Der Bescheid über die Feststellung der Bundesmittel nach Absatz 3a Satz 2 kann ganz oder teilweise widerrufen werden, soweit die im Bescheid festgestellten Bundesmittel noch nicht ausgezahlt worden sind und für die Deckung des EEG-Kontos nicht mehr erforderlich sind.“	
	c) <b>Nach Absatz 11 wird folgender Absatz 12 angefügt:</b>
	„(12) Die Übertragungsnetzbetreiber teilen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bis zum 30. September 2022 in entsprechender Anwendung von Teil 3 des Energiefinanzierungsgesetzes vom... [einsetzen: Datum und Fundstelle des Artikels 3 dieses Gesetzes] den EEG-Finanzierungsbedarf nach § 2 Nummer 2 des Energiefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2023 mit, wobei zu unterstellen ist, dass die Salden der Bankkonten nach § 47 Absatz 1 des Energiefinanzierungsgesetzes am 31. Dezember 2022 jeweils den Wert null haben.“

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
2. In § 8 Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt.	2. un verändert
3. In § 14 Absatz 1 werden in dem Satzteil vor Nummer 1 die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt und werden die Wörter „der Justiz und für“ durch die Wörter „für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und“ ersetzt.	3. un verändert
4. In § 16 werden die Wörter „Die Abschnitte 3a und 3b dürfen“ durch die Wörter „Abschnitt 3b darf“ ersetzt.	4. un verändert
<b>Artikel 14</b>	<b>Artikel 14</b>
<b>Weitere Änderung der Erneuerbare-Energien-Verordnung</b>	<b>Weitere Änderung der Erneuerbare-Energien-Verordnung</b>
Die Erneuerbare-Energien-Verordnung vom 17. Februar 2015 (BGBl. I S. 146), die zuletzt durch Artikel 13 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Die Erneuerbare-Energien-Verordnung vom 17. Februar 2015 (BGBl. I S. 146), die zuletzt durch Artikel 13 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 1 Nummer 2 wird aufgehoben.	1. un verändert
2. Abschnitt 2 wird wie folgt gefasst:	2. Abschnitt 2 wird wie folgt gefasst:

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
„Abschnitt 2	„Abschnitt 2
Vermarktung von EEG-Strom	Vermarktung von EEG-Strom
§ 2	§ 2
Vermarktung durch die Übertragungsnetzbetreiber	u n v e r ä n d e r t
<p>(1) Die Übertragungsnetzbetreiber dürfen den nach § 19 Absatz 1 Nummer 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vergüteten oder nach § 13a Absatz 1a des Energiewirtschaftsgesetzes bilanziell ausgeglichenen Strom nur am Spotmarkt einer Strombörse vermarkten. Sie müssen zur bestmöglichen Vermarktung des Stroms die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Kaufmanns anwenden. Eine gemeinsame Vermarktung nach Satz 1 schließt die Möglichkeit ein, Vermarktungstätigkeiten auf einen anderen Übertragungsnetzbetreiber im Rahmen eines Dienstleistungsverhältnisses zu übertragen.</p>	
<p>(2) Die Übertragungsnetzbetreiber müssen am vortägigen Spotmarkt einer Strombörse über eine marktgekoppelte Auktion mit stündlichen Handelsprodukten für jede Stunde des Folgetages die gemäß aktueller Prognose vorhergesagte stündliche Einspeisung des nach § 19 Absatz 1 Nummer 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu vergütenden oder nach § 13a Absatz 1a des Energiewirtschaftsgesetzes bilanziell auszugleichenden Stroms vollständig veräußern.</p>	
<p>(3) Differenzen zwischen der gemäß jeweils aktueller Prognose vorhergesagten viertelstündlichen Einspeisung und der nach Absatz 2 zu vermarktenden stündlichen Einspeisung können am Spotmarkt einer Strombörse für jede Viertelstunde des Folgetages über Auktionen mit viertelstündlichen Handelsprodukten erworben oder veräußert werden. Gebote nach Satz 1 können preislimitiert eingestellt werden.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>(4) Differenzen zwischen der nach aktualisierten Prognosen vorhergesagten viertelstündlichen Einspeisung und den bereits veräußerten und erworbenen Strommengen sind über den untertägigen kontinuierlichen Handel am Spotmarkt einer Strombörse zu erwerben oder zu veräußern. Mit Abschluss der letzten Handelsmöglichkeiten nach Satz 1 müssen die Differenzen nach Satz 1 vollständig ausgeglichen sein.</p>	
<p>(5) Die Prognosen über den nach § 19 Absatz 1 Nummer 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu vergütenden oder nach § 13a Absatz 1a des Energiewirtschaftsgesetzes bilanziell auszugleichenden Strom sind nach dem Stand von Wissenschaft und Technik zu erstellen.</p>	
<p align="center">§ 3</p>	<p align="center">§ 3</p>
<p align="center">Transparenz der Vermarktungstätigkeiten</p>	<p align="center">u n v e r ä n d e r t</p>
<p>Die Übertragungsnetzbetreiber sind verpflichtet, folgende Daten ergänzend zu den Daten nach der Anlage 1 Nummer 3 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes auf einer gemeinsamen Internetseite in einheitlichem Format in nicht personenbezogener Form zu veröffentlichen:</p>	
<p>1. die nach § 2 Absatz 2 veräußerte Einspeisung aufgeschlüsselt nach den Technologiegruppen Windenergie, solare Strahlungsenergie und Sonstige in mindestens stündlicher Auflösung; sie ist spätestens bis 18 Uhr desselben Tages zu veröffentlichen,</p>	
<p>2. die nach § 2 Absatz 2 veräußerte monatliche Einspeisung aufgeschlüsselt nach den Technologiegruppen Windenergie an Land, Windenergie auf See, solare Strahlungsenergie, Biomasse und Sonstige; sie ist für jeden Kalendermonat bis zum Ablauf des zehnten Werktags des Folgemonats zu veröffentlichen,</p>	
<p>3. die nach § 2 Absatz 3 veräußerten und erworbenen Strommengen aufgeschlüsselt nach Handelsplätzen in viertelstündlicher Auflösung; sie sind spätestens bis 18 Uhr desselben Tages zu veröffentlichen,</p>	
<p>4. die nach § 2 Absatz 4 veräußerten und erworbenen Strommengen in viertelstündlicher Auflösung; sie sind spätestens am Folgetag bis 18 Uhr zu veröffentlichen,</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>5. die Differenz zwischen den gemäß der jeweils aktuellsten vor Handelsschluss verfügbaren Prognose insgesamt zu veräußernden Strommengen und den hierfür insgesamt nach § 2 Absatz 2 bis 4 veräußerten und erworbenen Strommengen; sie ist in viertelstündlicher Auflösung spätestens am Folgetag bis 18 Uhr zu veröffentlichen,</p>	
<p>6. die in Anspruch genommene Ausgleichsenergie zum Ausgleich des EEG-Bilanzkreises in viertelstündlicher Auflösung; sie ist unverzüglich nach Vorlage der Bilanzkreisabrechnung zu veröffentlichen, und</p>	
<p>7. die Angaben nach § 72 Absatz 1 Nummer 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes; sie sind für jeden Kalendermonat bis zum Ablauf des zehnten Werktags des Folgemonats zu veröffentlichen.</p>	
<p>§ 4</p>	<p>§ 4</p>
<p>Anreize zur bestmöglichen Vermarktung</p>	<p>Anreize zur bestmöglichen Vermarktung</p>
<p>(1) Um Anreize zu schaffen, den nach § 19 Absatz 1 Nummer 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vergüteten oder nach § 13a Absatz 1a des Energiewirtschaftsgesetzes bilanziell ausgeglichenen Strom bestmöglich zu vermarkten, werden pro Kalenderjahr (Anreizjahr) die spezifischen beeinflussbaren Differenzkosten eines Übertragungsnetzbetreibers mit einem Vergleichswert verglichen.</p>	<p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(2) Beeinflussbare Differenzkosten bestehen aus einer Komponente, die die Aktivitäten an einem untertägigen Spotmarkt abbildet, und einer Komponente, die die Inanspruchnahme der Ausgleichsenergie abbildet. Die Ermittlung der beeinflussbaren Differenzkosten pro Viertelstunde erfolgt, indem</p>	<p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>1. bei untertägiger Beschaffung pro Viertelstunde die beschaffte Menge (KUT) mit der Differenz zwischen dem tatsächlich gezahlten Preis (PUT) und dem Preis des Vortageshandels (PVT) multipliziert wird,</p>	
<p>2. bei untertägiger Veräußerung die veräußerte oder gelieferte Menge (VKUT) mit der Differenz zwischen dem Preis des Vortageshandels (PVT) und dem tatsächlich gezahlten Preis (PUT) multipliziert wird,</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>3. bei Bezug von positiver Ausgleichsenergie pro Viertelstunde die bezogene Menge (KAE) mit der Differenz zwischen dem tatsächlich gezahlten Preis (PAE) und dem Preis des Vortageshandels (PVT) multipliziert wird oder</p>	
<p>4. bei Bezug von negativer (gelieferter) Ausgleichsenergie die gelieferte Menge (VKAE) mit der Differenz zwischen dem Preis des Vortageshandels (PVT) und dem tatsächlich gezahlten Preis (PAE) multipliziert wird.</p>	
<p>Als Preis des Vortageshandels (<math>P_{VT}</math>) gilt der Spotmarktpreis nach § 3 Nummer 42a des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Als Aktivitäten an einem untertägigen Spotmarkt gelten für die Ermittlung der beeinflussbaren Differenzkosten die Handelsaktivitäten nach § 2 Absatz 3 und 4. Die beeinflussbaren Differenzkosten pro Viertelstunde werden nach der folgenden Formel ermittelt:</p>	
$K_{UT} \cdot (P_{UT} - P_{VT}) + VK_{UT} \cdot (P_{VT} - P_{UT}) + K_{AE} \cdot (P_{AE} - P_{VT}) + VK_{AE} \cdot (P_{VT} - P_{AE}).$	$K_{UT} \cdot (P_{UT} - P_{VT}) + VK_{UT} \cdot (P_{VT} - P_{UT}) + K_{AE} \cdot (P_{AE} - P_{VT}) + VK_{AE} \cdot (P_{VT} - P_{AE})$
<p>(3) Für die Ermittlung der spezifischen beeinflussbaren Differenzkosten eines Übertragungsnetzbetreibers im Sinn des Absatzes 1 ist die Summe der nach Maßgabe des Absatzes 2 ermittelten Viertelstundenwerte eines Kalenderjahres durch die innerhalb dieses Zeitraums zu vermarktende Menge des nach § 19 Absatz 1 Nummer 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vergüteten oder nach § 13a Absatz 1a des Energiewirtschaftsgesetzes bilanziell ausgeglichenen Stroms zu dividieren.</p>	<p align="center">(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(4) Der Vergleichswert im Sinn des Absatzes 1 ist der arithmetische Mittelwert der jeweiligen spezifischen beeinflussbaren Differenzkosten aller Übertragungsnetzbetreiber der beiden Vorjahre.</p>	<p align="center">(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>(5) Der Übertragungsnetzbetreiber hat Anspruch auf einen Bonus, wenn seine spezifischen beeinflussbaren Differenzkosten den Vergleichswert zuzüglich eines Zuschlags von 5 Cent pro Megawattstunde nicht übersteigen. Die Höhe des Bonus beträgt 25 Prozent der Differenz zwischen dem Vergleichswert zuzüglich des Zuschlags und den spezifischen beeinflussbaren Differenzkosten nach Absatz 3 multipliziert mit der zu vermarktenden Menge im Sinn des Absatzes 3 Satz 2. Die Auszahlung von Boni ist für alle Übertragungsnetzbetreiber zusammen auf 20 Millionen Euro pro Kalenderjahr begrenzt. Die maximal in einem Kalenderjahr zu erreichende Höhe des Bonus eines einzelnen Übertragungsnetzbetreibers ergibt sich aus dem Anteil seiner zu vermarktenden Strommenge an der insgesamt zu vermarktenden Strommenge aller Übertragungsnetzbetreiber multipliziert mit 20 Millionen Euro.</p>	<p>(5) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(6) In dem auf das Anreizjahr folgenden Jahr verbuchen die Übertragungsnetzbetreiber den etwaigen Bonus im Rahmen der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs nach Anlage 1 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> als prognostizierte Ausgabenposition nach Anlage 1 Nummer 1.1.2 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> in Verbindung mit Anlage 1 Nummer 5.6 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i>. Übertragungsnetzbetreiber, die eine Bonuszahlung nach Absatz 5 geltend machen, müssen dies bis zum 31. März des auf das Anreizjahr folgenden Jahres bei der Bundesnetzagentur anzeigen und die sachliche Richtigkeit der Berechnung nachweisen. § 54 Absatz 1 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> ist entsprechend anzuwenden.</p>	<p>(6) In dem auf das Anreizjahr folgenden Jahr verbuchen die Übertragungsnetzbetreiber den etwaigen Bonus im Rahmen der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs nach Anlage 1 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> als prognostizierte Ausgabenposition nach Anlage 1 Nummer 1.1.2 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> in Verbindung mit Anlage 1 Nummer 5.6 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b>. Übertragungsnetzbetreiber, die eine Bonuszahlung nach Absatz 5 geltend machen, müssen dies bis zum 31. März des auf das Anreizjahr folgenden Jahres bei der Bundesnetzagentur anzeigen und die sachliche Richtigkeit der Berechnung nachweisen. § 54 Absatz 1 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> ist entsprechend anzuwenden.</p>
<p>(7) Die Vereinnahmung des Bonus erfolgt in zwölf gleichmäßig verteilten Monatsraten. Sie beginnt zum Anfang des übernächsten Jahres bezogen auf das Anreizjahr.</p>	<p>(7) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 5	§ 5
Preislimitierung in Ausnahmefällen	Preislimitierung in Ausnahmefällen
<p>(1) Der Übertragungsnetzbetreiber kann nach Maßgabe der folgenden Absätze für diejenigen Stunden des folgenden Tages, für die im Fall von negativen Preisen an einer der Strombörsen ein Aufruf zur zweiten Auktion ergeht, von der Verpflichtung abweichen, die vollständige gemäß aktueller Prognose vorhergesagte stündliche Einspeisung zu preisunabhängigen Geboten an den Spotmärkten dieser Strombörsen nach § 2 Absatz 2 zu veräußern. Der Übertragungsnetzbetreiber hat der Bundesnetzagentur die konkreten Stunden, in denen er von der Befugnis nach Satz 1 Gebrauch macht, unverzüglich anzuzeigen. Die Sätze 1 und 2 sind entsprechend anzuwenden auf diejenigen Stunden des Folgetages, für die aufgrund einer partiellen Entkopplung grenzüberschreitend gekoppelter Marktgebiete von der Strombörse zu einer Anpassung der Gebote aufgerufen wird.</p>	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(2) In den Fällen des Absatzes 1 ist der Übertragungsnetzbetreiber berechtigt, preislimitierte Gebote im Rahmen der Vermarktung nach § 2 Absatz 2 abzugeben. Die zu veräußernde Strommenge ist in 20 gleich große Tranchen aufzuteilen und jeweils mit einem eigenen Preislimit anzubieten. Die Preislimits müssen bei mindestens -350 Euro pro Megawattstunde und höchstens -150 Euro pro Megawattstunde liegen. Jeder Betrag in Schritten von einem Euro innerhalb dieses Rahmens wird zufallsgesteuert mit gleicher Wahrscheinlichkeit als Preislimit gesetzt. Die Preislimits müssen für jeden Fall des Absatzes 1 neu bestimmt werden. Die Preislimits sind bis zur Veröffentlichung nach Satz 7 vertraulich zu behandeln. Der Übertragungsnetzbetreiber ist verpflichtet, zwei Werktage nach Ende der Auktion auf seiner Internetseite Folgendes bekannt zu geben:</p>	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>1. Stunden, für die er ein preislimitiertes Gebot abgegeben hat,</p>	
<p>2. Höhe der Preislimits jeder Tranche und</p>	



<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
3. am Spotmarkt nach § 2 Absatz 2 unverkaufte Energiemenge.	
(3) Kann im Fall von preislimitierten Angeboten die nach § 2 Absatz 2 zu vermarktende Strommenge nicht oder nicht vollständig veräußert werden, weil der börslich gebildete negative Preis unterhalb des negativen Preislimits liegt, hat eine notwendige anderweitige Veräußerung dieser Strommenge soweit möglich nach § 2 Absatz 3 und 4 zu erfolgen. Der Übertragungsnetzbetreiber ist verpflichtet, gleichzeitig mit der Bekanntgabe nach Absatz 2 Satz 7 auf seiner Internetseite Folgendes bekannt zu geben:	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. Stunden, für die Energie nach § 1 Absatz 2 und 3 unverkauft geblieben ist,	
2. die Menge der in der jeweiligen Stunde unverkauften Energie.	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<p>(4) Ist aufgrund nachprüfbarer Tatsachen zu erwarten, dass eine Veräußerung nach Absatz 3 nicht oder nur zu Preisen möglich sein wird, die deutlich unterhalb der nach Absatz 2 gesetzten negativen Preislimits liegen würden, kann der Übertragungsnetzbetreiber zur Stützung der börslichen Preise Vereinbarungen nutzen, in denen sich Stromerzeuger freiwillig verpflichten, auf Aufforderung des Übertragungsnetzbetreibers die Einspeisung von Strom ganz oder teilweise zu unterlassen oder in denen sich Stromverbraucher freiwillig verpflichten, auf Aufforderung des Übertragungsnetzbetreibers ihren Stromverbrauch in bestimmtem Ausmaß zu erhöhen. Die für freiwillige Maßnahmen nach Satz 1 gezahlten Preise dürfen nicht höher sein als die Preise, die sich am vortägigen Spotmarkt für die betreffende Stunde eingestellt hätten, wenn die im Rahmen freiwilliger Vereinbarungen von allen Übertragungsnetzbetreibern abgerufenen Mengen bereits als Nachfrage in die Preisbildung des vortägigen Spotmarkts eingegangen wären. Freiwillige Abregelvereinbarungen mit Stromerzeugern, die im Fall der Einspeisung eine Vergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz erhielten, dürfen erst genutzt werden, wenn Vereinbarungen mit anderen Stromerzeugern oder Stromverbrauchern vollständig ausgenutzt wurden. Der Übertragungsnetzbetreiber hat eine Verfahrensanweisung zu entwickeln, in welchen Fällen und in welcher Weise er von den Bestimmungen dieses Absatzes Gebrauch machen wird. Die Verfahrensanweisung und etwaige Änderungen derselben sind der Bundesnetzagentur vor der erstmaligen Anwendung anzuzeigen. Die in diesem Absatz genannten Vereinbarungen sind der Bundesnetzagentur auf Verlangen jederzeit vorzulegen. Der Übertragungsnetzbetreiber ist verpflichtet, gleichzeitig mit der Bekanntgabe nach Absatz 2 Satz 7 auf seiner Internetseite bekannt zu geben, für welche Stunden und für welche Energiemenge in der jeweiligen Stunde er von Vereinbarungen im Sinn des Satzes 1 Gebrauch gemacht hat.</p>	<p>(4) <i>u n v e r ä n d e r t</i></p>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
<p>(5) Die durch die in Absatz 4 genannten Maßnahmen entstehenden Kosten gelten als Kosten für den untertägigen Ausgleich im Sinn der Anlage 1 Nummer 5.3 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i>. Sie können nur dann in den EEG-Finanzierungsbedarf einkalkuliert werden, wenn die in den vorstehenden Absätzen enthaltenen Vorschriften und Bestimmungen und die in Aufsichtsmaßnahmen der Bundesnetzagentur enthaltenen Maßgaben eingehalten wurden.</p>	<p>(5) Die durch die in Absatz 4 genannten Maßnahmen entstehenden Kosten gelten als Kosten für den untertägigen Ausgleich im Sinn der Anlage 1 Nummer 5.3 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b>. Sie können nur dann in den EEG-Finanzierungsbedarf einkalkuliert werden, wenn die in den vorstehenden Absätzen enthaltenen Vorschriften und Bestimmungen und die in Aufsichtsmaßnahmen der Bundesnetzagentur enthaltenen Maßgaben eingehalten wurden.</p>
<p>§ 6</p>	<p>§ 6</p>
<p>(weggefallen)“.</p>	<p>u n v e r ä n d e r t</p>
<p>3. In § 9 Absatz 1 Nummer 6 werden die Wörter „ob, in welcher Art und in welchem Umfang“ durch die Wörter „ob und in welcher Art“ ersetzt.</p>	<p>3. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>4. Abschnitt 3b wird aufgehoben.</p>	<p>4. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>5. § 13 wird aufgehoben.</p>	<p>5. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>6. Abschnitt 5 wird aufgehoben.</p>	<p>6. u n v e r ä n d e r t</p>
<p><b>Artikel 15</b></p>	<p><b>Artikel 15</b></p>
<p><b>Änderung der Herkunfts- und Regionalnachweis-Durchführungsverordnung</b></p>	<p><b>Änderung der Herkunfts- und Regionalnachweis-Durchführungsverordnung</b></p>
<p>Die Herkunfts- und Regionalnachweis-Durchführungsverordnung vom 8. November 2018 (BGBl. I S. 1853), die zuletzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 14. Juli 2021 (BGBl. I S. 2860) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>	<p>Die Herkunfts- und Regionalnachweis-Durchführungsverordnung vom 8. November 2018 (BGBl. I S. 1853), die zuletzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 14. Juli 2021 (BGBl. I S. 2860) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>
<p>1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 30 folgende Angabe zu § 30a eingefügt:</p>	<p>1. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>„§ 30a Gekoppelte Lieferung von Herkunftsnachweisen“.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
2. § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 wird wie folgt gefasst:	2. un verändert
„1. auswirken können auf die Stromkennzeichnung nach § 42 Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes oder“.	
3. § 5 Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:	3. un verändert
„Bei der Bestimmung der Verwendungsregion stehen bei Windenergieanlagen auf See nach § 3 Nummer 11 des Windenergie-auf-See-Gesetzes Cluster nach § 3 Nummer 1 des Windenergie-auf-See-Gesetzes einem Postleitzahlengebiet gleich.“	
4. Dem § 6 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:	4. un verändert
„Als Anlagenbetreiber einer Gesamtanlage im Sinne von § 25, bei der einzelne Anlagen von verschiedenen Anlagenbetreibern betrieben werden, gilt die natürliche oder juristische Person oder rechtsfähige Personengesellschaft, die die an der Gesamtanlage beteiligten Anlagenbetreiber nach außen hin vertreten darf.“	
5. § 16 Absatz 3 bis 6 wird durch folgenden Absatz 3 ersetzt:	5. un verändert
„(3) Die Registerverwaltung ist berechtigt, zusätzliche oder einschränkende Vorgaben zum Inhalt der Angaben nach Absatz 2 zu machen. Die Registerverwaltung beschreibt einzelne Qualitätsmerkmale nach Absatz 2 und die Voraussetzungen für deren Bestätigung in den Nutzungsbedingungen nach § 52 Satz 1. Die Aufnahme eines Qualitätsmerkmals kann mit einer Nebenbestimmung versehen werden; dies ist auch nachträglich zulässig, wenn es erforderlich ist, um die Richtigkeit des Registers sicherzustellen.“	
6. § 21 wird wie folgt geändert:	6. un verändert
a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:	
aa) Nummer 7 wird durch die folgenden Nummern 6a und 7 ersetzt:	
„6a. die eindeutige Nummer nach § 8 Absatz 2 der Marktstammdatenregisterverordnung,	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
7. den EEG-Anlagenschlüssel, soweit dieser vorhanden ist,“.	
bb) Nummer 15 wird wie folgt gefasst:	
„15. Angaben dazu, ob und in welcher Art für die Anlage Investitionsbeihilfen geleistet worden sind,“.	
b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:	
„(4) Auf Antrag des Anlagenbetreibers registriert die Registerverwaltung die Anlage im Herkunftsnachweisregister für fünf Jahre und weist sie dem Konto des Anlagenbetreibers zu, wenn die Anlage bereits im Regionalsnachweisregister registriert ist und der Anlagenbetreiber der Registerverwaltung die Angabe nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 17 übermittelt.“	
7. § 22 Absatz 1 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:	7. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„2. Anlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 100 Kilowatt, für deren erzeugten Strom in den letzten fünf Jahren vor dem Antrag auf Registrierung keine Zahlung nach § 19 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in Anspruch genommen worden ist.“	
8. § 23 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 und 3 wird wie folgt gefasst:	8. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„2. (weggefallen)	
3. ist zusätzlich der EEG-Anlagenschlüssel anzugeben,“.	
9. § 26 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	9. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„(2) Nach Ablauf der Gültigkeitsdauer ist auf Antrag des Anlagenbetreibers eine erneute Anlagenregistrierung zulässig. Der Antrag auf eine erneute Anlagenregistrierung darf frühestens drei Monate vor und muss spätestens drei Monate nach Ablauf der Gültigkeitsdauer der ursprünglichen Anlagenregistrierung gestellt werden. Durch die erneute Anlagenregistrierung wird die Gültigkeitsdauer der Anlagenregistrierung um fünf Jahre verlängert.“	
10. § 28 wird wie folgt geändert:	10. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „wenn“ die Wörter „noch keine zwölf Monate seit dem Ende des Erzeugungszeitraums vergangen sind und“ eingefügt.	
b) Die Absätze 2 bis 4 werden durch die folgenden Absätze 2 und 3 ersetzt:	
<p>„(2) Wenn noch keine zwölf Kalendermonate seit dem Ende des Erzeugungszeitraums vergangen sind, überträgt die Registerverwaltung auf Antrag des Kontoinhabers einen Herkunftsnachweis an die zuständige Stelle</p>	
1. eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union,	
2. eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum,	
3. eines Vertragsstaats des Vertrags zur Gründung der Energiegemeinschaft oder	
4. der Schweiz.	
Die Registerverwaltung kann die Übertragung ablehnen, wenn für die Übertragung keine elektronische und automatisierte Schnittstelle angeboten wird, mit der die Registerverwaltung verbunden ist.	
<p>(3) Der Antrag auf Übertragung eines Herkunftsnachweises wird abgelehnt, wenn dem abgebenden Kontoinhaber beim Erwerb des zu übertragenden Herkunftsnachweises bekannt war, dass die für die Ausstellung erforderliche Strommenge aus erneuerbaren Energien nicht erzeugt worden ist.“</p>	
11. In § 30 Absatz 3 Satz 3 werden die Wörter „§ 12i Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 der Erneuerbare-Energien-Verordnung“ durch die Wörter „§ 26 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> “ ersetzt.	11. In § 30 Absatz 3 Satz 3 werden die Wörter „§ 12i Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 der Erneuerbare-Energien-Verordnung“ durch die Wörter „§ 26 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> “ ersetzt.
12. Nach § 30 wird folgender § 30a eingefügt:	12. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
„§ 30a	
Gekoppelte Lieferung von Herkunftsnachweisen	
<p>(1) Auf Antrag kann der Herkunftsnachweis zusätzlich mit der Angabe entwertet werden, dass der Anlagenbetreiber die Strommenge, die dem Herkunftsnachweis zugrunde liegt, an das antragstellende Elektrizitätsversorgungsunternehmen veräußert und geliefert hat (gekoppelte Lieferung).</p>	
<p>(2) Die gekoppelte Lieferung des dem Herkunftsnachweis zugrunde liegenden Stroms kann über einen oder zwei Bilanzkreise erfolgen. Wird der Strom über zwei Bilanzkreise an das Elektrizitätsversorgungsunternehmen geliefert, so darf in dem Bilanzkreis, in dem die von der Anlage erzeugte Strommenge angemeldet ist, nur Strom aus erneuerbaren Energien bilanziert werden. Bei der Antragstellung sind anzugeben:</p>	
<p>1. der Bilanzkreis, in den die erzeugte Strommenge geliefert wird, und</p>	
<p>2. zusätzlich bei einer Lieferung über zwei Bilanzkreise der Bilanzkreis, aus dem das Elektrizitätsversorgungsunternehmen seine Letztverbraucher beliefert.</p>	
<p>Der Anlagenbetreiber ist verpflichtet, die Strommenge, die den Herkunftsnachweisen zugrunde liegt, in den Bilanzkreis nach Satz 3 Nummer 1 zu liefern. Das Elektrizitätsversorgungsunternehmen ist verpflichtet, den Strom nach Satz 4 an seine Letztverbraucher zu liefern. Im Fall einer Lieferung über zwei Bilanzkreise ist das Elektrizitätsversorgungsunternehmen dazu verpflichtet, den Strom nach Satz 4 in den Bilanzkreis nach Satz 3 Nummer 2 aufzunehmen. Die Registerverwaltung ist berechtigt, nachträglich die Lieferung der Strommenge in den Bilanzkreis nach Satz 3 Nummer 1 und 2 zu prüfen.</p>	
<p>(3) Das Elektrizitätsversorgungsunternehmen hat bei dem Antrag abweichend von Absatz 2 Satz 3 Nummer 1 anzugeben, dass die erzeugte Strommenge zur Versorgung des Fahrbetriebs von Schienenbahnen in ein außerhalb der Regelverantwortung eines Übertragungsnetzbetreibers liegendes Stromnetz für den Betrieb von Schienenbahnen (Bahnstromnetz) eingespeist wurde, wenn die dem Herkunftsnachweis zugrunde liegende Strommenge</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
1. in einer Anlage erzeugt wurde, die an ein Bahnstromnetz angeschlossen ist, und	
2. von dem Anlagenbetreiber	
a) an ein Elektrizitätsversorgungsunternehmen unter ausschließlicher Nutzung des Bahnstromnetzes und von diesem Elektrizitätsversorgungsunternehmen an einen Betreiber einer Schienenbahn geliefert wurde oder	
b) direkt unter ausschließlicher Nutzung des Bahnstromnetzes an einen Betreiber einer Schienenbahn geliefert wurde.	
(4) In den Fällen der Absätze 2 und 3 wird der Herkunftsnachweis nur entwertet, wenn die jeweils erforderlichen Angaben und Voraussetzungen durch einen Umweltgutachter oder eine Umweltgutachterorganisation bestätigt worden sind.	
(5) Die Registerverwaltung ist berechtigt, zusätzliche oder einschränkende Vorgaben zum Inhalt der Angaben nach den Absätzen 2 und 3 zu machen.“	
13. § 31 wird wie folgt geändert:	13. § 31 wird wie folgt geändert:
a) In Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe d werden die Wörter „§§ 63 bis 68 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ durch die Wörter „§§ 28 bis 42 des Energie-Umlagen-Gesetzes“ ersetzt.	a) In Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe d werden die Wörter „§§ 63 bis 68 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ durch die Wörter „§§ 28 bis 42 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> “ ersetzt.
b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„Weist ein Elektrizitätsversorgungsunternehmen nach § 42 Absatz 5 Satz 2 des Energiewirtschaftsgesetzes gegenüber Letztverbrauchern in der Stromkennzeichnung aus, zu welchen Anteilen der Strom, den das Unternehmen nach § 42 Absatz 3 des Energiewirtschaftsgesetzes als erneuerbare Energien, gefördert nach dem EEG, kennzeichnen muss, in regionalem Zusammenhang zum Stromverbrauch erzeugt worden ist, muss diese Ausweisung einfach, allgemein verständlich und deutlich erkennbar abgesetzt von dem Stromkennzeichen nach § 42 Absatz 5 Satz 1 Nummer 2 des Energiewirtschaftsgesetzes in grafischer Form dargestellt sein.“	



Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
14. In § 36 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „, aus Vertragsparteien des Vertrags zur Gründung der Energiegemeinschaft“ gestrichen.	14. un v e r ä n d e r t
15. § 38 wird wie folgt geändert:	15. un v e r ä n d e r t
a) Der Wortlaut wird Absatz 1.	
b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:	
„(2) Auf Anforderung der Registerverwaltung haben Registerteilnehmer und die Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen Daten zu ändern oder zu übermitteln, um diese im Register vorhandenen Daten an die seit ihrer deren letzten Änderung oder Übermittlung geänderten Übermittlungspflichten nach dieser Verordnung anzupassen.“	
16. In § 44 Absatz 1 Satz 2 wird nach den Wörtern „§ 12 Absatz 1 und 3,“ die Angabe „§ 14 Absatz 2,“ eingefügt.	16. un v e r ä n d e r t
17. § 46 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	17. un v e r ä n d e r t
a) In Nummer 1 Buchstabe a werden die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt.	
b) Nummer 2 Buchstabe a wird wie folgt gefasst:	
„a) registerführende Behörden oder andere für die Registerführung zuständige Stellen von anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 82; L 311 vom 25.9.2020, S. 11),“.	
18. § 49 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:	18. un v e r ä n d e r t
„(3) Die Registerverwaltung unterrichtet den Kontoinhaber über die Sperrung. Die Sperrung des Kontos hat zur Folge, dass	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
1. keine Herkunftsnachweise oder Regionalnachweise	
a) auf das Konto ausgestellt werden können,	
b) von dem Konto oder auf das Konto übertragen werden können und	
c) entwertet werden können sowie	
2. keine Datenänderungen möglich sind.	
Ein Zugriff auf das Postfach ist während der Sperrung des Kontos weiterhin möglich. Die Bestimmungen zur Löschung und zum Verfall von Herkunftsnachweisen und Regionalnachweisen bleiben unberührt.“	
19. Dem § 50 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:	19. u n v e r ä n d e r t
„Die Bestimmungen zur Löschung und zum Verfall von Herkunftsnachweisen und Regionalnachweisen bleiben unberührt.“	
20. In § 51 Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „waren diesem Konto registrierte Anlagen zugeordnet, erlöschen diese Zuordnungen“ durch die Wörter „§ 50 Absatz 3 Satz 2 und 3 ist entsprechend anzuwenden“ ersetzt.	20. u n v e r ä n d e r t
21. § 54 wird aufgehoben.	21. u n v e r ä n d e r t
<b>Artikel 16</b>	<b>Artikel 16</b>
<b>Änderung der Innovationsausschreibungsverordnung</b>	<b>Änderung der Innovationsausschreibungsverordnung</b>
Die Innovationsausschreibungsverordnung vom 20. Januar 2020 (BGBl. I S. 106), die zuletzt durch Artikel 11c des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 3026) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Die Innovationsausschreibungsverordnung vom 20. Januar 2020 (BGBl. I S. 106), die zuletzt durch Artikel 11c des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 3026) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
1. In § 1 werden die Wörter „§ 39j des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1719) geändert worden ist“ durch die Wörter „§ 39n des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ ersetzt.	1. un verändert
2. § 2 wird wie folgt geändert:	2. un verändert
a) Die Nummern 1a und 2 werden aufgehoben.	
b) Nummer 3 wird Nummer 2.	
3. § 3 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:	3. un verändert
„(3) (weggefallen)“.	
4. § 5 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	4. un verändert
„(1) (weggefallen)“.	
5. § 7 wird wie folgt gefasst:	5. un verändert
„§ 7 (weggefallen)“.	
6. § 8 wird wie folgt geändert:	6. § 8 wird wie folgt geändert:
a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:	a) un verändert
„§ 8 Zahlungen“.	
b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	b) un verändert
aa) In Satz 1 werden die Wörter „auf die fixe Marktprämie“ durch die Wörter „nach § 19 Absatz 1 Nummer 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ ersetzt.	
bb) Satz 2 wird aufgehoben.	
c) Die Absätze 2 und 3 werden aufgehoben.	c) un verändert

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
d) Absatz 4 wird Absatz 2.	d) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
e) Absatz 5 wird durch die folgenden Absätze 3 und 4 ersetzt:	e) Absatz 5 wird durch die folgenden Absätze 3 und 4 ersetzt:
<p>„(3) Zahlungen nach Absatz 1 sind für die Dauer von 20 Jahren zu leisten. Der Anspruch beginnt, wenn die Voraussetzungen nach § 2 Nummer 1 erfüllt sind. Abweichend von Satz 1 beträgt die Dauer des Zahlungsanspruchs, wenn eine bestehende Biomasseanlage Teil der Anlagenkombination ist, zehn Jahre.</p>	<p>„(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(4) Die Höhe des Anspruchs nach Absatz 1 wird nach Anlage 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes anhand des energieträgerspezifischen Jahresmarktwerts für solare Strahlungsenergie nach Nummer 4.3.4 berechnet. Wenn die Anlagenkombination mindestens eine <i>Windeenergieanlage</i> an Land enthält, ist abweichend von Satz 1 der energieträgerspezifische Jahresmarktwert für Windenergie an Land nach Nummer 4.3.2 der Anlage 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu verwenden.“</p>	<p>(4) Die Höhe des Anspruchs nach Absatz 1 wird nach Anlage 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes anhand des energieträgerspezifischen Jahresmarktwerts für solare Strahlungsenergie nach Nummer 4.3.4 berechnet. Wenn die Anlagenkombination mindestens eine <b>Windenergieanlage</b> an Land enthält, ist abweichend von Satz 1 der energieträgerspezifische Jahresmarktwert für Windenergie an Land nach Nummer 4.3.2 der Anlage 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu verwenden.“</p>
7. In § 9 werden die Wörter „die fixe Marktprämie“ durch die Wörter „der anzulegende Wert“ ersetzt.	7. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
8. In § 11 Absatz 2 Nummer 1 werden die Wörter „, wobei die gebotene fixe Marktprämie den Gebotswert ersetzt“ gestrichen.	8. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
9. § 12 wird wie folgt gefasst:	9. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>„§ 12</p>	
<p>(weggefallen)“.</p>	
10. § 14 wird wie folgt gefasst:	10. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
„§ 14	
Beihilferechtlicher Genehmigungsvorbehalt	
<p>Die §§ 2, 3, 5, 8, 9 und 11 dürfen erst nach der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission und nur nach Maßgabe dieser Genehmigung angewandt werden. Solange und soweit für die in Satz 1 genannten Bestimmungen keine beihilferechtliche Genehmigung durch die Europäische Kommission vorliegt, sind die §§ 2, 3, 5, 8, 9 und 11 der Innovationsausschreibungsverordnung in der am ... [einsetzen: Datum der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung anzuwenden.“</p>	
11. Die §§ 15 bis 18 werden wie folgt gefasst:	11. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„§ 15	
(weggefallen)	
§ 7	
(weggefallen)	
§ 8	
(weggefallen)	
§ 9	
(weggefallen)“.	
12. § 19 wird wie folgt gefasst:	12. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„§ 19	
Übergangsvorschrift	
<p>Für Strom aus Anlagen, deren Zuschläge in einem Zuschlagsverfahren eines Gebotstermins vor dem 1. August 2022 ermittelt worden sind, ist diese Verordnung in der am ... [einsetzen: Datum der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung anzuwenden.“</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<b>Artikel 17</b>	<b>Artikel 17</b>
<b>Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes</b>	<b>Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes</b>
Das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2498), das zuletzt durch Artikel 88 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2498), das zuletzt durch Artikel 88 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Überschrift wird die Abkürzung wie folgt gefasst:	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„KWKG 2023“.	
2. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:	2. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
a) Die Angabe zu § 8d wird gestrichen.	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
b) Nach der Angabe zu § 13a wird folgende Angabe zu § 13b eingefügt:	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„§ 13b Rückforderung“.	
c) Die Angabe zu Abschnitt 6 wird wie folgt gefasst:	c) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„Abschnitt 6 Finanzierung und Begrenzung der Zuschlagzahlungen“.	
d) Die Angaben zu den §§ 26 bis 29 werden wie folgt gefasst:	d) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„§ 26 Finanzierung der Zuschlagzahlungen	
§ 27 Begrenzung der Höhe der Zuschlagszahlungen	
§ 27a (weggefallen)	
§ 27b (weggefallen)	
§ 27c (weggefallen)	
§ 27d (weggefallen)	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
§ 28 (weggefallen)	
§ 29 (weggefallen)“.	
	e) Die Angabe zu § 32 wird wie folgt gefasst:
	„§ 32 Benachrichtigung und Beteiligung der Bundesnetzagentur bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten“.
e) Die Angaben zu den §§ 36 und 37 werden wie folgt gefasst:	f) un verändert
„§ 36 (weggefallen)	
§ 37 (weggefallen)“.	
3. § 1 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	3. un verändert
„(1) Zweck dieses Gesetzes ist es, insbesondere im Interesse der Energieeinsparung sowie des Klima- und Umweltschutzes die Transformation zu einer nachhaltigen und treibhausgasneutralen Energieversorgung im Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone (Bundesgebiet) zu unterstützen, die vollständig auf erneuerbaren Energien beruht.“	
4. § 2 wird wie folgt geändert:	4. § 2 wird wie folgt geändert:
a) In Nummer 20 werden die Wörter „des für ihren Betrieb erforderlichen Eigenverbrauchs im Sinne von § 61a Nummer 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der jeweils geltenden Fassung“ durch die Wörter „des Stromverbrauchs der Stromerzeugungsanlage oder von deren Neben- und Hilfsanlagen zur Erzeugung von Strom im technischen Sinn“ ersetzt.	a) un verändert

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>b) In Nummer 28 werden die Wörter „selbstständige oder nichtselbstständige Unternehmensteile“ durch die Wörter „oder selbstständige Teile eines Unternehmens“ ersetzt und werden die Wörter „EEG-Umlage für Strom, der selbst verbraucht wird, nach § 63 Nummer 1 in Verbindung mit § 64 oder nach § 63 Nummer 1a in Verbindung mit § 64a des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ durch die Wörter „Umlagen für Strom, der selbst verbraucht wird, nach § 29 Absatz 1 Nummer 1 in Verbindung mit den §§ 30 bis 35 oder nach § 29 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 36 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i>“ ersetzt.</p>	<p>b) In Nummer 28 werden die Wörter „selbstständige oder nichtselbstständige Unternehmensteile“ durch die Wörter „oder selbstständige Teile eines Unternehmens“ ersetzt und werden die Wörter „EEG-Umlage für Strom, der selbst verbraucht wird, nach § 63 Nummer 1 in Verbindung mit § 64 oder nach § 63 Nummer 1a in Verbindung mit § 64a des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ durch die Wörter „Umlagen für Strom, der selbst verbraucht wird, nach § 29 Absatz 1 Nummer 1 in Verbindung mit den §§ 30 bis 35 oder nach § 29 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 36 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b>“ ersetzt.</p>
<p>c) Nach Nummer 29a wird folgende Nummer 29b eingefügt:</p>	<p>c) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>„29b. „Unternehmen in Schwierigkeiten“ ein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinn der Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. C 249 vom 31.7.2014, S. 1),“.</p>	
<p>5. In § 5 Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „mehr als 1“ durch die Wörter „mehr als 500 Kilowatt“ ersetzt.</p>	<p>5. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>6. § 6 wird wie folgt geändert:</p>	<p>6. § 6 wird wie folgt geändert:</p>
<p>a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:</p>	<p>a) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>aa) In Nummer 2 werden die Wörter „Biomasse, gasförmigen oder flüssigen Brennstoffen“ durch die Wörter „Biomasse, gasförmigen oder flüssigen Brennstoffen mit Ausnahme von Biomethan“ ersetzt.</p>	
<p>bb) In Nummer 5 wird das Wort „und“ am Ende gestrichen.</p>	



Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
cc) Nach Nummer 5 wird folgende Nummer 6 eingefügt:	
<p>„6. im Fall von neuen KWK-Anlagen mit einer elektrischen Leistung von mehr als 10 Megawatt, die Strom auf Basis von gasförmigen Brennstoffen gewinnen und die nach dem 30. Juni 2023 nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigt worden sind, die Anlagen ab dem 1. Januar 2028 mit höchstens 10 Prozent der Kosten, die eine mögliche Neuerrichtung einer KWK-Anlage mit gleicher Leistung nach dem aktuellen Stand der Technik betragen würde, so umgestellt werden können, dass sie ihren Strom ausschließlich auf Basis von Wasserstoff gewinnen können, und“.</p>	
dd) Die bisherige Nummer 6 wird Nummer 7.	
b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:	b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:	aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:
aaa) In Nummer 2 werden die Wörter „soweit für diesen KWK-Strom die volle EEG-Umlage entrichtet wird,“ gestrichen.	aaa) u n v e r ä n d e r t
bbb) In Nummer 4 werden die Wörter „Anlage 4 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ durch die Wörter „Anlage 2 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> “ ersetzt.	bbb) In Nummer 4 werden die Wörter „Anlage 4 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ durch die Wörter „Anlage 2 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> “ ersetzt.
bb) In Satz 2 werden die Wörter „EEG-Umlage für Strom, der selbst verbraucht wird,“ durch die Wörter „Umlagen für Strom, der selbst verbraucht wird, nach den §§ 29 bis 35 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> “ ersetzt.	bb) In Satz 2 werden die Wörter „EEG-Umlage für Strom, der selbst verbraucht wird,“ durch die Wörter „Umlagen für Strom, der selbst verbraucht wird, nach den §§ 29 bis 35 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> “ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
cc) Satz 3 wird aufgehoben.	cc) u n v e r ä n d e r t
7. § 7 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	7. u n v e r ä n d e r t
a) In Satz 1 werden die Wörter „Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ durch die Wörter „Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung“ ersetzt.	
b) In Satz 2 werden die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt.	
8. § 8 wird wie folgt geändert:	8. u n v e r ä n d e r t
a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:	
„Nicht zu den Kosten der Modernisierung sind die Kosten zu zählen, die der Vorbereitung der Umstellung oder der Umstellung auf einen Betrieb der Stromgewinnung auf der ausschließlichen Basis von Wasserstoff dienen.“	
b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:	
„(4) Der Zuschlag wird pro Kalenderjahr gezahlt für bis zu	
1. 5 000 Vollbenutzungsstunden ab dem Kalenderjahr 2021,	
2. 4 000 Vollbenutzungsstunden ab dem Kalenderjahr 2023,	
3. 3 500 Vollbenutzungsstunden ab dem Kalenderjahr 2025,	
4. 3 300 Vollbenutzungsstunden ab dem Kalenderjahr 2026,	
5. 3 100 Vollbenutzungsstunden ab dem Kalenderjahr 2027,	
6. 2 900 Vollbenutzungsstunden ab dem Kalenderjahr 2028,	
7. 2 700 Vollbenutzungsstunden ab dem Kalenderjahr 2029 und	
8. 2 500 Vollbenutzungsstunden ab dem Kalenderjahr 2030.“	
9. § 8d wird aufgehoben.	9. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
10. § 10 Absatz 2 wird wie folgt geändert:	10. § 10 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
a) In Nummer 1a wird das Komma am Ende durch die Wörter „; wenn keine Registernummer zugeteilt wurde, ist hilfsweise, soweit vorhanden, die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer anzugeben,“ ersetzt.	a) un verändert
b) Nach Nummer 1d wird folgende Nummer 1e eingefügt:	b) un verändert
„1e. die Nummer, unter der die Anlage im Marktstammdatenregister nach § 111e des Energiewirtschaftsgesetzes registriert ist,“.	
c) In Nummer 5 wird das Wort „und“ am Ende gestrichen.	c) un verändert
d) In Nummer 6 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.	d) un verändert
e) Die folgenden Nummern 7 bis 9 werden angefügt:	e) un verändert
„7. einen geeigneten Nachweis zur Erfüllung der Anforderungen nach § 6 Absatz 1 Nummer 6,	
8. eine Bestätigung, dass der Anlagenbetreiber kein Unternehmen in Schwierigkeiten ist, und	
9. eine Bestätigung, dass gegen den Anlagenbetreiber keine offenen Rückforderungsansprüche aufgrund eines Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Europäischen Binnenmarkt bestehen.“	
f) Folgender Satz wird angefügt:	f) Folgender Satz wird angefügt:
„Die Bestätigung nach Satz 1 muss ferner eine Selbstverpflichtung des Antragstellers enthalten, jede Änderung des Inhalts der abgegebenen Bestätigungen bis zum Abschluss des Zulassungsverfahrens unverzüglich dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle mitzuteilen.“	„Die Bestätigung nach Satz 2 <b>Nummer 5 und 6</b> muss ferner eine Selbstverpflichtung des Antragstellers enthalten, jede Änderung des Inhalts der abgegebenen Bestätigungen bis zum Abschluss des Zulassungsverfahrens unverzüglich dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle mitzuteilen.“

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
11. In § 11 Absatz 4 Satz 1 wird nach der Angabe „§ 10 Absatz 2“ die Angabe „Satz 1“ eingefügt.	11. un verändert
12. In § 12 Absatz 2 wird nach der Angabe „§ 10 Absatz 2“ die Angabe „Satz 1“ eingefügt.	12. un verändert
13. Nach § 13a wird folgender § 13b eingefügt:	13. un verändert
„§ 13b	
Rückforderung	
Zahlt ein Netzbetreiber einem Anlagenbetreiber mehr als nach diesem Gesetz vorgeschrieben, muss er den Mehrbetrag zurückfordern. Ist die Zahlung in Übereinstimmung mit dem Ergebnis eines Verfahrens der Clearingstelle nach § 32a Absatz 5 erfolgt und beruht die Rückforderung auf der Anwendung einer nach der Zahlung in anderer Sache ergangenen höchstrichterlichen Entscheidung, ist der Anlagenbetreiber berechtigt, insoweit die Einrede der Übereinstimmung der Berechnung der Zahlung mit einer Entscheidung der Clearingstelle für Zahlungen zu erheben, die bis zum Tag der höchstrichterlichen Entscheidung geleistet worden sind. Der Rückforderungsanspruch verjährt mit Ablauf des zweiten auf die Einspeisung folgenden Kalenderjahres; die Pflicht nach Satz 1 erlischt insoweit.“	
14. In § 17 Absatz 1 Nummer 1 wird nach der Angabe „§ 10 Absatz 2“ die Angabe „Satz 1“ eingefügt.	14. un verändert
15. Dem § 18 wird folgender Absatz 5 angefügt:	15. un verändert
„(5) § 13b ist entsprechend anzuwenden.“	
16. § 20 wird wie folgt geändert:	16. un verändert
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) Satz 2 wird wie folgt geändert:	
aaa) In Nummer 4 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
bbb) Die folgenden Nummern 5 und 6 werden angefügt:	
„5. eine Bestätigung, dass der Antragsteller kein Unternehmen in Schwierigkeiten ist, und	
6. eine Bestätigung, dass gegen den Antragsteller keine offenen Rückforderungsansprüche aufgrund eines Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Europäischen Binnenmarkt bestehen.“	
bb) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:	
„Die Bestätigung nach Satz 1 muss ferner eine Selbstverpflichtung des Antragstellers enthalten, jede Änderung des Inhalts der abgegebenen Bestätigungen bis zum Abschluss des Zulassungsverfahrens unverzüglich dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle mitzuteilen.“	
cc) In dem neuen Satz 4 wird nach der Angabe „§ 10 Absatz 2“ die Angabe „Satz 1“ eingefügt.	
b) In Absatz 2 Satz 2 werden nach den Wörtern „Ablauf von 36 Monaten“ die Wörter „oder bei einem Wärmenetz, das nach dem 31. Dezember 2019 und vor dem 1. Juli 2021 in Betrieb genommen worden ist, innerhalb von 48 Monaten“ eingefügt.	
17. Dem § 22 wird folgender Absatz 5 angefügt:	17. un verändert
„(5) § 13b ist entsprechend anzuwenden.“	
18. § 24 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	18. § 24 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
a) Satz 2 wird wie folgt geändert:	a) un verändert

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
aa) In Nummer 4 wird das Wort „und“ am Ende durch ein Komma ersetzt.	
bb) In Nummer 5 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.	
cc) Die folgenden Nummern 6 und 7 werden angefügt:	
<p>„6. eine Bestätigung, dass der Antragsteller kein Unternehmen in Schwierigkeiten ist, und</p>	
<p>7. eine Bestätigung, dass gegen den Antragsteller keine offenen Rückforderungsansprüche aufgrund eines Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Europäischen Binnenmarkt bestehen.“</p>	
b) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:	b) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:
<p>„Die Bestätigung nach Satz 1 muss ferner eine Selbstverpflichtung des Antragstellers enthalten, jede Änderung des Inhalts der abgegebenen Bestätigungen bis zum Abschluss des Zulassungsverfahrens unverzüglich dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle mitzuteilen.“</p>	<p>„Die Bestätigung nach Satz 2 <b>Nummer 6 und 7</b> muss ferner eine Selbstverpflichtung des Antragstellers enthalten, jede Änderung des Inhalts der abgegebenen Bestätigungen bis zum Abschluss des Zulassungsverfahrens unverzüglich dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle mitzuteilen.“</p>
c) In dem neuen Satz 4 wird nach der Angabe „§ 10 Absatz 2“ die Angabe „Satz 1“ eingefügt.	c) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
19. Abschnitt 6 wird wie folgt gefasst:	19. Abschnitt 6 wird wie folgt gefasst:

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
„Abschnitt 6	„Abschnitt 6
Finanzierung und Begrenzung der Zuschlagszahlungen	Finanzierung und Begrenzung der Zuschlagszahlungen
§ 26	§ 26
Finanzierung der Zuschlagszahlungen	Finanzierung der Zuschlagszahlungen
Die Finanzierung der Ausgaben der Netzbetreiber nach diesem Gesetz und nach aufgrund dieses Gesetzes erlassener Rechtsverordnungen bestimmt sich nach dem <i>Energie-Umlagen-Gesetz</i> .	Die Finanzierung der Ausgaben der Netzbetreiber nach diesem Gesetz und nach aufgrund dieses Gesetzes erlassener Rechtsverordnungen bestimmt sich nach dem <b>Energiefinanzierungsgesetz</b> .
§ 27	§ 27
Begrenzung der Zuschlagszahlungen	Begrenzung der Zuschlagszahlungen
(1) Der nach Anlage 1 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> ermittelte KWKG-Finanzierungsbedarf darf einen Betrag von 1,8 Milliarden Euro pro Kalenderjahr nicht überschreiten.	(1) Der nach Anlage 1 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> ermittelte KWKG-Finanzierungsbedarf darf einen Betrag von 1,8 Milliarden Euro pro Kalenderjahr nicht überschreiten.
(2) Die Summe der Zuschlagszahlungen für Wärme- und Kältenetze sowie Wärme- und Kältespeicher nach den §§ 18 bis 25 darf 150 Millionen Euro pro Kalenderjahr nicht überschreiten, es sei denn, die Einhaltung der Summe nach Absatz 1 kann unter Berücksichtigung der gemeldeten Prognosedaten nach § 50 Nummer 3 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> für Zuschlagszahlungen für KWK-Strom und einer höheren Summe für Wärme- und Kältenetze sowie Wärme- und Kältespeicher insgesamt gewährleistet werden. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle erteilt die Zulassungsbescheide	(2) Die Summe der Zuschlagszahlungen für Wärme- und Kältenetze sowie Wärme- und Kältespeicher nach den §§ 18 bis 25 darf 150 Millionen Euro pro Kalenderjahr nicht überschreiten, es sei denn, die Einhaltung der Summe nach Absatz 1 kann unter Berücksichtigung der gemeldeten Prognosedaten nach § 50 Nummer 3 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> für Zuschlagszahlungen für KWK-Strom und einer höheren Summe für Wärme- und Kältenetze sowie Wärme- und Kältespeicher insgesamt gewährleistet werden. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle erteilt die Zulassungsbescheide
1. in der Reihenfolge des Eingangs des vollständigen Antrags nach § 20 Absatz 1 und § 24 Absatz 1,	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. unter Berücksichtigung der jährlichen Kostenwirkungen im Hinblick auf den in Satz 1 genannten Betrag sowie	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. unter Berücksichtigung der gleichmäßigen unterjährigen Zahlungswirkung.	3. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>(3) Droht auf Grundlage der nach § 51 Absatz 7 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> gemeldeten Prognosedaten nach § 50 Nummer 3 und § 57 Satz 1 Nummer 1 und 2 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> im folgenden Kalenderjahr eine Überschreitung der Obergrenze nach Absatz 1, so werden die Zuschlagszahlungen für alle KWK-Anlagen nach § 6 mit einer elektrischen KWK-Leistung von mehr als 2 Megawatt entsprechend für das folgende Kalenderjahr gekürzt.</p>	<p>(3) Droht auf Grundlage der nach § 51 Absatz 7 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> gemeldeten Prognosedaten nach § 50 Nummer 3 und § 57 Satz 1 Nummer 1 und 2 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> im folgenden Kalenderjahr eine Überschreitung der Obergrenze nach Absatz 1, so werden die Zuschlagszahlungen für alle KWK-Anlagen nach § 6 mit einer elektrischen KWK-Leistung von mehr als 2 Megawatt entsprechend für das folgende Kalenderjahr gekürzt.</p>
<p>(4) Die Zuschlagszahlungen für KWK-Strom aus KWK-Anlagen, deren Förderung durch Ausschreibungen nach § 8a oder § 8b ermittelt worden ist, sind gegenüber der sonstigen Förderung nach diesem Gesetz vorrangig und werden nicht nach Absatz 3 gekürzt.</p>	<p>(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(5) Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle ermittelt die entsprechenden Kürzungssätze und veröffentlicht diese bis zum 20. Oktober eines jeden Jahres im Bundesanzeiger.</p>	<p>(5) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(6) Die gekürzten Zuschlagszahlungen für den geförderten KWK-Strom werden in den Folgejahren in der Reihenfolge der Zulassung an die betreffenden Anlagenbetreiber nachgezahlt. Die Nachzahlungen erfolgen in der Reihenfolge der Anspruchsentstehung vorrangig vor den Ansprüchen auf KWK-Zuschlag der KWK-Anlagen aus dem Prognosejahr.</p>	<p>(6) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>§§ 27a bis 29 (weggefallen)“.</p>	<p>§§ 27a bis 29 <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>20. § 30 wird wie folgt geändert:</p>	<p>20. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>aa) In Nummer 4 wird das Komma am Ende durch einen Punkt ersetzt.</p>	
<p>bb) Die Nummern 5 bis 9 werden aufgehoben.</p>	



Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>b) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „Absatz 1 Nummer 2, 5, 7 und 8, die Anträge im Hinblick auf die Angaben nach Absatz 1 Nummer 3 und 4 oder der Nachweis nach Absatz 1 Nummer 6“ durch die Wörter „Absatz 1 Nummer 2 und die Anträge im Hinblick auf die Angaben nach Absatz 1 Nummer 3 und 4“ ersetzt.</p>	
<p>21. § 31b Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p>	<p>21. un v e r ä n d e r t</p>
<p>„(1) Die Bundesnetzagentur hat unbeschadet weiterer Aufgaben, die ihr in diesem Gesetz oder in aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen übertragen werden, die Aufgabe, zu überwachen, dass</p>	
<p>1. die Übertragungsnetzbetreiber</p>	
<p>a) für KWK-Anlagen und innovative KWK-Systeme nur die Zuschlagszahlungen nach den §§ 5 bis 8b und 13 leisten und den Strom nach § 4 abnehmen,</p>	
<p>b) für Wärme- und Kältenetze sowie für Wärme- und Kältespeicher nur die Zuschlagszahlungen nach den §§ 18, 21, 22 und 25 leisten,</p>	
<p>2. die Netzbetreiber für KWK-Anlagen und innovative KWK-Systeme nur die Zuschlagszahlungen nach den §§ 5 bis 8b und 13 leisten und den Strom nach § 4 abnehmen.“</p>	
	<p><b>22. § 32 wird wie folgt gefasst:</b></p>
	<p>„§ 32</p>
	<p><b>Benachrichtigung und Beteiligung der Bundesnetzagentur bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten</b></p>
	<p><b>(1) Der Bundesgerichtshof muss die Bundesnetzagentur über alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die sich aus diesem Gesetz ergeben, unterrichten. Er muss der Bundesnetzagentur auf Verlangen Abschriften von allen Schriftsätzen, Protokollen, Verfügungen und Entscheidungen übersenden.</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
	<p><b>(2) Der Präsident oder die Präsidentin der Bundesnetzagentur kann, wenn er oder sie es zur Wahrung des öffentlichen Interesses als angemessen erachtet, aus den Mitgliedern der Regulierungsbehörde eine Vertretung bestellen, die befugt ist, dem Bundesgerichtshof schriftliche Erklärungen abzugeben, auf Tatsachen und Beweismittel hinzuweisen, den Terminen beizuwohnen, in ihnen Ausführungen zu machen und Fragen an Parteien, Zeugen und Sachverständige zu richten. Schriftliche Erklärungen der vertretenden Personen sind den Parteien von dem Bundesgerichtshof mitzuteilen.“</b></p>
<p>22. In § 33 Absatz 2 Nummer 2 werden die Wörter „dieser Strom durch die EEG-Umlage für Letztverbraucher und Eigenversorger nach § 61 Absatz 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes belastet wird und“ gestrichen.</p>	<p><b>23. unverändert</b></p>
<p>23. Nach § 33a Absatz 1 Nummer 11 wird folgende Nummer 11a eingefügt:</p>	<p><b>24. § 33a Absatz 1 wird wie folgt geändert:</b></p>
	<p>a) In Nummer 1 Buchstabe h werden nach den Wörtern „Bietern und Geboten“ die Wörter „und zum Widerruf von Zuschlägen“ eingefügt und es werden nach den Wörtern „missbräuchliche Gebote“ die Wörter „oder Gebote, an denen unionsfremde Bieter im Sinn des § 2 Nummer 19 des Außenwirtschaftsgesetzes beteiligt sind, wenn durch den Betrieb der gebotsgegenständlichen Anlage die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich beeinträchtigt würden“ eingefügt.</p>
	<p>b) Nach Nummer 11 wird folgende Nummer 11a eingefügt:</p>
<p>„11a. zu den Voraussetzungen der Rückgabe von Ausschreibungszuschlägen für Standorte, die nach § 2 Absatz 2 der Aufbauhilfverordnung 2021 vom 15. September 2021 (BGBl. I S. 4214) durch den Starkregen und das Hochwasser im Juli 2021 betroffen gelten,“.</p>	<p>„11a. <b>unverändert</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
24. Nach § 33b Absatz 1 Nummer 12 wird folgende Nummer 12a eingefügt:	25. Nach § 33b Absatz 1 Nummer 12 wird folgende Nummer 12a eingefügt:
„12a. zu den Voraussetzungen der Rückgabe von Förderberechtigungen für Standorte, die nach § 2 Absatz 2 der Aufbauhilfeverordnung 2021 durch den Starkregen und das Hochwasser im Juli 2021 als betroffen gelten,“.	„12a. zu den Voraussetzungen der Rückgabe von Förderberechtigungen für Standorte, die nach § 2 Absatz 2 der Aufbauhilfeverordnung 2021 <b>vom 15. September 2021 (BGBl. I S. 4214)</b> durch den Starkregen und das Hochwasser im Juli 2021 als betroffen gelten,“.
25. § 34 wird wie folgt geändert:	26. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
a) In Absatz 1 werden jeweils die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt.	
b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 werden die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt.	
bb) In Satz 3 werden die Wörter „und nukleare Sicherheit“ durch die Wörter „nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz“ ersetzt.	
c) In Absatz 3 werden die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt.	
d) In Absatz 4 werden jeweils die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt	
e) Absatz 5 wird wie folgt geändert:	
aa) In den Sätzen 1 bis 3 werden jeweils die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt	
bb) In Satz 4 werden nach den Wörtern „darstellen, dürfen“ die Wörter „ohne Geheimhaltungsvereinbarung“ eingefügt.	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
26. § 35 wird wie folgt geändert:	<b>27. unverändert</b>
a) Die Absätze 8 bis 10 werden wie folgt gefasst:	
<p>„(8) Für Ansprüche der Betreiber von KWK-Anlagen auf Zahlung eines Zuschlags ist § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung anzuwenden, wenn die Inbetriebnahme dieser Anlagen bis zum 31. Dezember 2023 erfolgt ist.</p>	
<p>(9) (weggefallen)</p>	
<p>(10) (weggefallen)“.</p>	
b) Absatz 13 wird wie folgt gefasst:	
<p>„(13) (weggefallen)“.</p>	
c) In Absatz 17 Satz 3 werden nach den Wörtern „Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ die Wörter „in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung“ eingefügt.	
d) Absatz 19a wird aufgehoben.	
e) Folgender Absatz 22 wird angefügt:	
<p>„(22) Die Änderungen dieses Gesetzes durch Artikel 17 des Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor vom ... [einsetzen: Datum und Fundstelle nach Artikel 20 Absatz 1 dieses Gesetzes] dürfen mit Ausnahme der Änderungen in den §§ 33a und 33b erst nach der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission und nur nach Maßgabe der Genehmigung angewandt werden.“</p>	
27. Die §§ 36 und 37 werden aufgehoben.	<b>28. unverändert</b>
28. In § 32a Absatz 1 und 7 Satz 5, § 33 Absatz 3, § 33a Absatz 4 Nummer 3 werden jeweils die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt.	<b>29. unverändert</b>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<b>Artikel 18</b>	<b>Artikel 18</b>
<b>Änderung der KWK-Ausschreibungsverordnung</b>	<b>Änderung der KWK-Ausschreibungsverordnung</b>
<p>Die KWK-Ausschreibungsverordnung vom 10. August 2017 (BGBl. I S. 3167), die zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 14. Juli 2021 (BGBl. I S. 2860) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>	<p>Die KWK-Ausschreibungsverordnung vom 10. August 2017 (BGBl. I S. 3167), die zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 14. Juli 2021 (BGBl. I S. 2860) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>
<p>1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:</p>	<p>1. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>a) Die Angabe zu § 18 wird wie folgt gefasst:</p>	
<p>„§ 18 Erlöschen und Rückgabe von Zuschlägen“.</p>	
<p>b) Folgende Angabe wird angefügt:</p>	
<p>„§ 29 Übergangsbestimmungen“.</p>	
<p>2. § 3 wird wie folgt geändert:</p>	<p>2. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>a) In Absatz 5 werden die Wörter „in der Ausschreibung fristgerecht eingegangenen“ durch die Wörter „zulässigen“ und die Wörter „Gebotsterminen fristgerecht eingegangenen“ durch die Wörter „Gebotsterminen zulässigen“ ersetzt.</p>	
<p>b) Folgender Absatz 7 wird angefügt:</p>	
<p>„(7) Im Rahmen der Mengensteuerung des Ausschreibungsvolumens nach den Absätzen 5 und 6 sind Gebote unberücksichtigt zu lassen, für die Anhaltspunkte bestehen, dass sie zu dem Zweck abgegeben wurden, eine Verringerung des Ausschreibungsvolumens nach Absatz 5 zu verhindern oder eine Erhöhung des Ausschreibungsvolumens nach Absatz 6 auszulösen.“</p>	
<p>3. § 8 wird wie folgt geändert:</p>	<p>3. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>a) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
<p>„(3) Ein Gebot muss eine Gebotsmenge von mehr als 500 Kilowatt elektrischer KWK-Leistung umfassen; es darf folgende Gebotsmengen nicht überschreiten:</p>	
<p>1. für die Ausschreibung für KWK-Anlagen eine Gebotsmenge von 50 000 Kilowatt elektrischer KWK-Leistung und</p>	
<p>2. für die Ausschreibung für innovative KWK-Systeme eine Gebotsmenge von 10 000 Kilowatt elektrischer KWK-Leistung.</p>	
<p>Abweichend von Satz 1 darf ein Gebot eine Gebotsmenge von weniger als 500 Kilowatt elektrischer KWK-Leistung umfassen, wenn die elektrische Leistung des Generators weniger als 500 Kilowatt beträgt, die elektrische Leistung der KWK-Anlage jedoch über 500 Kilowatt liegt.“</p>	
<p>b) In Absatz 6 werden die Wörter „auf ihrer Internetseite“ gestrichen.</p>	
<p>4. § 12 Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p>	<p>4. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>a) In Nummer 4 Buchstabe b wird die Angabe „1 000“ durch die Angabe „500“ ersetzt.</p>	
<p>b) In Nummer 7 wird das Wort „oder“ am Ende durch ein Komma ersetzt.</p>	
<p>c) In Nummer 8 Buchstabe b wird der Punkt am Ende durch das Wort „oder“ ersetzt.</p>	
<p>d) Folgende Nummer 9 wird angefügt:</p>	
<p>„9. sie für die KWK-Anlage bereits nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz einen Zuschlag erteilt hat.“</p>	
	<p>5. § 13 wird wie folgt geändert:</p>
	<p>a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.</p>
	<p>b) Folgende Absätze werden angefügt:</p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
	<p>„(2) Die ausschreibende Stelle kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz einen Bieter, der ein Unionsfremder im Sinn des § 2 Absatz 19 des Außenwirtschaftsgesetzes ist oder dessen unmittelbare oder mittelbare Gesellschafter Unionsfremde sind, von dem Zuschlagsverfahren ausschließen, wenn durch den Betrieb der gebotsgegenständlichen Anlage die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich beeinträchtigt würden. Unionsfremde Bieter aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation stehen unionsansässigen Bietern gleich.“</p>
	<p>(3) Die ausschreibende Stelle kann außer nach den Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz den Zuschlag eines Bieters, der ein Unionsfremder im Sinn des § 2 Absatz 19 des Außenwirtschaftsgesetzes ist oder dessen unmittelbare oder mittelbare Gesellschafter Unionsfremde sind, widerrufen, wenn durch den Betrieb der gebotsgegenständlichen Anlage die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich beeinträchtigt werden.“</p>
	<p>(4) Ein Bieter hat auf Anforderung der ausschreibenden Stelle innerhalb von vier Wochen die zur Prüfung nach Absatz 2 oder 3 notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, insbesondere Unterlagen zu seiner Beteiligungsstruktur und seinen Geschäftsfeldern.“</p>
<p>5. § 16 Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p>	<p>6. § 16 Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p>
<p>a) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 2a eingefügt:</p>	<p>a) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 2a eingefügt:</p>
<p>„2a. wenn der Zuschlag nach § 18 Absatz 4 wirksam zurückgegeben wurde,“.</p>	<p>„2a. wenn der Zuschlag nach § 18 Absatz 3 wirksam zurückgegeben wurde,“.</p>
<p>b) In Nummer 4 Buchstabe b wird die Angabe „1 Megawatt“ durch die Angabe „500 Kilowatt“ ersetzt.</p>	<p>b) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>6. § 18 wird wie folgt geändert:</p>	<p>7. u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
a) In der Überschrift werden nach dem Wort „Erlöschen“ die Wörter „und Rückgabe“ eingefügt.	
b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:	
<p>„(3) Zuschläge für KWK-Anlagen oder innovative KWK-Systeme für Standorte, die nach § 2 Absatz 2 der Aufbauhilfeverordnung 2021 vom 15. September 2021 (BGBl. I S. 4214) durch den Starkregen und das Hochwasser im Juli 2021 als betroffen gelten, können durch die Bieter bis zum 1. Januar 2023 zurückgegeben werden; im Übrigen ist eine Rückgabe ausgeschlossen. Die Rückgabe erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber der ausschreibenden Stelle. Wird ein Zuschlag zurückgegeben, ist</p>	
<p>1. § 5 mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Zuschlagswert des zurückgegebenen Zuschlags den Höchstwert für zukünftige Gebote des Bieters oder eines mit ihm verbundenen Unternehmens in der jeweiligen Ausschreibung an dem betreffenden Standort bildet,</p>	
<p>2. § 21 für diesen Zuschlag ab dem 1. Juli 2021 nicht mehr anzuwenden.“</p>	
7. § 19 wird wie folgt geändert:	<b>8. unverändert</b>
a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:	
aa) Satz 2 wird aufgehoben.	
bb) In dem neuen Satz 3 wird die Angabe „Satzes 3“ durch die Angabe „Satzes 2“ ersetzt.	
b) Dem Absatz 5 wird folgender Satz angefügt:	
<p>„In dem Kalenderjahr, in dem die KWK-Anlage in Betrieb genommen wird, sind die Sätze 1 und 2 mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass für dieses Kalenderjahr anstelle des Wertes von 30 Prozent ein Wert von 2,5 Prozent pro Kalendermonat, der nach der Inbetriebnahme für dieses Kalenderjahr verbleibt, anzusetzen ist.“</p>	



Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
8. In § 20 Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „auf ihrer Internetseite“ gestrichen.	9. unverändert
9. In § 26 Absatz 2 Nummer 1 wird die Angabe „8d,“ gestrichen.	10. unverändert
10. Folgender § 29 wird angefügt:	11. unverändert
„§ 29	
Übergangsbestimmungen	
(1) Für nicht erloschene Zuschläge, die in den Ausschreibungen vor dem 1. März 2020 erteilt wurden, verlängern sich die Fristen in § 18 Absatz 1 und § 21 Absatz 1 und 2 Satz 1 um einen Zeitraum von jeweils sechs Kalendermonaten.	
(2) Die Änderungen dieser Verordnung durch Artikel 18 des Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor vom ... [einsetzen: Datum und Fundstelle nach Artikel 20 Absatz 1 dieses Gesetzes] dürfen mit Ausnahme der Änderungen in § 18 erst nach der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission und nur nach Maßgabe der Genehmigung angewandt werden.“	
11. In § 27 Absatz 2 Satz 1, Absatz 3 und 4 Satz 1 und § 28 Absatz 1 werden jeweils die Wörter „Wirtschaft und Energie“ durch die Wörter „Wirtschaft und Klimaschutz“ ersetzt.	12. unverändert
<b>Artikel 19</b>	<b>Artikel 19</b>
<b>Änderung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch</b>	<b>Änderung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch</b>
§ 71 Absatz 1 Satz 1 Nummer 13 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2001 (BGBl. I S. 130), das zuletzt durch Artikel 45 des Gesetzes vom 20. August 2021 (BGBl. I S. 3932) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	§ 71 Absatz 1 Satz 1 Nummer 13 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2001 (BGBl. I S. 130), das zuletzt durch Artikel 45 des Gesetzes vom 20. August 2021 (BGBl. I S. 3932) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

Entwurf	Beschlüsse des 24. Ausschusses
„13. nach § 58 des <i>Energie-Umlagen-Gesetzes</i> zur Berechnung der Bruttowertschöpfung im Verfahren der Besonderen Ausgleichsregelung.“	„13. nach § 58 des <b>Energiefinanzierungsgesetzes</b> zur Berechnung der Bruttowertschöpfung im Verfahren der Besonderen Ausgleichsregelung.“
<b>Artikel 20</b>	<b>Artikel 20</b>
<b>Inkrafttreten, Außerkrafttreten</b>	<b>Inkrafttreten, Außerkrafttreten</b>
<p>(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 <i>und</i> 3 am 1. Januar 2023 in Kraft. Gleichzeitig treten die Erneuerbare-Energien-Ausführungsverordnung vom 22. Februar 2010 (BGBl. I S. 134), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3138) geändert worden ist, und die Besondere-Ausgleichsregelung-Durchschnittsstrompreis-Verordnung vom 17. Februar 2016 (BGBl. I S. 241), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 14. Juli 2021 (BGBl. I S. 2860) geändert worden ist, außer Kraft.</p>	<p>(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 <b>bis 6</b> am 1. Januar 2023 in Kraft. Gleichzeitig treten die Erneuerbare-Energien-Ausführungsverordnung vom 22. Februar 2010 (BGBl. I S. 134), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3138) geändert worden ist, und die Besondere-Ausgleichsregelung-Durchschnittsstrompreis-Verordnung vom 17. Februar 2016 (BGBl. I S. 241), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 14. Juli 2021 (BGBl. I S. 2860) geändert worden ist, außer Kraft.</p>
<p>(2) Abweichend von Absatz 1 treten am Tag nach der Verkündung in Kraft:</p>	<p>(2) Abweichend von Absatz 1 treten am Tag nach der Verkündung in Kraft:</p>
<p>1. Artikel 1,</p>	<p>1. Artikel 1,</p>
<p>2. Artikel 10 mit Ausnahme von Nummer 5,</p>	<p>2. Artikel 10 mit Ausnahme von Nummer <b>7</b>,</p>
<p>3. <i>Artikel 12 Nummer 2</i>,</p>	<p><b>entfällt</b></p>
<p>4. Artikel 13,</p>	<p><b>3. unverändert</b></p>
<p>5. Artikel 15 Nummer 4, 6 bis 10, 14 bis 16 und 21,</p>	<p><b>4. unverändert</b></p>
<p>6. Artikel 16 und</p>	<p><b>5. unverändert</b></p>
<p>7. Artikel 17 Nummer <i>22 und 23</i>.</p>	<p><b>6. Artikel 17 Nummer <b>24 Buchstabe a</b>.</b></p>
<p>(3) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 18 Nummer 6 am ... [einsetzen: Datum des zweiten auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalendertages] in Kraft.</p>	<p>(3) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 18 Nummer <b>5</b> am ... [einsetzen: Datum des zweiten auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalendertages] in Kraft.</p>
	<p><b>(4) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 10a am 1. September 2022 in Kraft.</b></p>

---

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 24. Ausschusses</b>
	<b>(5) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 17 Nummer 24 Buchstabe b und Nummer 25 am 30. November 2021 in Kraft.</b>
	<b>(6) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 18 Nummer 7 und Nummer 11 zum 1. Dezember 2021 in Kraft.</b>

## Begründung

### Zu Artikel 1

#### Zu § 3 EEG 2021

In **§ 3 Nummer 27a EEG 2021** wird „Grüner Wasserstoff“ definiert als Wasserstoff, der nach Maßgabe der Verordnung nach § 93 EEG 2021 elektrochemisch durch den Verbrauch von Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt wird, wobei der Wasserstoff zur Speicherung oder zum Transport auch in anderen Energieträgern chemisch oder physikalisch gespeichert werden kann.

#### Zu § 8 EEG 2021

Durch die Ergänzung in **§ 8 Absatz 5 Satz 3 EEG 2021** wird klargestellt, dass auch bei der Ausführung des Netzanschlusses von Anlagen mit einer installierten Leistung von bis zu 10,8 kW alle einschlägigen Regelungen eingehalten werden müssen, die für die Herstellung eines Netzanschlusses solcher Erzeugungsanlagen maßgeblich sind. Etwas anders gilt auch dann nicht, wenn der Netzbetreiber den Zeitplan nach Satz 1 nicht innerhalb von einem Monat nach Eingang des Netzanschlussbegehrens übermittelt hat. Das bedeutet, dass insbesondere § 10 Absatz 2 EEG 2021 mit seinen Verweisen auf die im Einzelfall notwendigen technischen Anforderungen des Netzbetreibers und auf § 49 EnWG berücksichtigt werden muss.

Der Zweck des **§ 8 Absatz 5 Satz 3 EEG 2021**, die Vorgabe aus Artikel 17 Absatz 1 Unterabsatz 2 Satz 2 Richtlinie (EU) 2018/2001 umzusetzen, bleibt gewahrt: Kleine Anlagen mit einer installierten Leistung von bis zu 10,8 kW sind nach Absatz 1 an das Netz anzuschließen und profitieren dabei von der vereinfachten Bestimmung des Verknüpfungspunktes nach Absatz 1 Satz 2.

Der neu angefügte **§ 8 Absatz 5 Satz 4 EEG 2021** dient der Klarstellung, dass die Sonderregelung des Absatz 1 Satz 2 auch für die Ermittlung der Größe der insgesamt neu anzuschließenden Anlagen und für die Bestimmung des günstigsten Netzverknüpfungspunktes bei Netzanschlussbegehren nach Absatz 5 Satz 3 Anwendung findet. Demnach ist die installierte Leistung der im Rahmen des Anschlussbegehrens nach Absatz 5 Satz 3 neu anzuschließenden Anlage oder Anlagen mit der installierten Leistung aller auf dem Grundstück bereits befindlichen Anlagen zusammenzufassen. Damit entspricht die Ermittlung der Zusammenfassung nach Absatz 1 Satz 2. Dabei werden alle Anlagen einbezogen, die an den Netzanschluss desselben Netzanschlussverhältnisses angeschlossen worden sind und werden sollen. Bei der Zusammenfassung mehrerer Anlagen kann es sich hierbei auch um Anlagen mehrerer Anlagenbetreiberinnen bzw. -betreiber handeln.

Der neue **§ 8 Absatz 6 Satz 1 Nummer 3 EEG 2021** bewirkt, dass ein Netzbetreiber bereits frühzeitig bei einem Anschlussbegehren mitteilen muss, ob bei der Herstellung eines Netzanschlusses seine Anwesenheit erforderlich sein wird. Das ermöglicht dem Anlagen- und Netzbetreiber die frühzeitige Planung. Dabei geht das Gesetz davon aus, dass die Anwesenheit des Netzbetreibers grundsätzlich bei einem Netzanschluss von Anlagen bis 30 kW nicht erforderlich ist. Sollte dies ausnahmsweise der Fall sein, muss dies der Netzbetreiber bereits frühzeitig in den

Informationen nach § 8 Absatz 6 EEG 2021 dem Einspeisewilligen mitteilen. Diese Mitteilung muss einfach und verständlich sein und die Notwendigkeit anhand des Einzelfalls begründen; formularmäßige oder standardmäßige Begründungen reichen nicht aus.

In Ergänzung zu der Neuregelung des § 8 Absatz 6 Satz 1 Nummer 3 EEG 2021 (siehe vorstehend) bestimmt der neue **Satz 2** die Rechtsfolge für Pflichtverstöße des Netzbetreibers gegen diese neue Pflicht: Wenn ein Netzbetreiber dem Anschlussbegehrenden im Fall von Anlagen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 EEG 2021 die Information nach § 8 Absatz 6 Satz 1 Nummer 3 EEG 2021 nicht fristgerecht übermittelt, können die Anlagen unter Einhaltung der für die Ausführung eines Netzanschlusses maßgeblichen Regelungen auch ohne Anwesenheit des Netzbetreibers angeschlossen werden.

Der neue **§ 8 Absatz 7 EEG 2021** verändert die Systematik des grundsätzlichen Prozesses zur Stellung und Bearbeitung von Netzanschlussbegehren, die für Anlagen nach Absatz 1 Satz 2 gestellt werden. Die Notwendigkeit der Überarbeitung ergibt sich aufgrund der teilweise erheblichen Wartezeiten von Anlagenbetreibern bis zur Netzanschlusszusage. Die Problematik gewinnt in vielen Netzen im gesamten Bundesgebiet an Bedeutung. Die Bearbeitung von Netzanschlussbegehren ist ein wichtiger Teil des Netzanschlussprozesses und seine Beschleunigung zur Erreichung der Ausbauziele für erneuerbare Energien unabdingbar. Die mit dieser EEG-Novelle angestrebte „Entfesselung“ der Ausbaudynamik ist in der Praxis nur umsetzbar, wenn zugleich auch die Netzanschlussprozesse verbessert werden.

Dazu knüpft § 8 EEG 2021 an § 14e EnWG an. § 14e EnWG regelt eine Anlaufstelle für Anschlussbegehrende, die über diese gemeinsame Internetplattform auf die Internetseite des jeweiligen Anschlussnetzbetreibers gelangen können. § 8 regelt sodann den Prozess zur Stellung und Bearbeitung eines konkreten Netzanschlussbegehrens beim verantwortlichen Netzbetreiber.

Die Digitalisierung und Standardisierung sind zwei weitere wichtige Instrumente, um eine Beschleunigung der Anschlussprozesse herbeizuführen.

Die in § 8 Absatz 7 EEG 2021 geregelte neue Systematik betrifft insbesondere das „Massengeschäft“ des Anschlusses von kleinen bis mittleren Solaranlagen, das zahlenmäßig einen Großteil der Anschlussbegehren ausmacht und sich besonders gut für Standardisierungen eignet. Dies schließt jedoch keineswegs aus, dass Netzbetreiber die Vorteile der Digitalisierung und Standardisierung über ihre Internetseiten und das Webportal zugleich auch für die Anschlussbegehren von weiteren Anlagen nutzen.

§ 8 Absatz 7 EEG 2021 sieht vor, dass Netzbetreiber auf ihren Internetseiten grundsätzlich ausführliche Informationen für Netzanschlussbegehrende zur Verfügung stellen. Das sind zunächst allgemeine Informationen, die für alle Netzanschlussbegehren einer Art zu Grunde gelegt werden können, z.B. in welchen Arbeitsschritten ein solches Netzanschlussbegehren grundsätzlich bearbeitet wird und was dafür erforderlich ist. Dabei soll der Netzbetreiber durch möglichst genaue Informationen oder Hilfestellungen auf seiner Internetseite den Anschlussbegehrenden in die Lage versetzen, bereits vor der ersten Kontaktaufnahme die erforderlichen Angaben und ggf. einzureichenden Unterlagen zu kennen und erforderlichenfalls zu beschaffen.

Im nächsten Schritt soll der Anschlussbegehrende sein konkretes Netzanschlussbegehren beim Netzbetreiber stellen und die aufgrund der auf der Internetseite zur Verfügung stehenden Informationen zusammengestellten Unterlagen bei diesem einreichen. Damit wird der mehrstufige Prozess nach Absatz 5 und 6 zu einem Schritt zusammengefasst, der im Idealfall eines vollständigen Anschlussbegehrens ohne wesentliche Rückfragen abgearbeitet werden kann. Dieser Schritt soll

über ein Webportal erfolgen, das jeder Anschlussnetzbetreiber bereitstellt. Auch die Schwierigkeit von unleserlich ausgefüllten Formularen kann so vermieden werden. Natürlich ist es aus Effizienzgründen auch möglich, dass der jeweilige Netzbetreiber die Einführung des Webportals auch auf weitere Prozessschritte, die zeitlich und organisatorisch nach der Netzanschlusszusage liegen, ausweitet.

Die Regelungen adressieren den jeweiligen Netzbetreiber und Anschlussbegehrenden. In der Praxis wird jedoch regelmäßig nicht die einzelne Privatperson, die eine Solaranlage errichten möchte, das Netzanschlussbegehren selbständig durchführen. Die Regelungen sind darauf ausgerichtet, dass der Anschlussbegehrende Dienstleister (beispielsweise den Verkäufer bzw. Installateur der Solaranlage) damit beauftragen kann, den Prozess vollständig gegenüber dem Netzbetreiber abzuwickeln und alle erforderlichen Daten und Informationen zu erbringen.

Das Format und die Inhalte der bereitzustellenden Informationen und Webportale sind möglichst weitgehend zu vereinheitlichen, um zu gewährleisten, dass Dienstleister, die häufig bei mehreren Netzbetreibern Anlagen errichten, einheitlich geschult werden und so wesentlich schneller und vollständiger die Informationen, Formulare und Webportale handhaben können.

Auf Basis der übermittelten Informationen kann der Netzbetreiber unverzüglich nach erfolgter Prüfung und Bearbeitung des Anschlussbegehrens die konkreten, auf den beantragten Netzanschluss bezogenen Informationen an den Anlagenbetreiber oder seinen beauftragten Dienstleister melden.

**§ 8 Absatz 7 Satz 1 EEG 2021** regelt den sachlichen und zeitlichen Anwendungsbereich des oben dargestellten in der Systematik geänderten Prozesses zur Stellung und Bearbeitung von Netzanschlussbegehren. Der neue Absatz 7 bezieht sich danach zunächst nur auf Netzanschlussbegehren nach Absatz 1 Satz 2. Erfasst werden also nur Anschlussbegehren für Anlagen, die auf einem Grundstück mit bereits bestehendem Netzanschluss angeschlossen werden sollen und deren installierte Leistung zusammengefasst mit der installierten Leistung der gegebenenfalls bereits auf dem Grundstück befindlichen Anlagen insgesamt höchstens 30 kW beträgt. Satz 1 regelt außerdem eine Übergangsfrist bis zur verpflichtenden Umsetzung der neuen Vorgaben. Da es sich um teilweise erhebliche IT-technische Anpassungen bei den Netzbetreibern handelt, ist eine Übergangsfrist bis zum 1. Januar 2025 vorgesehen.

**§ 8 Absatz 7 Satz 2 EEG 2021** enthält die vom jeweiligen Anschlussnetzbetreiber auf seiner Internetseite zu veröffentlichen allgemeinen Informationen. Diese allgemeinen Informationen entsprechen in verallgemeinerter Form den Informationen, die auch bisher vom Netzbetreiber dem Anschlussbegehrenden auf sein Netzanschlussbegehren hin zur Verfügung gestellt werden mussten. Durch die Zurverfügungstellung der Informationen schon vor der Stellung des Netzanschlussbegehrens wird eine unnötige erste kommunikative Schleife zwischen Anschlussbegehrendem und Netzbetreiber vermieden. Zugleich soll der Anschlussbegehrende in die Lage versetzt werden, bereits viele der notwendigen Informationen und Unterlagen zusammenzustellen und schneller ein qualifiziertes (vollständiges) Anschlussbegehren stellen zu können.

Im Einzelnen sind dafür insbesondere die folgenden Informationen bereitzustellen:

- in welchen Arbeitsschritten ein solches Netzanschlussbegehren grundsätzlich bearbeitet wird,
- welche Informationen die Anschlussbegehrenden aus ihrem Verantwortungsbereich dem Netzbetreiber übermitteln müssen, damit der Netzbetreiber den Verknüpfungspunkt ermitteln oder seine Planung nach § 12 EEG 2021 durchführen kann,

- die Kosten, die Anlagenbetreibern generell durch einen Netzanschluss entstehen und

- über die zur Erfüllung der Pflichten nach § 9 Absatz 1 bis 2 EEG 2021 generell notwendige Ausstattung je nach Größe der Anlage.

**§ 8 Absatz 7 Satz 3 EEG 2021** regelt die Verpflichtung für jeden Netzbetreiber, ein Webportal zu errichten und für die Stellung von Netzanschlussbegehren zur Verfügung zu stellen. Auch die einzureichenden Informationen, die der Netzbetreiber benötigt, um den Netzverknüpfungspunkt zu ermitteln oder seine Planung nach § 12 EEG 2021 durchzuführen (Absatz 7 Satz 2 Nummer 2), sollen über das Webportal an den Netzbetreiber übermittelt werden können. Viele Netzbetreiber bieten bereits die Möglichkeit an, Unterlagen und Informationen auch digital zu übermitteln. Durch entsprechende Webhilfen und z.B. Pflichtangaben bei der Eintragung in das Webportal könnte dazu beigetragen werden, dass die notwendigen Daten vollständig eingetragen werden. Ebenso wird die Schwierigkeit von unleserlich ausgefüllten Formularen vermieden. Dadurch können zeitraubende Rücksprachen zwischen Anschlussbegehrenden und Netzbetreibern erspart werden.

Das Webportal soll als Standardlösung für Anschlussbegehren nach Absatz 1 Satz 2 dienen. Dass daneben aufgrund von Anforderungen der Barrierefreiheit auch andere Kommunikationswege wie Papierformulare notwendig sein können, wird durch die Regelung nicht berührt.

**§ 8 Absatz 7 Satz 4 EEG 2021** entspricht inhaltlich Absatz 6 Satz 1 und regelt die vom Netzbetreiber mitzuteilenden Informationen an den Anschlussbegehrenden. Im Gegensatz zu Absatz 7 Satz 2 handelt es sich bei den hier zu übermittelnden Informationen nicht um allgemeine, sondern um konkrete, auf das jeweilige Netzanschlussbegehren bezogene Informationen, die der Netzbetreiber an den Anlagenbetreiber übermittelt. Die Zusammenstellung, Prüfung und Übermittlung der Informationen gehört zu den sich aus Absatz 1 ergebenden Nebenpflichten des Netzbetreibers, da sie die Voraussetzung für die Erfüllung der zentralen Pflicht des Netzbetreibers zum vorrangigen Anschluss der Anlagen an das Netz schaffen (vgl. BT-Drs. 18/1304 S. 120 zu § 8 Absatz 6). Durch die Einführung der Frist von höchstens einem Monat soll auf eine Beschleunigung des Verfahrens hingewirkt werden.

Der Anschlussbegehrende wird durch die Übermittlung der Informationen zudem in die Lage versetzt, die Entscheidungen des Netzbetreibers, z.B. das Ergebnis einer durchgeführten Netzverträglichkeitsprüfung, nachvollziehen zu können.

In **§ 8 Absatz 7 Satz 5 EEG 2021** wird festgelegt, dass das Format und die Inhalte der nach Satz 2 bis 4 bereitzustellenden Informationen und Webportale möglichst weitgehend zu vereinheitlichen sind. Eine vollständige Vereinheitlichung von Informationen und Webportalen kann aufgrund der unterschiedlichen Situationen in den verschiedenen Netzen der jeweiligen Netzbetreiber nicht verlangt werden. Es soll zudem vermieden werden, dass bereits am Markt vorhandene fortschrittliche Webportale eingeschränkt oder neu entwickelt werden müssen.

Das Ziel ist eine zügig umsetzbare Standardisierung der für die Beschleunigung wesentlichen Informationen und Webportale. Dafür ist eine möglichst weitgehende Vereinheitlichung erforderlich.

**§ 8 Absatz 7 Satz 6 EEG 2021** stellt klar, dass im Übrigen die Bestimmungen der Absätze 5 und 6 anzuwenden sind. Absatz 7 stellt insofern, wie auch Satz 1 klarstellt, nur hinsichtlich Absatz 5 Satz 1 und 2 und Absatz 6 Satz 1 abweichende Regelungen auf, ohne die restlichen Inhalte dieser beiden Absätze zu verdrängen.

### **Zu § 9 EEG 2021**

Der neue **§ 9 Absatz 2a EEG 2021** stellt klar, dass ab dem Einbau eines intelligenten Messsystems die Absätze 1, 1a und 1b für Anlagen nach Absatz 2 entsprechend anwendbar sind. Dies ergab sich bislang nicht eindeutig aus dem Wortlaut von Absatz 2, sondern nur aus dem systematischen Zusammenhang, insbesondere der entsprechenden Wertung in § 10b Absatz 2 Satz 2 EEG 2021 sowie den Vorschriften des Messstellenbetriebsgesetzes.

### **Zu § 22 EEG 2021**

In **§ 22 Absatz 1 EEG 2021** werden die Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff hinzugefügt. Damit wird klargestellt, dass die Bundesnetzagentur auch für diese Anlagen die Anspruchsberechtigten und den anzulegenden Wert durch Ausschreibungen ermittelt.

### **Zu § 28a EEG 2021**

Die Änderungen des **§ 28a EEG 2021** dienen der Sicherstellung von Wettbewerb in den Ausschreibungen für Solaranlagen des ersten und zweiten Segments. Infolge der starken Erhöhung der Ausschreibungsvolumen in beiden Segmenten im Jahr 2022 erreichte im ersten Gebotstermin des zweiten Segments sowie im zweiten Gebotstermin des ersten Segments die Gebotsmenge nicht mehr das Ausschreibungsvolumen. Da auf dieser Grundlage eine wettbewerbliche Ermittlung der Marktprämie nicht ohne deutliche Verzerrungen möglich wäre, ist eine Anpassung der Ausschreibungsvolumen nach unten vorzunehmen. Die Kapazität des Marktes wird bei dieser Anpassung dynamisch berücksichtigt, indem die durchschnittlich erreichte Gebotsmenge der ersten beiden Gebotstermine das Ausschreibungsvolumen des dritten Termins bestimmt.

Für das zweite Segment, für das der zweite Gebotstermin noch nicht stattgefunden hat, werden zusätzlich positive Marktentwicklungen berücksichtigt, indem auf das so bestimmte Volumen ein Aufschlag vorgesehen ist, falls die Gebotsmenge im zweiten Termin über der Gebotsmenge im ersten Termin liegt. Dadurch soll verhindert werden, dass das Ausschreibungsvolumen ein Anwachsen des Marktes ausbremst.

### **Zu § 28c EEG 2021**

Die Anpassung im neuen **§ 28c Absatz 1 Satz 2 EEG 2021** verschiebt den zweiten Gebotstermin der Innovationsausschreibungen im Jahr 2022 auf den 1. Dezember. Dies ist erforderlich, damit die Bekanntgabe des Gebotstermins erst erfolgt, nachdem die beihilferechtliche Genehmigung der Europäischen Kommission der vorgesehenen Umstellung der Innovationsausschreibungen auf eine gleitende Marktprämie erfolgt ist. Dies wäre bei einem Gebotstermin am 1. Oktober, der bis zum 27. August 2022 bekanntgemacht werden müsste, voraussichtlich noch nicht der Fall. Eine Bekanntmachung vor Erteilung der noch ausstehenden Genehmigung der Europäischen Kommission könnte zur Folge haben, dass nach der Bekanntmachung Formulare getauscht werden müssten, wenn nach Maßgabe der Genehmigung wesentliche Parameter des Innovationsausschreibungsverfahrens (Umstellung der Förderung auf die gleitende Marktprämie) abgeändert werden müssten. Dies könnte zu erheblicher Verunsicherung der Bieter führen.

### **Zu § 28e EEG 2021**

**§ 28e EEG 2021** regelt für die Ausschreibungen für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff nach § 39p EEG 2021 die Ausschreibungsmengen



und die Gebotstermine, wobei in der Verordnung nach § 88f EEG 2021 abweichende Bestimmungen zu den Gebotsterminen und den Ausschreibungsmengen getroffen werden können. Die Förderung ist bis zum Jahr 2026 befristet.

Grundsätzlich sollen zwei Gebotstermine pro Jahr stattfinden. Der Abstand zwischen den einzelnen Gebotsterminen beträgt daher grundsätzlich sechs Monate. Aufgrund des erforderlichen Vorlaufs für die Marktakteure findet die erste Ausschreibung zum 15. Dezember 2023 statt. Mengen, die in einem Jahr nicht vergeben werden konnten, werden im folgenden Jahr in den Ausschreibungen nach § 39p EEG 2021 nachgeholt. Im Übrigen wird auf die Begründung zu § 88f EEG 2021 verwiesen (siehe unten).

### **Zu § 36d EEG 2021**

Das besondere Zuschlagsverfahren für Ausschreibungen von Windenergieanlagen an Land nach § 36d EEG 2021 wird aufgehoben. Die in dieser Bestimmung vorgesehene Südquote für Windenergieanlagen an Land, d.h. eine in begrenztem Umfang bevorzugte Bezuschlagung von Projekten in der Südregion, konnte aufgrund der weiterhin fehlenden beihilferechtlichen Genehmigung der EU Kommission bislang nicht angewendet werden. Im Zuge der angehobenen Ausschreibungsmengen im EEG 2023 wird sich die intendierte Wirkung der Südquote für Wind an Land im EEG 2021 zudem weitgehend erledigen. Aufgrund der höheren Ausschreibungsmengen wird sich automatisch auch die Zuschlagswahrscheinlichkeit für wettbewerbsfähige Projekte in der Südregion erhöhen. Um dennoch einen zusätzlichen Anreiz zu setzen, zusätzliche Windenergieprojekte in der Südregion zu entwickeln, wird mit dem EEG 2023 stattdessen das Referenzertragsmodell für windschwache Standorte nach § 36h EEG 2023 angepasst. Dabei wird u.a. ein neuer Gütefaktor für 50%-Standorte eingeführt, der nur auf Projekte in der Südregion Anwendung finden wird. Damit wird in Zukunft ein deutlich wirksameres Instrument zur Verfügung stehen, durch das zusätzliche Projekte in der Südregion wettbewerbsfähig werden und erfolgreich an den Ausschreibungen teilnehmen können. Zugleich wird das im Rahmen der Südquote anhaltende beihilferechtliche Risiko wesentlich verringert. Denn die Anpassung des Referenzertragsmodells greift die bisherige Kritik der EU Kommission auf, dass Projekte in der Südregion durch die Südquote in gewissem Umfang vor dem Wettbewerb mit anderen Projekten geschützt werden sollten und es hierbei nach Ansicht der EU Kommission zu Überförderungen hätte kommen können. Die Umstellung von der Südquote auf eine Anpassung des Referenzertragsmodells für die Südregion ist daher sowohl wirksamer, um den Ausbau in der Südregion effektiv zu beschleunigen, als voraussichtlich auch beihilferechtlich zeitnah genehmigungsfähig.

### **Zu § 39p EEG 2021**

§ 39p EEG 2021 führt die neuen Ausschreibungen für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff ein, für die § 28e EEG 2021 die entsprechenden Ausschreibungsmengen und Gebotstermine regelt. Nach Absatz 1 ist die Bundesnetzagentur für die Durchführung der Ausschreibungen zuständig. Nach Absatz 2 sind die Einzelheiten der Ausschreibungen in der Verordnung nach § 88f EEG 2021 näher zu bestimmen. Nach Absatz 3 sollen die Standorte der bezuschlagten Anlagen in der langfristigen Wasserstoff-Netzentwicklungsplanung erschlossen werden, soweit die Erschließung des Standortes beiträgt zu einer möglichst sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Gas und Wasserstoff, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht.

## **Zu § 39q EEG 2021**

§ 39q EEG 2021 regelt besondere Zahlungsbestimmungen für die geförderten Anlagen. Demnach besteht der Anspruch nach § 19 Absatz 1 EEG 2021 für Strom aus Grünem Wasserstoff nur für einen begrenzten Anteil der in einem Kalenderjahr erzeugten Strommenge, wobei dieser Anteil maximal zehn Prozent des Wertes der installierten Leistung entsprechen kann und in der Verordnung nach § 88f EEG 2021 final festgelegt wird. Dies ist insbesondere notwendig, um der begrenzten Verfügbarkeit von Wasserstoff in den nächsten Jahren Rechnung zu tragen.

## **Zu § 85 EEG 2021**

Die in § 85 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe a EEG 2021 neu geschaffene Überwachungsaufgabe der Bundesnetzagentur stellt sicher, dass die Bundesnetzagentur künftig auch die Aufsicht über die Vorgaben zum Anschluss von Erneuerbare-Energien-Anlagen nach § 8 EEG 2021 ausüben kann. Die Anpassung flankiert die Neuregelung in § 8 EEG 2021. In § 8 EEG 2021 wird ein neues Verfahren für Anschlussbegehren von Anlagen mit einer installierten Leistung von insgesamt höchstens 30 kW eingeführt, das der Beschleunigung des Verfahrens durch Digitalisierung und Standardisierung dient (siehe oben). Die Stärkung der Aufsichtsbefugnis trägt ergänzend zur Beschleunigung von Netzanschlüssen bei. Die Bundesnetzagentur soll überwachen können, dass die Netzbetreiber ihrer Verpflichtung zum Anschluss von Anlagen nach der Maßgabe des § 8 EEG 2021 ordnungsgemäß nachkommen. Das umfasst auch den in § 8 Absatz 7 EEG 2021 geregelten Standardisierungsprozess. Die hier neu geschaffene Aufsichtsbefugnis der Bundesnetzagentur erfasst somit den gesamten Netzanschlussprozess einschließlich der ordnungsgemäßen Einführung des in § 8 Absatz 7 EEG 2021 geregelten Verfahrens.

## **Zu § 85a EEG 2021**

Mit der Einfügung von § 85a Absatz 2a EEG 2021 kann die Bundesnetzagentur künftig auch dann die Höchstwerte bei den Ausschreibungen für Windenergie an Land anheben, wenn die Preise für Rohstoffe, die für die Errichtung von Windenergieanlagen an Land erforderlich sind, um mehr als 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen. Aufgrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine steigen die Rohstoffpreise derzeit stark. Außerdem bestehen weiterhin Lieferketten-schwierigkeiten. Auch die Inflationsrate steigt bereits seit dem Jahr 2021; dieser Trend setzt sich derzeit fort. Mit der Regelung wird insbesondere für den Fall unvorhergesehener Marktentwicklungen bei Windenergieanlagen an Land, wie pandemiebedingten weltweiten Lieferkettenproblemen oder steigenden Inflationsraten und daraus folgenden Kostensteigerungen, die Möglichkeit für die Bundesnetzagentur geschaffen, mit Anpassungen Unterzeichnungen zu verhindern. Solche Entwicklungen beeinflussen gerade die Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen von Windenergieanlagen, die an Ausschreibungen teilnehmen. Eine Erhöhung des Höchstwertes kann durch die Bundesnetzagentur für künftige Ausschreibungen nur dann erfolgen, wenn die Rohstoffpreise für Windenergieanlagen an Land steigen, also insbesondere Stahlpreise.

## **Zu § 88f EEG 2021**

§ 88f EEG 2021 enthält eine Verordnungsermächtigung für Ausschreibungen für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff.

§ 88f EEG 2021 ermächtigt die Bundesregierung, in einer Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrats die für eine Ausschreibung erforderlichen Regelungen zu treffen. Nach § 88f Nummer 1 EEG 2021 können die Anzahl und

die Zeitpunkte der Gebotstermine festgelegt werden. **§ 88f Nummer 2 EEG 2021** ermöglicht eine Festlegung des Ausschreibungsvolumens, auch in Abweichung der Regelung in **§ 28e Absatz 2 EEG 2021**. Nach **§ 88f Nummer 3 EEG 2021** können Verfahren und Inhalt der Ausschreibungen geregelt werden. Nach Buchstabe a können Mindest- und Höchstgrößen für Teillose festgelegt werden, falls dies erforderlich sein sollte. Buchstabe b ermöglicht es, Mindest- und Höchstwerte für die Zahlungsansprüche festzulegen. Nach Buchstabe c können ebenfalls Mindestgebotswerte festgelegt werden. Buchstabe d ermöglicht die Festlegung von spezifischen Gebotsgrößen. Nach Buchstabe e kann die Anzahl der Gebote, die ein Bieter für ein Projekt abgeben darf, geregelt werden. Nach Buchstabe f kann das Ausschreibungsvolumen in Teilmengen aufgeteilt werden, wobei insbesondere nach Regionen und Netzebenen des Stromnetzes oder danach, ob es sich um neue Anlagenteile handelt, unterschieden werden kann. Bei der Aufteilung nach Regionen ist sowohl die Stromnetz- als auch die Wasserstoffnetzplanung zu berücksichtigen. Nach Buchstabe g können weitere Bestimmungen zum Zuschlagsverfahren festgelegt werden. Das betrifft insbesondere Regelungen zur Preisbildung und zu Anpassungen des Ausschreibungsvolumens bei Unterzeichnung der Ausschreibungen. Nach **§ 88f Nummer 4 EEG 2021** können abweichend von §§ 19 bis 35a EEG 2021 sowie §§ 51 bis 55a EEG 2021 Vorgaben zu Art, Form, Dauer und Inhalt der zu vergebenen Zahlungsansprüche geregelt werden. Danach kann sich der Zahlungsanspruch auf die elektrische Arbeit pro Kilowattstunde beziehen und dabei eine technologieneutrale Marktprämie vorsehen sowie Zahlungen bei negativen Preisen ausschließen. Enthalten ist zudem die Möglichkeit, in der Rechtsverordnung zu den Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff eine Anpassung der Zahlungen vorzunehmen. **§ 88f Nummer 5 EEG 2021** ermöglicht die Bestimmung der maximalen Bemessungsleistung der Anlage gemäß § 39q EEG 2021, wobei dieser Anteil maximal zehn Prozent des Wertes der installierten Leistung entsprechen kann. **§ 88f Nummer 6 EEG 2021** ermöglicht Regelungen zu besonderen Zuschlags- und Zahlungsanforderungen. Die Buchstaben a bis d zeigen dabei die mögliche Bandbreite auf, die im Rahmen der Ausschreibung angesprochen werden soll. Bei Buchstabe a stehen insbesondere die Bereiche systemdienlichere Auslegung der Anlagen sowie innovative Beiträge für einen optimierten Netzbetrieb mit hohen Anteilen erneuerbarer Energien bei hoher Netzstabilität und -sicherheit sowie ggf. Erbringung der notwendigen Systemdienstleistungen im Vordergrund. Buchstabe b ermöglicht Vorgaben zu und damit die Förderung von innovativen Ansätzen zur Flexibilisierung von Erzeugung und Verbrauch mit einer größtmöglichen Durchdringung erneuerbarer Energien. Buchstabe c bezieht sich auf die Nutzung der Abwärme. Nach Buchstabe d können im Hinblick auf die Nachweisführung zur Dokumentation der Erfüllung der Zahlungsvoraussetzungen vor der Inbetriebnahme sowie während und nach Auslaufen des Zeitraums des Vergütungsanspruches Vorgaben gemacht werden. **§ 88f Nummer 7 EEG 2021** ermöglicht es, weitere Anforderungen an die Teilnahme an den Ausschreibungen in der Verordnung zu regeln. Nach Buchstabe a können Mindestanforderungen an die Eignung der Teilnehmer festgelegt werden. Nach Buchstabe b können zusätzliche Anforderungen an den eingesetzten Grünen Wasserstoff gestellt werden. Nach Buchstabe c können zusätzliche Mindestanforderungen an die Anlagen festgelegt werden. Nach Buchstabe d können Anforderungen an die Abwärmenutzung geregelt werden. Buchstabe e ermöglicht zusätzliche Regelungen zum Planungs- und Genehmigungsstand der Anlagen. Buchstabe f ermöglicht es, die Anforderungen an den Nachweis der Voraussetzungen der Buchstaben a bis e zu regeln. Nach Buchstabe g können Anforderungen zu der Art, der Form und dem Inhalt von Sicherheiten gestellt werden, die von allen Teilnehmern an den Ausschreibungen oder nur im Fall der Zuschlagserteilung zu leisten sind, um eine Inbetriebnahme und den Betrieb der Anlage sicherzustellen. Dies umfasst auch Regelungen zur teilweisen oder vollständigen Zurückzahlung dieser Sicherheiten. **§ 88f Nummer 8**

**EEG 2021** ermöglicht Festlegungen zu dem Umfang der Zuschlagserteilung. Nach Buchstabe a kann die räumliche und zeitliche Geltung von Zuschlägen im Rahmen der Verordnung festgelegt werden. Buchstabe b ermöglicht es, die Übertragbarkeit von Zuschlägen auf andere Anlagen oder andere Bieter zu regeln. **§ 88f Nummer 9 EEG 2021** ermöglicht Regelungen, die den Betrieb der Anlagen sicherstellen sollen, insbesondere wenn eine Anlage nicht oder verspätet in Betrieb genommen worden ist oder nicht in einem ausreichenden Umfang betrieben wird. Nach Buchstabe a kann eine behördliche Zulassung der Anlagen vorgesehen werden. Buchstabe b ermöglicht es, eine Pflicht zu einer Geldzahlung vorzusehen und deren Höhe und die Voraussetzungen für die Zahlungspflicht zu regeln. Nach Buchstabe c können Kriterien für einen Ausschluss von Bietern bei künftigen Ausschreibungen festgelegt werden. Buchstabe d ermöglicht es, Berichtspflichten der Bieter hinsichtlich der Realisierung der bezuschlagten Anlagen vorzusehen. Nach **§ 88f Nummer 10 EEG 2021** können nähere Bestimmungen von Standortanforderungen getroffen werden, mit dem Ziel, dass die Erschließung eines bezuschlagten Standortes im Rahmen der Wasserstoff-Netzentwicklungsplanung zur einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Gas und Wasserstoff, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht, beiträgt. Nach **§ 88f Nummer 11 EEG 2021** können auch in Abweichung zu den §§ 29 und 35 EEG 2021 Bestimmungen zu Art, Form und Inhalt der Veröffentlichungen und Bekanntmachung von Ausschreibungen, der Ausschreibungsergebnisse und der erforderlichen Mitteilungen an die Netzbetreiber geregelt werden. **§ 88f Nummer 12 EEG 2021** ermöglicht es, die erforderlichen Regelungen zu treffen, so dass die Bundesnetzagentur für die Zwecke der Ausschreibungen Auskunftsrechte gegenüber Netzbetreibern und anderen Behörden erhält. Nach **§ 88f Nummer 13 EEG 2021** kann die Verordnung auch Anforderungen an die Informationen stellen, die für die Beurteilung der Regelungen nach Nummer 1 bis 12 erforderlich sind. **§ 88f Nummer 14 EEG 2021** ermöglicht es, Regelungen zu Berichtspflichten der Bundesnetzagentur in die Verordnung aufzunehmen. Nach **§ 88f Nummer 15 EEG 2021** kann die Bundesnetzagentur im Rahmen des Zwecks nach § 1 EEG 2021 die Festlegungen zu den Ausschreibungen, insbesondere zu den Nummern 1 bis 14 weiter ausgestalten.

## **Zu § 93 EEG 2021**

**§ 93 Absatz 1 Satz 1 EEG 2021** ermächtigt die Bundesregierung, ohne Zustimmung des Bundesrates eine Verordnung zu erlassen, um Anforderungen an die Herstellung von Grünem Wasserstoff zu regeln. Mit dieser Verordnung sollen Regelungen, die die Europäische Kommission im Delegierten Rechtsakt zur Erneuerbare-Energien-Richtlinie für Grünen Wasserstoff festlegen wird, in nationales Recht überführt werden. In der Verordnung muss bestimmt werden, dass für die Herstellung des Wasserstoffs nur Strom aus erneuerbaren Energien verbraucht werden darf, der keine finanzielle Förderung nach diesem Gesetz in Anspruch genommen hat.

Nach **§ 93 Absatz 1 Nummer 1 EEG 2021** können Anforderungen an die Anlagen zur Herstellung von Grünem Wasserstoff bestimmt werden. Nach **§ 93 Absatz 1 Nummer 2 EEG 2021** können Vorgaben zum zeitlichen Verhältnis von Stromerzeugung und Wasserstoffherstellung gemacht werden. **§ 93 Absatz 1 Nummer 3 EEG 2021** regelt, dass auch Vorgaben zum räumlichen Verhältnis der Anlagen zur Erzeugung von Grünem Wasserstoff zur Anlage zur Erzeugung von erneuerbarer Energie gemacht werden können. **§ 93 Absatz 1 Nummer 4 EEG 2021** regelt, dass im Sinne eines „phase-in“-Ansatzes zu Beginn der Maßnahme von den Anforderungen abgewichen werden kann. **§ 93 Absatz 1 Nummer 5 EEG 2021** sieht vor, dass besondere Anforderungen an Demonstrations- und Pilotvorhaben festgelegt werden können. Außerdem kann nach **§ 93 Absatz 1**

**Satz 2 EEG 2021** bestimmt werden, dass auch aus ausschließlich Grünem Wasserstoff erzeugte chemische Verbindungen als Grüner Wasserstoff gelten.

**§ 93 Absatz 2 EEG 2021** ermächtigt die Bundesregierung, in der Verordnung nach Absatz 1 auch Anforderungen an die Nachweisführung für die Anforderungen nach Absatz 1 zu bestimmen. Hierdurch soll eine effektive Kontrolle der gestellten Anforderungen sichergestellt werden.

**§ 93 Absatz 3 EEG 2021** ermächtigt die Bundesregierung, Grünen Wasserstoff durch einen Verweis auf die Verordnung nach § 37d Absatz 2 Satz 1 Nummer 13 BImSchG zu bestimmen. Dadurch soll im Falle des Erlasses einer solchen Verordnung ein Gleichlauf der gesetzlichen Definitionen ermöglicht werden.

## **Zu § 100 EEG 2021**

Durch die Klarstellung in **§ 100 Absatz 10 Satz 1 EEG 2021** wird die durch ein Redaktionsversehen entstandene Unsicherheit beseitigt, ob und wann die Bundesnetzagentur die Sicherheiten für die zum Gebotstermin 1. Dezember 2021 erteilten Zuschläge auskehren darf.

Bei der Änderung in **§ 100 Absatz 11 Satz 1 EEG 2021** handelt es sich um eine redaktionelle Klarstellung. Die zweite Frist, die in § 37d EEG 2021 genannt ist und die folglich durch § 100 Absatz 11 Satz 1 EEG 2021 verlängert wird, ist die Frist zur Beantragung der Zahlungsberechtigung; die Meldung im Register spielt in diesem Kontext nur eine untergeordnete Rolle. Da § 3 Absatz 1 InnAusV auf § 37d EEG 2021 verweist, der wiederum durch § 100 Absatz 11 EEG 2021 modifiziert wird, gilt die Fristverlängerung mit dem klargestellten Bezugspunkt der Zahlungsberechtigung auch für die in einer Innovationsausschreibung in den Jahren 2021 und 2022 erteilten Zuschläge.

Mit den Änderungen in **§ 100 Absatz 14 EEG 2021** werden die Fördersätze für Teileinspeiseanlagen und Volleinspeiseanlagen bis einschließlich 10 kW angepasst.

Aus Gründen der Bürokratievereinfachung wird **§ 100 Absatz 14 Satz 2 EEG 2021** gestrichen. Das dort vorgesehene Mitteilungsverfahren entfällt ersatzlos, die in § 100 Absatz 14 EEG 2021 geregelten Vergütungssätze gelten mit Inkrafttreten des Gesetzes für alle ab dann in Betrieb genommenen Anlagen (nach § 105 EEG 2021 vorbehaltlich der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission und nur nach Maßgabe dieser Genehmigung).

Zur Begründung des **§ 100 Absatz 14 Satz 3 EEG 2021** wird auf die Begründung zu § 48 Absatz 2a Satz 2 EEG 2023 verwiesen.

Mit dem neuen **§ 100 Absatz 15 EEG 2021** wird die Realisierungsfrist für Windenergieanlagen an Land um sechs Monate verlängert. Dies gilt jedoch nur für solche Anlagen, die bereits vor dem Inkrafttreten der Änderungen des Artikels 1 einen Zuschlag erhalten haben. Damit wird den pandemie- und kriegsbedingten Lieferengpässen Rechnung getragen. Für die Bieter waren die Auswirkungen des Angriffskrieges auf die Ukraine bei der Gebotsabgabe nicht absehbar. Daher ist eine einmalige Fristverlängerung für diese Anlagen gerechtfertigt. Nicht verlängert wird hingegen die Frist für den Beginn des Vergütungszeitraums in § 36i EEG 2021 und die Frist, nach der die Anlagenbetreiber Pönalen für die verspäteten Inbetriebnahme zahlen müssen. Die Anlagenbetreiber sollen weiterhin einen Anreiz haben, die Anlagen möglichst schnell in Betrieb zu nehmen. Für die Fristverlängerung muss ein formloser Antrag bei der Bundesnetzagentur gestellt werden.

### **Zu § 103 EEG 2021**

Durch den neuen **§ 103 Absatz 7 EEG 2021** wird eine Übergangsregelung eingeführt, nach der die Besondere Ausgleichsregelung für Verkehrsunternehmen mit elektrisch betriebenen Bussen als De-Minimis-Beihilfe nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352/1 vom 24. Dezember 2013) gefasst wird. Damit entfällt der beihilferechtliche Genehmigungsvorbehalt für diese Regelung, und sie kann für diejenigen Unternehmen, die die zusätzlichen Anforderungen nach der Verordnung erfüllen, angewandt werden. Für den Nachweis dieser Anforderungen ist erforderlich, dass die betroffenen Unternehmen eine Eigenerklärung beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle abgeben. Der erforderliche Inhalt dieser Eigenerklärung wird in Satz 2 geregelt. Zur zügigen Herstellung von Rechtssicherheit in den offenen Antragsverfahren sieht Satz 3 eine Frist zur Einreichung dieser Erklärungen bis zum 31. Oktober 2022 vor.

### **Zu § 105 EEG 2021**

Die Änderung in **§ 105 Absatz 5 EEG 2021** hebt zum einen entsprechend der Aufhebung von § 36d EEG 2021 den Beihilfevorbehalt für diese Bestimmung auf. Zum anderen hebt sie entsprechend der Änderung in § 103 EEG 2021 auch den Beihilfevorbehalt für die Besondere Ausgleichsregelung nach § 65a EEG 2021 auf. Diese Änderung ist aufgrund der Fassung der Beihilfe als De-Minimis-Beihilfe möglich.

### **Zu Anlage 1 EEG 2021**

Die Ergänzung in **Anlage 1 Nummer 1 zweiter Spiegelstrich EEG 2021** dient der Herstellung von Rechtssicherheit und der Klarstellung, dass nicht die sog. förderzonenbezogene Berechnungsmethode angewendet werden kann, da sie dem Regelungsziel von § 23d EEG 2021 widerspricht, sondern dass zunächst ein anlagenspezifischer anzulegender Wert für die konkrete Anlage ermittelt werden und von diesem Gesamtwert dann der Monatsmarktwert bzw. der Jahresmarktwert abgezogen werden muss. Dies entspricht der geltenden Rechtslage und der Praxis der Übertragungsnetzbetreiber.

Beispielhaft erfolgt die Berechnung der Marktprämie für eine Wasserkraftanlage wie folgt: Nach § 40 EEG 2021 erhält eine Anlage mit einer Bemessungsleistung von 1 MW für die Bemessungsleistung bis 500 kW 12,15 Cent/kWh und für die Bemessungsleistung von 500 kW bis 1 MW 8,01 Cent/kWh. In der Summe ergibt das einen durchschnittlichen Vergütungssatz von 10,08 Cent/kWh. Bei einer Bemessungsleistung der Wasserkraftanlage von 1,5 MW erhält die Anlage für eine Bemessungsleistung bis 500 kW ebenfalls 12,15 Cent/kWh und für die Bemessungsleistung von 500 kW bis 1,5 MW 8,01 Cent/kWh. Dies ergibt einen durchschnittlichen Vergütungssatz von 9,39 Cent/kWh. Eine Gebäudesolaranlage mit einer installierten Leistung von 750 kW erhält nach § 48 Absatz 2 EEG 2021 für die installierte Leistung bis einschließlich 10 kW einen anzulegenden Wert von 8,56 Cent/kWh, für die installierte Leistung von 11 kW bis einschließlich 40 kW erhält sie 8,33 Cent/kWh und für die installierte Leistung von 41 kW bis einschließlich 750 kW erhält sie einen anzulegenden Wert von 6,62 Cent/kWh. Dies ergibt einen durchschnittlichen anzulegenden Wert von 6,71 Cent/kWh.

Die Regelung in Anlage 1 Nummer 1 zweiter Spiegelstrich EEG 2021 dient ausdrücklich der Klarstellung. Auch bisher musste zur Berechnung der anzulegenden Werte im Fall von § 23d EEG zunächst ein anlagenspezifischer durchschnittlicher

anzulegender Wert ermittelt werden. Es erfolgt gerade keine förderzonenbezogene Berechnung.

## **Zu Artikel 2**

### **Zu § 1 EEG 2023**

**§ 1 Absatz 2 EEG 2023** wird in Folge der Einfügung eines neuen § 1a EEG 2023 angepasst. Das angestrebte Ziel einer treibhausgasneutralen Stromversorgung wird in angepasster Form in einem neuen § 1a EEG 2023 festgeschrieben. Die hierzu im Regierungsentwurf zunächst in § 1 Absatz 2 Nummer 2 EEG 2023 vorgesehene Formulierung kann daher entfallen.

### **Zu § 1a EEG 2023**

Im neu eingefügten **§ 1a Absatz 1 EEG 2023** wird festgeschrieben, dass die Treibhausgasneutralität des Stromsektors nach der Vollendung des Kohleausstiegs angestrebt wird. Diese Bestimmung ersetzt damit die bisher im Entwurf des § 1 Absatz 2 Nummer 2 EEG 2023 vorgesehene Bestimmung zum angestrebten Zeitpunkt der Treibhausgasneutralität des Stromsektors.

Zugleich verankert **§ 1a Absatz 2 EEG 2023** den Grundsatz, dass nach der Vollendung des Kohleausstiegs der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien marktgetrieben erfolgen soll. Daher werden für die Zeit nach der Vollendung des Kohleausstiegs keine Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine festgelegt. Zahlungen für nach der Vollendung des Kohleausstiegs in Betrieb genommene Anlagen, deren anzulegender Wert gesetzlich bestimmt wird, sollen zudem auf ein Niveau begrenzt werden, das keine Förderung darstellt.

Nach **§ 1a Absatz 3 EEG 2023** evaluiert die Bundesregierung hierzu fortlaufend die Entwicklung des marktgetriebenen Ausbaus und wird bis spätestens zum 31. März 2024 einen Vorschlag vorlegen, wie die Finanzierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien nach der Vollendung des Kohleausstiegs erfolgen soll. Diese Bestimmung ersetzt damit den bisherigen § 99 Absatz 2 EEG 2021, nach dem ein entsprechender Vorschlag der Bundesregierung erst spätestens im Jahr 2027 vorzulegen gewesen wäre.

### **Zu § 3 Nummer 15 EEG 2023**

Mit der expliziten Erwähnung von Genossenschaften in **§ 3 Nummer 15 Satzteil vor Buchstabe a EEG 2023** soll für den Rechtsanwender unmittelbar klargestellt werden, dass diese im Begriff der Gesellschaft enthalten sind und der Gesetzgeber insbesondere Bürgerenergiegenossenschaften im Blick hatte bei der Ausgestaltung der Regelungen zur Bürgerenergie in § 3 Nummer 15 und § 22b EEG 2023 sowie den hierauf aufbauenden Ausnahmen von der verpflichtenden Teilnahme an Ausschreibungen für Anlagen von Bürgerenergiegesellschaften.

In **§ 3 Nummer 15 Buchstabe b EEG 2023** werden zwei Änderungen vorgenommen. Zum einen wird die bisherige Anknüpfung der lokalen Verankerung von natürlichen Personen als Mitglieder oder Anteilseigner an den Landkreis, in dem die betreffende Anlage errichtet wird, abgelöst. Stattdessen soll zukünftig auf die fünfstelligen Postleitzahlengebiete abgestellt werden, die sich ganz oder teilweise in einem Radius von 50 km um die Anlage einer Bürgerenergiegesellschaft herum befinden. Zum anderen soll hierfür nicht mehr allein die Hauptwohnung des Mitglieds oder Anteilseigners der Bürgerenergiegesellschaft entscheidend sein, sondern zukünftig soll jede nach dem Bundesmeldegesetz gemeldete Wohnung hierfür ausreichen.

Durch die Einfügung in **§ 3 Nummer 15 Buchstabe c EEG 2023** soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass sich nicht nur kommunale Gebietskörperschaften selbst, sondern dass es auch rechtsfähigen Zusammenschlüssen mehrerer kommunaler Gebietskörperschaften wie insbesondere kommunalen Zweckverbänden möglich sein soll, sich an einer Bürgerenergiegesellschaft zu beteiligen.

Die Anfügung an **§ 3 Nummer 15 Teilsatz nach Buchstabe d EEG 2023** soll den bisher nicht geregelten Fall erfassen, dass sich nicht mehrere juristische Personen, die jeweils die Voraussetzungen einer Bürgergesellschaft erfüllen, zu einer Gesellschaft zusammenschließen, sondern nur eine Muttergesellschaft, die die Voraussetzungen einer Bürgerenergiegesellschaft erfüllt, allein sämtliche Stimmrechte an einer Tochtergesellschaft hält. Diese beiden Fälle sollten gleich behandelt werden.

### **Zu § 4a EEG 2023**

Bei der Änderung in **§ 4a EEG 2023** handelt es sich um eine Folgeänderung zur Änderung in § 1 Absatz 2 EEG 2023.

### **Zu § 5 EEG 2023**

Die Streichung in **§ 5 Absatz 5 Nummer 1 EEG 2023** ist eine Folgeänderung zur Änderung in § 1 Absatz 2 EEG 2023.

Der neu eingefügte **§ 5 Absatz 5a EEG 2023** regelt künftig Fragen der Zielerrechnung im Fall von Strom aus Anlagen, die im Staatsgebiet eines anderen Mitgliedstaates oder mehrerer anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union realisiert werden, wenn für den Strom keine Zahlungen über Ausschreibungen nach § 5 Absatz 2 EEG 2023 ermittelt werden. Auch in solchen Fällen soll künftig auf Grundlage der neuen gesetzlichen Regelung eine Anrechnung der Anlagen und des in ihnen erzeugten Stroms auf das nationale Ziel nach § 1 Absatz 2 Nummer 1 EEG 2023, den nationalen Beitrag zum Gesamtziel der Europäischen Union im Jahr 2030 nach Artikel 3 Absatz 2 Richtlinie (EU) 2018/2001 und den nationalen Anteil an Energie aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttoendenergieverbrauch nach Artikel 32 Absatz 4 Verordnung (EU) 2018/1999 möglich sein.

Nach § 5 Absatz 5a Satz 1 Halbsatz 1 EEG 2023 erfolgt eine Zielerrechnung auf Grundlage einer völkerrechtlichen Vereinbarung im Sinn des § 5 Absatz 3 Nummer 1 EEG 2023. Das setzt zum einen den Abschluss einer solchen Vereinbarung, zum anderen die Realisierung eines Kooperationsprojektes voraus, das eine Kooperationsmaßnahme im Sinn der Richtlinie (EU) 2018/2001 darstellt.

Nach § 5 Absatz 5a Satz 1 Halbsatz 2 EEG 2023 ist ferner notwendig, dass Strom aus der Anlage physikalisch importiert wird oder einen vergleichbaren Effekt auf den deutschen Strommarkt hat.

Sind diese Voraussetzungen erfüllt, richtet sich die Zielerrechnung nach Maßgabe der völkerrechtlichen Vereinbarung, obliegt also der Festlegung durch die beteiligten Vertragspartner. Dabei wird in der Praxis insbesondere der von der Bundesrepublik Deutschland geleistete Beitrag in die Verhandlungen über die Verteilung von Zielmengen mit dem Kooperationsstaat einfließen. Maßgeblich für eine Zuteilung zur Bundesrepublik Deutschland kann etwa eine Übernahme von Kosten im Zusammenhang mit der Netzanbindung der Anlage oder der Netzintegration des erzeugten Stroms im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sein.

§ 5 Absatz 5a Satz 2 EEG 2023 regelt, dass das EEG 2023 durch die völkerrechtliche Vereinbarung ganz oder teilweise für Anlagen nach § 5 Absatz 5a Satz 1



EEG 2023 als anwendbar erklärt werden kann. Das umfasst somit die Möglichkeit, gegebenenfalls auch nur einzelne Regelungen wie etwa § 8 oder § 14 EEG 2023 als anwendbar zu erklären.

Denkbar ist schließlich, dass im Zusammenhang mit einer Kooperationsmaßnahme im Sinn der Richtlinie (EU) 2018/2001 eine Zielanrechnung nach § 5 Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 5 EEG 2023 mit einer Zielanrechnung nach § 5 Absatz 5a EEG 2023 kombiniert wird.

### **Zu § 6 EEG 2023**

Mit der Änderung in **§ 6 Absatz 1 EEG 2023** soll zum Ausdruck kommen, dass die Anlagenbetreiber die betroffenen Gemeinden grundsätzlich beteiligen sollen. Damit soll die Akzeptanz der Anlagen in den betroffenen Gemeinden gestärkt werden. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine gesetzliche Verpflichtung.

### **Zu § 9 EEG 2023**

**§ 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 EEG 2021** regelte die technischen Anforderungen an Solaranlagen mit einer installierten Leistung von höchstens 25 kW, die bis zum Inkrafttreten des EEG 2023 in Betrieb genommen werden (§ 100 Absatz 1 EEG 2023). Durch die Streichung von § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 im EEG 2023 kommt bei der Inbetriebnahme solcher Anlagen in Zukunft keine generelle Wirkleistungsbegrenzung mehr zum Tragen: Die pauschale Begrenzung der maximalen Wirkleistungseinspeisung in Höhe von 70 Prozent der installierten Leistung entfällt. Bis zum Einbau eines intelligenten Messsystems brauchen diese neuen Solaranlagen jedenfalls auch keine Steuerungseinrichtung zur Reduktion der Einspeiseleistung einzubauen, wie dies bisher nach § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 in Verbindung mit Nummer 2 EEG 2021 als Alternative zur pauschalen Beschränkung der maximalen Wirkleistungseinspeisung vorgesehen war.

Die Neuregelung betrifft nur Anlagen, die ab dem Inkrafttreten des EEG 2023 in Betrieb genommen werden. Die Wirkleistungsbegrenzung bei Bestandsanlagen bleibt erhalten. Hintergrund ist, dass die Netzbetreiber die pauschale Wirkleistungsbegrenzung bei den Bestandsanlagen als planerische Annahme bei der Prüfung von Netzanschlussbegehren sowie im Rahmen der Netzausbauplanung berücksichtigen konnten. Eine rückwirkende Aufhebung dieser Regelung würde die bisherige Planungsgrundlage in Frage stellen und könnte somit unabsehbare Folgen für den Netzbetrieb haben. Auch in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht erscheint eine rückwirkende Aufhebung der 70-Prozent-Regelung nachteilig: Die derzeit knappe Ressource Fachkräfte sollte möglichst effektiv eingesetzt werden, um die Vielzahl neuer Solaranlagen möglichst schnell in Betrieb nehmen zu können. Eine rückwirkende Aufhebung der 70-Prozent-Regelung würde in vielen Fällen einen Eingriff am Wechselrichter und damit den Einsatz einer Fachkraft erfordern. Diesem Aufwand steht ein vergleichsweise geringer Mehrertrag gegenüber. Zwar lässt sich bei geeigneter Anlagenkonfiguration ohne Wirkleistungsbegrenzung ein höherer Energieertrag erzielen, diese Steigerung liegt im Jahresdurchschnitt jedoch deutlich unter 5 Prozent.

Die Änderungen in **§ 9 Absatz 2a EEG 2023** sind Folgeänderungen der Streichung von § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 EEG 2021. Durch die Ergänzung in § 9 Absatz 2a EEG 2023 bleibt die Regelung trotz der Streichung von § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 EEG 2021 auf Solaranlagen mit einer installierten Leistung von höchstens 25 Kilowatt anwendbar, die bis zu dem Zeitpunkt in Betrieb genommen werden, zu dem das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik die technische Möglichkeit nach § 30 des Messstellenbetriebsgesetzes in Verbindung mit § 84a Nummer 1 feststellt.

### **Zu § 21 EEG 2023**

Durch die Streichung in **§ 21 Absatz 3 Satz 1 EEG 2023** wird die Grenze von 100 kW für Mieterstromanlagen aufgehoben. Künftig können damit auch größere Mieterstromanlagen den Mieterstromzuschlag erhalten.

### **Zu § 22 EEG 2023**

Durch die Streichung der Einschränkung auf Solaranlagen des ersten Segments in **§ 22 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 EEG 2023** sollen auch PV-Dachanlagen mit einer installierten Leistung bis einschließlich 6 MW von Bürgerenergiegesellschaften nach Maßgabe des § 22b EEG 2023 von der ansonsten verpflichtenden Teilnahme an Ausschreibungen nach § 28b EEG 2023 ausgenommen werden.

### **Zu § 22b EEG 2023**

In **§ 22b Absatz 1 Nummer 3, Absatz 2 Nummer 2 und Absatz 5 EEG 2023** werden die vorgesehenen Sperrfristen für Anlagen der gleichen Technologie und des gleichen Segments bei Solaranlagen von fünf auf drei Jahre verkürzt. Eine dreijährige Frist erscheint ausreichend, um wirksam sowohl Missbrauch zu verhindern, wie er im Rahmen der Bürgerenergieregulation aus dem Jahr 2017 durch die Beteiligung kommerzieller Investoren an einer Vielzahl an nominellen Bürgerenergiegesellschaften aufgetreten ist, als auch um einer Umgehung der Schwellenwerte durch eine mögliche künstliche Aufteilung von Projekten vorzubeugen. Gleichzeitig begrenzt es die Einschränkungen, die sich hierdurch für Bürgerenergiegesellschaften ergeben.

Außerdem werden in **§ 22b Absatz 2 Satzteil vor Nummer 1 und in Nummer 2 sowie Absatz 5** insgesamt drei notwendige Folgeänderungen zur Einbeziehung von Solaranlagen des zweiten Segments in die Ausnahme von der verpflichtenden Teilnahme an Ausschreibungen in § 22 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 EEG 2023 vorgenommen.

### **Zu § 27 EEG 2023**

Die Änderung in **§ 27 EEG 2023** ist eine redaktionelle Folgeanpassung.

### **Zu § 28b EEG 2023**

Mit der Änderung in **§ 28b Absatz 1 EEG 2023** wird ein zusätzlicher, dritter Ausschreibungstermin bei den Ausschreibungen für Solaranlagen des zweiten Segments vorgesehen. Dies dient dazu, den Ausbau gleichmäßiger über das Jahr zu verteilen.

Die Änderung in **§ 28b Absatz 3 EEG 2023** bewirkt, dass insbesondere die großen Dachanlagen-Projekte von Bürgerenergiegesellschaften zwischen 1 und 6 MW, die nunmehr auch ohne Ausschreibungen realisiert werden können (siehe § 22b EEG 2023), von dem Ausschreibungsvolumen abgezogen werden.

Die Änderung in **§ 28b Absatz 4 EEG 2023** ist eine Folgeänderung der Einführung eines dritten Gebotstermins in Absatz 1.

### **Zu § 28c EEG 2023**

Die Änderung in **§ 28c Absatz 1 EEG 2023** verschiebt die Gebotstermine für Biomasse in den Jahren 2023 bis 2025 jeweils um einen Monat nach hinten auf den 1. April und den 1. Oktober. Dies soll eine gleichmäßigere Verteilung der Aus-

schreibungstermine über die unterschiedlichen Technologien hinweg gewährleisten und in der Folge eine effizientere Ausnutzung der zu diesem Zweck vorgehaltenen Ressourcen bei der Bundesnetzagentur.

### **Zu § 28d EEG 2023**

Die Änderung in **§ 28d Absatz 1 EEG 2023** verschiebt den ersten Gebotstermin für Biomethan in den Jahren 2023 bis 2028 um einen Monat nach hinten auf den 1. April. Dies soll eine gleichmäßigere Verteilung der Ausschreibungstermine über die unterschiedlichen Technologien hinweg gewährleisten und in der Folge eine effizientere Ausnutzung der zu diesem Zweck vorgehaltenen Ressourcen bei der Bundesnetzagentur.

### **Zu § 28e EEG 2023**

Durch die Änderungen in **§ 28e Absatz 2 EEG 2023** werden die Ausschreibungsvolumen in den Innovationsausschreibungen gegenüber dem Regierungsentwurf um jeweils 200 Megawatt pro Jahr angehoben. Dies entspricht dem gesetzgeberischen Willen, einen stärkeren Anreiz zum Zubau von Kombinationen von Erzeugungsanlagen mit Speichern zu setzen, auf die sich die Innovationsausschreibungen in der nach Artikel 16 dieses Gesetzes geänderten Fassung der Innovationsausschreibungsverordnung in Zukunft konzentrieren. Ziel der Änderungen ist es, die Systemintegration der erneuerbaren Energien zusätzlich zu unterstützen.

### **Zu § 34a EEG 2023**

Der neue **§ 34a EEG 2023** ist notwendig, um der gestiegenen Bedeutung der erneuerbaren Energien für die öffentliche Sicherheit und Ordnung umfassend gerecht zu werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist auch eine maßgebliche Voraussetzung, um die Abhängigkeit vom Import fossiler Energieträger aus unionsfremden Staaten zu reduzieren. Gleichzeitig sollte vermieden werden, im Zuge der Energiewende neue Abhängigkeiten von Unternehmen zu schaffen, welche in Zukunft die öffentliche Sicherheit und Ordnung Deutschlands gefährden können. Zu diesem Zweck können zukünftig Bieter, die nicht dem Europäischen Wirtschaftsraum angehören, ausgeschlossen werden, wenn der Betrieb der Anlagen die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Ordnung Deutschlands beeinträchtigen würde. Prüfungsmaßstab ist also eine voraussichtliche Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Begriff ist europarechtlich geprägt und findet in der deutschen Rechtsordnung z.B. auch in der Investitionsprüfung nach dem Außenwirtschaftsrecht Anwendung. Zur Beteiligungsstruktur im Sinn dieser Norm gehören insbesondere die unmittelbaren und mittelbaren Gesellschafter des Bieters. Unter den gleichen Voraussetzungen ist nach Absatz 2 auch der Widerruf eines bereits erfolgten Zuschlags oder einer Zahlungsberechtigung möglich.

### **Zu § 35 EEG 2023**

Bei der Anpassung des Änderungsbefehls zu **§ 35 Absatz 4 EEG 2023** handelt sich um redaktionelle Änderungen, die sich aufgrund der Änderungen der Nummerierungen der Paragraphen im Besonderen Teil der Ausschreibungsbestimmungen (Teil 3 Abschnitt 3 Unterabschnitte 2 bis 7 des EEG 2023) ergeben haben. Zudem wird nunmehr auch die Veröffentlichung der Realisierungsquoten der Biomethanausschreibungen in die Auflistung aufgenommen.

### **Zu § 37 EEG 2023**

Mit der Änderung in **§ 37 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe c EEG 2023** wird die Flächenkulisse für Seitenrandstreifen von Autobahnen und Schienenwegen von 200 m auf 500 m verbreitert.

Die Ergänzungen in **§ 37 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe h und i EEG 2023** (es wird jeweils nun auch Buchstabe j zitiert) dienen der Klarstellung und der besseren Abgrenzung der Freiflächenanlagen auf benachteiligten Gebieten; dies ist wichtig für Zahlungsberechtigungen.

Die Einfügung des **§ 37 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe c EEG 2023** ermöglicht die Förderung von Agri-PV auch auf Grünland, soweit gleichzeitig eine landwirtschaftliche Nutzung durch die Verwendung als Dauergrünland erfolgt. Natura 2000-Gebiete sowie natürliche Lebensraumtypen von gemeinschaftlichem Interesse im Sinne der Richtlinie 92/43/EWG sind aus Gründen des Naturschutzes hiervon ausgeschlossen.

Zudem wird in Absatz 1 Nummer 3 eine redaktionelle Anpassung vorgenommen: Auch hier ist nun konsistent von Solaranlagen im Plural die Rede, wie im übrigen Normtext.

Mit der neuen **§ 37 Absatz 2 Nummer 4 EEG 2023** wird in Folge der Einfügung des neuen § 37 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe c EEG 2023 geregelt, dass eine Eigenerklärung auch dafür abzugeben ist, dass sich Agri-PV auf Dauergrünland nicht in Natura 2000-Gebieten befindet bzw. es sich nicht um einen Lebensraumtyp nach Anhang I der FFH-Richtlinie handelt.

### **Zu § 38 EEG 2023**

Die Streichung von **§ 38 Absatz 2 Nummer 3 EEG 2023** erfolgt rechtsbereinigend. Diese Angabe wurde im bisherigen Verfahren und den Evaluierungen nicht ausgewertet. Hierdurch wird Bürokratie abgebaut.

Bei der Änderung in **§ 38 Absatz 2 Nummer 5 EEG 2023** handelt es sich um eine redaktionelle Klarstellung; der Handel mit Zuschlägen wird durch die Änderung nach wie vor nicht ermöglicht. Allerdings werden Anlagen mitunter unmittelbar nach der Inbetriebnahme veräußert. In diesem Fall kann keine Zahlungsbeziehung mehr ausgestellt werden.

### **Zu § 38a EEG 2023**

Die Änderung in **§ 38a Absatz 1 Nummer 1 EEG 2023** ist eine Folgeänderung zur Änderung des § 38 Absatz 2 Nummer 5 EEG 2023.

In **§ 38a Absatz 3 Satz 1 EEG 2023** wird der Verweis auf Nummer 5 ergänzt, denn es muss weiter die Personenidentität von Bieter und Betreiber geprüft werden.

### **Zu § 38b EEG 2023**

**§ 38b Absatz 1 EEG 2023** wird an die Einfügung von § 37 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe c EEG 2023 angepasst. Auch Agri-PV auf Dauergrünland kann den Bonus erhalten, wenn die Anlage horizontal aufgeständert ist.

### **Zu § 40 EEG 2023**

Mit den Änderungen in **§ 40 EEG 2023** kehrt der Förderrahmen für die Wasserkraft zur geltenden Rechtslage zurück. Künftig können daher weiterhin kleine

Wasserkraftanlagen gefördert werden (sowohl Neuanlagen als auch Bestandsanlagen im Fall einer Leistungserhöhung). Außerdem kann künftig die Förderung nicht eingestellt werden, wenn die Wasserkraftanlagen die wasserrechtlichen Anforderungen nicht einhalten. Auch ein gesonderter Nachweis der Einhaltung dieser Kriterien vor Inbetriebnahme ist für die EEG-Förderung nicht erforderlich. Die zuständigen Wasserbehörden können aber – wie bisher auch – die notwendigen wasserrechtlichen Maßnahmen ergreifen und die wasserrechtliche Zulässigkeit sicherstellen.

### **Zu § 46 EEG 2023**

Aufgrund der Neuregelung in **§ 46 Absatz 3 EEG 2023** gilt der neue Korrekturfaktor am 50-Prozent-Standort auch für Kleinwindanlagen. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Stromgestehungskosten von Kleinwindanlagen in der Regel vergleichsweise hoch sind. Außerdem reduziert das den Aufwand für diese kleinen Anlagen, die Standortqualität bestimmen zu lassen. Dieses aufwändige Verfahren steht nicht im Verhältnis zu den Erträgen, die mit diesen kleinen Anlagen erwirtschaftet werden können. Der Korrekturfaktor des 50-Prozent-Standortes gilt dabei für Kleinwindanlagen im gesamten Bundesgebiet, nicht nur in der Südregion.

### **Zu § 48 EEG 2023**

**§ 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a EEG 2023** führt eine Förderung für Anlagen ein, die auf Grundstücken errichtet werden, auf denen Wohngebäude nicht für Solaranlagen geeignet sind. Mit der Regelung sollen Nachteile etwa von Reetdächern oder Hinderungsgründen aus dem Denkmalschutz ausgeglichen werden. Gleichzeitig soll die Flächenkulisse auf diesem Wege nicht umgangen werden, weshalb die Regelung nur im Innenbereich Anwendung findet. Auch sollen nur Anlagen errichtet werden, die ohne die entgegenstehenden Hinderungsgründe auf dem Wohngebäude errichtet würden. Daher darf die Grundfläche der Anlage, das heißt die Bodenfläche, die von der Anlage verdeckt wird, die Grundfläche des Wohngebäudes nicht überschreiten. Zur Verhinderung umfangreicher Flächennutzung in Ausnahmefällen wird zudem eine pauschale Obergrenze von 20 kW installierter Leistung vorgesehen. Die Problematik, welche Dachflächen für die Errichtung von Solaranlagen geeignet sind, wird im Rahmen der geplanten Einführung einer Solardachpflicht erörtert werden. Um dieser Diskussion nicht vorzugreifen, sieht die Änderung eine Verordnungsermächtigung vor, über die die dortigen Ergebnisse für die Regelung nutzbar gemacht werden können. Die Förderhöhe entspricht aufgrund der ähnlichen Kostenstruktur der Förderung von Freiflächenanlagen.

Mit der Änderung in **§ 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe c Doppelbuchstabe aa EEG 2023** wird die Flächenkulisse für Seitenrandstreifen von Autobahnen und Schienenwegen von 200 m auf 500 m verbreitert.

In **§ 48 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe c EEG 2023** wird die gleiche Einfügung vorgenommen wie in § 37 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe c EEG 2023. Auf die dortigen Ausführungen wird verwiesen.

In **§ 48 Absatz 1a EEG 2023** wird ein neuer Satz 2 eingefügt. Dies ist notwendig aufgrund der Einbeziehung von Solaranlagen des zweiten Segments in die Ausnahme von der verpflichtenden Teilnahme an Ausschreibungen nach § 22 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 EEG 2023. Mit dem neuen Satz 2 wird eine Sonderregelung geschaffen für die Vergütungshöhe von PV-Dachanlagen von Bürgerenergiegesellschaft mit einer installierten Leistung von bis zu 6 MW, für die die neue Ausnahme von der verpflichtenden Teilnahme an Ausschreibungen in Anspruch

genommen wird. Für diese Anlagen soll sich der gesetzlich bestimmte anzulegende Wert anhand der Ergebnisse der Ausschreibungen für Solaranlagen des zweiten Segments im vorangegangenen Kalenderjahr bestimmen.

Mit den Änderungen in **§ 48 Absatz 2 EEG 2023** werden die Fördersätze für Teileinspeiseanlagen insgesamt sowie für Volleinspeiseanlagen bis einschließlich 10 kW angepasst.

**§ 48 Absatz 2a Satz 2 EEG 2023** regelt zunächst allgemein die entsprechende Anwendung der Anlagenzusammenfassungsregel des § 24 Absatz 1 Satz 1 EEG 2023 bei der Berechnung der Vergütungshöhe von Volleinspeiseanlagen. Es ist möglich, auf einem Dach parallel je eine Teil- und eine Volleinspeiseanlage zu betreiben. Die Zusammenfassungsregel des § 24 EEG 2023 wird nach § 48 Absatz 2a Satz 2 EEG 2023 grundsätzlich insofern angewendet, dass sie für den jeweils zuletzt in Betrieb genommenen Generator Auswirkung auf die Vergütungshöhe haben kann. Denn für die Bestimmung der Anlagengröße, die dann maßgeblich dafür ist, welche Vergütungssatzstufe greift, wird sie mit einer gegebenenfalls schon vorhandenen Anlage zusammengerechnet. Dies verhindert Missbrauch durch künstliches Anlagensplitting.

Daneben sieht § 48 Absatz 2a Satz 2 EEG 2023 eine Abweichungsmöglichkeit von der Zusammenfassungsregel des § 24 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 EEG 2023 für bestimmte Konstellationen vor: Sie ermöglicht es einem Anlagenbetreiber ausnahmsweise, auf einem Dach auch innerhalb von 12 Monaten je eine Teil- und eine Volleinspeiseanlage zu errichten, ohne dass eine fiktive Zusammenrechnung der Anlagengrößen bei der Ermittlung der Vergütungshöhe erfolgt. Um Missbrauch zu verhindern, ist dabei eine Aufteilung nur auf maximal zwei Anlagen möglich, nämlich genau für je eine Anlage zur Volleinspeisung sowie zur Teileinspeisung. Voraussetzung ist außerdem, dass die beiden Anlagen auf, an oder in demselben Gebäude errichtet werden und je über eine eigene Messeinrichtung verfügen. Außerdem muss der Anlagenbetreiber bei der Inbetriebnahme der zweiten Anlage festlegen, welches die Teil- und welches die Volleinspeiseanlage ist. Diese Festlegung kann er kalenderjährlich ändern. In dieser Konstellation hat der Anlagenbetreiber den Vorteil, dass die beiden Anlagen zum gleichen Zeitpunkt errichtet werden können, z.B. muss für die Installation auf dem Dach nur einmal ein Gerüst gestellt werden.

Hinsichtlich der Ermittlung der Strommenge, die nach § 48 Absatz 2a Satz 1 EEG 2023 eingespeist sein muss, um die erhöhten Vergütungssätze zu erhalten, werden mehrere Solaranlagen nicht zusammengefasst. D.h., die Strommengen aus jeder einzelnen Anlage werden jeweils separat als in der jeweiligen Teil- oder Volleinspeiseanlage erzeugt zugeordnet. Die Darlegung gegenüber dem Netzbetreiber, dass er den gesamte Strom, der in einer Anlage erzeugt wird, in das Netz eingespeist hat, muss der Anlagenbetreiber durch eine entsprechende mess- und eichrechtskonforme Messeinrichtung sicherstellen. Das bedeutet, dass die jeweiligen Anlagen je über eine eigene geeignete Messeinrichtung verfügen müssen. Sollte ein Anlagenbetreiber nur eine Messeinrichtung installieren wollen, kann er nur entweder eine Volleinspeiseanlage oder eine Teileinspeiseanlage errichten – die Betreiber haben also ein Wahlrecht: Kombination von mehreren Anlagen mit mehreren Messeinrichtungen oder nur eine Messeinrichtung für eine Anlage.

### **Zu § 52 EEG 2023**

Der neue **§ 52 Absatz 1a EEG 2023** dient der Klarstellung, dass die auf Grund von § 52 EEG 2023 vereinnahmten Zahlungen ausschließlich zur Senkung des EEG-Finanzierungsbedarfs im Sinn des § 2 Nummer 2 EnFG verwendet werden. Die vereinnahmten Zahlungen stellen – unabhängig davon, ob sie an den Über-

tragungs- oder den Verteilungsnetzbetreiber geleistet werden – eine Einnahme zugunsten des EEG-Kontos dar, die bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs nach Nummer 4.9 der Anlage 1 zu § 2 EnFG zu berücksichtigen ist. Die aufgrund von § 52 EEG 2023 zu leistende Zahlung kommt dem Netzbetreiber somit wirtschaftlich nicht zugute, sie senkt vielmehr den finanziellen Bedarf für die Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, der durch Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland gedeckt wird. Durch die Zahlungen der Anlagenbetreiber nach § 52 EEG 2023 verringern sich die erforderlichen Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland. Zudem wurde der Verweis auf das Energiefinanzierungsgesetz redaktionell angepasst.

### **Zu § 53 EEG 2023**

Bei der Änderung in **§ 53 Absatz 2 Satz 1 EEG 2023** handelt es sich um eine redaktionelle Folgeanpassung.

### **Zu § 58 EEG 2023**

Die Streichungen in **§ 58 Absatz 2 und 3 EEG 2023** sind Folgeänderungen zur vollständigen Abschaffung der EEG-Umlage. Die Möglichkeit, nach Teil 4 EnFG bei nicht vollständigem Ausgleich des EEG-Finanzierungsbedarfs eine EEG-Umlage zu erheben, ist mit der Einführung eines gesetzlichen Ausgleichsanspruchs der Übertragungsnetzbetreiber gegen den Bund in Teil 3 EnFG entfallen und nach § 12 EnFG ausgeschlossen. Es sind weiterhin Verweise auf das Energiefinanzierungsgesetz redaktionell angepasst worden.

### **Zu § 72 EEG 2023**

Bei der Änderung in **§ 72 Absatz 1 EEG 2023** handelt es sich um eine redaktionelle Folgeanpassung.

### **Zu § 73 EEG 2023**

Bei der Änderung in **§ 73 Absatz 2 EEG 2023** handelt es sich um eine redaktionelle Folgeanpassung.

### **Zu § 74 EEG 2023**

Die Änderung der Frist in **§ 74 Absatz 1 Satz 1 EEG 2023** ist eine Folgeänderung zu § 11 EnFG.

### **Zu § 76 EEG 2023**

Die Änderung der Frist in **§ 76 Absatz 1 EEG 2023** ist eine Folgeänderung zu § 59 Absatz 4 EnFG. Zudem wurde ein Verweis redaktionell angepasst.

### **Zu § 76 EEG 2023**

Bei der Änderung in **§ 77 Absatz 1 EEG 2023** handelt es sich um eine redaktionelle Folgeanpassung.

### **Zu § 85 EEG 2023**

Die Änderung in **§ 85 Absatz 1 EEG 2023** bereinigt einen redaktionellen Fehler aus dem Regierungsentwurf und zieht die Änderung in Artikel 1 (siehe oben) auch in Artikel 2 nach.

Die Änderung in **§ 85 Absatz 4 EEG 2023** ermöglicht es der BNetzA, intern die Zuständigkeiten für ihre Aufgaben nach diesem Gesetz selbst zu regeln; einer gesetzgeberischen Festlegung der behördeninternen funktionellen Zuständigkeit

bedarf es nicht. Damit steht es der BNetzA frei, die formellen Entscheidungsbefugnisse zur Aufsicht über das EEG 2023 nach eigenen Zweckmäßigkeitserwägungen innerhalb der Behörde zu organisieren und zuzuordnen. Der bewusste Verzicht auf eine zwingende Beschlusskammer-Zuweisung in § 85 EEG 2023 entspricht der bestehenden Regelung zur Aufsicht der BNetzA nach § 31b KWKG 2020 und stellt insofern sicher, dass die Möglichkeiten zur internen Behördenorganisation bestehen bleiben. Das Fehlen einer zwingenden Beschlusskammer-Zuweisung bedeutet nicht, dass die jeweiligen Befugnisse nicht von den Beschlusskammern der BNetzA wahrgenommen werden können oder dürfen. Im Rahmen von § 85 EEG 2023 gelten insoweit die gleichen Grundsätze wie im Rahmen von anderen Zuständigkeitsregelungen wie nach § 31b KWKG 2020 oder § 59 EnWG: Ausnahmen von zwingenden Beschlusskammer-Zuweisungen erhalten den notwendigen behördeninternen organisatorischen Spielraum für eine sachgerechte Erledigung der Aufgaben. Das gilt ebenso für den vorliegenden vollständigen Verzicht auf gesetzliche Vorgaben zur behördeninternen Organisation.

### **Zu § 85c EEG 2023**

In § 85c Absatz 1 EEG 2023 wird rein redaktionell ein Fehlverweis korrigiert.

Außerdem werden in § 85c Absatz 1, 2 und 3 EEG 2023 Verweisanpassungen in Folge der Einfügung von § 37 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe c EEG 2023 und § 48 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe c EEG 2023 vorgenommen.

### **Zu § 88a EEG 2023**

Die Änderungen in § 88a EEG 2023 sind Folgeänderungen der vollständigen Abschaffung der EEG-Umlageerhebungsmöglichkeit in Teil 4 EnFG sowie der Umbenennung des Gesetzes.

### **Zu § 88c EEG 2023**

Bei der Anpassung des Änderungsbefehls zu § 88c EEG 2023 handelt es sich um eine Folgeänderung zur Änderung in § 1 Absatz 2 EEG 2023.

### **Zu § 87 EEG 2023**

Mit dem neuen § 87 EEG 2023 wird eine der Vorschrift des § 104 EnWG vergleichbare Bestimmung in das EEG eingeführt, um eine Beteiligung der Bundesnetzagentur in allen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dem EEG ergeben, zu ermöglichen. Anders als § 104 EnWG ist die Vorschrift auf Verfahren vor dem Bundesgerichtshof beschränkt.

### **Zu § 91 EEG 2023**

Die Änderungen in § 91 EEG 2023 sind Folgeänderungen der vollständigen Abschaffung der EEG-Umlageerhebungsmöglichkeit in Teil 4 EnFG sowie der Umbenennung des Gesetzes.

### **Zu § 95 EEG 2023**

§ 95 Nummer 3 EEG 2023 führt eine Verordnungsermächtigung zur Festlegung der Gebäudeflächen ein, die für Solaranlagen nicht geeignet sind. Es wird auf die Ausführungen zu § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3a EEG 2023 verwiesen.

### **Zu § 97 EEG 2023**

Bei der Anpassung des Änderungsbefehls zu § 97 EEG 2023 handelt es sich um eine Folgeänderung zur Änderung in § 1 Absatz 2 EEG 2023.



### **Zu § 98 EEG 2023**

Bei den beiden Anpassungen in **§ 98 Absatz 3 EEG 2023** handelt es sich um Folgeänderungen zur Änderung in § 1 Absatz 2 EEG 2023.

### **Zu § 99 EEG 2023**

**§ 99 Absatz 2 EEG 2021** hat sich durch die neue Bestimmung des § 1a Absatz 2 und Absatz 3 EEG 2023 zum Zeithorizont einer Umstellung auf einen marktgetriebenen Ausbau der erneuerbaren Energien erledigt und kann daher wegfallen. § 99 Absatz 2 EEG 2021 regelte bisher, dass die Bundesregierung überprüft, ob in absehbarer Zeit ein ausreichender marktgetriebener Zubau erfolgt und ggf. bis spätestens 2027 einen Vorschlag für einen Umstieg von der finanziellen Förderung auf einen marktgetriebenen Ausbau vorlegt. Der neue § 1a Absatz 2 EEG 2023 konkretisiert nunmehr, dass der weitere Ausbau nach der Vollendung des Kohleausstiegs marktgetrieben erfolgen soll. In § 1a Absatz 3 EEG 2023 wird der Zeitpunkt, zu dem die Bundesregierung einen Vorschlag vorlegt, wie die Finanzierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien nach der Vollendung des Kohleausstiegs erfolgen soll, auf den 31. März 2024 vorgezogen.

### **Zu Artikel 3**

#### **Zu § 1 EnFG**

Die Änderungen in § 1 Nummer 3 und Nummer 5 EnFG sind Folgeänderungen zu der Einräumung eines gesetzlichen Ausgleichsanspruchs der Übertragungsnetzbetreiber gegen den Bund und dem vollständigen Wegfall der EEG-Umlage durch die Änderungen in den Teilen 3 und 4 des Energiefinanzierungsgesetzes.

#### **Zu § 2 EnFG**

Durch die Änderung in **§ 2 Nummer 1 EnFG** soll abgebildet werden, dass die vertragliche Abwicklung von Direktstromlieferungen häufig unter Zuhilfenahme Dritter erfolgt. Daher soll eine unmittelbare vertragliche Beziehung im Sinn dieser Norm auch dann vorliegen, wenn der Anlagenbetreiber ein Direktvermarktungsunternehmen im Sinn des Erneuerbare-Energien-Gesetzes oder einen sonstigen Erfüllungsgehilfen beauftragt.

Die Ergänzung in **§ 2 Nummer 2 EnFG**, dass der EEG-Finanzierungsbedarf auch negativ sein kann, stellt sicher, dass die Bundesrepublik Deutschland einen Zahlungsanspruch nach § 6 Absatz 1 Satz 2 EnFG und das Recht auf Abschlagszahlungen nach § 7 EnFG haben kann. Dies kann z.B. erforderlich sein, wenn sich bereits bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs zeigt, dass die Übertragungsnetzbetreiber mehr Einnahmen als Ausgaben nach Anlage 1 des EnFG haben werden.

Die Streichungen von **§ 2 Nummer 3 und 6 sowie in Nummer 17 EnFG** sind Folgeänderungen zur vollständigen Abschaffung der EEG-Umlage. Die Möglichkeit, bei nicht vollständigem Ausgleich des EEG-Finanzierungsbedarfs eine EEG-Umlage zu erheben, ist mit der Einführung eines gesetzlichen Ausgleichsanspruchs der Übertragungsnetzbetreiber gegen den Bund in Teil 3 EnFG entfallen und nach § 12 EnFG ausgeschlossen. Damit besteht insbesondere kein Bedürfnis mehr für eine einheitliche Definition des Finanzierungsbedarfs unter Einbeziehung einer etwaigen EEG-Umlage. Weiterhin wurde die Reihenfolge der Definitionen von „Offshore-Anbindungskosten“ und „Offshore-Netzumlage“ in den neuen Nummern 10 und 11 angepasst.

## **Zu § 4 EnFG**

Die Änderungen in **§ 4 Halbsatz 1 und Nummer 4 EnFG** sind Folgeänderungen zur Streichung der Definition des Finanzierungsbedarf in § 2 Nummer 6 EnFG, die mit der vollständigen Abschaffung der EEG-Umlage in den Teilen 3 und 4 des EnFG nicht mehr erforderlich ist.

## **Zu § 5 EnFG**

Bei den Ergänzungen in **§ 5 EnFG** handelt es sich um Folgeänderungen des Wegfalls von § 2 Nummer 6 EnFG.

## **Zu Teil 3 EnFG**

Die Änderung in der **Überschrift von Teil 3 EnFG** ist eine Folgeänderung zur Einführung eines gesetzlichen Zahlungsanspruchs der Übertragungsnetzbetreiber gegen den Bund.

## **Zu § 6 EnFG**

**§ 6 Absatz 1 Satz 1 EnFG** räumt den Übertragungsnetzbetreibern einen Rechtsanspruch gegen die Bundesrepublik Deutschland auf Ausgleich der Ausgaben ein, die die Übertragungsnetzbetreiber nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz in einem Kalenderjahr tatsächlich geleistet haben. Die Anspruchshöhe bestimmt sich nach der Differenz zwischen den tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben in dem jeweiligen Kalenderjahr. Diese Differenz ist bisher in § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EEV bzw. Anlage 1 Nummer 1.1.2 Halbsatz 1 zum Regierungsentwurf des EnFG geregelt. Spiegelbildlich hat die Bundesrepublik Deutschland nach **§ 6 Absatz 1 Satz 2 EnFG** einen Anspruch auf Ausgleich gegen die Übertragungsnetzbetreiber, sollten diese insgesamt in einem Kalenderjahr mehr Einnahmen als Ausgaben gehabt haben.

Zur Bestimmung des jeweiligen Anspruchs nach § 6 Absatz 1 Satz 1 oder 2 EnFG werden die Übertragungsnetzbetreiber in **§ 6 Absatz 2 EnFG** verpflichtet, eine gemeinsame und testierte Kontoabrechnung vorzulegen. Diese baut auf den bereits bisher vorgelegten Endabrechnungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz auf und umfasst eine Testierung der Konten nach § 47 Absatz 1 Satz 1 EnFG. Um die erforderliche haushaltsrechtliche Kontrolle über die Verwaltung von Bundesmitteln zu gewährleisten, muss die Kontoabrechnung von einem Prüfer im Sinn des § 2 Nummer 14 EnFG geprüft sein. Die Bundesnetzagentur überprüft anschließend die übermittelte Kontoabrechnung auf Plausibilität. Mit dieser Prüfkompetenz geht keine Reduktion der Aufsichtsbefugnisse der Bundesnetzagentur nach § 62 EnFG oder § 85 EEG 2023 einher.

**§ 6 Absatz 3 EnFG** enthält Regelungen zu Fälligkeit und Erfüllung des Anspruchs der Übertragungsnetzbetreiber nach § 6 Absatz 1 Satz 1 EnFG. Um dem Bund nach der Bestätigung durch die Bundesnetzagentur eine angemessene Zahlungsfrist einzuräumen, wird der Anspruch gemäß § 6 Absatz 3 Satz 1 EnFG vier Wochen nach Abgabe der Mitteilung des Prüfergebnisses durch die Bundesnetzagentur, spätestens aber drei Monate nach Zugang der Kontoabrechnung fällig. § 6 Absatz 3 EnFG stellt sicher, dass der Bund durch Zahlung an einen der vier Übertragungsnetzbetreiber befreiend leisten kann, er ist hierzu aber nicht verpflichtet. Diese Möglichkeit soll dem Bund nur für seltene unvorhergesehene Ausnahmefälle eröffnet werden. In dem öffentlich-rechtlichen Vertrag kann diese Erfüllungsmodalität abbedungen oder näher ausgestaltet werden.

## **Zu § 7 EnFG**

**§ 7 Absatz 1 Satz 1 EnFG** sieht Abschlagszahlungen sowohl des Bundes als auch der Übertragungsnetzbetreiber auf den Anspruch nach § 6 Absatz 1 EnFG vor. So soll das EEG-Konto möglichst ausgeglichen gehalten und eine für die Abwicklung der EEG-Zahlungen erforderliche Liquidität des EEG-Kontos hergestellt werden. Auch Abschlagszahlungen kann der Bund befreiend an nur einen Übertragungsnetzbetreiber leisten. Die Abschlagszahlungen können auch negativ werden (Satz 2); in diesem Falle kehrt sich die Zahlungsrichtung des Anspruchs auf Abschlagszahlungen zwischen den Übertragungsnetzbetreibern und der Bundesrepublik Deutschland um.

Nach **§ 7 Absatz 2 EnFG** orientiert sich die Höhe der Abschlagszahlungen, die in einem Kalenderjahr insgesamt geleistet werden, an dem EEG-Finanzierungsbedarf. Dadurch soll sichergestellt werden, dass mit Veröffentlichung des EEG-Finanzierungsbedarfs feststeht, in welcher Höhe Haushaltsmittel im darauffolgenden Jahr bereitzustellen sind. Gleichzeitig schafft die Anknüpfung an den prognostizierten Finanzierungsbedarf Rechtssicherheit bei der Finanzierung und Abwicklung der EEG-Förderzahlungen durch die Übertragungsnetzbetreiber. In dem nach § 9 Absatz 1 Satz 1 EnFG abzuschließenden öffentlich-rechtlichen Vertrag kann von der gesetzlich vorgesehenen Höhe und Fälligkeitsregelung in § 7 Absatz 2 Satz 2 EnFG abgewichen werden.

**§ 7 Absatz 3 EnFG** stellt sicher, dass sich Abschlagszahlungen am tatsächlichen Bedarf der Übertragungsnetzbetreiber ausrichten. Dies kann eine Anpassung der Abschlagszahlungen erfordern, wie sie sich nach § 7 Absatz 2, ggf. in Verbindung mit den Bestimmungen des öffentlich-rechtlichen Vertrages, ergeben. Zahlungen aus Bundesmitteln sollen nur geleistet werden, wenn dies auch haushaltsrechtlich erforderlich ist, sie also auch zeitnah verwendet werden können. Bei hohen Kontoständen kann damit über die Anpassung der Abschlagszahlungen in Abweichung von § 7 Absatz 2 EnFG ein Zahlungsanspruch des Bundes entstehen, bei niedrigen Kontoständen ein Zahlungsanspruch der Übertragungsnetzbetreiber. Relevant wird dies z.B., wenn unterjährig Prognoseabweichungen eintreten sollten. Eine Anpassung der Höhe der Abschlagszahlungen umfasst auch die Anpassung von Abschlagszahlungen mit einem positiven Wert auf solche mit einem negativen Wert. Damit kann sich auch unterjährig die Zahlungsrichtung der Abschlagszahlungen ändern unabhängig davon, ob ein Anspruch nach § 6 Absatz 1 Satz 1 oder 2 EnFG besteht. Unterjährige Abweichungen von den prognostizierten Vermarktungseinnahmen und Förderzahlungen können den Stand des EEG-Kontos erheblich beeinflussen und sollen daher bei den Abschlagszahlungen, insbesondere deren Höhe und Fälligkeit, berücksichtigt werden.

**§ 7 Absatz 4 EnFG** bestimmt, dass die Anpassung von Abschlagszahlungen auf der Grundlage aktueller Prognosen über die Entwicklung der nach § 47 Absatz 1 Satz 1 EnFG zu führenden Konten erfolgt.

## **Zu § 8 EnFG**

**§ 8 EnFG** stellt den Ausgleich der Ausgaben für die Förderung von Güllekleinanlagen ebenfalls auf eine direkte Finanzierung aus Bundesmitteln um.

## **Zu § 9 EnFG**

**§ 9 Absatz 1 EnFG** wird redaktionell angepasst. § 9 Absatz 2 EnFG stellt sicher, dass Einzelheiten zum Zahlungs- und Liquiditätsmanagement in dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen den Übertragungsnetzbetreibern und der Bundesrepublik Deutschland nach Absatz 1 Satz 1 geregelt werden können.

## **Zu Teil 4 EnFG**

Die Ergänzung in der **Überschrift zu Teil 4** ist eine Folgeänderung zur Streichung der Definition des Finanzierungsbedarf in § 2 Nummer 6 EnFG, die mit der vollständigen Abschaffung der EEG-Umlage in den Teilen 3 und 4 EnFG nicht mehr erforderlich ist. Die Ergänzung in der Überschrift zu Abschnitt 1 ist eine Folgeänderung zu den Änderungen in Teil 3 EnFG.

## **Zu § 10 EnFG**

Die Bezugnahme in **§ 10 Absatz 1 EnFG** auf den KWKG-Finanzierungsbedarf und die Offshore-Anbindungskosten ist eine Folgeänderung zur Streichung der Definition des Finanzierungsbedarfs in § 2 Nummer 6 EnFG, die mit der vollständigen Abschaffung der EEG-Umlage in den Teilen 3 und 4 EnFG nicht mehr erforderlich ist. Das Gleiche gilt für die Streichung von § 10 Absatz 1 Satz 2 EnFG.

Die Streichung von **§ 10 Absatz 3 EnFG** ist eine Folgeänderung zur Einführung eines gesetzlichen Ausgleichsanspruchs der Übertragungsnetzbetreiber gegen den Bund in Teil 3 EnFG.

## **Zu § 11 EnFG**

Die Streichung in **§ 11 EnFG** ist eine Folgeänderung der Einräumung eines gesetzlichen Ausgleichsanspruchs der Übertragungsnetzbetreiber und dem vollständigen Wegfall der EEG-Umlage durch die Änderungen in den Teilen 3 und 4 des Energiefinanzierungsgesetzes.

Das Veröffentlichungsdatum für Umlagen in **§ 11 EnFG** wird vom 31. Oktober auf den 25. Oktober vorgezogen, damit Elektrizitätsversorger ausreichend Vorlauf zur Berücksichtigung neuer Umlagensätze haben. Die neue Veröffentlichungsfrist entspricht der bisherigen Frist in § 26b Absatz 1 KWKG 2020.

## **Zu § 13 EnFG**

Die Änderung in der Überschrift von **§ 13 EnFG** ist eine Folgeänderung zur Streichung der Definition des Finanzierungsbedarfs in § 2 Nummer 6 EnFG, die mit der vollständigen Abschaffung der EEG-Umlage in den Teilen 3 und 4 EnFG nicht mehr erforderlich ist.

## **Zu § 14 EnFG**

Mit der Änderung von **§ 14 Satz 1 EnFG** wird die Vorschrift des vertikalen Belastungsausgleichs an die bereits etablierte Formulierung in § 28 Absatz 3 KWKG 2020 angepasst.

Durch den neuen **§ 14 Satz 1 Nummer 3 EnFG** wird ausdrücklich klargestellt, dass von der Pflicht zur Weiterleitung auch die Beträge erfasst sind, die der Verteilernetzbetreiber auf Grund von Zahlungen der Anlagenbetreiber nach § 52 EEG 2023 oder Rückzahlungen nach § 55b EEG 2023 einschließlich etwaiger Verzugszinsen vereinnahmt. Da § 52 und § 55b EEG 2023 Zahlungen der Anlagenbetreiber an die Netzbetreiber regeln, werden diese Einnahmen nunmehr klarstellend ausdrücklich in einer eigenständigen Nummer erwähnt.

## **Zu § 15 EnFG**

Durch die Einfügung in **§ 15 EnFG** soll sichergestellt werden, dass auch Betreiber von Übertragungsnetzen ohne Regelzonenverantwortung am Ausgleich nach Teil 3 und 4 des Energiefinanzierungsgesetzes teilnehmen. Die Regelung soll Betreiber von Offshore-Anbindungsleitungen erfassen.

### **Zu § 23 EnFG**

Mit dem neuen **§ 23 Absatz 1 Satz 2 EnFG** wird sichergestellt, dass das Kuppelgasprivileg wie bislang auch dann gewährt werden kann, wenn in den Anlagen Erdgas zur Anfahr-, Zünd- und Stützfeuerung eingesetzt wird. Dies war nach bisheriger Rechtslage bereits der Fall, vgl. § 104 Absatz 2 Satz 2 EEG 2021.

### **Zu § 24 EnFG**

Mit dem Wegfall der Möglichkeit, eine EEG-Umlage nach Teil 4 EnFG zu erheben, kann auch die Regelung zu EEG-Bestandsprivilegien in **§ 24 EnFG** entfallen.

### **Zu § 26 EnFG**

Die Neufassung des **§ 26 EnFG** setzt die Rückübertragung der Verordnungsermächtigung für Grünen Wasserstoff in § 93 EEG um, die infolge der neu eingeführten Förderung für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Grünem Wasserstoff erfolgt ist.

### **Zu § 33 EnFG**

Die Streichung von **§ 33 Absatz 2 EnFG** ist eine Folgeänderung zur Streichung von § 24 EnFG.

### **Zu § 36 EnFG**

Die Änderung in **§ 36 EnFG** passt die Vorschrift redaktionell an die Begrifflichkeiten des Abschnitts an.

### **Zu § 38 EnFG**

Durch die Änderung des **§ 38 EnFG** wird die Besondere Ausgleichsregelung für Verkehrsunternehmen mit elektrisch betriebenen Bussen dauerhaft als De-Minimis-Beihilfe nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352/1 vom 24. Dezember 2013) gefasst. Die Änderungen überführen die Regelung des § 103 Absatz 7 EEG 2021. Auf die dortigen Ausführungen wird verwiesen. § 38 Absatz 4 EnFG enthält zudem die redaktionelle Anpassung eines Verweises an die Streichung von § 33 Absatz 2 EnFG.

### **Zu § 40 EnFG**

**§ 40 Absatz 1 EnFG** enthält redaktionelle Anpassungen an die Streichung von § 33 Absatz 2 EnFG.

### **Zu § 47 EnFG**

Durch die Streichung der Rechnungslegung in **§ 47 Absatz 2 Satz 2 EnFG** wird klargestellt, dass die Pflicht der Übertragungsnetzbetreiber, die Transparenz der Einnahmen und Ausgaben für die Aufgaben des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes nachzuweisen, durch eine gesonderte Buchführung sichergestellt werden kann. Um diesen Zweck zu erreichen, ist eine Bezugnahme auf die Vorschriften zur Rechnungslegung, z. B. im Handelsgesetzbuch, nicht erforderlich. Die Änderungen in der Überschrift sowie in § 47 Absatz 2 Satz 3 EnFG sind Folgeänderungen.

### **Zu § 48 EnFG**

Die Änderung der Überschrift von **§ 48 EnFG** ist eine Folgeanpassung der Änderungen in § 47 Absatz 2 Satz 2 EnFG.

### **Zu § 51 EnFG**

In **§ 51 Absatz 1 Nummer 2 EnFG** wird die Veröffentlichungsfrist vom 1. Juli auf den 15. September eines Kalenderjahres verschoben, um die Frist mit derjenigen für die Jahresendabrechnungen nach § 19 Absatz 1 EnFG 2023 zu synchronisieren und zusätzlich ausreichend Zeit für die Testierung nach § 55 EnFG zu ermöglichen.

Die Anpassungen in **§ 51 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b EnFG** korrigieren fehlerhafte Verweise. Die Änderung der Frist in **§ 51 Absatz 1 Nummer 4 EnFG** ist eine Folgeänderung zu § 11 EnFG.

Die Änderung in **§ 51 Absatz 2 Nummer 1 EnFG** ist eine Folgeänderung zur Streichung von § 2 Nummer 6 EnFG. Die Streichung des Verweises in **§ 51 Absatz 2 Nummer 2 EnFG** auf Anlage 1 Nummer 1.1 ist eine Folgeänderung zur Einführung eines gesetzlichen Ausgleichsanspruchs der Übertragungsnetzbetreiber gegen den Bund in Teil 3 EnFG und dem damit verbundenen Wegfall der Möglichkeit, eine EEG-Umlage wieder zu erheben.

### **Zu § 54 EnFG**

Die bislang in § 73 Absatz 6 EEG 2021 enthaltene und in **§ 54 Absatz 2 EnFG** übernommene Verpflichtung zur Bereitstellung eines bundesweit einheitlichen Verfahrens zur vollständig automatisierten elektronischen Strommengenübermittlung wird gestrichen. Dies baut unnötige Bürokratie ab. Der seit dem 1. Januar 2016 bereitgestellte Webservice wird bislang kaum genutzt. Die Mitteilung der Strommengen erfolgt über die jeweils bei den Übertragungsnetzbetreibern bereitgestellten Datenportale.

### **Zu § 59 EnFG**

In **§ 51 Absatz 1 Nummer 2 EnFG** wird die Veröffentlichungsfrist vom 1. Juli auf den 15. September eines Kalenderjahres verschoben, um die Frist mit derjenigen für die Jahresendabrechnungen nach § 19 Absatz 1 EnFG 2023 zu synchronisieren und zusätzlich ausreichend Zeit für die Testierung nach § 55 EnFG zu ermöglichen. Die Änderung der Frist in § 59 Absatz 2 EnFG ist eine Folgeänderung zu § 11 EnFG. Die Streichungen in § 59 Absatz 2 und 3 EnFG sind Folgeänderungen zu § 47 EnFG.

### **Zu § 60 EnFG**

Die Änderung der Frist in **§ 60 Absatz 1 Satz 1 EnFG** ist eine Folgeänderung zu § 11 EnFG.

### **Zu § 62 EnFG**

Die Änderungen in **§ 62 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a EnFG** sind Folgeänderungen zur Streichung von § 2 Nummer 6 EnFG. Die Ermittlung der Offshore-Anbindungskosten regelt das Energiefinanzierungsgesetz nicht; welche Positionen bei der Ermittlung zu berücksichtigen sind, regelt § 17f EnWG. Die Aufsicht über die Rechtmäßigkeit der Ermittlung dieser Kosten richtet sich nach § 65 EnWG. Die Änderungen in **§ 62 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c und Nummer 2 Buchstabe d EnFG** sind Folgeanpassungen an die Einführung eines gesetzlichen Zahlungsanspruchs der Übertragungsnetzbetreiber nach Teil 3 EnFG und

der Abschaffung der Möglichkeit, eine EEG-Umlage nach Teil 4 EnFG zu erheben. Nach dem neu eingefügten **§ 62 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b EnFG** kann die Bundesnetzagentur im Rahmen ihrer Aufsichtsbefugnisse auch die Kontoabrechnung nach § 6 überwachen.

Die Änderung in **§ 62 Absatz 4 EnFG** ermöglicht es der BNetzA, intern die Zuständigkeiten für ihre Aufgaben nach diesem Gesetz selbst zu regeln; einer gesetzgeberischen Festlegung der behördeninternen funktionellen Zuständigkeit bedarf es nicht. Damit steht es der BNetzA frei, die formellen Entscheidungsbefugnisse zur Aufsicht über das EnFG nach eigenen Zweckmäßigkeitserwägungen innerhalb der Behörde zu organisieren und zuzuordnen. Der bewusste Verzicht auf eine zwingende Beschlusskammer-Zuweisung in § 62 EnFG entspricht der bestehenden Regelung zur Aufsicht der BNetzA nach § 31b KWKG 2020 und stellt insofern sicher, dass die Möglichkeiten zur internen Behördenorganisation bestehen bleiben. Das Fehlen einer zwingenden Beschlusskammer-Zuweisung bedeutet nicht, dass die jeweiligen Befugnisse nicht von den Beschlusskammern der BNetzA wahrgenommen werden können oder dürfen. Im Rahmen von § 62 EnFG gelten insoweit die gleichen Grundsätze wie im Rahmen von anderen Zuständigkeitsregelungen wie nach § 31b KWKG 2020 oder § 59 EnWG: Ausnahmen von zwingenden Beschlusskammer-Zuweisungen erhalten den notwendigen behördeninternen organisatorischen Spielraum für eine sachgerechte Erledigung der Aufgaben. Das gilt ebenso für den vorliegenden vollständigen Verzicht auf gesetzliche Vorgaben zur behördeninternen Organisation.

### **Zu § 62a EnFG**

Mit dem neuen **§ 62a EnFG** wird parallel zum neuen § 87 EEG 2023 ins Energiefinanzierungsgesetz eine der Vorschrift des § 104 EnWG vergleichbare Bestimmung ins EnFG eingeführt, um eine Beteiligung der Bundesnetzagentur in allen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dem EnFG ergeben zu ermöglichen. Anders als § 104 EnWG ist die Vorschrift auf Verfahren vor dem Bundesgerichtshof beschränkt.

### **Zu § 66 EnFG**

Die Streichung in **§ 66 Absatz 2 EnFG** ist eine Folgeänderung zur Anpassung von § 47 EnFG.

Der neue **§ 66 Absatz 4 und 5 EnFG** enthält Übergangsregeln zur Anwendung von Teil 3 des Energiefinanzierungsgesetzes. Absatz 1 stellt sicher, dass auch für das Kalenderjahr 2022 eine Kontoabrechnung nach Teil 3 EnFG vorgenommen wird. Ergänzend dazu bestimmt der neu eingefügte § 3 Absatz 12 EEV, dass dabei bei den Konten nach § 47 Absatz 1 Satz 1 EnFG zum 31. Dezember 2022 ein Wert von null anzusetzen ist.

Da die Übertragungsnetzbetreiber nach dem EEG 2021 einen Bescheid der Bundesrepublik Deutschland nach § 3 Absatz 3a EEV erhalten über die Mittel, die erforderlich sind, um die EEG-Umlage im Jahr 2023 auf null abzusenken, werden sie im Jahr 2023 keine EEG-Umlage mehr erheben können. Deshalb sollen nach **§ 66 Absatz 5 EnFG** bereits im Jahr 2023 Abschlagszahlungen nach Teil 3 EnFG möglich sein. Die für die Bestimmung der Abschlagszahlungen erforderliche Grundlage bildet der Bescheid nach § 3 Absatz 3a Satz 2 der Erneuerbare-Energien-Verordnung in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung.

### **Zu § 68 EnFG**

Die Besondere Ausgleichsregelung für Verkehrsunternehmen mit elektrisch betriebenen Bussen wird dauerhaft als De-Minimis-Beihilfe nach der Verordnung

(EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352/1 vom 24. Dezember 2013) gefasst. Der Genehmigungsvorbehalt ist daher für § 37 EnFG nicht erforderlich.

## Zu Anlage 1

In **Anlage 1 Nummer 1.1.2 EnFG** wird für die Berechnung des EEG-Finanzierungsbedarfs auf den Zeitpunkt der Ermittlung des Differenzbetrages abgestellt. Dazu kommen prognostizierte Einnahmen und Ausgaben, die bis zum Jahresende entstehen. Die Änderung stellt sicher, dass nachträgliche Abweichungen von dieser Prognose im jeweils nächsten Kalenderjahr berücksichtigt werden können.

In **Anlage 1 Nummer 1.2.2 EnFG** wird für die Berechnung des KWKG-Finanzierungsbedarfs auf den Zeitpunkt der Ermittlung des Differenzbetrages abgestellt. Dazu kommen prognostizierte Einnahmen und Ausgaben, die bis zum Jahresende entstehen. Die Änderung stellt sicher, dass nachträgliche Abweichungen von dieser Prognose im jeweils nächsten Kalenderjahr berücksichtigt werden können.

Die Ergänzung in **Anlage 1 Nummer 2.1 EnFG** ist eine Folgeänderung zur Streichung der EEG-Umlage in der Definition von „Umlage“ in § 2 Nummer 17 EnFG. Übertragungsnetzbetreiber haben auch nach der Abschaffung der EEG-Umlage weiter vereinzelte Einnahmen aus Umlagezahlungen, die bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs als Einnahmen berücksichtigt werden sollen.

Die Änderung in **Anlage 1 Nummer 4.2 EnFG** ist eine Folgeänderung zur Abschaffung der Möglichkeit, nach Teil 4 EnFG eine EEG-Umlage wieder zu erheben.

Mit der Änderung in **Anlage 1 Nummer 4.6 EnFG** können nunmehr auch Erlöse auf Grund einer Rechtsverordnung nach dem Windenergie-auf-See-Gesetz im Energiefinanzierungsgesetz berücksichtigt werden.

Mit der Änderung in **Anlage 1 Nummer 5.2 EnFG** können nunmehr auch Ausgaben auf Grund einer Rechtsverordnung nach dem Windenergie-auf-See-Gesetz im Energiefinanzierungsgesetz berücksichtigt werden.

Die Ergänzung in **Anlage 1 Nummer 8 Satz 1 EnFG** ist eine Folgeänderung zur Streichung von § 2 Nummer 6 EnFG.

Die Ergänzung in **Anlage 1 Nummer 9.4 Satz 1 EnFG** ist eine Folgeänderung zur Streichung von § 2 Nummer 6 EnFG.

Die Änderung in **Anlage 1 Nummer 9.5 Satz 1 EnFG** ist eine Folgeanpassung an die Einführung des gesetzlichen Zahlungsanspruchs der Übertragungsnetzbetreiber nach Teil 3. Die Änderung in Nummer 9.5 Satz 3 EnFG enthält eine Übergangsregelung. Danach sollen auch solche Differenzen erfasst sein und in die Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs eingehen können, die bei der Änderung oder Aufhebung einer Entscheidung der Bundesnetzagentur entstehen, der jeweils noch eine vereinnahmte EEG-Umlage nach älteren Fassungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zugrunde liegt.

Die Änderungen in **Anlage 1 Nummer 11 Satz 5 EnFG** stellen sicher, dass Übertragungsnetzbetreiber ihren Prognosen nur solche Produkte zugrunde legen müssen, die sie entweder kennen oder aufgrund von Fahrlässigkeit nicht kennen (vgl. § 121 BGB) und die mit angemessenem Aufwand abgerufen werden können. Damit wird sichergestellt, dass Übertragungsnetzbetreiber für die entsprechenden Daten ein angemessenes Entgelt leisten dürfen und andererseits Daten nicht berücksichtigen müssen, die z.B. technisch nicht mit angemessenem Aufwand nutzbar sind.



## Zu Artikel 4

Die Änderung in § 2 Absatz 2 Satz 1 Nummer 9 UKlaG ist eine Folgeänderung zur Abschaffung der Möglichkeit, nach Teil 4 des Energiefinanzierungsgesetzes eine EEG-Umlage zu erheben.

## Zu Artikel 5

### Zu § 14a EnWG

§ 14a EnWG wird vollständig neu gefasst. Der schnellere Hochlauf der Elektromobilität, ein forcierter Wärmepumpen-Rollout, neue Flexibilitätsmodelle für Prosumer und die bevorstehende Umsetzung des EU-Legislativpaketes „Fit for 55“ erfordern einen umfassenden Systemansatz zur Integration von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen in das Stromsystem, der auch den Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützt. Zugleich bedarf die bisherige Regelung vor dem Hintergrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 2. September 2021 im Vertragsverletzungsverfahren C-718/18 gegen die Bundesrepublik Deutschland der Überarbeitung, um der unionsrechtlich verbürgten Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde Rechnung zu tragen.

Vor diesem Hintergrund ist die Neufassung des § 14a EnWG angezeigt. Die Vorschrift schafft umfangreiche Festlegungskompetenzen, die es der Bundesnetzagentur ermöglichen, bundeseinheitliche Regelungen für die Netzintegration von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen und Netzanschlüssen mit steuerbaren Verbrauchseinrichtungen (steuerbaren Netzanschlüssen) zu schaffen und die Systemintegration sowie den Nutzen für die Energiewende zu stärken. Aufgrund der herausgehobenen Bedeutung für die Verteilernetze bleibt die Vorschrift als *lex specialis* zu den allgemeinen Netzanschluss- und Netzzugangsvorschriften erhalten.

§ 14a Absatz 1 EnWG enthält die zentrale Festlegungsbefugnis der Bundesnetzagentur, die netzorientierte Steuerung umfassend zu regeln. Netzorientierte Steuerung ist dabei als Oberbegriff zu verstehen, der sowohl wirtschaftliche Anreize zu netzverträglichem Verhalten beinhaltet, als auch Vereinbarungen über Netzanschlussleistung und eine aktive Steuerung von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen und Netzanschlüssen durch den Netzbetreiber zur Beseitigung von Netzengpässen. Eine netzorientierte Steuerung ist weiterhin nur auf Grundlage einer privatrechtlichen Vereinbarung zwischen dem Netzbetreiber und dem jeweiligen Netznutzer bzw. auf Grundlage selbstbestimmter Reaktionen der Letztverbraucher auf wirtschaftliche Anreize möglich. Der Inhalt dieser Vereinbarung richtet sich nach dem durch die Bundesnetzagentur durch Festlegung vorgegebenen Rahmen. Vor diesem Hintergrund sieht Absatz 1 eine Verpflichtung für Netzbetreiber und Netznutzer vor, innerhalb des von der Bundesnetzagentur vorgegebenen Rahmens Vereinbarungen über die netzorientierte Steuerung von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen oder von Netzanschlüssen mit steuerbaren Verbrauchseinrichtungen (steuerbare Netzanschlüsse) im Gegenzug für eine Netzentgeltreduzierung abzuschließen. Das bedeutet jedoch nicht zwingend, dass eine Teilnahme an einer netzorientierten Steuerung verpflichtend wäre. Vielmehr wäre es der Bundesnetzagentur möglich, festzulegen, unter welchen Voraussetzungen eine ganz oder teilweise ungesteuerte Netznutzung vereinbart werden kann; im Umkehrschluss zu Satz 1 könnte eine Festlegung den Verzicht auf eine netzorientierte Steuerung an nicht ermäßigte oder ggf. auch an höhere Netzentgelte im Vergleich zu teilnehmenden Netznutzern knüpfen.

Nach **§ 14a Absatz 1 Satz 1 EnWG** können wie bisher steuerbare Verbrauchseinrichtungen selbst oder alternativ auch Netzanschlüsse mit steuerbaren Verbrauchseinrichtungen Bezugspunkt der netzorientierten Steuerung sein.

**§ 14a Absatz 1 Satz 2 EnWG** zählt Ansätze auf, welche unter den Begriff der netzorientierten Steuerung fallen und damit Gegenstand einer Festlegung nach Satz 1 sein können.

**§ 14a Absatz 1 Satz 3 EnWG** zählt beispielhaft und nicht abschließend mögliche Regelungsgegenstände einer Festlegung nach Satz 1 auf und unterstreicht damit die weitreichenden Möglichkeiten zur netzdienlichen Neugestaltung von § 14a, welche das Gesetz der Bundesnetzagentur bietet. Die Regelung soll die Möglichkeiten der Bundesnetzagentur unterstreichen, einen Ansatz zu wählen, der unter Rückgriff auf den breiten in Satz 2 und 3 genannten Instrumentenkasten direkte steuernde Eingriffe des Netzbetreibers in einzelne Verbrauchseinrichtungen weitestgehend vermeidet. Wie Satz 3 Nummer 5 im Zusammenspiel mit Nummern 1, 2 und 3 verdeutlicht, wäre beispielsweise eine Vereinbarung zwischen Netzbetreiber und Netznutzer über eine garantierte und eine regelbare Entnahmeleistung am Netzanschluss wie oben beschrieben möglich. In diesem Rahmen könnten nach den Vorgaben der Bundesnetzagentur vorrangig marktlich organisierte Flexibilitätsansätze zum Einsatz kommen, um die Netzstabilität sicherzustellen, etwa zeitvariable Netzentgelte, Ausschreibungen von netzdienlicher Flexibilität und weitere Instrumente. Satz 3 Nummer 6 benennt mögliche Festlegungsgegenstände zur Konkretisierung der netzorientierten Steuerung über wirtschaftliche Anreize. Insbesondere kann die Bundesnetzagentur Festlegungen zur Spreizung, Stufung sowie netztopologischer und zeitlicher Granularität wirtschaftlicher Anreize treffen sowie zu Fristen der spätesten Bekanntgabe von Änderungen wirtschaftlicher Anreize, um Fehlanreize im vortägigen Stromhandel zu vermeiden. Die öffentliche Bekanntgabe von Änderungen der wirtschaftlichen Anreize, die beispielsweise die Form von veränderlichen Netzentgelten haben können, sollte spätestens mit ausreichendem zeitlichen Vorlauf zum Handelsschluss der Day-Ahead-Auktion erfolgen, damit Verbraucher die Anreize im Börsenhandel berücksichtigen können. Satz 3 Nummer 8 betrifft Methoden für die bundeseinheitliche Ermittlung von Entgelten für den Netzzugang. Diese Vorschrift ermöglicht es der Bundesnetzagentur, von § 24 abweichende spezielle Netzentgeltregelungen zu treffen, insbesondere zur Ausgestaltung der Netzentgeltreduzierung aber auch spezielle Netzentgeltregelungen für den Fall, dass keine netzorientierte Steuerung erfolgt.

In **§ 14a Absatz 2 Satz 1 EnWG** wird der bislang geltende § 14a Satz 1 im Wesentlichen fortgeschrieben. Damit können sowohl bestehende § 14a-Vereinbarungen nach altem Recht weitergelten, als auch neue Vereinbarungen geschlossen werden, bis die Bundesnetzagentur bundeseinheitliche Regelungen nach Absatz 1 festlegt. Auch nach diesem Zeitpunkt sind Übergangsregelungen für Bestandsfälle in der Festlegung nach Absatz 1 möglich. Im Unterschied zu Absatz 1 stehen der Abschluss und die inhaltliche Ausgestaltung einer Vereinbarung über die netzorientierte Steuerung zur Disposition der Parteien. Die Einzelheiten der Steuerung und der Netzentgeltreduzierung werden demnach wie bisher zunächst durch die jeweiligen Netzbetreiber vorgegeben.

Nach **§ 14a Absatz 2 Satz 2 EnWG** kann die Bundesnetzagentur allerdings, auch bereits vor einer umfassenden Neuregelung nach Absatz 1, im Rahmen der bisherigen Regelung erste Vereinheitlichungen treffen, soweit sie dies für erforderlich hält, z.B. um erforderlichenfalls eine stärkere Vereinheitlichung des Umfangs der Netzentgeltreduzierung zu bewirken. Satz 2 sieht darüber hinaus auch vor, dass die Bundesnetzagentur Netzbetreiber verpflichten kann, auf Verlangen entspre-

chende Vereinbarungen abzuschließen. Vorstellbar wäre in diesem Fall beispielsweise eine Verpflichtung des Netzbetreibers, entsprechende Tarife auf seiner Internetseite anzubieten.

**§ 14a Absatz 3 EnWG** trifft eine nicht abschließende Definition von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen. Allgemein kommen steuerbare Verbrauchseinrichtungen infrage, welche für sich genommen ein ausreichendes Lastverschiebungspotential aufweisen und bei denen wegen ihres zu hoher Gleichzeitigkeit neigenden Verbrauchsverhaltens aus energiewirtschaftlicher Sicht eine netzorientierte Steuerung vorteilhaft ist. Absatz 3 bestimmt ausdrücklich, dass die Bundesnetzagentur in einer Festlegung nach Absatz 1 oder 2 jeweils abweichende Regelungen treffen kann. Die Einbeziehung weiterer Verbrauchseinrichtungen ist somit möglich.

Ladepunkte für Elektromobile sind Einrichtungen, an denen gleichzeitig nur ein Elektromobil be- oder entladen werden kann und die geeignet und bestimmt sind zum Aufladen von Elektromobilen oder Auf- und Entladen von Elektromobilen. Es wird insoweit auf die Begriffsbestimmung von § 2 Nummer 2 der Ladesäulenverordnung abgestellt. Im Übrigen besteht hiermit ein Gleichlauf mit der Letztverbraucherfiktion für Ladepunkte nach § 3 Nummer 25 Halbsatz 2 EnWG. Öffentlich zugängliche Ladepunkte im Sinne von § 2 Nummer 5 der Ladesäulenverordnung bleiben wegen oftmals kurzer Standzeiten und anderer Kundenbedürfnisse aus der beispielhaften Definition ausgenommen. Mit dem Begriff „Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie“ wird an den Begriff in § 12 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 EnWG angeknüpft. Erfasst sind alle Anlagen, die elektrische Energie aufnehmen, vor Ort in eine speicherfähige Energieform umwandeln und nach einer erneuten Umwandlung vor Ort wieder elektrische Energie ausspeisen.

Wärmepumpen sind Anlagen, die unter Aufwendung von technischer Arbeit und durch Verbrauch elektrischer Energie thermische Energie aus einem Reservoir mit niedrigerer Temperatur aufnehmen und zusammen mit der Antriebsenergie als Nutzwärme auf einen zu beheizenden Raum, ein Gebäude oder einen Warmwasserspeicher mit höherer Temperatur übertragen. Der Begriff der Wärmepumpe umfasst auch elektrische Heizstäbe, die ergänzungsweise zur Wärmezeugung eingesetzt werden und mit den übrigen Anlagenteilen der Wärmepumpe eine Einheit zur Wärmezeugung bilden.

**§ 14a Absatz 4 EnWG** stellt klar, dass die netzorientierte Steuerung entsprechend den Vorgaben des Messstellenbetriebgesetzes und der konkretisierenden Technischen Richtlinien und Schutzprofile des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik über ein Smart-Meter-Gateway nach § 2 Satz 1 Nummer 19 des Messstellenbetriebgesetzes zu erfolgen hat, sobald die Messstelle mit einem intelligenten Messsystem ausgestattet wurde. Die Regelung gilt sowohl für die Steuerung nach Absatz 1 als auch nach Absatz 2.

### **Zu § 17f EnWG**

Die Änderungen in **§ 17f EnWG** sind redaktionelle Anpassungen.

### **Zu § 40 EnWG**

Die Änderung in **§ 40 Absatz 3 Nummer 3 EnWG** ist eine redaktionelle Anpassung.

### **Zu § 95 EnWG**

Die Änderung in **§ 95 EnWG** ist eine redaktionelle Anpassung.

## **Zu Artikel 6**

### **Zu § 19 StromNEV**

Die Änderung in § 19 Absatz 2 Satz 16 StromNEV ist eine redaktionelle Anpassung.

### **Zu § 28 StromNEV**

Die Änderung in § 28 Absatz 2 Nummer 9 StromNEV ist eine redaktionelle Anpassung.

## **Zu Artikel 7**

Die Änderung in § 2 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe c StromGKV ist eine redaktionelle Anpassung.

## **Zu Artikel 8**

Die Änderung in § 11 Absatz 2 Satz 1 Nummer 8 ARegV ist eine redaktionelle Anpassung.

## **Zu Artikel 10**

### **Zu § 10 MaStRV**

Die Änderung in § 10 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 MaStRV ist eine redaktionelle Anpassung.

### **Zu § 17 MaStRV**

Die Änderung in § 17 Absatz 1 Satz 2 MaStRV passt die Bestimmung sprachlich an den Umstand an, dass es seit der Zusammenlegung der Marktgebiete in Deutschland seit Oktober 2021 nur noch einen Marktgebietsverantwortlichen gibt.

Die Änderung in § 17 Absatz 3 Satz 2 MaStRV erfolgt aus demselben Grund wie die in § 17 Absatz 1 Satz 2 MaStRV.

## **Zur Anlage der MaStRV**

Die Streichung der **Nummern I.5.3 und I.5.3.1 der Tabelle I in der Anlage der MaStRV** dient der Bereinigung und dem Bürokratieabbau. Wegen der Zusammenlegung der Marktgebiete gibt es in Deutschland seit Oktober 2021 nur noch einen Marktgebietsverantwortlichen. Deswegen ist es nicht mehr notwendig, die Angaben in der Anlage der MaStRV zum Marktgebietsverantwortlichen zu erheben.

Die Änderung in **Nummer II.1.1.14 der Tabelle II der Anlage der MaStRV** ist notwendig geworden, da durch die Änderungen des § 48 EEG 2023 die Art der Einspeisung vergütungsrelevant geworden ist. Damit ist diese Angabe eine Registrierungsvoraussetzung geworden und unterliegt der Netzbetreiberprüfung.

Die **Nummer V.3.1.1 der Tabelle V der Anlage der MaStRV** wird aufgehoben, da es wegen der Zusammenlegung der Marktgebiete in Deutschland seit Oktober 2021 nur noch einen Marktgebietsverantwortlichen gibt. Entsprechend werden die Angaben in der Anlage der MaStRV zum Marktgebietsverantwortlichen nicht mehr erhoben. Hierdurch wird Bürokratie abgebaut.

Bei den Änderungen zu **Nummern V.3.1.2 bis V.3.1.3 der Tabelle V der Anlage der MaStRV** handelt es sich um Folgeänderungen der Aufhebung von Nummer V.3.1.1. Die folgenden Nummern rücken entsprechend nach.

### **Zu Artikel 10a**

Mit dem neuen **§ 18 Absatz 4a NABEG** wird für den Fall, dass eine Freileitung gemäß § 3 Nummer 1 des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes Übertragungsnetz (NABEG) geändert oder erweitert wird, § 45c Absatz 1 Satz 1, 2 und 4 sowie Absatz 2 Bundesnaturschutzgesetz neu für entsprechend anwendbar erklärt. Dies wird insbesondere für § 3 Nummer 1 Buchstabe a (Zubeseilung) und § 3 Nummer 1 Buchstabe b (Umbeseilung) Bedeutung haben.

Ziel der Regelung ist es, wie bei der neu eingeführten Regelung zum Repowering von Windenergieanlagen an Land gemäß § 45c des Bundesnaturschutzgesetzes, bestehende artenschutzrechtliche Vorbelastungen in Fällen des § 3 Nummer 1, in denen ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen ist, zu berücksichtigen. Dies kann zur Folge haben, dass aufgrund der Berücksichtigung der Vorbelastung im Rahmen der Prüfung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände gemäß § 44 Absatz 1 auch in Verbindung mit Absatz 5 des Bundesnaturschutzgesetzes ein Abweichen von der Bestandstrasse im Sinne von § 18 Absatz 3b Satz 1 Nummer 1, Satz 4 vermieden werden kann. Durch die entsprechende Anwendbarkeit der Regelung ist sichergestellt, dass die windspezifischen Kriterien der Regelung auf Netze keine Anwendung finden. Bei Berücksichtigung der zu ersetzenden Bestandsanlagen als Vorbelastung im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung sind indes beispielsweise die Lage der Brutplätze kollisionsgefährdender Arten, die Berücksichtigung der Belange des Artenschutzes zum Zeitpunkt der Genehmigung und die durchgeführten Schutzmaßnahmen einzubeziehen.

Besonders sensible Gebiete im Sinne von § 45c Absatz 1 Satz 4 des Bundesnaturschutzgesetzes neu, auf den in dieser Vorschrift Bezug genommen wird, sind dabei bedeutsame Dichtezentren, Schwerpunktorkommen und sonstige landesweit bedeutsame Gebiete und Ansammlungen sowie landesweit bedeutsame Brutvorkommen kollisionsgefährdeter oder störungsempfindlicher Arten und Natura 2000-Gebiete mit kollisionsgefährdeten oder störungsempfindlichen Vogel- oder Fledermausarten.

§ 18 Absatz 4a Nummer 1 dient der Klarstellung, dass der Umfang der artenschutzrechtlichen Prüfung auch ohne Änderungsgenehmigungsverfahren unberührt bleibt. Dies ist erforderlich, da es im NABEG kein Änderungsgenehmigungsverfahren gibt.

§ 18 Absatz 4a Nummer 2 regelt, dass die Berücksichtigung als Vorbelastung nur auf Antrag des Vorhabenträgers erfolgt.

Der Verweis auf § 45c Absatz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes neu stellt sicher, dass bei der Festsetzung einer Kompensation aufgrund einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes die für die zu ändernde oder zu erweiternde Leitung bereits geleistete Kompensation abzuziehen ist.

### **Zu Artikel 11**

#### **Zu § 50 MsbG**

Die Änderung in **§ 50 MsbG** ist eine redaktionelle Anpassung.

### **Zu § 66 MsbG**

Die Änderung in § 66 Absatz 1 Nummer 9 MsbG ist eine redaktionelle Anpassung.

### **Zu § 67 MsbG**

Die Änderungen in § 67 Absatz 1 MsbG sind redaktionelle Anpassungen.

### **Zu Artikel 12**

#### **Zu § 36 WHG**

In § 36 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe b WHG wird der Abstand angepasst, den „Floating-PV“-Anlagen vom Ufer haben müssen, von 50m auf 40m.

### **Zu Artikel 13**

#### **Zu § 3 EEV**

Der neu eingefügte § 3 Absatz 12 EEV enthält eine Übergangsregelung, die die Anwendung von Teil 3 des Energiefinanzierungsgesetzes ab dem 1. Januar 2023 ermöglicht. Dadurch soll trotz des Zeitverzugs bei der Ermittlung der benötigten Mittel und der unterjährigen Abwicklung und Liquiditätssicherung ein reibungsloses Ineinandergreifen mit der Übergangsregel in § 66 Absatz 4 EnFG sichergestellt werden. Nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und der Erneuerbare-Energien-Verordnung in ihren jeweiligen am 31. Dezember 2022 geltenden Fassungen ermitteln die Übertragungsnetzbetreiber keinen EEG-Finanzierungsbedarf. Dieser wird aber benötigt, um unterjährige Abschlagszahlungen nach § 7 EnFG zu ermöglichen. Deshalb verzahnt § 3 Absatz 12 EEV den EEG-Finanzierungsbedarf mit der Feststellung der Höhe der zuzuschießenden Bundesmittel, die die EEG-Umlage im Jahr 2023 auf null absenken sollen. Die Mitteilung des EEG-Finanzierungsbedarfs knüpft somit an die im Bescheid nach § 3 Absatz 3a Satz 2 EEV festgelegte Zuschusshöhe an. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass ein Jahresendkontostand auf dem EEG-Konto nicht einmal bei der Ermittlung des EEG-Finanzierungsbedarfs und erneut bei der Kontoabrechnung nach § 6 EnFG berücksichtigt wird, so dass ein im Finanzierungsbedarf angerechnetes Guthaben zugunsten der Übertragungsnetzbetreiber umgehend mit dem nächsten Ausgleich nach § 6 Absatz 1 Satz 1 EnFG bzw. über Abschlagszahlungen nach § 7 EnFG wieder ausgezahlt werden muss. Damit sollen mehrfache, sich gegenseitig aufhebende Transaktionen verhindert werden. Aus diesem Grund ist bei der Ermittlung des Bedarfs ein ausgeglichener EEG-Kontostand zum Jahresende 2022 zugrunde zu legen.

### **Zu Artikel 14**

#### **Zu § 4 EEV**

Die Änderungen in § 4 EEV sind redaktionelle Anpassungen an die neue Bezeichnung des Energiefinanzierungsgesetzes und die Streichung von § 54 Absatz 2 EnFG.

#### **Zu § 5 EEV**

Die Änderung in § 5 EEV ist eine redaktionelle Anpassung.

## **Zu Artikel 15**

### **Zu § 30 HkRNDV**

Die Änderung in § 30 Absatz 3 Satz 3 HkRNDV ist eine redaktionelle Anpassung.

### **Zu § 31 HkRNDV**

Die Änderung in § 31 Absatz 1 Nummer 4 HkRNDV ist eine redaktionelle Anpassung.

## **Zu Artikel 17**

### **Zu § 2 KWKG 2023**

Die Änderung in § 2 Nummer 28 KWKG 2023 ist eine redaktionelle Anpassung.

### **Zu § 6 KWKG 2023**

Die Änderungen in § 6 KWKG 2023 sind redaktionelle Anpassungen.

### **Zu § 26 KWKG 2023**

Die Änderung in § 26 KWKG 2023 ist eine redaktionelle Anpassung.

### **Zu § 27 KWKG 2023**

Die Änderungen in § 27 KWKG 2023 sind redaktionelle Anpassungen.

### **Zu § 32 KWKG 2023**

Mit dem neuen § 32 KWKG 2023 wird parallel zum neuen § 87 EEG 2023 und zum neuen § 62a EnFG ins Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz eine der Vorschrift des § 104 EnWG vergleichbare Bestimmung eingeführt, um eine Beteiligung der Bundesnetzagentur in allen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dem KWKG ergeben, zu ermöglichen. Anders als § 104 EnWG ist die Vorschrift auf Verfahren vor dem Bundesgerichtshof beschränkt.

## **Zu Artikel 18**

### **Zu § 13 KWKAusV**

In § 13 KWKAusV wird parallel zu dem neuen § 34a EEG 2023 die Möglichkeit geschaffen, unionsfremde Bieter im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland von den Ausschreibungen auszuschließen und etwaig bereits erteilte Zuschläge zu widerrufen. Ergänzend wird auf die Begründung zu § 34a EEG 2023 verwiesen.

## **Zu Artikel 19**

Die Änderung in § 71 Absatz 1 Satz 1 Nummer 13 SGB X ist eine redaktionelle Anpassung.

## **Zu Artikel 20**

In Artikel 20 werden weitere erforderliche Inkrafttretensvorschriften geregelt. Hierzu gehört u.a. der neue Artikel 20 Absatz 4, der sicherstellen soll, dass die Regelung in § 18 Absatz 4a NABEG aufgrund des Verweises auf das BNatSchG

zeitlich nach diesem in Kraft tritt. Artikel 20 Absatz 5 stellt ferner sicher, dass die pandemiebedingte Fristverlängerung sowie, damit im Zusammenhang stehend, die Möglichkeit der unterjährigen Inbetriebnahme von innovativen KWK-Systemen nahtlos an das Auslaufen der Realisierungsfristen für die ersten Ausschreibungstermine anknüpft. Die Verfassungsgemäßheit der rückwirkenden Regelung wurde geprüft. Im Ergebnis bestehen keine Bedenken, da es sich um eine ausnahmslos begünstigende Regelung handelt. Daneben werden Verweise an die geänderte Nummerierung von Änderungsbefehlen angepasst.